

V

Briefe, Berichte, Befragungen
betr. Ewald v. Kleist, 1956-67
(alphab. geordnet)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 5319/74	Best. ZS/A31
Rep. 88	Kat.

Bd. 8

Karl Gronwald, Geschäftsführer der Deutschnationalen
Volkspartei 1928-1933 (Bonn, 30.7.1965)

Kleist absolute Zuverlässigkeit. Nicht zu übertreffendes Durchstehvermögen. Redlich, gewissenhaft, tief religiös, was fehlte, war Elastizität. Morgenandacht, Tischgebet. Haushaltsführung: altmodisch. Lebensstil: damaliger Not angepaßt. Kl bescheiden: Auto - Leihgabe seines Schwiegervaters.

Energiegeladen: konservativ in gutem Sinne, monarchistisch, ohne restaurativ zu sein. Ziel: konstitutionelle Monarchie mit Parlament und Oberhaus, das berufen werden muß. Reichstag: ihm kam bestimmter Platz zu, Reichsrat alter Prägung für Kl zu schwerfällig. Gegnerschaft zur Weimarer Republik wegen permanenter Schwächeanfalle. Ebert für Kl Verräter: Munitionsarbeiterstreik).

Viele Standesgenossen lehnten ihn ab, weil er zu kritisch und unbedingt war. Er sprach überzeugend, ohne Pathos, jedoch mit Ausdruck. Arbeiter sollten nach seiner Überzeugung aus der Stellung des vierten Standes herausgehoben und fest in den Staat eingeordnet werden. Rechte entsprechend der Bedeutung der Arbeiter: keine Betriebsräte, keine Mitbestimmung, aber Vertretungsrecht, Vertretung im Oberhaus ihrer Bedeutung nach. Gleiche, allgemeine, geheime Wahl. Er glaubte, daß konservative Regierung Sozialismus als Ausdruck der Existenzangst überwinden werde. So hatte er auch die Hoffnung, daß eine konservative Regierung die Stimmen der Arbeiter gewinnen werde. Nicht Ideologie, sondern Reform. Kein Unitarier; Vorstellung eines gegliederten Reiches. Das ergab sich schon daraus, daß er Preuße war. Preußen und Preußentum müssen sein.

Außenpolitik: Gegen Korridor, kein Vertrauen zum Völkerbund, jedoch nicht großdeutsch.

Sozialismus: war ihm ~~was~~ Frage der Reform, insofern nützlichster Anstoß, jedoch keine Weltanschauung.

Negativ war an Kl, daß er schnell zum Zorn gereizt war und Fragen zu Gewissensfragen machte. Dann zeigte er Starrheit. Erst später konnte man dann - behutsamer - auf die kontrovers gewordenen Fragen wieder zurückkommen. Ihn zu dem zu überzeugen, was nicht zu seinem Überzeugungsgut gehörte, war schwierig und erforderte viel Geduld. Er konnte Irrtümer begreifen, nicht aber, wenn jemand wider besseres Wissen etwas behauptete.

Parteien: sie würden sich - so seine Rede - wundern, wenn (wirtschaftliche) Existenzangst entfielen und nationales Denken das "sektorale" überwinde. Vertrauen in die Entwicklung.

Reichswehr: Vor 1933 hatte Kl Vertrauen zur Bendlerstraße, dies sein Wort, das er ständig für die Reichswehr gebrauchte.

F. d. R.:

H. A. K. K. K., 30.7.1965

Dr. Harald Laeuen, Junkersdorf b.Köln, 31.7.1965

Kleist wollte nicht auf Massen wirken. Angeborener politischer Sinn. Jedoch Einzelgänger. Monarchist mit Wirklichkeitssinn. Er dachte von der agrarischen Grundlage her, übersah jedoch nicht, daß auch Industrialismus aufgekommen war. Schon die Größe seines Gutes - für Pommern ungewöhnlich: 18 000 Morgen - zwang zu entsprechendem Denken. Vorurteilsloser als seine Standesgenossen. Preußen und Preußentum indes blieben für ihn bestimmend: für Kleist Mächte, die Deutschland nötig hatte. Korridor zwischen Reich und Polen: muß weg; Kl jedoch nicht großdeutsch, da Vorbehalte.

Oldenburg von Kl als Älterer respektiert. Bei Treffen führte Oldenburg Wort. Niemand dachte daran, ihm dieses Privileg zu nehmen. Meinungsverschiedenheiten: ja; aber in den Grundlinien nicht, Unterschied Oldenburg/Kleist: schon in den äußeren Staturen.

Kleists Feindschaft zu Rohr-Demmin verständlich: Rohr gefürchteter und verhaßter Autokrat, wie er, Laeuen, es in Pommern sonst nie erlebt habe. Kleist kritisch gegen die meisten seiner Standesgenossen. Alles oder nichts. Er konnte zuhören und war auch bereit, anzunehmen, wenn er Persönlichkeit spürte und erkannte, daß der andere etwas zu sagen habe. Bemüht, seinen „Fond zu erweitern“. Dafür war er auch zu intelligent, als daß das Gegenteil hätte zutreffen können.

F.d.R.:

*Dr. Harald Laeuen,
31/7/1965*

Kraft Freiherr von Palombini, Petzen bei Bückeberg,
25.7.1965

Goerdeler: Als Oberpräsident für Pommern kommt nur Kleist-Schmenzin in Frage. Er traute Kl. die Gabe zu, zu verwalten zu können.

Kleist in Haft (Palombini Kalfaktor):

Völlig strenggläubiger Mann, auch stur, fanatisch. Ungebrochen, beste Haltung.

Gespräche: Was wird mit Schmenzin, was mit der Familie? Was in Jalta besprochen worden war, hatte sich im Gefängnis verbreitet. Sorge: wie soll Deutschland ernährungsmäßig bestehen, wenn Pommern und Osten verlorengehen? Man wußte nicht genau: ob Annektion oder nur fremde Verwaltung.

Beim Abschied Kl zu Palombini: Bleiben Sie gottbehütet. Absolute Haltung.

Kl machte sich nichts vor, was aus Deutschland würde. Kein Illusionist zum Guten, sondern pessimistischer Realist.

F. d. R.:

*Dr. Audo Klement,
2577/2165*

Institut für Zeitgeschichte Archiv

23. 6. 56.

Leopold Raesfeld - Wittkop
 Gärtersloh, Pauenstäcker Weg 226.

Für Herrn zum v. Kleist.

Ich bitte um Aufnahmigkeit, daß ich obige Karte
 auf Herrn Wittkop vom 1. 5. ev. anbrachte, ich habe
 aber inzwischen in meinem Gedächtnis gemacht
 und trotz der langen Abwesenheit von Potsdam
 (seit 34 bin ich wieder in meinem Zimmer) so si-
 cheres gefunden, daß für Sie von Jutwissa kein
 Kämmerer. Außerdem war es aber auch so, daß
 ich Herrn v. Kleist eigentlich nur einfach
 kenne. Ich war als Jäger am Schmeussener Jäger,
 Kämmerer Herrn v. Kleist für Herrn Förster Netzel
 sagen, obwohl der lauter. Braute Ober Rosen
 der jetzt in H. Halle (Kam.) Frankfurterweg 35 wohnt.
 zum Rosen war, wenn ich mich irrt, auf was der
 Offizier von Belgard zu dem Schmeussener Jäger
 gelangt und kann der Allem seine Fleißigkeit in
 ganz besonders vielen, lebendigen Art pflegen.
 Außerdem will ich mich mal an meinen
 Kopenhagener Papper (Lüpfle) wenden, der seit
 einiger Zeit nach Dessau verfliegen ist und
 Herrn v. Kleist nachher erzählen kann aus seiner
 Schmeussener Zeit.

Forderungen des Finanzamt gegenüber
 (im Jahre 26 oder 27) gab es keine Kaufgaben,
 es folgte die große Protest Demonstration
 und viele Besitzer des Kreises Belgard
 sind seinem Rufe gefolgt ob wir einen
 Protest Marsch durch Belgards Wälder
 mussten (auch am Finanzamt vorbei)
 Bei den Lohnempfindungen mit dem v. J.
 nach lebendigen Landbau hat es auch
 feste Käufe, aber ^{mit dem Arbeitgeber} gew. v. Kreis gab nicht wenig
 auch vom nach nicht als je unsere öffentlichen
 Arbeiter 3 Wochen in der Gemeindefabrik
 und mit 100 te von festeren Fabriken her-
 vorkommen.

Politisch hat gew. v. Kreis alles neuartig gesehen,
 sein Verhalten ist, und wenn es ihm noch
 zürückte sein Plakette zu kaufen, um nicht
 den Lohn der kleinen Güter auf sich zu lau-
 ren. Was er sich bei ihm in. sagte: "und wenn
 sie mir Frau in Kinder verkaufen in mich ein-
 kommen, unterstützen Sie ist die Kaufmann
 nicht mit einem Pfennig!"

Was mir immer sehr ungenügend ist, aber für
 mich als einfacher und pflichter Äußerer.
 bezüglich seiner Kämpfer war es ihm egal, ob
 er ein großer in ein kleines fette, und ob der
 Kämpfer eine Bogenschütze oder eine Artenschütze
 fette.

Auf die Frage ob auch Peter bei der Aufstellung
meines Autos.

So könnte ich vielleicht noch mancher mitteilen,
aber ich sollte, daß Herrn Pionis zumächst gedient
ist und sollte, daß Rosen und Pastor Lüpke
noch mancher weggehen können.

Wart ich mich noch zum Heute fragen, weshalb
von Kleist ^{oder} Familie die angeführt?

Adem die der Gp. Tychler angeführt sollten,
dann würde ich die vielleicht interessieren, daß
ein ganz alter und bekanntes Tychler
Karl Kühnemann, der noch so sehr auf dem Gut
angesehen ist — bei uns wohnt und für die
meiner noch mit — 83 Jahren arbeitet.
Er hat die Tychler angeführt und war lange
Jahre Kücherei Köchen.

Mit freundlichen Gruss
Hr. P. w. w.
L. Rosow.

Rasfeld

Oskar Roosen
2161 Wingenkallen / über Rade

ZS/R-31 / 88 - 7

6. 4. 65

Liebe geschätzte Frau Dr. Spring!

Ihren Brief v. 31. März habe ich erhalten.
Ich freue mich darüber, daß Sie an einem Biographien
über Goethe von Kriest - Schumann arbeiten u. will
gerne einen Beitrag dazu leisten, soweit ich in
bestimmten Grenzen dazu in der Lage bin.

Grundsätzlich möchte ich hervorheben: Meine
Einstellung zu einem Menschen ist nicht bedingt
durch sein gutes oder schlechtes allm. Ich wünsche,
den ganzen Menschen zu sehen, u. wenn er mich
aufweckt, zur Maßzeit herbe, dann habe ich ihn
lieb als ganzen Menschen mit seinem Herzigen
u. mit seinem Sollen. Das Kritische für einen
wertvollen Menschen ist sein Neben nach Maßzeit.
Für solche Mensch von Goethe von Kriest.
Ich schreibe Ihnen diese einleitenden Worte, damit
Sie das verstehen, was ich meine mit dem von Kriest-
Broschüre über den Schumann geschrieben habe.

Mit freundlichen Grüßen zur Beantwortung Ihrer Fragen
1 u. 2.

Zu 1./ Dem ersten Teil dieser Frage glaube ich, mit
Ihr beantworten zu können. Für Sie von Kriest

galt ihm wohl Klippen gegliederte Gesellschaft als
identisch mit einer Ordnung, die nicht aufgegeben
werden dürfte. Ich möchte aber differenzieren:

Zwar vermag ich diese Einstellung wohl in seinem
Glauben, daß der Adel mit besonderen Aufgaben
betraut sei. Jedoch kommt es mir klar auf dem
Hintergrund, daß dieser Vorwand eines Vorurteils
nicht im Falle vorliegender Klippen darstellt, sondern
dieser sittliche Haltung in dementsprechende Leistungen
immer wieder vorzuleben werden müssen.
Ich glaube mich, sagen zu können, daß die
entscheidende Reaktion, mit der sich von Klippen
den einzelnen Mitarbeitern gegenüber, nicht
nur aus dem Gefühl gebührender Achtung unter-
scheidet, sondern zum größten Teil
in gegebenen Dienstverhältnissen ~~besteht~~
ausgesprochen ist.

Nur bei ihm in Diensten kommt nichts konkret
sonst mit warmer Fürsorge befaßt, aber
auf unter Beachtung eines gewissen Abstands.
So wenn ich in 8-jähriger Tätigkeit in Genuß,
außer zu dienstlichen Besprechungen, nicht im ein-
zigsten Mal in seinem Hause. Aber als ich aus
seinem Diensten bin, bot er mir für Genuß
seiner Dienste an. Und mich auf als einzigen
Bürgern zu seiner Hofhaltung ein. (Hier
von übrigen der Abstand, den er mir gegenüber
als seinem Angestellten wahrte, nicht in Betracht.
Es ist nicht immer gut, wenn man mit einem Chef

weise oder weniger verfeinert ist.)

Auf den zweiten Teil Ihrer 1. Frage bejahe ich für von Klipf meine wohl meine Meinung jeder Zeit bereit gewesen, alle Beziehungen zu fördern, auf wenn sie nicht einem Kontext gegenüber wären. Er würde sehr wohl, daß Charakter und Können nicht bezügelte mich einem Kontext sondern in jeder Gesellschaft zu finden sind. Auf wenn sie politisches u. wirtschaftliches Neben nicht eingesengt durch die Konzeption, mich ein Kontext können den Verhältnissen gewalt werden, obwohl es das von einem Kontext wohl genau umgekehrt hätte.

Zu Frage 2.) Diese Frage ist für mich unerkennbar - weiß mich schwer zu beantworten, obwohl ich so manches Mal politische Gespräche mit Herrn von Klipf hatte. Weshalb? Falls immer Kritik an bestehenden Verhältnissen, sie ist in der heimischen Republik oder zu fiktionaler Diktatur. Warum? Sie u. werden gelegentlich dienstlicher Befehlsungen, förmlicher wohl meine Leistungen Tätigkeit, als ich in Zusammenhang für jeden Dienst und somit öfter mal zu ihm kam.

Allgemein gesagt: Er von Konzeption, aber besteht nicht in einem Kontext. Er bleibt beweglich, aber jenseits der Grenzen zu kommen. Seine Leidenschaft war sein Verantwortung: Kritikgefühle gegen Gott. Ich würde mich wohl an

ein Gespräch nach einem Jagd, als er - etwa dem
 einem nach - sagte: "Wir waren alle, auch in unseren
 Entscheidungen. Wenn ein Schritt aber ist wirklich nach
 seinem Gewissen zu einer Entscheidung drückenden
 hat, so ist diese Entscheidung vor Gott richtig, auch, wenn
 sie falsch war."

Ich möchte die Frage & damit alle beantwortet
 bekommen. Jedes Eingehen auf einzelnen Äußerungen
 oder Gesichtspunkte könnte das Gesamtbild seiner
 Einstellung nicht zeigen.

Ihre Bitte, einen charakteristischen Vorgab-
 lung in Zusammenhang zu schildern, kann ich leider
 nicht nachkommen. Ihre von Kliff war viel
 abwesend von Zusammenhang. Sie hatte zum Brauten
 so gesagt, dass sie nach einem von ihm vor-
 gelagten in von ihm von Kliff genehmigten
 oder auf korrigierten jahres - verhaltensplan
 unfehlbarmäßig selbständig arbeiten könnten.
 Während seiner Anwesenheit in Zusammenhang kon-
 stant zu er zu sein bezüglich dem Gang der Wirtschaft
 auf den Löhnen, sprach mit seinem Brauten
 aber nicht mit ihm, wenn er sie entweder
 zufällig traf, oder wenn er ihm eine aufgefällige
 Angelegenheit klären wollte.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir schreiben über
 von Kliff berichten würden. Sie würden mit besser
 Sicht nach einem begreifen oder korrigieren wollen.
 Nur dem wünsche, dass man möglichst etwas gebracht
 zu haben, bin ich mir, kann ich Ihnen nicht
 Ich bleibe Ihr
 der Oskar Roosen.

Befragung zu Ewald v. Kleist-Schmenzin mit Herrn v. Schlabrendorff

? x 19.9.1965.

steht nicht im Protokoll

Antwort 1: Soweit ich das zu beurteilen vermag, war die Lebensanschauung von Kl.-Schm. in dem Augenblick fertig und fest geprägt, nachdem er erwachsen war. Er war mit dieser Anschauung einfach als Kind aufgewachsen, und er hat sie später nur überprüft aufgrund dreier Momente:
a) Geschichte
b) Literatur
c) Philosophie.

Das waren die drei Gebiete, in denen er so zu Hause war, daß Universitätsprofessoren erstaunt waren, über die Bildungselemente, die er in allen drei Disziplinen aufzuweisen hatte.

Antwort 2: ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ Den stärksten Einfluss auf Kl.-Schm. hat seine Mutter gehabt. Er hat immer wieder erwähnt, wie häufig er zur Freude seiner Mutter Gedichte auswendig gelernt hat. Dabei erinnere ich mich, daß er besonders das Gedicht von Chamisso über die "Waschfrau" zitierte und bis zu seinem Lebensende auswendig konnte. Am stärksten machte die Einfachheit des Gedichtes auf ihn Eindruck. Soweit er mir darüber etwas erzählt hat, war es der Einfluss seiner Mutter und der Einfluss seiner heimatlichen Landschaft, die ihn geprägt haben.

① ✓

Antwort 3: Das Gutshaus lag weit ab von der großen Straße. Es lag mitten in einem Walde, aber vor und hinter dem eigentlichen Wohnhaus war eine riesige, freie Grasfläche. Es war ein altmodisches Haus, ohne besonderen Schmuck, in dem es sich aber infolge seiner Weiträumigkeit sehr behaglich wohnen ließ. Da Kl.-Schm. ein grundsätzlicher Feind aller Neuerungen war, ließ er aber auch an diesem, seinem Wohnhaus nichts ändern und versagte sich und seiner Familie zusätzliche Bequemlichkeiten.

II

Antwort 4: Ich glaube, daß weder die erste, noch die zweite Alternative den Kern der Dinge bei Kleist-Schmenzin trifft. Er war einer der wenigen Menschen, denen es gestattet war, als Mann über religiöse Dinge zu sprechen. Sie kennen sicherlich das Wort von Goethe, daß ein anständiger Mann sich über Dinge der Religion schweigend verhält. Da bildete der Schmenziner eine Ausnahme. Er hatte beinahe etwas an sich von einem alttestamentlichen

Institut für...

* Tatsächl. Hiob 38, 11
" Hier sollen...."

Propheten. Er kam auch in Gesprächen immer wieder auf das Alte Testament und auf Jesaias und Jeremias zurück. So zitierte er häufig das Wort aus Jesaja: "Einst werden sich legen deine stolzen Wellen".^{*} Seinen Besitz fasste er auf, als eine ihm von Gott gegebene Gabe, ein Pfund, mit dem er zu wuchern habe, im Sinne des Wohles der Allgemeinheit. Einer seiner häufig wiederholten Aussprüche war, ein Besitz wie Schmenzin darf man nur haben, wenn man gewillt ist, ihn jeden Tag zu verlieren. Daneben war er ein ausgesprochener Finanzwirt. Er verwaltete seinen auch für pommerische Verhältnisse ungewöhnlich großen Besitz vom rein finanziellen her. Er hatte eine Buchführung und ein Verhalten gegenüber der Steuer, die sich am besten dadurch charakterisierte, daß einst der Finanzamtspräsident von Köslin sagte: " Wenn ich mir Sonntags mal ein besonders Vergnügen machen will, dann nehme ich mir die Steuerakten von Kleist-Schmenzin mit nach Hause und studiere sie. Es gibt niemanden, in ~~meinem~~ dem gesamten Regierungsbezirk, der mit einer so profunden Kenntnis des Steuerrechtes seinen Betrieb zu verwalten weiß ". Ein Beispiel, das vielleicht mit in diese Rubrik hineingehört, ist folgendes: Dem Schmenziner-Kleist wurde eines Tages die Auflage gemacht, eine elektrische Leitung oder eine Telefonleitung in der Weise zu legen, daß von ihm die Masten von seinem Holz zur Verfügung gestellt wurden, aus seinem Wald. Das tat er, aber er tat es infolgender Weise, er ließ die Bäume nicht schälen, sondern setzte die Bäume mit der Schale aus Gründen der Kostenverbilligung in die Erde. Dann gehört mit dazu, daß er erst sehr verspätet sich ein Auto anschaffte, wobei er grundsätzlich das kleinste Auto kaufte und dann immer nur ein ⁴second-hand-car. Er war ein Spargenie. Er verstand es in den schwierigsten Zeiten der Landwirtschaft, in den zwanziger und dreißiger Jahren, durch ungeheure Einsparungsmaßnahmen seinen Betrieb immer noch über Wasser zu halten.

Frage:

Hat er Osthilfe in Anspruch genommen?

Antwort 5:

Das kann ich nicht mit 100%iger Sicherheit sagen. Er hat einmal einen Teil seines Betriebes verkauft, um irgendwelche drückenden Schulden loszuwerden; ~~er~~ ~~außerdem~~ außerdem verpachtete er an reiche Industrielle, Teile seiner Jagd.

Antwort 6:

Sie meinen also die Umwelteinflüsse außerhalb seines Elternhauses? Von seinem Elternhaus kenne ich nur aus seinen Erzählungen heraus, ~~den~~ den Einfluß seiner Mutter. Von seinem Vater sprach er ganz selten. Was die Umwelteinflüsse außerhalb seines Elternhauses angeht, so erwähnte er immer wieder stark die "Kanitzer" in Leipzig, innerhalb welcher Gesellschaft er sich bewegt hatte. Hierbei wies er immer wieder auf seine Freundschaft zu Tadden-Trieglaff hin, gerade in der berühmten Ablehnung der Duellfrage, obwohl der Schmenziner selber das Duell im Prinzip nicht ablehnte.

Antwort 7:

Der Schmenziner K₁eist sprach über Wilhelm II. in zwei Versionen. Soweit es sich um die Öffentlichkeit handelte, war er geneigt, entweder über seine Schwächen zu schweigen oder ihn sogar gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz zu nehmen. Diese Einstellung beruhte auf der in ihm lebenden Tradition. Er konnte aber auch in einer anderen Version über ihn sprechen, wenn er sich im engsten Kreise wußte. Dann freilich verurteilte er diesen Kaiser seiner ganzen Persönlichkeit nach. Er sah ihn als den Verderber Preußens und auch den Verderber des deutschen Reiches an; Sowohl nach der außenpolitischen Seite, wie auch nach der innenpolitischen Seite. Er verurteilte seine forschen Ausdrücke, er verurteilte das aufwendige Leben, er verurteilte seine Hinwendung zum Großbürgertum, er machte ihn dafür verantwortlich, daß der feudale Anstrich des deutschen Reiches vor 1914 immer mehr zur Kulisse wurde und ersetzt wurde durch Industrielle, seewirtschaftliche und bankmäßige Gesichtspunkte. Im vertrauten Kreise ließ er an Wilhelm II. kein gutes Haar.

Er hätte ihm alle diese eben erwähnten Dinge verziehen, wenn er im November 1918 seine geschichtliche Rolle wie seine Vorfahren durchgespielt hätte. Er sah aber in dem Weggang nach Holland den eigentlichen Verzicht auf den ererbten Anspruch und damit auf die ererbte Pflicht.

Antwort 8:

- 1.) Der Schmenziner Kleist hat überhaupt keine Skrupel, weil er ein Mann aus einem Guß war;
- 2.) haßte er Hitler so nachdrücklich, daß er ihn mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote gestanden hätten, beseitigt hätte. ~~xxx~~

Was nun die Rolle des Offiziercorps angeht, so hatte der Schmenziner die Vorstellung, des Versagens der Offiziercorps am Ende des Ersten Weltkrieges. Er ~~traute~~ traute deshalb dem Offiziercorps nicht über den Weg. Er war natürlich auch durch mich darüber unterrichtet, über Dinge die innerhalb des Offiziercorps an Gedankengängen vor sich ging. Man sah aber seinem Gesicht an, daß er nicht an die Echtheit dieser Gedankengänge glaubte. Er war der Auffassung, die Leute denken wohl so, erwägen diese Dinge, aber handeln werden diese Offiziere niemals.

Der Name von Tresckow ist selbstverständlich gefallen, aber der Schmenziner war zuletzt so verbittert, resigniert und isoliert und zwar durch eigenes Verhalten in sich verkapselt, daß er von den Offizieren so gut wie nichts erwartete.

Antwort 9:

Ich weiß nicht, ob er Schulenburg gekannt hat, ich möchte es nicht glauben, und zwar weder den Botschafter noch den Fritz Schulenburg. Von Offizieren kannte er in erster Linie Canaris. Mit Canaris hatte er eine gewisse Verbindung und auch eine gewisse Vertrautheit. Er sah ihn gar nicht als den Typ des deutschen Offiziers an. Dazu kam, daß Canaris zunächst einmal von der Marine war, dazu kam, daß Canaris nicht aussah wie ein Offizier, nicht sprach wie ein Offizier, daß er etwas Diplomatisches, Verschlagenes in seinem Wesen hatte. Mit solchen Leuten umzugehen, lag dem Schmenziner ausgesprochen. Er hatte dann noch sehr stark gekannt,

den Generaloberst Beck, den er als Persönlichkeit und militärischen Ratgeber sehr schätzte, von dem er aber leicht zweifelte, ob er eine große Tatkraft entwickeln würde. Er kannte dann noch aus seiner Familie den Feldmareschall v. Kleist, den er nicht übermäßig gut beurteilte, viel besser beurteilte er den Oberst Bernd v. Kleist. Er hat aus der früheren Zeit Schleicher gekannt, Hammerstein gekannt, beide hielt er aber für Zyniker, und hat nicht geglaubt, daß, wie er immer sagte, diese Zyniker zu einem großen Schlage gegen Hitler auszuholen in der Lage wären. Er hatte einen ausgesprochen ~~Anti-Militärischen~~ Affekt.

Antwort 10:

Ich glaube, daß seine Kenntnisse über die Judenvernichtung nicht übermäßig groß waren. Er wußte und kannte im großen und ganzen die Tatsache, aber er kannte keine Einzelheiten. Diese Frage stand für ihn auch nicht ~~im~~ ~~so~~ im Vordergrund, wie das heute für uns der Fall geworden ist. Für ihn stand eigentlich das religiöse und politische Moment im Vordergrund. Und diesen beiden Momenten ordnete er alle anderen Gesichtspunkte unter.

Antwort 11:

Der Schmenziner hatte soviel Realitätssinn, daß er sich darüber im klaren war, eine Ausschaltung von Parteien in unserem Jahrhundert war und ist nicht möglich. Er glaubte aber, daß die daraus etwa resultierenden Schäden verhindert werden könnten, durch ~~zwei~~ zwei Momente, einmal ein starkes Oberhaus und zum zweiten durch einen ^{an} der Gesetzgebung beteiligten Monarchen, dem er ja nur keineswegs eine repräsentative Rolle zuschieben wollte. Ich glaube, daß mich zu erinnern, daß der Schmenziner immer wieder betonte, eine eigene Meinungsbildung ist nur möglich, wenn man eine Kritik erfährt und die Mängel, die die Kritik mit Recht rügt, abstellt. Darin sah er, das, was Smend die unentwegte Integregation innerhalb des Staatsbildes nennt. Und aus dem Grunde wollte er ein Mitwirken politischer Parteien unter keinen Umständen missen. Er war überhaupt gegenüber jeder Kritik erstaunlich aufgeschlossen, auch wenn sie sich gegen ihn persönlich richtete. Er war alles andere als ein Autokrat. Wenn er freilich sich mit einer Kritik auseinandergesetzt, und einen Schluß gefunden hatte, dann blieb es bei dem,

was einmal angesichts der Kritik von ihm entschieden worden war.

Antwort 12: Ich möchte sie erweitern. Er war nicht nur der Meinung, daß es eine sozialdemokratische Partei geben müßte, er war sogar der Meinung, daß ^{es} eine kommunistische Partei geben müßte. Auf die heutige Zeit bezogen hätte er ein Verbot der kommunistischen Partei niemals zugestimmt. Daher starren auch seine Verbindungen zu Leuten auf der kommunistischen Seite. Les extrêmes se touchent. Er schätze die ungeheure Logik, die in der kommunistischen Ideologie herrscht und er schätze die Einsatzbereitschaft, die auf dieser Seite vorhanden ist und hatte ~~g~~ einen geradezu diebischen Spaß daran, sich mit dieser Seite in Gesprächen auseinanderzusetzen. Er war eigentlich, wenn man es überspitzt ausdrücken will, ein Mann, der sich eher mit Moskau als mit Rom abgefunden hätte.

Antwort 13: Die Naturverbundenheit bei ihm war so stark, daß man ohne seinen landschaftlichen Hintergrund und sein tägliches Verweilen in dieser Landschaft ihn sich gar nicht vorstellen kann. Er war ein ausgesprochener Feind der Städte. Das war auch der Grund, weshalb er seinen Aufenthalt in Großstädten wie Berlin manchmal über Gebühr abkürzte. Er konnte es nach 10 Tagen in einer Großstadt wie Berlin nicht mehr aushalten und mußte zurück in seinen Wald. Er hatte daher z.B., obwohl ^{sonst} ein ~~sehr~~ scharfer Kritiker Bismarcks war, und vieles an Bismarck auszusetzen wußte, ~~hatte er~~ eins immer wieder bei Bismarck lobend hervorgehoben; möglichst wenig in der Stadt sein, viel Urlaub nehmen und sich viele Monate auf dem Lande aufhalten. Da kämen einem die guten und großen Gedanken.

Frage: Was kritisierte er an Bismarck?

Antwort 14: Das Opportunistische an Bismarck.

Frage: Stand er auf dem Gerlachschen Standpunkt?

Antwort 15: Nein, dazu war er wieder zu sehr Realist.

Ich glaube nicht, daß man ihn mit den Gerlachs auf eine Stufe stellen kann, weil das schon in religiöser Beziehung nicht möglich wäre, denn er stand ja innerhalb der Generalsynode der Altpreußischen Union eigentümlicher Weise auf dem linken liberalen Flügel. Er war wie David-Friedrich Strauß politisch konservativ, konfessionell liberal. Er leugnete die Gottheit Jesu Christi, er leugnete alle Wunder in der Bibel, er betrachtete Christus rein als Menschen und hätte sich deshalb mit den Gerlachs niemals abgefunden, auch wenn er über Friedrich-Julius Stahl sprach, galt seine hohe Anerkennung für diesen Mann nur für die politische Seite, nicht für die religiöse Seite.

Bismarck hielt er für einen ~~Opportunisten~~ Opportunisten, ~~weil~~ indem er immer wieder auf die Indemnitätsvorlage von 1866 hinwies. Die Änderung der Kreisordnung, die Bismarck durchgeführt hat, die hat er ebenfalls verurteilt, weil er fand, daß sich ^{durch} diese Kreisordnung die Herrschaft auf dem Lande auch allmählich auf die Massen verlagern würde. Das behagte ihm aber ganz und gar nicht. Er hielt das für ein Zugeständnis an die Industrie. Die industrielle Welt war ihm weilenweit entfernt, sowohl die des Unternehmers, wie die des Arbeiters. Die Welt des Angestellten hat er überhaupt nicht gekannt. Er verurteilte auch den Weg Bismarcks zu den großen, sozialen Reformen. Er fand, daß das ein Weg sei, dessen Ende man nicht absehen könne. Er hatte überhaupt kein Verhältnis zum Massenzeitalter. Das zeigte sich z.B., wenn ich hier eine Bagatelle erwähnen darf, in der völligen Ablehnung des Films. Er verstand nicht, daß der moderne Mensch des technischen Zeitalters des Filmes bedarf. Den hätte er am liebsten, wenn er gekannt hätte, ganz abgeschafft. Er dachte in soziologischer Hinsicht, wenn man sich gelehrt ausdrücken soll, doch sehr stark von der landschaftlichen, ländlichen Struktur der sechs östlichen Provinzen Preußens aus. Das technische Zeitalter war ihm fremd. Da hätten auch ohne Zweifel seine Schwierigkeiten gelegen, wenn er in die Notwendigkeit versetzt worden wäre, ~~sich~~ sich von der Regierungsbank aus mit diesen Problemen auseinanderzusetzen.

Antwort 16.: Zunächst mal möchte ich sagen, ich persönlich halte die Darstellung von Lewy ~~(M)~~ über die Kirchenfrage in der Zeit des Dritten Reiches für outriert, und gebe diesem Buche nur einen begrenzten Wahrheitswert. Der Autor dieses Buches läßt auf jeder Zeile durchblicken, daß die Ergebnisse seiner Forschung ~~entsprechend~~ feststanden, bevor er sich den Forschungen selber widmete. Der Schmenziner war selbstverständlich über beide Kirchen tief enttäuscht. ~~Daher~~ Daher stammte auch sein Wort, das er immer wiederholte: "Feige wie ein Offizier, und glaubenslos wie ein Pastor". Wenn aber ein Pastor in seiner Gegenwart war, modelte er dieses Wort um und sagte -"feige wie ein Offizier und glaubenslos wie ein Christ" - In beiden Fällen also große Enttäuschung, was ja auch zu seinem Austritt aus der evangelischen Kirche beigetragen hat. Er trat aus und ^{er} ist einer der wenigen, ~~die~~ ^{der} bei seinem Austritt, der ja damals noch erklärt werden mußte vor einem Gericht, daß er diesen Austritt dahin formulierte; "Ich trete aus der evangelischen Kirche aus, aber nicht aus nationalsozialistischen Gründen".

Antwort 17: Immer wieder hatte er in der ersten Phase seiner Zeit nach einem Manne gesucht, und er hat diesen Mann in der unteren Schichten des deutschen Volkes gesucht. Er zitierte gern das Wort von Raabe, daß die Befreier der Menschheit aus ihrer Tiefe emporsteigen. Er war sogar des Glaubens daß, eine neue, religiöse, reformatorische Bewegung über die ganze Welt gehen könne, und meinte, eine solche Bewegung geht ganz sicher von einem Manne aus, der gesellschaftlich gesehen von ganz unten kommt und der sicherlich nicht in einem Palast geboren ist und in einem ~~Erster~~ Erster-Klasse-Hotel wohnt.

Antwort 18: Die Frage kann ich nicht mit ja oder Nein beantworten, ich glaube sogar, daß er auf das Offizierscorps gerne schimpfte, um das Offizierscorps zu einer Tätigkeit anzuk~~reißen~~ treiben, weil er sich natürlich darüber im klaren war, daß nur über das Offizierscorps ein H₂ndeln mit Machtmitteln möglich war. Seinem Sohn, Ewald-Heinrich, hat er ja auf die Frage nach einem Attentat gesagt: "Wenn man eine Gelegenheit dazu hat, muß man es begehen, ~~man~~ man kann sonst im Leben nie wieder froh werden".

Antwort 19:

Diese Frage kann ich gar nicht beantworten, ich habe den Schmenziner zu dieser Zeit (Hitlerputsch 1923) gar nicht gekannt, ich kann mich auch nicht entsinnen, daß er später über diese Dinge irgend ein Urteil von sich gegeben hat.

Antwort 20:

Er sah in der Demokratie die Gefahr der Abwendung zur Ochlokratie, eine Affinität zwischen Demokratie und Ochlokratie. Daher stammt aus einer Wahlversammlung, die er einmal abgehalten hat, in Groß-Tychow^(?) in Pommern eine berühmte Entgegnung auf einen Diskussionsredner. Der Diskussionsredner begeisterte sich für die Demokratie und verstieg sich zu der Behauptung, Demokratie ist die Liebe Gottes. Der Schmenziner antwortete ihm: "Nach meiner Kenntnis heißt demos nicht Gott, sondern Volk, und kratein nicht lieben, sondern herrschen."

In der Schweiz könnten Sie das Wort natürlich anwenden, da haben sie noch weitgehend ~~kinz~~ in den Kantonen eine Abstimmung des Volkes, wenn auch in den deutschsprachigen Kantonen, der Männer, oder der bewaffneten Männer, ^{die} bis auf den heutigen Tag zur Abstimmung mit einer Waffe in der Hand kommen, sonst sind sie bei der Volksversammlung nicht abstimmungsberechtigt. Aber daneben, sehen Sie, haben wir eine Präsidialdemokratie in Amerika, die sich ja sehr unterscheidet von der repräsentativen Demokratie, wie wir sie in Frankreich haben, die sich von der institutionellen Demokratie unterscheidet, wie wir sie in England haben. Ich persönlich neige doch dazu, daß Demokratie immer mehr zu einer Vokabel auf dieser Welt geworden ist, unter der sich die einzelnen Menschen sehr verschiedene Dinge vorstellen, ~~Man~~ weshalb gerade auch schweizerische Staatsrechtler ~~von~~ ^{wie} Kaegi davor gewarnt ~~hat~~, ^{haben} den Gang der Demokratie soweit auszuspannen, daß man der Demokratie das Recht gibt, Dinge des Rechtes zu regeln. Kaegi sagt, die Demokratie endet dort, wo das Recht beginnt, während Sie ~~xxxxxxxKampf~~ beim Kampf um die Verjährungsdebatte in Deutschland erlebt haben, daß das Parlament sich für befugt hielt, Dinge des Rechtes zu ändern. Ob das möglich ist, wage ich zu bezweifeln, denn wenn Sie mich fragen, was hatten wir eigentlich vor der Bundesrepublik für eine Staatsform, so würde ich sagen, der Hitler war ein guter

*Pöbel-
kammer!*

Institut

- 10 -

Demokrat, denn er hatte im Juni 1940 nach dem Waffenstillstand mit Frankreich sicherlich 90 % des Volkes hinter sich. Diesen Zeitpunkt halte ich überhaupt für den Gipfel ~~seiner~~ seiner Macht.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Statement (Befragung) Schlabrendorff: 5.3.1966 (Hilton-Hotel)
 =====

Über Stresemann nichts Detailliertes aussagbar. Von neuem jedoch: Kleist war nicht nur maßvoll - er wußte, daß Deutschland seit 1918 entmachtet war -, sondern beinahe Pazifist. Er hätte nicht geschossen. Auch das Korridorproblem hinantgestellt, wenn es nur auf gewaltsamem Wege zu lösen gewesen wäre. Sein großes Plus: er hätte außenpolitisch Ruhe geschaffen und gehalten. Weder gewaltsame Revision noch Imperialismus. Elsaß-Lothringen fern; desgleichen Österreich, von Rußland ganz zu schweigen.

Niekisch: Das Herostratische zog ihn an, das Preußische in ihm, außerdem auch die Neigung zu Rußland, die auf einen tiefen Traditionsstrom bei ihm traf. Bedenkt man, daß er noch im März 1944 glaubte, die Russen würden ihn in Schmenzin lassen, damit er Ordnung im Kreise Belgard schaffe, so klar, daß er auch an Zusammenarbeit mit Rußland glaubte. Hier jedoch von neuem offenbar, daß er nicht begriffen, welches Gesetz die Welt seit der Oktoberrevolution von 1917 regierte. Dies auch die Gründe seines Scheiterns

seit bzw. vor 1933:

(Personalität) Ablehnung jeder Agitation und Organisation. Masse für ihn kein Objekt, das es zu gewinnen galt. Er vertraute der schmalsten Basis, auf der er stehen wollte und mit der er auskommen zu können glaubte. Daß Masse Faktor sei, auf den alles ankäme, wollte er nicht wahrhaben oder zur Kenntnis nehmen. Dies sei in zahllosen Diskussionen offenbar geworden, die Schl. mit ihm gehabt habe. Gewiß trat er in Versammlungen auf, hier wußte er auch so zu überzeugen, daß Widerspruch oft schwer, wenn nicht gar unmöglich gewesen sei, aber im ganzen ein Tropfen in dem Meer, in dem Hitler fischte. Kennzeichnend: er hielt Bolschewismus für die Erfindung einer kleinen Clique.

Später offenbar größeres Gespür für Masse: dies in seiner Skepsis gegenüber denen, die den 20. Juli machen wollten: er ließ sie, aber "sie werden es nicht schaffen."

Kleist selbst: Wir sind ausgelöscht (Mann und Stand). Siehe auch sein Gesicht: es ging nichts mehr von ihm aus.

Flexibilität. Freilich: so schmerzlich die Grenzen seiner Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit waren (Welt des Industriearbeiters und Angestellten): einmal im Amt, hätte er gelernt. Er liebte das Salz der Kritik, von dem er gestand, daß ohne Kritik keine Korrektur der eigenen Handlungen denkbar sei. Er war bereit, hier von Prinzipien abzuweichen. Beispiel: Hindenburg. Als er Osten beauftragen wollte, ~~war~~ dem er in ein Kabinett eingezogen wäre, war er bereit,

Daß es dann politisch scheitern würde, mußte er seinen Worten bei gegebenem...

- 2 -

seine ursprüngliche Abneigung zurückzustellen. "Es ist eine veränderte Situation eingetreten." Will dies legt nahe, anzunehmen, daß er vielleicht auch in der Verantwortung Lehren angenommen hätte, die er zuvor verwarf. Er war stark im Zulernen.

Ziele: Er hätte die Parteien lange dispensiert, um Raum für die Maßnahmen zu schaffen, die das Gemeinwohl verlangten. Atmosphäre der Beruhigung und Aussöhnung - unbeschadet der Widerstände, die er gefunden hätte. Aber a la longue: keine Beseitigung der Parteien, sondern Wiedereinsetzung. Auch Kommunisten: er schätzte ihren Kampfgeist viel zu sehr, um ihren Stachel entbehren zu wollen - überzeugt davon, daß ein überzeugter Konservatismus sie ertragen könne, weil er - überzeugend vorgelebt und angewandt - in deutschen Volke immer die Mehrheit gewinnen werde, die die KPD-Minderheit verkraften könne (Dies eigene Fortführung der Gedanken). Dies: die Parteien rückgängig machen: unmöglich. Gegen Geschichte und Einsichten. Er war zu gebildet, um glauben zu können, daß man den Staat wie Friedrich Wilhelm I. oder Marwitz regieren könne, auch nicht wie in Schmenzin. von Schl. in Abrede gestellt. Entschieden.

Kriterium jedoch: Verfassungsänderung Art. 54.

6/5/66

Dr. G. G.

Schlabrendorff über Kleist (Hotel Ambassador, 21.2.1967)

Bipolarität oder echte Dialektik, die sich bei Kleist nicht ausschloß:

Er war konservativ in dem Sinne, daß er das Althergebrachte zu erhalten suchte. Adel hatte in der Geschichte Preußens eine große Rolle gespielt. Er war zum Dienst erzogen. Bei zwei gleichstarken Bewerbern in jeder Hinsicht hätte er den Adel erzogen. Man konnte, so seine Meinung, nicht auf ihn verzichten, ohne sich Schaden zuzufügen. So sollte er erhalten werden.

Doch zugleich revolutionär in einem Ausmaße, das selbst ein Mehrheitssozialdemokrat nicht gebilligt hätte. Wir werden - dies Kleists Auffassung - in Deutschland eines Tages einem Typ Mensch folgen, der große Führerqualitäten besäße. Dieser Mensch werde nicht dem Adel, schon gar nicht dem Bürgertum, wohl aber dem Proletariat entstammen.

Beginn eines neuen Äons setze Chaos voraus. Dieses neue Äon würde wahrscheinlich durch eine religiöse Propädie eingeleitet werden - (Luther/Reformation).

Kleist so revolutionär, daß er Demokratie auch deshalb ablehnte, weil sie ihm zu kleinbürgerlich, also nicht radikal genug war.

Der neue Äon könne von Rußland her eingeleitet werden: Schweinehirt.

Er fand eigene Schicht verbraucht, Adelsgenossenschaft mit abwegiger Traditionspflege: Lauge seines ätzenden Spottes darüber gegossen. Juristisch gesehen: mit der Absicht zu verletzen.

Kl. Feind des Stahlhelms: zu reaktionär. Er riß das Zeichen des Stahlhelms ab und schleuderte es in den Garten.

(auch nicht der Feind schlechthin.)

Bolschewismus: Kraft, mit der man rechnen müsse; Christentum und Bolschewismus schlossen sich nicht aus.

Freilich: Inhalt der Kleistschen Revolution - offen. Streben jedoch nach Posten des Reichsinnenministers. Von daher hätte er diktieren können. Verfassungswirklichkeit, bestimm-

Goerdeler: zu geschwätzig - zu Schlabrendorff nach Unterredung selbst bekannt.

Kleist wäre der Letzte gewesen, der Begabungen aus anderen Schichten je den Weg verlegt hätte. Dies gilt für das Bürgertum wie für die Arbeiterklasse.

Buch von Lord Moran über Churchill lesen. QUELLE

bar. Wichtiger als Reichskanzler. Jedes würde sich

angesehen - so für sich. - 1. bis es als Kaiserreich -
wird die file. die meisten werden die nicht mehr

21. II. 1967. wieder kommen.

Dr. Gode Freund.

Hans Schwarz (Schöppenstedt), 26.7.1965

Kleist sehr empfindlich, fein (im Gegensatz zu Oldenburg-Januschau), fast schon so, daß es geschmäcklerisch wirkte. Aber: er hatte Phantasie, was für einen Mann, der Minister werden wollte, sicher nicht unwichtig ist. Nobel und mutig: einer von den ganz Wenigen, die Mut hatten. Er kam jedoch politisch zu spät. Gut in der Formulierung; bemüht, offen zu sein, aber er suchte auch mit starkem Willen auf andere einzudringen. Das verstimmte eher, als daß es Gefolgschaft sammelte. Antisemitismus: keiner von den Verfolgenden, doch er stand dem semitischen Intellektualismus fremd gegenüber. Mißtrauen. Es gab keine Phrasen bei Kleist. Er meinte, was er sagte. Wenn er nach 1945 hätte leben müssen, so wäre er gewiß am Schmerz zugrunde gegangen. Chef der Abwehr wäre - wie Canaris - sein Posten gewesen: er verstand es, Echtheit von Unechtheit zu unterscheiden. Wenn er am Monarchismus festhielt, so mußte er den Bruch von 1918 verkleinern. Kl nicht weitläufig; in Grenzen gefangen. Nicht Pommern prägte ihn jedoch, sondern Preußen, später: Preußen-Deutschland. Kompromisse waren ihm fremd. Er hatte Mühe, sich in andere hineinzusetzen. Sein Wille zur Macht war da, nur die Ellenbogen fehlten. Dabei hätte er sich gern in fertige Nester gesetzt, weil es ihm nicht schnell genug ging. Er dachte voraus. Man kam ihm erst zu Hilfe, als es bereits zu spät war. Er dachte, während viele seiner Standesgenossen wähten, Denken sei intellektuell. Er sprach gemessen, gepflegt, nie hörte Schwarz ihn brüllen. Prägung durch Ersten Weltkrieg: gering. Wenn überhaupt, so war Kleist schon vorher geprägt. Er war ein Edelmann und legte Wert darauf, mit dem Dichter Heinrich von Kleist verwandt zu sein.

F.d.R.:

H. A. Schwarz,
26/ VII / 1965.

Stumpff 13/15
28

ZS. R. 31 / 88

Lieber Vater mein Freund!
Lieber Sie vielen herzlichen
Gruß für den freundlichen
Besuch. Sie wurden ein-
gepaßt in meine Räume,
was mich sehr für mich
bedeutet. Ich für mich in
Ihnen. Ich für mich in
Ihnen. Ich für mich in
Ihnen.

wann Sie mich im Juri
bestehen können. Da ich
dann häufig in Mainz
sein werde, können Sie mich
bitte ersuchen, Kasper,
wenn Sie in Mainz sind.
Ich würde häufiger schreiben
können, wenn Sie mich
dann besuchen.

Kasper hat geschrieben, dass er
auf die Reise geht.

Dr. von ...
Kasper.

ZS/A-31 / 08 - 24

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verh. 27/5.

Ausgangspunkt Verh. 16.-18.7.

Verh. 22./23.7.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bericht Kopschlag v.
Sanft-Pöschel

merhin schon einige Buße leisten durfte.

Der Kampf gegen den Vertrag mit dem preuß. Staat hat nach meiner Erinnerung mindestens zeitweise bei K. im Vordergrund seiner Tätigkeit in der Generalsynode gestanden. Dabei ging es im Wesentlichen um den Artikel (ich glaube 7, sog. "politische Klausel"), der dem Staat das Einspruchsrecht bei der Besetzung der hohen und höheren kirchlichen Ämter einräumte, sofern "staatspolitische" Bedenken bestanden. Im Mittelpunkt stand bei K. wohl auch hier keine grundsätzliche Ablehnung einer Staatsform und eines Staatswesens, die ihren Auftrag nicht vom 1. Gebot ableiteten, und sein Bemühen, die Kirche der Altpreußischen Union zu einer eindeutigen Stellungnahme in seinem Sinne zu veranlassen.

Zu Ihren weiteren Fragen:

Der Konflikt mit Dewitz ist meinem Gedächtnis leider ganz entchwunden. Zu meiner Schande: Ich weiß nicht einmal mehr, um welchen Dewitz und um was es sich dabei handelte.

Über den Stahlhelm hat K. sich mir gegenüber wiederholt in dem Sinne geäußert, daß von allen Organisationen diese über das beste Menschenmaterial verfüge. Die Politik gelte er ab. Das hinderte ihn aber m.W. nicht, die Schmenziner Ortsgruppe zu unterstützen. Hierüber und über andere praktische Details könnte sicher Kopschlag genauere Daten liefern. Er ist m.W. aus Rußland zurück, ich besitze aber seine Anschrift nicht. Alice Kleist wird sie haben.

Den Grenzschutz hat K. ja anfangs stark gefördert. Ich glaube, daß er ihm gegenüber in dem Maße skeptischer und zurückhaltender wurde, wie er erkannte, daß er für seine innenpolitischen Ziele nicht zu verwenden war. Dazu beigetragen hat sicher seine Beurteilung Brienens. Was er mir darüber erzählt hat, stellt sich in meiner Erinnerung so dar: K. muß Briesen einmal (wahrscheinlich in den zwanziger Jahren) direkt gefragt haben, ob er zu einer Aktion gegen das Regime bereit sei. Briesen habe das nur unter der Bedingung bejaht, daß dabei für ihn eine hohe Stellung herauspräge. Jedenfalls schied Briesen auf Grund derartiger Gespräche aus K.s politischen Berechnungen aus.

K.s Stellung zur DNVP hat sich wohl grundsätzlich nie geändert. Wenn er sich trotzdem im Wahlkampf 1932 als Redner zur Verfügung stellte, geschah dies m.B. nur, um nichts unversucht zu lassen, was dem weiteren Vordringen der NSDAP abträglich sein konnte. Die bekannte Versammlung in Stolp - unter der Leitung des Lübzowers -, die von der Polizei (Hptm. Bözenberg) aufgelöst wurde, hat m.W. auch Stoff für die erste Inhaftierung K.s geliefert. Die NS-Störtruppe wurden damals tötlich, als K. innen zurief, daß Hitler beim Münchener Putsch ausgekniffen sei. Bei der Versammlung wirkte Eggert hervorragend mit anderen Stahlhelmen als Saalschutz.

Wenn ich nun versuche, Erinnerungen persönlicher Art wiederzugeben, so wird es sich dabei um noch winzigere Mosaiksteine handeln. Sie allein können übersehen, was davon brauchbar für Ihr Verhaben ist.

K. war als junger Assessor (oder Amtsrichter?) von Karthaus aus vor dem 1. Weltkrieg ein oder mehrere Male bei uns in Danzig gewesen, wo Vater Landeshauptmann war, und meine Eltern schätzten ihn sehr, während ich mich selbst aus dieser Zeit - damals kleiner Gymnasiast - nicht auf ihn befinne. Diese alten Beziehungen führten aber 1921 dazu, daß ich angelockt durch den schon aufkommenden politischen Ruf K.s und ermuntert durch Mutter's Zureden mich um die Inspektorstelle in Schmenzin bewarb und angenommen wurde.

Ich hatte diese Stelle v. l. 10. 21 bis Ende 1922 inne. In diese Zeit fallen die erste Verlobung und Heirat K.'s. Er war meistens verreist. Auf bedeutende politische Gespräche in diesem Abschnitt besinne ich mich nicht. Die landwirtschaftliche Leitung der Gesamtbetriebe hatte Baron Haaren, die war für ihn nicht einfach, da K. sich viele Entscheidungen vorbehielt und beider Ansichten häufig differierten, z. B. über das Haaren'sche System der Beteiligung der Arbeiter am Natural-Fehl- und Ertrag. Die Schwenziner Leute hielten mehr von ihrem Herrn als von Haaren. Sie waren übrigens die besten Landarbeiter, mit denen ich je zu tun gehabt habe. Wenn K. zuhause war, sang er, oder besser rätzte er ab und zu über die Felder, denn er legte - auch später auf gemeinsamen Spaziergängen - ein Tempo vor, mit dem selbst ich junger Sprinter kaum Schritt halten konnte. Er sah dabei aber Alles, was er wissen wollte und mußte, behielt auch immer das Auge für landschaftliche Schönheiten. Einmal hat ich ihn, einen alten, kranken Baum auf einem Schlag am Freiensteiner Weg abhauen zu dürfen, der die Arbeit der Dampfpfluger behinderte. "Wir wollen ihn stehen lassen, er ist noch ein Ruhepunkt für's Auge" sagte er (und das Angesicht der herrlichen Alleebäume und umliegenden Wälder!). Als ich einmal wegen einer nichtigen technischen Frage heftigen Streit mit Haaren hatte und kündigen wollte, wies K. mich väterlich auf meine Jugend hin und brachte mich zur Aussöhnung mit H. Bezeichnend dafür, wie menschlich K. sein konnte, war auch die Geduld gegenüber meinem Vorgesetzten (Loos), der die Inspektorwohnung nicht räumte, was dann hauptsächlich zu meinem Abgang führte.

In den folgenden Jahren habe ich jede sich bietende Möglichkeit ausgenutzt, die gewonnene Verbindung aufrecht zu erhalten, und mich bemüht, mindestens einmal im Jahr in Schwenzin zu sein. Meistens fuhr ich von Zuch aus zum Abend herüber. Der Ablauf war fast immer der gleiche. Nach dem Essen saßen die Frauen zuerst dabei, gingen aber bald zur Ruhe. Dann begannen die eigentlichen politischen Männergespräche, die selten vor Morgengrauen endeten. Dabei fehlten nie die materiellen Genüsse: erlesene Weine und Zigarren. In der Weimarer Zeit beschäftigte K. die Frage der Wiedereinführung der Monarchie noch sehr stark. Nach 1933 trat sie hinter der Sorge um den Bestand des Reiches überhaupt und um die sittlichen und rechtlichen Grundlagen zurück. Ich hatte den Eindruck, daß K. zu jeder Zeit über fast lückenlose Verbindungen zu den Regierungsstellen in Berlin, Paris und London verfügte, außerdem zu den meisten Parteien und Organisationen von Bedeutung. Seine Informationen waren frappierend, und ich entsinne mich keines Falles, wo sie nicht zuträfen. Immer wieder wurde die eigene Haltung unter der Sicht aus dem christlichen Glauben und der daraus abgeleiteten Tagespflicht überprüft.

Aber das sind allgemeine Schilderungen, die Ihnen nicht Neues bringen. Man sieht erst im Verlauf der Darstellung, wie schwer es ist, konkrete Einzelheiten historisch getreu zu rekonstruieren. Meine Tagebuchaufzeichnungen sind alle vernichtet und verloren.

Einige Einzelheiten aus der Zeit seit 1933 sind etwa genau erhalten geblieben.

K.'s Urteil über Hindenburg wurde nach dem 30. 1. 33 zunehmend schärfer. Wiedeholt nannte er ihn einen "pflichtvergessenen Rührer" und zitierte Hammerstein, der nach H.'s Tod zu K. in Herrenclub gesagt hatte: "Was? Gestorben? Verrückt ist er!"

Zu Schleicher hatte K. kein Vertrauen. Die beiden Naturen wa-

ren zu verschieden. Dabei gingen sie in der Zielsetzung kaum auseinander, erkannten das aber nicht, weil sie in den Ausdruckformen zu weit von einander abwichen. Beiden gemeinsam war die Furchtlosigkeit. Auch Schleichers christliche Basis war echt, nur oberflächlich als K. (so weit ein Mensch dergleichen erkennen kann). Ich sehe es noch heute als ein Moment unserer Verhängnis an, daß diese beiden Männer nicht miteinander kämpfen konnten, wenigstens von dem Augenblick an, als beiden klar war, daß die Hauptgefahr vom Nationalsozialismus drohte. Keiner von beiden hätte es wohl fertig gebracht, sich dem Anderen wenigstens vorübergehend und in bestimmten Grenzen unterzuordnen.

Unvergesslich ist mir mein erstes Treffen mit K. nach München. Während die ganze offizielle Welt und alle ahnungslosen und ängstlichen Gemüter in Deutschland jubelten, war K. so deprimiert, wie ich ihn nie vorher oder nachher gesehen habe. "Jetzt habe ich keine Hoffnung mehr." Auf meinen Einwand, wie sich das mit unserem Glauben vertrüge, erwiderte er, daß er natürlich irgendwann einmal wieder eine Aufwärtsentwicklung geben könne, daß aber zunächst eine Katastrophe unvermeidbaren Ausmaßes für Deutschland nach menschlichen Ermessen unvermeidlich sei.

Nach Ausbruch des Krieges mußte er zu Beginn der Polenfeldzüge oder gleich danach gewesen sein - äußerte er unumwunden, daß der Krieg nicht zu gewinnen sei, und daß Hitler es ihm auch nicht gewinnen dürfe, weil dann eine Rückkehr zu Recht und Ordnung überhaupt nicht mehr abzusehen sei. Demgegenüber hielt er selbst die härtesten Friedensbedingungen immer noch bis zu einem stark erträglichen Grade für reparabel. Er ließ sich auch später durch keine militärischen Erfolge blenden. Im Oktober 1941 sah ich ihn in Schmenzin zum letzten Mal. Der Vormarsch auf Moskau und Potos war im Gange. K. sagte die endgültige Niederlage in Rußland voraus. Ich erinnerte an das Schicksal der großen Armee 1812 und meinte, daß man unsere braven Männer dergleichen doch nicht wünschen dürfe (ich selbst befand mich nach Verwandung auf dem Wege zur Ostfront). Nein, das selbstverständlich nicht, der Zusammenbruch müßte sich ja nicht unbedingt in solchen Formen vollziehen.

Wer K. nicht näher gekannt hat, wird ihm jede musische Ader abprechen. Und doch behaupte ich, daß sie vorhanden war. Allerdings hat er seine zarten Seiten und Empfindungen vor fremden Blicken streng gehütet, denen er verletzende Schroffheit gönnte, wenn er es für geboten hielt. Seine Vertrautheit mit den griechischen, römischen, deutschen Klassikern u. s. w. habe ich oft bewundert. Selbst die Art, wie er Wald und Wild liebte und die Jagd ausübte, grenzt an das Musische. Im äußerlichen Kontrast zu seiner sachlichen Schärfe stand auch seine vollendete Höflichkeit. Ohne Rücksicht auf das grauamte Wetter sehe ich ihn z. B. wiederholt ohne Hut und Mantel vor seiner Haustür stehen, bis er seinem alten Opel gefiel, endlich anzupringen oder bis die letzten Gäste in ihren Landauer geklettert waren. "Ich liebe eigentlich das wilde, Unbeleckte" sagte er, als wir einmal im Schmenziner Wald spazieren liefen und ich wohl meine Freude an dessen gepflegtem Zustand geäußert hatte. Ich weiß allerdings nicht, ob diese Liebe irgendwo und wann in Erscheinung getreten ist, glaube aber, daß er es bedauert hat, daß ihm die weiten Rußland für Reisen und Aufenthalte verschlossen waren.

Im Bewußtsein der Vergänglichkeit aller auf nur materiellen Grundlagen fußenden Macht geißelte er scharf die nat. soz. Ewigkeit

phrasen. "Plato, das ist heute noch eine Macht."

Es ist durchaus möglich, daß mir nach und nach noch weitere Szenen und Äußerungen von typischer Bedeutung einfallen, und ich werde mich bemühen, sie dann künftig gleich zu registrieren. Für heute (4.1.56) will ich einen vorläufigen Abschluß machen. Denn morgen fangen meine Vorlesungen wieder an, und ich muß noch mein Handwerkzeug zusammensuchen, das sich in der Festwirtschaft verkrochen hat.

Eggert (Anschrift (22 b) Hof Haardt über Wittlich (Bz Trier)) weiß noch eine ganze Passage aus einem Artikel auswendig, den K. nach 1933 in einer Schweizer Zeitung veröffentlicht hat, und der die Zwangsbaufrischeit eines Hitlerischen Kriegsabenteurers prophezeit. E. wird mit seinem guten Gedächtnis sicher auch noch andere Beiträge liefern können. Nur hat er bei seiner aufreibenden Tätigkeit nie Zeit zum Schreiben. Wenn sie es irgend einrichten können - vielleicht in Verbindung mit einem Besuch bei Bernd Kleist in Lieser -, lohnt es sich gewiß, ihn zu einem gemütlichen Abend aufzusuchen. Von Frankfurt aus gibt es gute S-Bahnverbindungen, auch Autobusse dorthin. Bremen liegt schon weniger günstig dafür.

Ich weiß nicht, wie weit und ggf. in welchem Stadium sie Alice K. einschalten wollen. Ewald-Heinrich ja sicher von vorn herein. Für mich ist diese Frage insofern wichtig, als ich evtl. in der 2. Märzhälfte zur Einsegnung meiner Patenjungen Wilfried nach Staraberg fahre und in diesem Falle beabsichtige, meine Erinnerungen durch Frau v.K. überprüfen und möglichst noch auffrischen zu lassen, aber diese nur, wenn es in ihrem Sinne ist. Denn sie haben dankenswerter Weise die Verantwortung für die jetzige Arbeit übernommen und müssen die Zügel in der Hand behalten.

Einem jungen Berliner Historiker, der im kommenden Frühjahr eine wissenschaftliche Arbeit über das Nationalkomitee Freies Deutschland veröffentlichen will und der sich nach der "Schmeneziner Schule" fragte, habe ich kürzlich u.a. geschrieben: "..... ich kann von mir wohl sagen, daß kein Mensch vorher oder nachher meine politische Meinungsbildung so stark beeinflusst hat, und anderen Freunden, insbesondere aus der jüngeren Generation, ist es wohl ebenso oder ähnlich ergangen.... Sicher besaß Kleist von allen Menschen, die mir begegnet sind, den schärfsten politischen Blick, die stärkste Energie und die größte persönliche Opferbereitschaft. Er traf seine Entscheidungen aus seinem religiösen Glauben heraus, und der erlaubte ihm keine Kompromisse, wo mehr auf dem Spiel stand als sein eigenes Interesse." Das glaubte ich Ihnen, lieber, verehrter Kleist, sicherheits halber nicht vorenthalten zu dürfen, und damit darf ich mich für diesmal von Ihnen verabschieden.

Nochmal herzliche Grüße von Haus zu Haus und Gottbefohlen

Ihr dankbarer



Wolfgang von Senfft

Berlin-Steglitz, den 11. März 1965

26.11.3.

Lieber Herr Scheurig!

Mein Exposé zu Kleist-Schmenzin "Wie war seine Einstellung zum deutschen Volk" war bereits vor Ihrer Karte vom 19.2. geschrieben. Ich glaube, mit dieser Niederschrift Ihnen auch nicht viel Neues zu sagen, aber Sie haben es ja manchmal ganz gern, wenn man bestimmte Äußerungen mehrfach formuliert und fixiert, um nachher vergleichen zu können. Das gilt nun auch für die Beantwortung der Fragen, die Sie mir auf der Karte vom 19.2. gestellt haben. Manches wird stichwortartig ausfallen, wir können das dann ja noch mündlich bei nächster Gelegenheit ausfüllen.

Überschrift Ihrer Fragen war etwa "Wie hätte nach Ihrer Überzeugung Kleist's Idealstaat ausgesehen?". Da stellt sich mir gleich im Anfang die Gegenfrage: "Zu welchem Zeitpunkt?". Ich möchte sagen, daß die Anschauung sich vermutlich wie bei anderen Menschen auch im Laufe der Zeit weiter entwickelt hat. Kleist's endgültige, oder besser gesagt, letzte Vorstellung ist mir nicht bekannt. In den wenigen Unterredungen, die ich seit dem Kriegsausbruch 1939 noch mit ihm gehabt habe, standen im Vordergrund Fragen des Krieges allgemein, der Kriegführung, Aussichten, Ende des Krieges, der nach seiner Ansicht schon von Anfang an verloren war und zu einem Zusammenbruch und zur Zerschlagung Deutschlands führen mußte.

Aber ich möchte nun auf die drei detaillierten Fragen kommen und fange der Reihenfolge nach an:

-2-

x) Sehr klar und stark lehnte K. eine Omnipotenz des Staates ab (siehe im 3. Reich).

1. "Wer soll herrschen?"

Im Anfang unserer Bekanntschaft, also in den Jahren nach 1918, stand im Vordergrund seiner Agitation zweifellos die Restauration der Hohenzollernmonarchie. Je länger desto weniger hat er davon gesprochen, und ich möchte meinen, dies sowohl öffentlich als auch in unseren Privatunterhaltungen. Seit 1933 trat die monarchische Frage zunehmend in den Hintergrund.

Mir gegenüber hat Kleist, soweit ich mich entsinne, nie eine geschlossene Konzeption zu dieser Frage gegeben. Eher schon sind mir Einzelheiten in negativer Richtung erinnerlich. Jedenfalls versprach sich Kleist während der Weimarer Republik kein Heil von Wahlen oder allgemein vom Parlamentarismus. Er hat wohl damals mehrfach mit dem Gedanken gespielt, das nach seiner Ansicht widergöttliche und volksfeindliche System durch militärische Macht beseitigen zu lassen. Bestimmt hat er aber niemals daran gedacht, dem Militär auf die Dauer eine bestimmende Macht im Staat zuzubilligen. Als tragende Macht neben anderen war es wohl auch in seinen Augen immer unentbehrlich. Zu diesen anderen möchte ich hier auch ausdrücklich den Großgrundbesitz erwähnen. Von seiner politischen Aufgabe war Kleist fest überzeugt, während er den Großindustriellen und anderen Machtgruppen im Staat, Großbanken o. dgl. keinen politischen Instinkt zutraute, weil sich diese Gruppen hauptsächlich von wirtschaftlichem Denken leiten ließen. Und darin sah er einen Gegensatz zum politischen Denken primär. Den Großgrundbesitz sah er allerdings als politisch relevant auch nur in soweit an, als er nicht merkantilem Lenken verfallen war, sondern sich in Kleist's

Sinne "dienstverpflichtet" gegenüber Volk und Vaterland fühlte.

Ich möchte hier noch kurz nachtragen, weil es mir zu dem Komplex Militär zu gehören scheint: Kleist war gegen jedes Schießen auf Menschen, das hat er wiederholt zum Ausdruck gebracht. Sie wissen, daß er ein passionierter Jäger war, allerdings auch hier alles andere als ein Schiesser. Seine Art der Liebe zu Wild und Wald und Natur und die Art seiner Jagdausübung hatte vielfach etwas Musisches an sich. Aber vielleicht beruht es mit hierauf, daß das Schießen für ihn eben zur Jagd auf Tiere gehörte, aber nicht zur, ich möchte sagen, grundsätzlichen Anwendung gegen Menschen bestimmt war.

Zu Ihrem 2. Kriterium: "Aus welchem Geist soll regiert werden?"

Ich glaube, daß Kleist's Vorstellung sich weitgehend an Plato's Modellstaat angelehnt hat. Ich entsinne mich z.B. auf eine Äußerung: "Cäsar ist heute keine Macht mehr, Plato ist noch heute eine Macht". Jedenfalls mußte das Regierungssystem aristokratischen Charakter haben, womit nicht gesagt ist, daß dies in jedem Fall im Gegensatz stehen mußte zur demokratischen Form, wie sie heute im Gegensatz zur totalitären Form in der westlichen Welt das Vorstellungsbild beherrscht.

In voller Übereinstimmung befand sich Kleist mit den ethischen Grundlagen, wie er sie in Preußen verwirklicht sah, hauptsächlich unter Friedrich Wilhelm I und Friedrich dem Großen: Pflicht und Recht untrennbar miteinander verbunden - Unbestechlichkeit - Toleranz - oder prägnanter:

Respektierung aller Überzeugungen, die echt und selbstlos waren. Gotteslästerungen allerdings hätte Kleist niemals hingenommen. Wie er überhaupt alles an seinem - christlichen - Glauben gemessen hat, seinem Ursprung, seinem Ziel und seinen praktisch gelebten Konsequenzen, nicht an fixierten Dogma.

3. Kriterium: "Nachwahl der Herrschenden".

Hierzu kann ich noch weniger Authentisches sagen. Ursprünglich hat Kleist an der erblichen Monarchie festgehalten. Mir ist nicht bekannt, ob er hiervon grundsätzlich abgegangen ist. Eine eindeutige Konzeption hat er in den letzten Jahren mit mir auch in dieser Hinsicht nicht erörtert.

Zum Abschluß: diese Niederschrift enthält vielleicht vorwiegend eine Auslese negativer Gesichtspunkte. Ist das zufällig oder nicht? Sicher ist es mit bedingt durch die Oppositionsstellung Kleist's während des ganzen Berichtszeitraumes. Zur Zeit der Ära Papen-Schleichter verhielt sich Kleist abwartend. Direkt positiv möchte ich seine Einstellung auch in dieser Zeit nicht nennen. Ich bin aber überzeugt, daß Kleist eine klare positive Konzeption gehabt hat oder zumindest gehabt hätte und auch öffentlich Stellung in positiver Richtung bezogen hätte, sobald er in die Verantwortung eines öffentlichen Amtes gerufen worden wäre, was ja ein paar Tage vor dem 30. Januar 1933 greifbar nahe war.

Zur Sache möchte ich mich heute auf diese Angaben beschränken. Wenn mir noch konkrete Punkte einfallen, werde ich sie, wie üblich, in Stichworten für unser nächstes Gespräch notieren.

Zum Schluß noch eine persönliche Notiz: Sie wissen vielleicht schon von Christian Klein selbst, daß er auf der Heimfahrt nach Stuttgart einen bösen Autounfall gehabt hat, als sein Mitfahrer am Steuer saß. Er hat mir am Telefon gesagt, daß er Ihnen selbst dazu schreiben will, auch wie er sich die Verwirklichung Ihrer Pläne für die Pommernfahrt denkt. Meine Frau und ich sind dankbar, daß dem Jungen nichts Ernstliches passiert ist, wenn auch der Verlust seines Wagens schwer zu verschmerzen ist. Ich nehme an, daß dieser Brief Sie bei Ihrer Rückkehr empfangen wird, und daß Sie dann wieder mit mir Verbindung aufnehmen werden.

Meine Frau und ich grüßen Sie herzlich und freuen uns auf das Wiedersehen.

— (pers. Handschrift l. u. Bismarck)

Max P.

W. v. P.

1 Berlin 41, den 18. Februar 1965

Reinschrift 11-3-65 von
Dr. Pflüger

Betr. Ewald v. Kleist, Schmenzin.

Ich habe mir noch Gedanken gemacht zur Beurteilung der Frage: Wie war seine Einstellung zum deutschen Volk? Diese Frage stellte sich in den Jahren unserer Bekanntschaft wiederholt unter verschiedenen Aspekten.

Im Zusammenhang mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus nicht nur auf politischem, sondern auch auf dem geistigen und kulturellen Gebiet, wurde sie besonders brennend. Die Anfälligkeit aller Schichten unseres Volkes für Hitler und den Nationalsozialismus war wohl selbst für Kleist in ihrem Ausmaß überraschend. Er war natürlich schockiert darüber. Aber ich kann mich nicht entsinnen, von ihm Äußerungen gehört zu haben, die auf eine grundsätzliche und allgemeine Verachtung des deutschen Volkes schließen ließen. Überhaupt habe ich bei ihm trotz seiner scharfen Maßstäbe und oft ätzenden Kritik keine allgemeine Menschenverachtung bemerkt, wie sie bei Menschen seiner geistigen Potenz häufig zu finden sind.

Gelegentlich wurden im Gespräch auch Vergleiche zwischen den verschiedenen Volkscharakteren angestellt. Kleist schätzte an den Engländern besonders, daß sie frei von sozialem Neid wären, der bei den Deutschen stark ausgeprägt wäre. Trotzdem wollte er lieber Deutscher sein, als irgendeiner anderen Nationalität angehören. (Hier hat er den Unterschied zwischen preußisch und deutsch, wie sonst bisweilen, nicht hervorgehoben.)

Ich weiß nicht, ob dieses Nationalgefühl eine ausreichende Erklärung dafür gibt, warum Kleist nicht emigriert ist (wozu er mindestens noch 1938 Gelegenheit hatte, vermutlich auch noch später). Ich glaube es nicht. Vielmehr ~~xxxxxx~~ halte ich für wahrscheinlicher, daß der Grund hierfür in der kompromißlosen Konsequenz liegt, aus dem ihn beherrschenden Pflichtgefühl, an der Stelle dienen zu sollen, wohin er von Gott gestellt war. Daher hat er - im Glauben - bewußt den Verlust von Gut, Ruf, persönl. Freiheit, Familie und Leben in Kauf genommen ("Nehmen sie den

Leib....."). Warum? Damit seine Unabhängigkeit von allen Götzen erhalten bliebe und so ein ~~xxx~~ Zeugnis gegeben werde für viele." ("...das Reich - nicht das deutsche - muß uns doch bleiben".)

Daran schließt sich unwillkürlich die Frage, wo Kleist heute wäre, wenn er noch am Leben wäre. Sie ist spekulativ. Aber vielleicht ist es nicht ganz unrichtig, mindestens die Möglichkeit zu unterstellen, daß er im sowjetisch oder polnisch besetzten Gebiet geblieben wäre, unter welchen persönlichen Lebensverhältnissen auch immer, bis seinem Aufenthalt zwangsweise ein Ende bereitet worden wäre. Eine Flucht vor den Russen oder vor der Kommune ist jedenfalls schwer denkbar, so wenig wie er sie ~~un-~~^{vor}ter Hitler vollzogen hat, trotz genauer Kenntnis aller Gefahren, vielleicht sogar trotz der Erwartung des später eingetretenen Schicksals.

Otto Vatterott (ehem. Kriminalsekretär, Lehrter Straße),
Hannover, 8. August 1965

Kleist gehörte zu den gelassenen Häftlingen, zu denen,
die nie gesprochen haben.

Häftlinge hatten durch Kalfaktoren Verbindung unterein-
ander. Kalfaktoren: Bibelforscher. Alle waren informiert
über das, was außen vor sich ging. V. vermittelte Sprech-
erlaubnis ohne Genehmigung. Wettlauf der zum Tode Verur-
teilten mit dem heranrückenden Russen. Viele jedoch hat-
ten auch Furcht, den Russen in die Hände zu fallen. An-
dere hatten abgeschlossen, darunter - offenbar - auch
Kleist.

Im Gefängnis: niedrigste Gruppe der Verpflegung, jedoch
auch Paketempfang. ein, zwei Mal, später
öfter in der Woche. Ohne Wissen und Geneh-
migung der vorgesetzten Dienststelle.
Freizeit - ebenfalls ohne Genehmigung -
zugestanden. Bau eines Luftschutzkellers.
Keiner blieb während der Angriffe in den
Zellen.

F. d. R.:

Dr. Hans Kleist,
8/ VIII / 1965

Revierförster
Willi Wetzels
2111 Holm
Krs. Harburg

Holm, d. 29.4.65

Sehr geehrter Herr Dr. Scheurig!

Auf Ihr Schreiben vom 15.4.65, in Sachen Herrn von Kleist - Schmenzin, will ich gerne Ihrem Wunsch entsprechen und einiges berichten. Ich war vom 1.6.21 bis zum Einmarsch der Russen Ende Februar 1945, bei Herrn von Kleist als Revierförster und Sägewerksverwalter tätig. Außerdem war ich mit ihm in der Kinderzeit oft zusammen, da wir beide in Groß-Dubberow, Kreis Belgard in Pommern geboren sind. Dort hatte sein Vater Hermann von Kleist seinen Stammsitz. Ein Gut von etwa 2 500 ha. Wir haben als Kinder viel zusammen gespielt. Man hat natürlich aus diesen Jahren kaum noch Erinnerungen, welche für Ihre Arbeit wichtig sein könnten. Aber eins ist mir noch heute klar, daß die Familie von Kleist spartanisch einfach lebte und die sprichwörtliche "Preußische Sparsamkeit" in Groß-Dubberow zu finden war. Er mußte mit seiner Kleidung sehr lange auskommen, bis er neue Kleidungsstücke von seinen Eltern erhielt. Herr von Kleist war wohl erst 12 Jahre alt, als er von dem zuständigen Förster mit der Jagd vertraut gemacht wurde. Er war nach ganz kurzer Zeit ein guter Schütze und erlegte schon jedes Jahr einige Rehböcke. In der Zeit, da er noch einen Hauslehrer hatte, entsinne ich mich, daß dieser wohl oft keinen leichten Stand hatte. Er war begabt, aber oft nicht geneigt, das zu tun, was ihm sein Lehrer aufgab. Gymnasium und Studium der Rechtswissenschaften hat er ohne Schwierigkeiten absolviert. In dieser Zeit sahen wir uns wenig. Nach Beendigung des ersten Weltkrieges übernahm Herr von Kleist den Besitz Schmenzin in einer Größe von ca. 5000 ha, welchen er von seiner Großmutter Gräfin von Kleist erbte. Ich kam dann 1921 zu ihm. Was mir damals an Herrn von Kleist auffiel war, daß er immer noch seine alten Jagdanzüge und Hüte aus der Jugendzeit trug. Auch seine sonstige Jagdausrüstung war immer noch die alte.

Sein großer Besitz brachte es mit sich, außerdem auch noch, daß er viel auf Reisen war, daß er wenig direkten Kontakt mit den Arbeitern hatte. Die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft von je einem Verwalter bewirtschaftet und mit diesen hatten dann die Arbeiter zu tun. Ich selber kenne ihn als Mensch am besten und weiß, daß er sich auch um das Wohl seiner gesamten Belegschaft kümmerte. Wir haben öfter stundenlang uns über alles unterhalten. Er fing auch bald mit der Vergrößerung der Wohnungen der Arbeiter an, indem er die Ställe die am Wohnhaus angebaut waren zu Wohnungen ausbaute. Die Viehställe wurden dann separat gebaut.

Ein Teil des Verdienstes der Arbeiter bestand aus Naturalien, die sie dann durch Fütterung von Vieh verwerteten. Wenn die Schweine schlachtreif waren, wurde vom Gut ein Fährwerk gestellt, um sie zur Stadt zum Schlachter zu fahren. Es kam in heißen Sommern dann vor, daß auf dem Wagentransport ein Schwein einging, bevor es zum Schlachter kam. In diesen Fällen griff Herr v. Kleist ein und ließ dem Geschädigten den Verlustbetrag durch sein Rentamt auszahlen. Ging einem Arbeiter einmal eine Kuh ein, so sorgte Herr von Kleist für einen sofortigen Ersatz. Die gestellte Kuh konnte dann in kleinen Raten abbezahlt werden. Die Arbeiterfamilien waren zum größten Teil schon seit mehreren Generationen auf dem Gut. So habe ich z.B. nicht erlebt, daß auf dem Stammgut in Schmenzin in den 24 Jahren die ich dort war, eine Familie fortgezogen ist. Ein Sohn der Familie übernahm meistens den Posten des Vaters, wenn dieser wegen Alter aus den Diensten schied. Diese alten Arbeiter bekamen dann als Rente vom Gut - 6 Ztr. Roggen, 6 rm Brennholz pro Jahr.

Wenn ich anfangs schrieb, daß Herr v. Kleist wenig direkten Kontakt zu den Arbeitern hatte, so war es an einem Tage im Jahr anders. Das Erntefest wurde im Herbst immer auf dem Kornspeichergefeiert. Dort gab es Kaffee und Kuchen. Anschließend spielte die Musik zum Tanz auf. Während der Feier gab es dann Bier und Korn in reichlichen Mengen. Den Korn lieferte

die eigene Brennerei. Es herrschte bei diesen Feste immer eine lebhaftige Stimmung. Diese Gelegenheit benutzten dann die meisten Leute mit Herrn von Kleist einmal anzusprechen und auch ihre Sorgen vorzutragen. Ich habe damals immer gestaunt, mit welcher Ausdauer Herr von Kleist die Wünsche der Leute anzuhören und welche Mengen Alkohol er an diesen Abenden mit seinen Arbeitern trank. Dieses enorme mittrinken rechneten die Leute Herrn von Kleist hoch an. Bei diesen Gelegenheiten konnte man die Trinkfestigkeit von Herrn von Kleist bewundern.

Als Jäger war er zu der Zeit allen voraus. Wir hatte in Schmenzin ein hervorragendes Jagdrevier. Besonders viel Rot- und Schwarzwild war vorhanden. Die Bewirtschaftung der Jagd wurde schon damals nach strengen waidmännischen Grundsätzen durchgeführt. Alles schwache, nicht zur Nachzucht geeignete Wild, wurde abgeschossen. Auch nur reife alte Hirsche als jagdbar abgeschossen. So brachte uns das neue Jagdgesetz 1935 keine Neuigkeiten mehr. Herr v. Kleist selber legte wenig Wert auf eine große Strecke, aber auf richtigen Abschluß. Er ließ auch Freunden und uns Förstern an dem Abschluß teilhaben. Er war als guter Jäger und großer Kenner des Rotwäldes bekannt und wurde oft zu Vorträgen herangezogen.

Uns Angestellten war Herr von Kleist ein hervorragender Dienstherr, insbes. herrschte zwischen ihm und den Forstbeamten ein großes Vertrauensverhältnis. Mir war die Verwaltung der Forst übertragen. Wir hatten im Jahr höchstens 2 mal eine große Dienstbesprechung und Vorlegung der Hauungs- und Kulturpläne. Es war dann meine Sache die Pläne auszuführen. Mit den landwirtschaftlichen Verwaltern hatte er öfter Besprechungen. Auch hier war das Verhältnis zu den Beamten sehr gut.

Politisch haben wir uns natürlich sehr oft unterhalten. Ich war Führer unserer Ortsgruppe des Stahlhelms. Es interessierte mich daher sehr, was politisch in der Welt vorsich ging. Als Stahlhelmer hatten wir zuerst als Gegner die Reichsbanner und die Kommunisten. Aber ab 1930 tauchten dann ja die Nationalsozialisten auf. Es ist mir noch genau in der Erinnerung wie ich Herrn von Kleist sagte, daß die neuen Gegner die gefährlichsten seien. Herr von Kleist sagte darauf, Hitler ist ein harmloser Mann. Wir haben mit ihm in Berlin eine Zusammenkunft gehabt im Hotel Kronprinz und hatten eine längere Unterredung. Der ist zumindestens vorläufig ungefährlich. Aber schon ein Jahr später war Herr v. Kleist ganz anderer Ansicht. (1931/32). Er verfaßte seiner Zeit die Broschüre "Der Nationalsozialismus eine Gefahr." In dieser Broschüre sagte er genau das voraus, was später eintrat. Es ging von der Diktator, Vorbereitung für einen Krieg, Beginn des Krieges, sowie auch die Folgen eines verlorenen Krieges.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war es klar, daß er auf Grund der Broschüre, die in großer Auflage bekannt war, als gefährlicher Mann bei Hitler galt. Am 1. Mai 1933 begann dann die Verfolgung von Herrn von Kleist. Ich erfuhr am 1.5.33 rechtzeitig, daß wilde SA-Horden beabsichtigten in das Haus von Herrn von Kleist einzudringen und eine Hakenkreuzflagge aufzuziehen. Er wurde aber schon kurz nach Mittag von der Polizei abgeholt und in sogen. Schutzhaft genommen. Ich legte meine Stahlhelmsgruppe dann als Schutz ins Schloß von Herrn von Kleist. Um 16 Uhr erschienen die SA-Leute, wagten sich aber nicht ins Haus, da ihnen bekannt war, daß wir Stahlhelmer drin waren. So zogen dann nur vorbei. Nach 3 Wochen kam Herr von Kleist dann wieder zurück. So ging es dann weiter. Wenn irgend etwas los war, wurde er abgeholt. Ich selber wurde auch einmal abgeholt. Wir saßen dann zusammen in einer Zelle. Wir hatten dann Zeit uns zu unterhalten. Er sagte mir u.a. . Als Politiker muß man dieses alles in Kauf nehmen. Wir haben die Pflicht, das Volk immer wieder darauf hinzuweisen, welche Gefahr der Nationalsozialismus uns bringt. Beim Römputsch 1934 hatte er sich auf Wunsch seiner Frau rechtzeitig nach Berlin abgesetzt. Abends als die Polizei erschien, war der Vogel ausgeflogen. Unser eingerichteter Nachrichtendienst hatte gut geklappt. Dann kamen einige ruhige Jahre, bis dann 1944 am 21. Juni 1944 Herr von Kleist festgenommen wurde.

Auf dem erten Blatt hatte ich noch vergessen mitzuteilen, daß Herr von Kleist Vorsitzender des Landbundes der Kreisgruppe Belgard der Arbeitgeber war. Im Landbund waren Arbeitgeber und auch Arbeitnehmer organisiert. Durch meinen Schwager, der Vorsitzender der Arbeitnehmer war, erfuhr ich des öfteren, daß Herr von Kleist von seinen Berufskollegen (Landwirten) heftig kritisiert wurde, wenn er eine Lohnerhöhung oder auch andere Verbesserungen für die Arbeiter vorschlug. Sein Familienleben war vorbildlich. Leider verstarb 1936 seine Gattin. Dieser Schlag traf ihn sehr hart. Er war ein willensstarker Mann und ertrug auch diesen Verlust.

Sehr geehrter Herr Scheurig, ich habe versucht, aus dem Leben eines Mannes zu berichten, der von seinen Mitarbeitern verehrt und geschätzt wurde.

Ich würde Ihnen empfehlen, an Herrn Oberst a.D. Oskar Roosen in Wiepenkathen Krs. Stade zu schreiben. Er war früher 7 Jahre Administrator bei Herrn von Kleist und könnte Ihnen vielleicht auch noch brauchbare Angaben machen.

Mit freundlichem Gruß!



Institut für Zeitgeschichte

Dr. Karl von Zitzewitz-Muttrin (Bonn, 30.7.1965)

Kleist wiederholt gesehen und gesprochen: bei allen möglichen Anlässen, Kl als gefährlichster Mann aus Pommern wohlbekannt, Kompromißloser Gegner: Taktik des Vorgehens fanatisch. Was man mache, um zum Ziel zu gelangen, war ihm völlig gleichgültig. Daraus ergaben sich auch Gegensätze. Sehr geschickt, nicht leicht zu nehmen. Er war in der Lage, verletzende Korrekturen auszusprechen. Mit Sicherheit „konnte“ Kleist nicht mit Oldenburg-Januschau; Kl kein Abgeordneten-Typ.

Goerdeler fragte Zitzewitz, ob Kleist (1943/44) nicht Landwirtschaftsministerium übernehmen könne und solle. Zitzewitz ablehnend, da Kleist kein Einfühlungsvermögen besäße und kein Taktiker sei. Oberpräsident dagegen ja. In Pommern kannte er sich aus; mit den Pommern konnte er umgehen.

Kleist in Haft: einer, der von seinem Ende überzeugt war. Von absoluter Haltung - unnahbar, auf für Häftlinge -, so, als ob ihn alles nichts mehr angehe. Zitzewitz erlebte Kleist persönlich in der Haft nach dem 20.7.1944.

Schmenzin: gute, sehr korrekte Wirtschaft.

F.d.R.:

Dr. Arno Heine,

10/7/1965 -

Inoffizielle Fühlungnahme [Ewald
v.Kleist] m.Vansittart u.Churchill,
Aug.1938
(Ausz.e, dt.übers.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Übersetzung aus dem Englischen

aus

Documents on British Foreign Policy
Third Series Volume II 1938
(London, His Majesty's Stationery Office 1949)

Dokumente über die Britische Aussenpolitik
Dritte Reihe Band II 1938

Seite 683

Anhang IV

Inoffizielle Fühlungnahme von
deutscher Seite
August - September 1938

Die Akten dieses Anhangs ergänzen die in den Nummern 631, 658, 775 und 1216 enthaltenen Hinweise auf inoffizielle deutsche Fühlungnahmen mit der Regierung Seiner Majestät während der Monate August und September 1938.

Am 16. August telegraphierte Sir N. Henderson, dass einer dem Militärattaché gemachten Mitteilung zufolge ein "Herr von Kleist" als Abgesandter der gemässigten Gruppe im Generalstab am 18. August auf dem Luftwege in London eintreffen würde. Sein Auftrag laute, "Unterlagen zu erlangen, auf Grund deren er den Kanzler von der grossen Wahrscheinlichkeit einer britischen Intervention im Falle deutscher Gewaltmassnahmen gegen die Tschechoslowakei Überzeugen könne." Es wurde Sir N. Henderson zu verstehen gegeben, dass Herr von Kleist im Besitz von Empfehlungen zu "führenden Politikern" war. Nach Sir N. Hendersons Meinung "wäre es für ihn nicht ratsam, in offiziellen Kreisen empfangen zu werden."

Das Foreign Office hatte ebenfalls Mitteilung erhalten, dass Herr von Kleist als Vertreter und früheres Mitglied der ehemaligen deutschen konservativen Partei nach England käme; dass er Herrn

Churchill und Lord Lloyd sehen wollte und dass das deutsche Reichskriegsministerium den Zweck seines Besuches billigte. Der Secretary of State war der Ansicht, dass die Initiative zu einer Unterredung mit Herrn von Kleist nicht von offiziellen Kreisen auszugehen hatte, würde er aber um Empfang in diesen Kreisen nachsuchen, er nicht abgewiesen werden sollte. Das Foreign Office informierte auch den Premierminister über den Besuch des Herrn von Kleist. Nach seiner Ankunft in England äusserte Herr von Kleist den Wunsch, Sir R. Vansittart zu sehen. Akte (i) dieses Anhanges ist Sir R. Vansittarts Wiedergabe der Äusserungen, die Herr von Kleist ihm gegenüber machte.

Akte (ii) ist ein Brief des Premierministers an Lord Halifax mit Kommentaren über den Bericht des Sir R. Vansittart und über ein Gespräch mit Generalmajor Lord Hutchison of Montrose.

Akte (iii) ist ein Bericht von der Hand von Herrn Churchill an Lord Halifax über sein Gespräch mit Herrn von Kleist. Herr Churchill fügte diesem Bericht die Abschrift eines Briefes bei, den er Herrn von Kleist überreicht hatte. In einem diesbezüglichen Schreiben an Lord Halifax erklärte Herr Churchill, dass Herr von Kleist die Absicht hatte, diesen Brief "verschiedenen Generalen an höchsten Kommandostellen, insbesondere Beck" zu zeigen. Herr Churchill fügte hinzu: "Sie sind zu nichts verpflichtet worden, ausgenommen den Inhalt unseres Telefongesprächs, in welchem ich Sie nach dem Leitfaden der Regierungspolitik fragte und Sie mir mitteilten, dass dieser sich seit dem 24. März nicht geändert hätte."

"....."

(i)

Notiz über ein Gespräch zwischen
Sir R. Vansittart und Herrn von Kleist
(C 8520/1941/18)

am 18. August, 1938

Heute morgen sprach ich mit Ihnen *) über Herrn von Kleist.
Um etwa 4 Uhr nachmittags fragte er bei mir an, ob er mich besuchen

*) Diese Aufzeichnung war an den
Secretary of State gerichtet

Es zu
weigern
könne. Er sagte, ich sei einer der wenigen Menschen in diesem Land, mit denen er zu sprechen wünsche und demgegenüber er offen sprechen könne. Ich musste sofort entscheiden, ob ich ihn sehen wollte oder nicht und ich kam zu dem Ergebnis, dass es ein Fehler wäre, zu weigern; deshalb habe ich ihn empfangen. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, dass ich ihn nicht im Foreign Office empfangen habe.

Herr von Kleist eröffnete das Gespräch sofort mit dem grössten Freimut und Ernst. Er sagte (und dies stimmt mit vielen anderen Informationen überein, die ich Ihnen aus ganz anderen Quellen zu- kommen liess), dass es nun sicher zum Krieg kommen würde, wenn wir uns nicht dagegen stemmten. Ich sagte: "Meinen Sieusserste Gefahr?" Er antwortete: "Nein, ich meine nicht Meusserste Gefahr, ich meine vollkommene Sicherheit." Ich sagte: "Wollen Sie sagen, dass die Extremisten Hitler jetzt mitreissen?" Er sagte: "Nein, das meine ich nicht. Es gibt nur einen wirklichen Extremisten und das ist Hitler selber. Er ist die grosse Gefahr und er handelt ganz von sich aus. Er wird stark von Herrn von Ribbentrop ermutigt, der fortführt, ihm zu sagen, dass, wenn es darauf ankommt, die Karten auf den Tisch zu legen, weder Frankreich noch England etwas tun werden." (Sie werden sich daran erinnern, dass ich Ihnen heute morgen dieselbe Mitteilung über Ribbentrops heutige Haltung und seinen Einfluss aus einer ganz anderen Quelle machte.)

Herr von Kleist fuhr fort: "Ich möchte mich nicht damit aufhalten, über Herrn von Ribbentrop zu sprechen. Er ist nichts als ein Übler Ja-Sager und obwohl er seinen Einfluss in der falschen Richtung ein- setzt, indem er Hitler ermutigt, legt er nicht genügend Gewicht in die Waagschale. Hitler hat seinen ^{Entschluss von sich selbst gefasst} Standpunkt selber bezogen. Alle Generale in der deutschen Wehrmacht, die meine Freunde sind, wissen es und nur sie wissen um die Sicherheit und kennen das Datum, an dem die Bombe platzen soll."

Ich sagte: "Meinen Sie, dass solche Leute wie Goebbels und Himmler nicht auch Hitler in diese Richtung treiben?" Herr von Kleist sagte: "Ich wiederhole, dass ich sie nicht mitzähle. Hitler hat seinen Entschluss selber gefasst. Auf jeden Fall sind sie nicht von wirklicher Bedeutung."

Ich sagte: "Wie steht es mit Goering?" Herr von Kleist antwortete: "Goering möchte den Krieg lieber vermeiden, aber er wird und kann nichts

tun, um ihn aufzuhalten und dasselbe gilt für meine Freunde in der Wehrmacht, obwohl sie viel mehr gegen Krieg sind, als Goering." Ich sagte: "Meinen Sie alle Generale?" Er antwortete: "Ja, alle und ohne Ausnahme und ich schliesse selbst General von Reichenau nicht aus, der bisher für den grössten Extremisten und Draufgänger gehalten worden ist. Sie sind alle absolut gegen Krieg, aber sie werden nicht die Macht haben, ihn aufzuhalten, es sei denn, sie würden von ausserhalb dazu ermutigt und ^{empfohlen} ~~geholfen~~ werden. Wie ich Ihnen schon sagte, kennen sie das Datum und werden gezwungen sein, an diesem Datum zu marschieren."

Ich sagte: "Welches ist nach Ihrer Meinung das Datum?" Er lachte und sagte: "Aber das wissen Sie doch selbstverständlich." Ich verneinte, eine solche Kenntnis zu besitzen. Herr von Kleist sagte: "Nun, auf jeden Fall weiss es Ihr Premierminister." Ich sagte, ^{ich glaube} ~~nicht~~ zu glauben, dass er recht hätte und dass ich ihn nach dem von ihm gemeinten Datum fragte, weil ich diesen Punkt für wichtig hielt, im Fall, wie er dachte, dass das Abenteuer noch zum Stillstand gebracht werden könnte, da vieles von dem Zeitraum abhängen würde, den wir noch vor uns hätten. Herr von Kleist schien noch immer nicht zu glauben, dass wir nicht genauer über Hitlers Zeiteinteilung informiert wären, aber als ich ihn wieder fragte, sagte er: "Nach dem 27. September wird es zu spät sein." (Sie werden sich daran erinnern, dass Lord Lloyd in einem an Sie gerichteten Brief erwähnt hat, dass einer seiner Freunde aus Militärkreisen ihm den 28. September als das Datum genannt hatte.)

Ich sagte: "Wenn Sie wirklich sicher sind, dass das von Ihnen genannte Datum der in Aussicht genommene Stichtag ist, bis wann meinen Sie dann, dass irgendein hemmender Einfluss ausgeübt werden könnte? Ich meine damit, zu welchem Zeitpunkt werden die Vorbereitungen zum Abenteuer zu weit gegangen sein, als dass wir es möglicherweise noch zum Stillstand bringen könnten, wenn, wie Sie meinen, wir dies überhaupt tun könnten?" Er antwortete: "Ich glaube, Sie könnten es bis Mitte September zum Stillstand bringen, aber es wäre noch sicherer, es vor dem Parteitag zu tun."

Ich sagte: "Welche Mittel empfehlen Sie, um es zum Stillstand zu bringen?" Er antwortete: "Es gibt zwei. Erstens, da Hitler jetzt

glaubt, die Haltung Frankreichs und Englands im Mai wäre reine Mache gewesen, müssen Sie ihm beibringen, dass dies nicht der Fall ist." Ich sagte: "Die Franzosen haben ihre Absichten bereits mindestens sechs Mal sehr deutlich öffentlich bekanntgegeben und der Premierminister ist am 24. März im Unterhaus sehr deutlich geworden." Er antwortete: "Das ist nicht genug. Die damaligen Eindrücke sind verblasst und, wie ich Ihnen schon sagte, erzählt Ribbentrop Hitler fortwährend, er wisse aus sicheren Quellen, dass England und Frankreich nichts tun würden." Ich sagte: "Welches ist Ihr zweites Mittel?" Er antwortete: "Ein Grossteil des Landes hat mehr als genug vom heutigen Régime und selbst ein Teil, der nicht mehr als genug hat, denkt mit Schrecken an die Möglichkeit eines Krieges und an die Zustände, die der Krieg für sie herbeiführen wird. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass die Militärkreise, Reichenau einbegriffen, einstimmig dagegen sind, wenn sie nur irgendeine Unterstützung bekommen können. Ich möchte, dass einer Ihrer führenden Staatsmänner eine Rede hält, in welcher er die Schrecken des Krieges und die unvermeidlich darauffolgende Katastrophe nachdrücklich betonen würde." Ich sagte: "Was den zweiten Teil Ihres Mittels betrifft, so möchte ich meinen, dass Ihr Vorschlag die gegenteilige Auswirkung haben würde; sollte irgendein Ausländer versuchen, offensichtlich das Land zu entzweien, so würde seine ^{er} Absicht es vielmehr zusammenschliessen und eher ein Hindernis als eine Hilfe für diejenigen bedeuten, die Unheil zu vermeiden wünschen."

Trotz dieses Widerrates gab Herr von Kleist seinen Gedanken nicht auf und andererseits hielt er beharrlich an seinem ersten Mittel fest, das, wie Sie sich erinnern werden, dasselbe ist, das ich Ihnen in meinem Bericht als das beinahe offene Ansuchen einer Anzahl anderer gemässiger Deutschen schilderte, die in den vergangenen Wochen mit mir in Verbindung gestanden haben.

Herr von Kleist wird heute abend Lord Lloyd und morgen Herrn Winston Churchill sehen. Er hat nicht den Wunsch mit Personen zusammenzukommen, die Einfluss auf die Presse ausüben. Er sagte, dass im Falle Hitler die Oberhand behält und sein Land in einen Krieg stürzt, er so wie so als einer der Ersten getötet werden wird und dass er so wie so aus dem Land gereist ist mit der Schlinge um den Hals, um die letzte Chance seines Lebens für das Verhindern des Abenteuers einzusetzen. Er fügte noch hinzu, dass er keine Mitglieder

der Labour Party zu treffen wünschte. Er wusste schon, welche ihre Gefühle wären und was sie ihm sagen würden und er wolle kein zusätzliches und unnötiges Risiko für sein eigenes Leben, das bereits in äusserster Gefahr wäre, auf sich nehmen. Er war schon drei Mal unter verschiedenen Vorwänden verhaftet worden. Er fährt am Dienstag nach Deutschland zurück und es ist möglich, dass er mich bis dahin nochmals bittet, ihn zu empfangen, aber er wiederholte, dass er, mit Ausnahme von mir selber und einem oder zwei Anderen, den Kreis seiner Beziehungen nicht vergrössern möchte. ~~Er~~ war hierher gekommen, um uns warnend darauf hinzuweisen, dass wir uns nicht mehr im Angesicht der Kriegsgefahr, sondern des tatsächlichen Krieges befinden, ^{Indem} während er damit seine eigene Existenz auf das Spiel setzte. Er sprach noch viel über die allgemeinen politischen Richtlinien der von ihm vertretenen Gruppe (er sagte, er wäre "Konservativer, Preusse und Christ") und die Richtlinien für die von ihm angestrebte politische Zielsetzung waren durch und durch vernünftig. Ich halte es jedoch nicht für nötig, diese Zeilen damit zu belasten. Er fügte noch hinzu, es bestehe keinerlei Aussicht darauf, dass Deutschland eine irgendwie vernünftige Politik betreiben würde, so lange Hitler die Staatsgeschichte leite, aber er glaube, dass, sollte der Krieg bei dieser Gelegenheit wie im Mai vermieden werden, dies das Vorspiel zum Ende des Régimes sowie die Wiedergeburt eines Deutschlands wäre, mit dem die Welt verhandeln könnte.

Abschliessend sagte er, dass seine Ausreise aus Deutschland ermöglicht worden war von seinen Freunden in den Militärkreisen, auf deren Einstimmigkeit er vorher eingegangen war und dass er seit langer Zeit in sehr engen Beziehungen zu ihnen gestanden hat. Sie und er hätten das Risiko seiner Ausreise in diesem entscheidenden Augenblick auf sich genommen, obwohl er sich keine Illusionen mache über das Schicksal, das ihm im Falle seines Scheiterns erwarte; er machte es aber sehr klar, dass sie allein nichts tun könnten ohne Unterstützung von auswärts in der von ihm vorgeschlagenen Weise.

(ii)

Brief von Herrn Neville Chamberlain an Viscount Halifax

Chequers, Butler's Cross, Aylesbury,
Bucks., am 19. August 1938

Mein lieber Edward,

Gerade bevor ich heute morgen London verlassen habe, brachte mein Sekretär mir Vans Bericht über seine Unterredung mit Kleist. Nachdem ich den Bericht durchgelesen hatte, entschloss ich mich, ihn mit hierher zu nehmen, um über seinen Inhalt noch etwas nachdenken zu können.

Heute morgen früh erreichte mich die dringende Bitte von Hutch *), der mir am Telephon sagte, dass er mich sehen müsse, da er mir eine wichtige Mitteilung zu machen hätte. Ich habe ihn um 9.30 Uhr gesehen. Er sagte, in Verbindung mit mehreren Deutschen zu stehen und nannte mir insbesondere einen, dessen Namen mir bisher unbekannt war. Er sagte, dieser Mann "stehe sich gut" mit verschiedenen Generalen und hätte geschrieben, dass Hitler es dieses Mal ernst meine und es wesentlich wäre, dass wir, wenn Hitler zurückgehalten werden solle, uns mit ihm in Verbindung setzen und zu einer Art Übereinkunft mit ihm kommen sollten, und zwar sofort. Als ich sagte, ich zweifle daran, dass Hitler schon entschieden hätte, was er tun würde, sagte Hutch, dass dies auch der Gesichtspunkt seines Korrespondenten wäre. Aber Hitler müsse sich entschliessen, bevor er in Nürnberg spräche. Nachher wäre es zu spät, zu intervenieren.

Es ergab sich eigentlich nichts neues aus dem, was Hutch zu sagen hatte (er hinterliess ein langes Memorandum über seine Ansichten), aber es wäre vielleicht nützlich, einen Vergleich mit Kleist anzustellen.

Ich nehme an, dass Kleist ein heftiger Hitler-Gegner ist und grossen Wert darauf legt, seine Freunde in Bewegung zu setzen, um zu versuchen, ihn zu stürzen. Er erinnert mich an die Anhänger des Königs Jacob am französischen Hofe zur Zeit von König William und

*) Generalmajor Lord Hutchison of Montrose

ich glaube, wir müssen vieles aus seinen Ausführungen in Abzug bringen.

Nichtdestoweniger muss ich bekennen, dass mir nicht sehr wohl dabei ist und ich bin nicht sicher, dass wir nicht etwas tun sollten. Sein zweites Mittel, nämlich dass einer von uns eine Rede halten oder ein Interview geben sollte, in welchem wir, um Vans Ausdruck zu gebrauchen, "deutlicher" werden sollten als am 21. Mai, lehne ich ab. Jedenfalls jetzt.

Das erste Mittel verpflichtet weniger und es gibt verschiedene Wege, auf welchen wir Hitler davon überzeugen könnten, dass die Lage nicht weniger ernst ist, als im Mai. Ein Weg, der sich mir sozusagen aufdrängt, ist, Henderson kommen zu lassen und dafür zu sorgen, dass jedermann es weiss. Das Vorgehen, das ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehle, ist folgendes.

Henderson informieren über den wesentlichen Inhalt des von Van Gehörten, selbstverständlich ohne die Quelle zu nennen. Seine Meinung darüber ~~zu~~ erfragen und ihm mit~~zu~~teilen, dass der Eindruck auf uns stark genug war, um uns zu einer warnenden Geste zu bewegen. Dass wir für den Augenblick nicht weiter gehen wollen als eben ihn kommen zu lassen. Dass der Tag, an dem wir ihn sehen möchten, Montag der 29. dieses Monats *) wäre und dass er nach Empfang der bevorstehenden endgültigen Weisungen bekannt werden lassen sollte, dass er gerufen worden ist, um über die ernste Lage mit Bezug auf Tschecho zu beraten.

Ich finde es ein ziemlich schlechtes Zeichen, dass Hitler nicht auf unsere Mitteilung an ihn geantwortet hat.

Ich werde bis Montag hier sein, ^{um dann zurück zu kehren} wann ich zurückkehre nach Downing Street bis Mittwoch nachmittag. Vielleicht überlegen Sie sich meinen Vorschlag und lassen mich entweder hier oder dort wissen, was Sie davon halten.

Stets Ihr
N. Chamberlain.

*) Sir N. Henderson wurde zur Beratung an diesem Tag nach London gerufen

(iii)

(a)

Notiz über ein Gespräch zwischen
Herrn Winston Churchill und Herrn von Kleist.

K. eröffnete das Gespräch, indem er sagte, dass nach seiner Meinung ein Angriff auf die Tschechoslowakei bevorstehe und höchstwahrscheinlich zwischen dem Nürnberger Kongress und Ende September stattfinden würde. C. fragte, ob ein Ultimatum übersandt werden würde und bekam zu hören "Nein". Die Truppe und die Luftwaffe würden aufgefordert werden, geradeswegs anzugreifen. K. führte weiter aus, niemand in Deutschland wünsche den Krieg ausser H., der die Ereignisse vom 21. Mai als eine persönliche Zurückweisung betrachte, deren Wiederholung er vermeiden und deren Erinnerung er auswischen müsse. Selbst Goering wäre nicht begeistert, obwohl er kein Wort gegen den Krieg sagen würde. Die Generale, Reichenau einbegriffen, sind für den Frieden und K. glaubte, dass sie, wenn sie nur etwas unterstützt würden, im Stande wären, den Aufmarsch abzulehnen. Mindestens die Hälfte wäre überzeugt, dass ein Angriff auf die Tschechoslowakei Deutschland in einen Krieg mit Frankreich und Grossbritannien verwickeln würde. Aber es graue ihnen vor einer persönlichen Gegenüberstellung mit H., wegen dessen Raserei und dessen Macht.

C. bemerkte, dass die Ansicht dieser Generale richtig sei und dass es, obwohl viele in England nicht bereit wären, ^{mit} kaltem Blute zu sagen, dass sie für die Tschechoslowakei marschieren würden, wenige geben würde, die müssig abseits stehen möchten, wenn der Kampf einmal angefangen hätte. Er wies darauf hin, dass die aufeinanderfolgenden Gewaltakte der Nazis die öffentliche Meinung in Grossbritannien verhärtet hätten. Unsere in Spanien gezeigte Geduld war nicht so sehr ein Zeichen der Schwäche als wohl das Erhalten der Kräfte für das wirkliche Ringen, das kommen musste, wenn der Kampf in Zentraleuropa anfang; er fügte hinzu, dass die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten unermesslich viel weiter fortgeschritten wäre, als in 1914. Er betonte die Tatsache, dass diejenigen, die so dachten wie er, den Nazis und dem Krieg, nicht aber den Deutschen feindlich gegenüberständen.

K. sagte, er wüsste, dass C. die Wahrheit sage und dass er selber fortfahren würde, diese Tatsachen seinen Freunden gegenüber zu betonen. Er meinte aber, dass irgendeine Geste nötig wäre, um die weitverbreitete, ja durchweg vorherrschende kriegsfeindliche Stimmung in Deutschland zu kristallisieren. Insbesondere wäre es nötig, alles mögliche zu tun, um die Generale zu unterstützen, die allein in der Lage wären, den Krieg aufzuhalten. Er war sich bewusst, wie schwierig es für eine demokratische Regierung sei, so vorzugehen, aber fragte, ob es nicht möglich sei, dass private Mitglieder des Parlamentes durch offene Briefe in der Presse oder durch private Mitteilungen an Freunde in Deutschland die Gefahren der Lage betonen und die friedliebenden Elemente in Deutschland aufrufen könnten, sich unverzüglich zu behaupten. Er war davon überzeugt, dass im Falle die Generale entscheiden würden, den Frieden zu bewahren, ein neues Regierungssystem binnen 48 Stunden zustande kommen würde. Eine solche Regierung, wahrscheinlich in Form einer Monarchie, könnte Beständigkeit verbürgen und der Angst vor dem Krieg ein Ende setzen für immer.

C. stellte fest, dass, wenn einmal die Welt einer friedliebenden, toleranten und die Gesetze achtenden Regierung in Deutschland sicher wäre, Fragen wie die der Kolonien und Handelsverträge sehr viel leichter geregelt werden könnten. Weder Grossbritannien noch Frankreich würden es an Grosszügigkeit fehlen lassen. Im Gegenteil, es würde dann der herzliche Wunsch bestehen, das Ende der Krise in einer Weise zu bekunden, die ein friedliebendes Régime stärken würde, sobald der Schatten des Angriffslustes und des Krieges über Europa verschwunden wäre. An dieser Stelle erwähnte K., dass seine Freunde sich über die Kolonien nicht besonders grosse Sorgen machten, dass aber der polnische Korridor die Angelegenheit wäre, die ihnen am meisten am Herzen läge. C. sagte, dass, bevor H. angefangen hatte, er (C.) immer gewünscht hatte, diese Schwierigkeit aus dem Weg geräumt zu sehen; dass sie aber jetzt offiziell von Deutschland fallen gelassen worden und es sicherlich nicht der Augenblick wäre, sie zur Diskussion zu bringen. Das würde nur Polen auf die Seite Hs. werfen. K. sah dies ein, sagte aber, dies wäre die wirkliche Beschwerde in den Gedanken der Militärkreise.

C. sagte K., dass dessen Gespräche mit V. dem Foreign Secretary und dem Premierminister berichtet worden waren und dass Ersterer

C. ermächtigt hätte, festzustellen, dass die Erklärung des Premierministers vom 24. März im Unterhaus noch immer volle Gültigkeit hätte. C. nahm es auf sich, diese Versicherung zusammen mit seinem eigenen Standpunkt in Form eines Briefes zu gestalten.

—
(b)

Brief von Herrn Winston Churchill,
Herrn von Kleist ausgehändigt

am 19. August 1938

Sehr verehrter Herr,

Ich habe Sie hier willkommen geheissen als einen Mann, der bereit ist, sich in Gefahr zu begeben, um den Frieden Europas zu bewahren und um eine dauerhafte Freundschaft zwischen den Völkern Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands zu ihrem gegenseitigen Vorteil zu erwirken.

Ich bin sicher, dass das gewaltsame Überschreiten der tschecho-slowakischen Grenze durch deutsche Truppen oder Flugzeuge einen neuen Weltkrieg hervorrufen würde. Ich bin jetzt ebenso sicher, als ich es Ende Juli 1914 war, dass England zusammen mit Frankreich marschieren wird; zudem sind gewiss die Vereinigten Staaten jetzt stark nazifeindlich eingestellt. Es ist für Demokratien schwierig, im voraus und ^{mit} kaltem Blute scharf umrissene Erklärungen abzugeben, aber das Schauspiel eines bewaffneten deutschen Angriffes auf einen kleinen Nachbarstaat und der darauffolgende blutige Kampf wird das gesamte britische Imperium aufbringen und die schwerstwiegenden Entscheidungen erzwingen.

Ich bitte Sie, lassen Sie sich in diesem Punkte nicht irreführen. Ein solcher Krieg, einmal begonnen, würde wie der letzte bis zum bitteren Ende ausgefochten werden und ein jeder sollte sich Überlegen, nicht etwa was in den ersten paar Monaten geschehen könnte, sondern wo wir uns alle befinden würden am Ende des dritten oder vierten Jahres. Es wäre ein grosser Fehler, sich vorzustellen, dass

das von Flugzeugen unter der Zivilbevölkerung angerichtete Blutbad das britische Imperium davon abhalten würde, seine volle Kriegsmacht zu entfalten, obwohl wir natürlich im Anfang mehr auszustehen hätten, als das letzte Mal. Aber das Unterseeboot ist praktisch durch wissenschaftliche Methoden zu bewältigen und wir werden die Freiheit der Meere sowie die Unterstützung der Mehrzahl aller Anderen in der Welt haben. Je schlimmer das Gemetzel von der Luft aus im Anfang, umso unversöhnlicher der Krieg. ^{Hat der Kampf einmal begonnen so werden} ~~Selbstverständlich werden alle in dem Kampf verwickelten grossen Nationen, wenn einmal eingeschritten, weiterkämpfen bis zum Sieg oder bis zum Tod.~~

Da ich Ihnen eine unzweideutige Botschaft nach Deutschland mitgeben wollte für Ihre Freunde, die den Frieden erhalten sehen wollen und auf ein grosses Europa hoffen, in welchem England, Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten werden für das Wohl der arbeitenden Massen, habe ich mich mit Lord Halifax in Verbindung gesetzt. Seine Lordschaft bittet mich, in seinem Namen zu sagen, dass der Standpunkt der Regierung Seiner Majestät mit Bezug auf die Tschecho-Slowakei von der Rede des Premierministers vom 24. März 1938 vor dem Unterhaus genau umrissen worden ist. Die Rede muss als Ganzes gelesen werden und ich besitze keine Befugnis, einen besonderen Satz aus seinem Zusammenhang herauszulösen; ich muss aber Ihre Aufmerksamkeit auf den letzten diesbezüglichen Abschnitt lenken - Columns 1405-6, Official Report of the Parliamentary Debates 1937-8:

"Wo es geht um Krieg und Frieden, sind nicht allein die gesetzlichen Verpflichtungen im Spiele und, sollte der Krieg ausbrechen, wäre es wohl kaum möglich, sich auf diejenigen zu beschränken, die solche Verpflichtungen eingegangen sind. Es wäre ganz unmöglich zu sagen, wo der Krieg aufhören und welche Regierungen in ihn verwickelt werden würden. Der unerbittliche Zwang der Tatsachen könnte sich sehr wohl stärker erweisen als feierliche Kundgebungen und in solchem Falle läge es wohl innerhalb der Grenzen der Wahrscheinlichkeit, dass andere Länder, abgesehen von den Parteien des ursprünglichen Konfliktes, beinahe sofort mit hineinbezogen würden. Dies gilt insbesondere für zwei

Länder wie Grossbritannien und Frankreich mit ihren langwährenden freundschaftlichen Verbindungen, mit eng verwobenen Interessen, mit ihrem Glauben an dieselben Ideale demokratischer Freiheit und mit ihrer Entschlossenheit, diese aufrechtzuerhalten."

Darf ich für mich persönlich sagen, zu glauben, dass eine friedfertige und freundschaftliche Lösung der tschecho-slowakischen Frage den Weg ebnet für die wahre Wiedervereinigung unserer Länder auf der Grundlage der Grösse und der Freiheit beider.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Veröffentlichungen Ewald v.Kleist

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



Anhebung der „Mitteilungen“ nur an Mitglieder des Hauptvereins bezw. der Provinzialorganisationen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe und gegen Übersendung eines Belagexemplares an die Schriftleitung gestattet.

Mitteilungen

des

Hauptvereins der Konservativen

Verlag:
Buchdruckerei R. Lankisch
Berlin SW. 19, Wallstr. 56

Hauptgeschäftsstelle des Hauptvereins: Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstr. 72 (Eing. Freischestr.). Fernsprecher: C 1 Steinplatz 8798. Postfachkonto: Hauptverein d. Konservativen, Bln.-Charltg. 4, Nr. 3324. Bln. Bankverbindung: Deutsche Bank und Discanto-Gesellschaft, Dep.-Kasse K2, Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstr. 68.

Erscheint Mitte jedes ungetraden Monats.

Nummer 3

Berlin, Mai (Wonnemond) 1933

Jahrgang 1933

Wenig hervortreten — viel leisten — mehr sein als scheinen!

Generalstaatsanwalt Graf v. Scharffen,
geb. 28. 8. 1863, gest. 1. 1. 1913.

Zur gest. Beachtung!

Wegen Verlaubung des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes bleibt unsere Hauptgeschäftsstelle vom 10. Juni d. J. ab auf etwa 1 Monat geschlossen.

Am 15. April d. J. wurde zur Großen Trauer abberufen das Mitglied unseres Ehrenden Vorstandes,
Herr Graf von Arnim-Bolzendorf.

In dem Heimgegangenen ist ein Mann von uns geschieden, der, voll unerbittlicher Treue zu seinen himmlischen und seinen irdischen Vätern, in allen Stürmen der Zeit stets den Weg ging, den seine barnehm-nützliche Bestimmung und sein klarer Verstand ihm vorgezeichneten.

Groß ist die Lücke, die sein Hinscheiden in unsere Reihen gerissen, denn er war unserer Besten einer. Unsere Verehrung für ihn und unsere Dankbarkeit reichen über sein für uns viel zu frühes Grab hinaus. Wir werden ihn nicht vergessen.

v. Kleist,

Vorsitzender des Hauptvereins der Konservativen.

Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht.

Von v. Kleist-Schwarzau.

20. 5. 33.

Zeit vielen Jahrzehnten ist unsere Politik vom Konservatismus kaum und in stets abnehmendem Maße bestimmt worden. Heute steht das konservative Menschentum

in den verchiedensten Lagern und hört auf die verschiedensten sogenannten Führer. Das Wissen um die Grundlagen konservativen Seins ist weitgehend verloren gegangen.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt gesagt worden, daß Konservatismus gleichbedeutend ist mit Glauben an Gott. Unter den Einwirkungen des Liberalismus und der kirchlichen Verfälschung des Begriffes „Glauben“ ist den Menschen die Fähigkeit abhanden gekommen, überhaupt noch zu verstehen, was das Wort „Glaube“ bedeutet. Glaube hat mit Fürwahrhalten nichts zu tun. Glaube ist nichts anderes als unbedingter Gehorsam gegen Gott und unbedingtes Vertrauen. Darum können Dogmen und Bekenntnisfragen nur mittelbar mit Glauben etwas zu tun haben. Für das Leben des Menschen ist das Bekenntnis, das er für richtig hält, an sich ziemlich belanglos, und damit sind Bekenntnisstreitigkeiten überhaupt Fragen zweiter Ordnung. Für denjenigen, der sich mit Recht „Christ“ nennen will, kann hieran kein Zweifel bestehen, denn Christus verlangt stets nur Glauben, aber kein Fürwahrhalten. Das ist aber die Gefahr aller Kirchen, daß sie das Bekenntnis, also Menschenwerk, anstelle des Glaubens in den Mittelpunkt rücken. Das bedeutet aber Abfall vom Christentum, Abfall vom Glauben, und ist Pharisäertum. Wenn das Leben der Menschen nicht mehr vom Glauben bestimmt wird, dann geraten alle Dinge in Unordnung, so wie wir es jetzt erleben, und die Menschen werden durch ihre eigenen Handlungen gezwungen, entweder unterzugehen oder umzukehren.

Glaube stellt Gott allein in den Mittelpunkt und erachtet nur ihn als den einzigen Wert an. Der Gläubige weiß, daß der Mensch keine andere Aufgabe hat, als nur die eine einzige, den Willen Gottes zu tun, und zwar auf jedem Gebiet menschlicher Betätigung. Das ist das Einzige, was wichtig ist und über den Wert menschlicher Erfolge und Handlungen entscheidet.

Es gibt nur zwei Weltanschauungen seit Anbeginn der

Welt mit den Glauben und den Unglauben. Entweder wird Gott allein in den Mittelpunkt gestellt oder etwas Anderes allein oder neben ihm. Der Kampf dieser beiden Welten ist der einzige Gegenstand allen Geschehens und aller Geschichte.

Es gibt aber keinen Menschen und kein Volk, das ganz der einen oder anderen zugewiesen werden könnte. Stets leben in den Menschen beide Welten neben einander. Die Zuweisung zu der einen oder anderen Welt, die Bezeichnung „Konservativ“ oder „nichtkonservativ“ sind also stets nur Annäherungswerte und belagen nur, daß die eine oder andere Welt überwiegend das Leben und den Wert bestimmt. Es wird also auch nie eine große Organisation oder Partei sich rühmen können, im Vollbesitz der Wahrheit zu sein. Darum trägt auch jeder Kampf, der durch den Parteigedanken beherrscht wird, den Keim der Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit in sich.

Von dem hier Gesagten verstehen die meisten Menschen der heutigen Zeit kein Wort. Die Gebildeten vielleicht noch viel weniger als die Ungebildeten. Da es sich aber um die Grundlage menschlichen Zusammenlebens handelt, ist die völlige Verworrenheit unserer Zustände darum selbstverständlich. Den ewigen Wahrheiten kann man nicht zum Teil zustimmen, sondern nur ganz und unbedingt. Bedingte Zustimmung bedeutet Ablehnung und Entwertung. Erst wenn die ewigen Wahrheiten wieder das Leben bestimmen, wenigstens bei einigen Führern, wird der Weg zum Aufstieg frei sein. Diese wenigen Sätze bedeuten einen so grundlegenden Angriff auf die allgemein herrschenden Ansichten, daß die meisten sie sich nur nach langem, eingehendem Ringen zum geistigen Eigentum werden gewinnen können. Dabei sind wir uns aber klar, daß die zwingende Kraft konservativen Gedankengutes nicht in Weisheit liegt. Zur überzeugenden Darstellung gelangt es nur, wenn es vorzuleben wird. In der Politik entstehen insbesondere nicht Worte, sondern Handlungen. Deshalb ist aber zu fordern, daß die hier mit Stichworten angefaßte Auseinandersetzung mit allen herrschenden Ansichten nicht mehr zur Ruhe kommt und auf allen Gebieten angezogen wird. Dieser Kampf ist unabweisliche Pflicht und hat jedem Gegner gegenüber das höhere Recht auf seiner Seite.

Das Gesagte gilt nicht etwa nur oder vornehmlich für das sündliche Leben, sondern genau so für jede Veräußerung, also auch für die Politik. Es handelt sich nicht um verfliegene Ideologien, sondern um die alles Leben bestimmende Realität. Wir müssen endlich wieder begreifen lernen, daß das Leben eine Einheit ist, und zwar eine Welt zur Verantwortung stehende Einheit.

Einige Beispiele mögen das Gesagte verdeutlichen. Zunächst ein Hinweis auf Preußen. Das ist nämlich das Geheimnis des Preußentums, des preußischen Staates und seiner fast unbegreiflichen Erfolge gewesen, daß hier der Glaube die bisher vollkommenste politische Darstellung gefunden hat, von der die Geschichte zu berichten weiß. Es kann nicht oft genug betont werden, daß das Wesen des Preußentums in der das ganze Leben, also auch das Verhalten der Menschen zu einander, gestaltenden Pflicht liegt. Pflichterfüllung aber ist gar nichts anderes als die bedingungslose Unterwerfung des ganzen Menschen unter ein geglaubtes Höheres, nicht von Menschen gemachtes Gesetz, d. h. auch die Nation ist nicht der letzte Maßstab, sondern Gott. Jede Nation hat ihre Vorzüge und Fehler. Es ist darum niemals Aufgabe der Menschen, die gesamte Eigenart der Nation unverändert zu erhalten. Die Bekämpfung ihrer Mängel ist ebenfalls gottverordnete vaterländische Pflicht. Es kann keinen unbedingten Glauben an Menschen geben, sondern nur an Gott. Das ist die gegenkräftige Größe der preussischen Könige gewesen, die wahrlich zu den größten Führern aller Zeiten gehören, daß sie keine Verehrung für sich forderten, sondern auch sich bedingungslos unterwarfen dem göttlichen Gesetz und nur vor ihm Verehrung und Unterwerfung forberten. Bei der Kenn-

zeichnung des preussischen Pflichtgedankens als Unterwerfung unter ein geglaubtes Gesetz setzte man statt „Gottes“ „Gott“, und man hat den Begriff des Glaubens. Darum ist Preußentum die bisher nicht wiedererreichte, mit aller Kraft wiederanzustrebende Höchstleistung des deutschen Volkes. Männer wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große haben durch Einprägung des Pflichtgedankens damit auch in religiöser Beziehung mehr geleistet als alle Theologen nach ihnen.

Es kommt nicht darauf an, daß solche Worte über die unwägbaren Werte Ehre, Pflicht, Königstreue, Vaterlandsliebe usw. fallen, sondern allein darauf, daß diese Dinge ernst genommen werden, d. h. daß die Menschen bereit sind, für ihre Überzeugung jedes Opfer zu bringen und mit dem Leben einzutreten. Wer hohe Werte aber ohne diese Einsatzbereitschaft zu vertreten vergibt, schadet mehr als er nützt, denn er wirkt unwahr und abstoßend. Hier werden sich die Welten: Der Eine fragt, was kommt danach, der Andre, was ist recht.

Die Vor- und Nachkriegsgeschichte ist ein einziges Beispiel dafür, daß diese Auffassung „Was ist recht?“ das Leben nicht mehr bestimmt hat. An dem Mangel an Unbedingtheit, den echter Konservatismus und Preußentum nicht kennen, ist alles zerbrochen. Schon in der Vorkriegszeit haben die verantwortlichen Leiter des Staates über unverzichtbare Dinge Kompromisse geschlossen und nannten das „mit der Zeit mitgehen“. Der Erfolg war der Zusammenbruch des Staates und die Revolution. In der Revolution daselbe erschütternde Bild der kampflosen Preisgabe von Idealen. Man bengte sich der Gewalt, „um Schlimmeres zu verhüten“. Alle, die so gehandelt haben, haben glaubenslos gehandelt und sind darum schuldig geworden. Viele beugten sich, und zwar nicht nur äußerlich, um ihre Familien der Not zu bewahren. Der Satz gibt es aber nicht, daß man von der Bewahrung des Lebens befreit ist, wenn sie mit schweren Opfern verknüpft ist, im Gegenteil, dann, und nur dann, kann sich Glauben und Überzeugung bewahren. Es gibt keine Grenze des Opfers, von es um unabdingbare Glaubensfragen geht. Wenn die Gegner der Revolution sich pflichtgemäß entschlossen zur Wehr gesetzt und Überzeugungstreue bewährt hätten, ohne ängstlich nach dem Erfolg zu fragen, dann hätte sich die Revolution nicht durchgesetzt. So aber sind sie fortgesetzt worden. „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht.“

Das Verhalten vieler nationaler Kreise nach der Revolution war beschämend und unbefriedigend kurzlich. Durch „positive Mitarbeit“ glaubten sie zu einem tragbaren Kompromiß mit der Revolution kommen zu können, d. h. sie waren überzeugungslos bereit, sich im wesentlichen mit dem „Boden der Tatsachen“ abzufinden. Weil Ebert und Noske nach ihrer Machtergreifung sich selbstverständlich nicht mehr als Volkstribune, sondern genötigt gaben und häufig auch ganz vernünftig handelten, hörte man überall die törichte Redensart, diese Männer wüßten in die Rolle eines Staatsmannes hinein, und man könne auf eine allmähliche gütliche Entwicklung hoffen. Namentlich von Noske haben sich welche Offizierskreise in einer nicht zu entschuldigenden Verblendung einwickeln lassen. Das Unnütze und Schädliche dieser Einstellung liegt mittlerweile zu Tage. Diese unpolitischen „Nationalen“ hatten vergessen, daß ganz besonders für die Politik der Satz Bedeutung hat: „Fort nicht du wandeln, fort und fort nach dem Gesetz, nach dem du angetreten.“ Gleich in den ersten Zeiten nach der Revolution zeigte es sich, daß die Führung in nationalen Lager nicht fähig war, den Kampf gegen den Staat von Weimar als aus Glaube notwendig und darauf mit rücksichtsloser Schärfe und Einsatzbereitschaft zu führen. Die nationalen Organisationen waren alle demokratisch aufgezogen. Ihre Führer waren daher mehr oder weniger liberal. Konservativ-Kompromisse wurden zurückgebrängt. Der Staat von Weimar war doch wirklich der Todfeind des konservativen Staatsgedankens. Trotzdem fanden aber die Kampfpartei der nationalen Opposition in einem schreienden Mißverhältnis zu diesem Tatbestand. Der Mißerfolg war beschämend; trotz Un-

fähigkeit und Unwürdigkeit des Gegners verlor die Opposition fortgesetzt. Die Enttäuschten sammelten sich bei der NSDAP.

Es geht eine gerade Linie von der unzulänglichen Vorkriegspolitik zur jectischen Haltung der Führung der zahlreichen nationalen Organisationen einwärts, der Leitung der deutschnationalen Partei. Gegen diese Haltung haben wir Konservativen stets im Kampf gestanden. Wenn jetzt die Führung des Kampfblochs Schwarzweißrot durch die Nationalsozialisten an die Wand gedrückt ist und in noch geringere Bedeutung absinken wird, so nehmen wir Konservativen wie folgt Stellung: Es ist unser Wille, daß diese nahezu unmachtete jectische Haltung nicht wieder die Führung in Deutschland erhält. Es war ein Fehler, daß sich konservative Kräfte mit einer liberalen Führung und auch Hugenberg ist überwiegend nicht konservativ, so groß seine wirtschaftlichen Fähigkeiten und seine Charaktereigenschaften sind — abgefunden haben. „Standt ihr nicht, so bleibt ihr nicht.“

Es wird uns wohl niemand wegen der vorstehenden Ausführungen im Verdacht haben, daß wir ein Absichwenden zur nationalsozialistischen Partei auch nur für erwägenwert hielten. Wir sind nämlich wirklich der Überzeugung, daß die Parteizugehörigkeit eine sehr belanglose Sache ist und der Parteigeist endlich überwunden werden muß. Uns ist aber darum zu tun, daß die konservativen Kräfte anhören, diejenigen als ihre geistigen Führer anzuerkennen, die bisher den Kurs der nationalen Organisationen bestimmt haben. Dieses Sichabschließen ist der erste notwendige Schritt. Die Sorge vor Atomisierung der in den bisherigen Organisationen zusammengefaßten Menschen darf uns nicht davon abhalten, aus unserer Überzeugung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Es muß mit der Vergrößerung gebrachen werden, daß Weltanschauung und Überzeugungen nur in Reden vertretbar werden dürfen. Ueber den nur noch begrenzten Wert von Organisationen kann wohl kein Zweifel mehr bestehen. Hierfür muß auf die völlige Zwecklosigkeit von Organisationen hingewiesen werden, die mit dem Staate gleichgeschaltet sind. Aus allen solchen Organisationen empfiehlt sich der Austritt, denn es hat keinen Sinn, neben dem Staate noch einen gleichgeschalteten Privatapparat zu unterhalten, der nur unnötige Kosten verursacht.

Es kommt wirklich nicht darauf an, eine Partei der anderen gegenüberzustellen, das ergibt stets eine schiefe Stellung. Wir streben daher eine neue konservative Front an. Wir denken dabei nicht an eine neue Partei oder Organisation. Wir denken an ein Zusammenwirken im großen und kleinen zur Durchsetzung bestimmter Forderungen. Die Erfüllung oder Nichterfüllung muß das politische Verhalten bestimmen. Es gibt Dinge, die zu allen Zeiten die Voraussetzung für den Bestand von Staat und Volk sind, und über die es unter Deutschen keine Meinungsverschiedenheiten geben sollte. Dazu gehört, daß Staat vor Partei geht, daß niemals eine Partei dem Staate gleichgesetzt werden darf, ferner unbedingte Gerechtigkeit allen gegenüber, die unterschiedslose Bestrafung aller, die die Gesetze übertreten, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, sofortige Entfernung aller Beamten, die aus politischen Gründen pflichtgemäßes Einschreiten verweigern, eine Außenpolitik, die mit Festigkeit und festlichem Können geführt wird, kurz, es gehören alle Voraussetzungen eines Rechtsstaates dazu und überhaupt alle unverzichtbaren konservativen Forderungen. Wir haben keinen Zweifel, daß sich in diesen Forderungen alle vaterländisch Denkenden — gleichgültig, wo sie organisiert sind — finden können und müssen.

Wir wissen, daß es in der Politik nur auf die Erfolge ankommt, von denen dauernder Segen ausgeht. Diese Erfolge werden nur errungen von Menschen, die Glauben bewahren. Daß von solchen Männern in entscheidender Zeit die Gesetze geleitet werden, ist die Lebensfrage auch unseres Volkes. Wir kennen die ungeheure Gefahr Deutschlands. Wir wissen

auch, wie weit unser Volk noch davon entfernt ist, wieder im Gehorsam gegen Gott zu leben und danach sein gesamtes Leben einzurichten. Wir glauben aber, daß es noch genügend Menschen in Deutschland gibt, die die Kraft aufbringen werden, ihre Pflicht zu tun, stets bereit, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, und die sich durch nichts Seltliches von der Pflichterfüllung abbringen lassen werden. Das deutsche Volk sucht ehrlich die Wahrheit, und darum vertrauen wir darauf, daß es wieder auf den rechten Weg zurückfinden wird. Die Bibel berichtet, daß Gott ein von ihm abgefallenes Volk nicht vernichtete um seiner Siebentausend willen, die ihre Sünde nicht gebeugt hatten vor Baal. Daß sich diese Siebentausend auch bei uns finden, die Glauben halten und nur Gott gehorchen, das ist die Frage nach Sein und Nichtsein der Nation. „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht.“

Das Primat in der Politik.

Von Ludwig Georg.

18. 3. 33.

Das deutsche Volk neigt von Natur aus dazu, der Innenpolitik vor der Außenpolitik größere Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst denen, die die Wahrheit des Rante-Wortes vom Primat der Außenpolitik zugestehen, ist dieser Grundsatze eine unangenehme Wahrheit. Wieder und wieder hat sich im Laufe unserer Geschichte gezeigt, daß dieser Mangel an außenpolitischem Instinkt eine innerpolitische Nachsicht zur Folge hatte, die zum Schaden für Wohl und Wehe des Ganzen ansetzte. Selten ist wohl diese Lehre und Erfahrungstatsache eindringlicher gepredigt worden als durch die Vorgänge unserer jüngsten Entwicklung, so wie sie das Ausland sieht. Die innerpolitische Machtverlagerung mit ihren Neben, Aufmärschen und Fackelzügen hatte die Sinne der Massen so völlig mit Beschlag belegt, daß das Wort vom Primat der Außenpolitik in sein Gegenteil verkehrt worden war. Als daher die ersten außenpolitischen Sturzzeichen am Himmel unseres Vaterlandes aufstiegen, fanden sie restlos Nichtachtung, höchstens fiel ein höfliches Rächeln für die ab, die die innerpolitische Siegesstimmung keine Macht über sich und die eigene kühle, nüchterne Betrachtung der Dinge, so wie sie sind, halten gewöhnen lassen. Denn für den, der gewohnt ist, sich in der Politik nicht an Sentimentalitäten zu verlassen, bestand nicht der leiseste Zweifel darüber, daß, nach dem alten Wort, Nichtbeachtung der Außenpolitik nicht nur ihren Folgen schuldig. Während die Masse unsere Volkss innerpolitische Siege feierte und außenpolitisch von der angeblichen Freundschaft mit Italien und der wohlwollenden Neutralität Englands träumte, rückten die entscheidenden Tage der Abrüstungskonferenz in Genf und der noch vor uns liegenden Weltwirtschaftskonferenz in London immer näher. Der Traum der Masse nahm ein jähes Ende, als plötzlich die Genfer Abstimmung über die Abschaffung der sogenannten deutschen Wehrverbände auf die Heeresstärke die verschlafenen Gemüter wie ein Donnereschlag weckte. England hatte gegen uns gestimmt, Italien hatte sich der Stimme enthalten. Die Presse der Welt ließ sich deutlich ihre Verschamtheit über die Lauthheit merken, mit der das deutsche Volk sein eigenes Erwachen feierte. Mit einem Schlage zerfloßen alle Illusionen in nichts. Die Wahrheit zerkleinerte den Nebel. Deutschland ist isoliert wie noch nie. Wo liegen die Gründe hierfür? Die „Vossische Zeitung“ versucht es in ihrer Nummer 231 vom 15. 3. 33 ihren Lesern so klar zu machen: „Daß die Sympathien für Deutschland in der Welt in den letzten Monaten gefährlich gesunken sind, weiß jeder. Ihr Sinken erklärt sich nicht aus der auswärtigen Politik, die wir führen, sondern aus der Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse.“

Sicherlich wird damit der Kern der Wahrheit getroffen, aber es ist nur die eine Hälfte des Kerns. Die andere Hälfte hat der General und Unterrichtsprofessor Hausdörfer in der

April-Nummer der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift für Geopolitik“ mit feiner geschliffener Eleganz also legendes: „Noch immer aber gilt . . . die uralte chinesische . . . Staatsweisheit: der Freund der Nachbarn seiner Nachbarn zu sein. Eine fast zu Selbstverständliche Folgerung daraus ist, diese Nachbarn seiner Nachbarn und Bedränger nicht unnötig zu vergrämen, und wenn man noch so sehr von den Methoden ihrer inneren Staatsführung abweicht ja seine Antipoden, seine Gegegensätze, in deren vollstehenden Spizen zu erkennen glaubt. Denn Innenaufbau und Raumdrukungsgeiz auf Erden sind zweierlei; wir wollen nicht vergessen, daß der „allerchristlichste König“ seine besten Erfolge bei der Raumpokerklärung unseres ersten Reiches seiner Freundschaft mit dem Groß-Türken verdankt, obwohl der Großvezir damals seinem jetzigen Vorkämpfer sagte: „Wisse, daß es dem Großherrn gleichgültig ist, ob der Hund das Schwein frisst oder das Schwein den Hund“, als ihm ein Stog des „Allerchristlichsten“ gemeldet wurde.“

Der ganze Satz, dessen unsere Erbfeinde fähig sind, hat sich dieser Handhaben bemächtigt, um Deutschland entgegen der aller Welt bekannten Wahrheit als das Land der Aufrüstung hinzustellen. Die Lage gestaltete sich so, daß die heutige Regierung sich genötigt sah, eine ausführliche Verlautbarung durch den Mund des Kanzlers vorzubereiten. Am Vorabend des dazu anberaumten Tages war die Feindseligkeit unserer Gegner in dem beständigesachten Gewande auf in der Botschaft vor Roosevelt. Wer ist Roosevelt? Nichts anderes als ein zweiter Wilson. Die Spuren der 14 Bünde von damals sollten uns schrecken, sollten uns davor warnen, die Hintergründe dieser sogenannten Friedensbotschaft zu verkennen. Die Freunde der uns feindlich gesinnten Mächte über die Worte Roosevelts spricht eine allzu bereite Sprache. Mit dem Vorwort des offenen oder verborgenen Verlangens nach Gebietsverweiterung will Roosevelt kein anderes Land der Erde küssen als Deutschland. Wir müßten aus Erfahrung wissen, was ein Mißtrauensspalt der Welt und die Abschaffung der Angriffswaffen praktisch bedeutet, welche Mächte diese Dinge ernst nehmen, und welche nicht.

Inzwischen hat Hüler geantwortet. Er hat dem Widerstreit des gegenwärtigen Zustandes wieksam Ausdruck verliehen, nicht minder ein Entgegenkommen an den Tag gelegt, wie es weitergehend nicht gedacht werden kann. So hat er davon gesprochen, daß am Ende des Krieges eine Lösung sich hätte finden lassen müssen, „die aus den verständlichen Ansprüchen Polens entgegengekommen wäre“. Obwohl eine solche Lösung nicht gefunden sei, wäre von deutscher Seite nicht der Bruch einer Vereinbarung durchgeführt worden. Damit hat Hüler sein den Polen gegebenes Zugeständnis wiederholt und den Rechtscharakter des das Ende des Weltkrieges beklagenden Diktats anerkannt. Der Kanzler ist aber noch weiter gegangen, indem er seine grundsätzliche Zustimmung zu dem englischen Plan der Abrüstung gegeben hat.

Form und Inhalt der Hülerschen Erklärung haben im Auslande nahezu ausnahmslosen Anklang, um nicht zu sagen: Beifall, gefunden. Aus der ungeheuren Fülle der ausländischen Stimmen ist nur die „Times“ herausgegriffen, die ihre Freude über die Hülersche Rede in die Worte kleidete, die meisten Sätze hätten auch von einem seiner letzten Vorgänger gesagt sein können. Dieser unerhörte Inbels des Auslandes macht den konservativen Menschen trotz der durch Hüler erfolgten Zurückweisung ausländischer Forderungen umso mehr, als von deutscher Seite beachtliche Bedenken vorhanden sind.

Diese Bedenken beziehen sich gerade auf die grundsätzliche Zustimmung zum englischen Plan. Was heißt das? Der englische Plan hat ein internationales Rüstungsabkommen zum Gegenstand, das wiederum auf einem für alle Länder des Kontinents verbindlichen Wehrsystem mit einheitlicher kurzfristiger Dienstzeit fußt, bei dem die Zahl der Angriffswaffen eine Herabsetzung erfährt. Für uns würde die Annahme des Planes praktisch ein Aufgeben der Reichswehr bedeuten,

wodurch die uns fehlenden Rekruten und die schweren maschinellen Waffen unserer Ferste ein Übergewicht erhalten würden, dem Deutschland auch nicht nur annähernd Gleichwertiges an die Seite zu stellen hat. Die grundsätzliche Zustimmung zu diesem Plan erfährt ihre ganze Tragweite erst durch das Eingeständnis, „eine Übergangsperiode von 5 Jahren für die Herstellung einer nationalen Sicherheit anzunehmen in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die weltliche Gleichstellung mit den anderen Staaten Deutschlands erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (?) die größten Nationen ihrerseits auf diese Angriffswaffen verzichten und durch eine internationale Konvention (?) ihre Anwendung verbieten wird“.

Zerschlägt Deutschland seine Reichswehr und wandelt sie in eine Miliz um, so handelt es dabei nicht die Gleichberechtigung überhaupt ein, sondern nur die Gleichberechtigung qualitativer Natur. Hält man die Gleichberechtigung an sich für unser Ziel, so ist die qualitative Gleichberechtigung eine solche Selbstverständlichkeit, daß eigentlich kein Wort darüber zu verlieren ist. Aber auch in diesem Punkte der qualitativen Angleichung, so hat man erklärt, will Deutschland nicht alles auf einmal haben, sondern sich auf den Verhandlungsweg einlassen.

Diese Ansichten sind derart, daß der konservative Mensch offen bekennen muß, daß er an eine Befreiungspolitik mit dem Ziel der Gleichberechtigung doch noch andere Forderungen stellt. Wenn schon die Abrüstungskonferenz unter dem hier aufgezeigten trüben Stern steht, welchen Ausgang wird dann erst die Weltwirtschaftskonferenz in London nehmen? Schachts Eclaircissements in In- und Ausland über den Zustand der deutschen Wirtschaft und über den Zinsen- und Zinsungsdienst weinen ebensowenig als günstiges Vorzeichen der Londoner Konferenz ausgedeutet werden zu können. Selen wir uns über den Ernst der Lage ganz klar: die Entente des Weltkrieges ist im Wiederaufstehen. Frankreich und England sind Weltmächte. Die steigende Unruhe im Fernen Osten muß ihr Bedürfnis nach Sicherung des bestehenden Zustandes in Europa stärken und sie mehr und mehr zusammenführen. Roosevelt weiß, daß er in der Frage der internationalen Schulden doch Zugeständnisse machen muß. Für ihn gibt es, will er nicht alles verlieren, nur den einen Weg, sich mit seinen Schuldnern zu einigen und eine Stabilisierung des Pfandes zu erreichen. In die Fußstapfen dieses Dreißendbes treten selbstverständlich die nur allzu willigen Trabanten Frankreichs, die Mächte, der kleinen Entente. Weist Sowjet-Rußland, das durch seine Verwicklungen im Innern und im Fernen Osten schon sehr zu freundschaftlichen Beziehungen gegen Polen veranlaßt worden ist. Dazu kommt, daß die Anwesenheit an sämtliche sowjetrussische Handelsvertretungen, eine Prüfung darüber einzustellen, ob nicht der russische Import aus Deutschland auf andere Mächte zu übertragen sei, nicht gerade als deutschfreundliche Weise zu werten ist. Wie problematisch Italiens Freundschaft ist, beweist seine Haltung in Genf. Noch ist Österreich ein Junkerpfel zwischen Italien und Frankreich. Was aber wird, wenn die Entwicklung in Österreich eine andere Linie einschlägt und Frankreich koloniale Zugeständnisse in Nordafrika an Italien macht? Das würde einen Ausbruch Italiens aus der Front der Revisionisten zur Folge haben. Seit bisheriges Verhalten kann auch nur dazu ansetzen sein, den Kaufpreis Frankreichs zu erhöhen. Diese Wahrscheinlichkeit wird noch dadurch vergrößert, daß die Revisionisten nur einzig sind über die Tatsache der Revision, nicht aber über die Form der Aenderung. Diese letzte entscheidende Voraussetzung jeder dauernden Regelung fehlt aber bei den Mächten, die ein Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes haben.

Wer vor dieser Gefahrenquelle die Augen verschließen will, mag es tun. Der konservative Mensch wird sich hierzu

nicht herbeilassen. Er weiß, daß auch gegen die augenblickliche, mit überhöhten Spannungen geladene außenpolitische Lage nur ein Kraut gewachsen ist: Festigkeit und Würde. Er wird wünschen, daß die Reizen momentan nichtbeamteter Vertreter Deutschlands eingeschränkt werden. Er wird wünschen, daß das Bismarckwort, das Reich müsse die Fensterhellen bezahlen, die die Presse einschlägt, auch von anderen nicht mit Presse-Angelegenheiten befaßten Stellen beachtet werde. Schließlich wird er wünschen, daß die Gerüchte über eine etwaige parteipolitische Umbelegung der für die Außenpolitik verantwortlichen Stellen des Reiches verstummen, damit nicht einst das harte Urteil des Reichsgründers über die Außenpolitik seiner Nachfolger auch auf unsere Epoche Anwendung findet.

„Ueber die Fehler, welche in der auswärtigen Politik bezangen werden, wird sich die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte eines Menschenalters zurückblicken instande ist, und die Ächtel, qui plecurtur, sind nicht immer die unmittelbaren Zeitgenossen der fehlerhaften Handlungen. Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden. Die Befähigung zu dieser Voraussicht wird selten in dem Maße angeboren sein, daß sie nicht, um wirksam zu werden, eines gewissen Maßes von geschäftlicher Erfahrung und Personenkenntnis bedürfte, und ich kann mich benutzender Einbrücke nicht erwehren, wenn ich bedenke, in welchem Umfange diese Eigenschaften in unseren leitenden Klassen verloren gegangen sind.“

Quo vadis?

Grundsätzliches zur kirchlichen Lage der Gegenwart

Von Pastor Reimer.

2. 5. 33.

Überall ist heute die Rede von einer Erneuerung der Kirche. Die Stimmen dazu kommen von ganz verschiedenen Seiten, wobei vor allen zu nennen sind die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, die Veröffentlichungen des „Altonaer Bruderkreises junger Theologen“, der Aufruf des Generalsuperintendenten D. Jähner u. a. Alle diese Stimmen sind in der Kritik weit hin einig, in dem Ziel aber und in den Wegen, die sie vorschlagen, recht verschieden. Es soll an dieser Stelle nicht versucht werden, irgendwie Stellung dazu zu nehmen, sondern wir wollen zu dem Ganzen nur einige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Es handelt sich bei all' diesen Vorschlägen zu einer Erneuerung der Kirche um solche äußerer und innerer Art. Man hat freilich den Eindruck, als ob dabei die Vorschläge einer äußeren Reform, d. h. einer organisatorischen Verfassungsreform, überwiegen. Man fordert eine Verfassungsänderung, die „eine starke evangelische Kirche deutscher Nation“ ermöglicht und dieser „eine einheitliche persönliche Führung“ gibt. Es handelt sich also bei den äußeren Vorschlägen 1.) um den Zusammenschluß der deutschen Landeskirchen zu einer Reichskirche und 2.) um ihre Führung. Diese äußere Reform soll die Kirche fähig machen, mehr als bisher wirklich Volkskirche zu sein und in Bekanntheit und Verkündigung dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit und in seinen einzelnen Gliedern zu dienen.

Gegenüber den verschiedenen Vorschlägen zur Erneuerung der Kirche hat inzwischen die Kirche selbst Stellung genommen und ihrerseits eine Verfassungsänderung zugesagt. Die Arbeiten dazu sind im Gange.

Unter den verschiedenen Vorschlägen zur Kirchenreform ragen auf jeden Fall die der „Deutschen Christen“ hervor. Man kann sagen, daß diese das ganze Unternehmen vorwärts treiben. Wenn wir dieses Wort „Unternehmen“ vorwärts treiben. Wenn wir dieses Wort „Unternehmen“ schreiben, so soll damit schon unsere Kritik angedeutet sein. Denn es scheint uns in der Tat, als handele es sich bei der „Glaubens-

bewegung Deutsche Christen“ nicht so sehr um eine Sache des Glaubens wie um eine Aktion und ein politisches Unternehmen. Gewiß sind unter denen, die sich zu dieser Bewegung halten, viele, denen es heiliger Ernst um die Erneuerung der Kirche und des Volkes aus Glauben ist. Dennoch behält man den Eindruck, daß, aus der Ganze gesehen, hier politisches Wollen das Ausschlaggebende ist, denn was diese Glaubensbewegung will, ist in der Hauptsache die „Gleichschaltung“ der Kirche mit dem Staat. In dieser „Gleichschaltung“ soll die Erneuerung der Kirche wesentlich begründet sein. Die Erfüllung dieser Forderung aber wäre das Ende der Kirche, denn sie würde nicht neues Leben bedeuten, sondern den Tod. Das Leben der Kirche besteht in ihrem Glauben. Glaube aber ist Freiheit. Das Leben der Kirche muß also ihre Freiheit sein, in der sie Gott allein untertänig ist. In dieser Freiheit, im alleinigen Gehorsam gegen Gott hat sie den Glauben zu verkünden und selbst zu glauben. Durch eine „Gleichschaltung“ aber, wie immer sie praktisch aussehen mag, würde die Kirche ihre Freiheit verlieren und damit aufhören, Kirche zu sein. Sie müßte dann die Zukunft würde es erweisen — „den Menschen mehr gehorchen als Gott“.

Haben Sie schon Ihren Beitrag bezahlt?

Der Hauptverein kann ohne ausreichende Beiträge nicht bestehen!

In der Linie dieser Gleichschaltung liegt weiter die andere Forderung der „Deutschen Christen“, die Kirche habe die Hoheit des nationalsozialistischen Staates aus Strauben anzuerkennen und die Führung der Kirche in die Hände solcher Männer zu legen, die „bewußt auf dem Boden der nationalsozialistischen Revolution“ stehen. Mit dieser Forderung würde zum zweitenmal der Kirche der Todesstoß versetzt. Denn mindestens theoretisch ist es doch denkbar, daß der nationalsozialistische Staat von heute einmal zugrunde ginge. Eine ihm gleichgeschaltete Kirche würde dann gleichfalls zugrundegehen, da sie ja auf Gedeih und Verderb mit diesem Staat verbunden wäre. Ingerdem aber widerspricht solche Forderung völlig dem Wesen des Glaubens, denn sie bedeutet eine Bindung nicht nur an den Staat, sondern an eine bestimmte Staatsform. In dieser Bindung an die augenblickliche Form des Staates liegt deshalb wiederum das Ende der Freiheit und der Pflicht der Vergänglichkeit.

Darüber hinaus werden auch andere verantwortliche Neuerungen der „Deutschen Christen“ in keiner Weise dem Wesen evangelischen Glaubens gerecht, so die Meinung, daß zum Gan der Kirche die Masse ihrer Glieder notwendig sei etwa in der Behauptung: „Wahres Leben kann die Kirche nur durch die Masse des evangelischen Kirchenvolkes bekommen.“ Darauf könnte sich der Versuch gründen, durch eine zahlenmäßige „Eroberung“ der Kirche und durch Erringung der Macht in ihr die Kirche zu erneuern, etwa nach den Worten: „Bauern, erobert die Kirche.“ Dahin gehören auch die unklaren Behauptungen der „Deutschen Christen“ über das Verhältnis von Kirche und christlichem Glauben, ebenso ihre daraus sich ergebenden Forderungen. Hier zeigt sich deutlich das völlige Fehlen einer klaren Theologie.

Wenn man demgegenüber steht, was auf kirchlicher Seite in dieser Hinsicht unternommen wird, so hat es den Anschein, als ob hier sehr unter dem politischen Druck der Gegenwart gehandelt wird. Bei aller Anerkennung des bisher bewiesenen Standpunktes wäre doch zu sagen, daß es heute wie überall, so auch hier vor allen darauf ankommt, Charakter zu beweisen. Am keinen Fall darf kirchliches Handeln jetzt oder in Zukunft von Angst oder von falscher Rücksicht bestimmt sein. Ebenjowenig darf man sich von der Befürchtung leiten

lassen, möglicherweise den Anschluß an die Zeit zu verpassen. Erneuerung ist nur möglich aus Glauben. Das hat die Kirche für sich selbst zu erkennen, d. h. sie hat sich zu besinnen auf den Glauben, der nur Gott gehorcht und ihm allein vertraut. Nur so wird es der Kirche gelingen, sich die innere Freiheit zu bewahren und nötigenfalls zu erkämpfen. Ohne diese Freiheit würde sie aufhören, Kirche zu sein.

Nur so wird es ihr gelingen, eine Erneuerung nicht zu unternehmen, sondern zu erleben. Denn was heißt „Erneuerung der Kirche“? „Erneuerung der Kirche“ muß ihre Aufgabe sein, die Aufgabe, aus der heraus ihr neuer Glaube geschöpft wird. In Aufgabe und Glauben wird sie sich auf das besinnen müssen, was sie unserer Zeit und unserem Volk zu sagen hat. Es werden viele darauf, daß die Kirche reden möchte, daß sie lehren und belehren möchte, daß sie entscheiden und den Weg weisen möchte, den wir gehen sollen, und daß sie eine klare Antwort geben möchte, unabhängig und unbeeinträchtigt von den Ereignissen der Zeit, eine ewige Antwort auf die Frage: „Was sollen wir tun?“. Diese Antwort müßte in Freiheit, allein im Gehorsam gegen Gott, d. h. im Glauben, gegeben werden. Das wäre eine Erneuerung im Sinne Luther's. Auf jede andere „Erneuerung“ verzichten wir!

Das Reichsehrenmal.

Von B. Pürter.

(Schluß.)

V.

Das Ehrenmal muß auch aus einem andern Grunde die Erinnerung an die Kämpfer des Weltkriegs lebendig und eindringlich wachrufen. Der Name Reichsehrenmal darf uns nicht etwa auf den Gedanken kommen lassen, man eine ganz prächtigste Ehrung oder sogar auch Aufruf zu neuem Tun ganz allein für uns, für das heutige Deutsche Reich darin sehen zu wollen. Die heutige deutsche Nation als solche hat überhaupt kein Denkmal verdient, und es fragt sich sogar, ob ein Volk, das so entlehrt nach außen blickt, wie das unsere, ob das überhaupt irgendeine Berechtigung besitzt, außer in den überall vorhandenen Gedächtnissen, seine Gefallenen zu ehren, bevor es selber wieder ehrlich und frei dasteht.

Sturm schreibt einmal:

In diesem Grabe, wenn das Schwert zerbricht,
liegt deutsche Ehre stedenlos gebettet!
Beschützen konntet ihr die Heimat nicht,
Doch habt ihr sterbend sie vor Schmach gerettet.

Sind wir denn überhaupt legitimiert, diesen Gräbern die Ehre fortzunehmen, und sie in einem Reichsehrenmal an einen Ort zu bannen?

Die Franzosen haben es für ihren Teil getan. Die haben alle Ehre, all ihr kämpferisches Wollen auf einen Punkt vereint, auf das Grabmal des unbekanntem Soldaten. Dieser Ausdruck steht uns, Gottseidank, nicht offen, denn er könnte zu der Täuschung führen: „wenn wir auch erst so etwas haben, dann ist alles „in Ruhe.““ Im Gegenteil! Wir kennen unsere gefallenen Brüder und haben es nicht nötig, den unbekanntem ein besonderes Denkmal setzen, wofür wir es durch die Tat schon tun, d. h. daß wir so handeln, wie es das Reich fordert. Unsere Gefallenen ehren wir nicht durch gesellschaftliche Erfüllung stantlos gewordener Wünsche (z. B. der Frau und die Tochter in dem preussischen Ehrenmal, der alten Wache), sondern dadurch, daß ihr Geist und ihr Vorbild bei uns lebendig bleiben.

Darum ist es nicht belanglos, ob wir ein Reichsehrenmal bauen oder nicht. „Die toten Soldaten schlafen niemals ein, müssen stets bei ihren Brüdern sein.“ Uns helfen sie doch. Und wenn wir den Gefallenen zum Dank und zur Ehre ein Ehrenmal bauen, dann muß es erstens selber einen ehrenvollen Sinn haben und nicht etwa den heiligen Stellen. Die

vielen Gauen aber darf es, auch in seiner Form, nicht beirren, sondern muß sie immer wieder aufjagen: „Kannst Du ihnen in die Augen sehen?“

VI.

Nun noch einiges zur Form. Wir wollen nicht eher ein Ehrenmal bauen, als bis wir eine entsprechende Form gefunden haben. Schlagen doch schon ernsthafte Berliner Zeitungskritiker vor, die ganzen Reichsehrenmalpläne jetzt zurückzustellen, bis die vor uns liegenden großen nationalen Aufgaben erfüllt sind. Dieser Vorschlag ist auch in der Hinsicht begrüßenswert, als er es verleiht, daß einer der augenblicklich ausgezeichneten Entwürfe ausgeführt werden könnte.

Die Form eines jeden Denkmals bestimmt sein geistiger Inhalt. Der Gehalt eines Deutschen Reichsehrenmals muß immer einen heroischen Zug tragen. Daher ist es schon bedenklich, ein derartiges Denkmal in eine mit ihren Bodenformen so unruhige Landschaft zu setzen, wie es die bei Verfa ist. Denn zu einem solchen Denkmal gehört eine weite, ruhige Vorfläche, wie etwa beim Tannenbergdenkmal. Ein Pfeilerviereck vollends verstoßt inmitten des Waldes.

Man muß von einem Reichsehrenmal, das auch größere Menschenmengen sehen wird, fordern, daß es eine klare, weithin gut sichtbare Silhouette abgibt. Und hier kommen wir wieder zu der Forderung, monumentale, und das sind stets ganz ruhige, Formen für das Ehrenmal zu verwenden.

Das Standbild des um seine Fahne kämpfenden Wermundeten wäre in dem Pfeilerviereck durchaus am Platze; als Monumentalfigur ist sie jedoch unmöglich. Das massige Standbild des Siegfried entspricht am ehesten dieser Forderung. Doch ist auch gerade von Standpunkt der künstlerischen Form ein Einwand zu machen, der auf den gleichen Vorschlag herabkommt wie die vorher aufgestellte Forderung, daß statt Siegfried ein Soldat des Weltkriegs das Vorbild dieses Monuments wird. Die Schäden sind folgende: mit dem von Hofhaus-Krüger vorgeschlagenen Standbild kommen wir in die Gefahr, ein Gegenstück zu dem Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald zu schaffen. Die Schwert hoch, die Schwert nieder. Beide Ausdruck einer Zeit, die in eigenen Formen lebte, es aber nicht fertigbrachte, ihnen eigener Ausdruck zu geben.

Was die Verwurzelung der Denkmalsfigur im Leben und Denken des Volkes angeht, so ist die *Tradition* des deutschen Soldaten ehrenwürdig, ruhmreich und alt genug, ja, sie reicht hinauf bis zu Siegfried selber, um Bedenken in dieser Hinsicht nicht aufkommen zu lassen.

Freilich: Es ist schwerer, den Dank an die Toten, den Aufruf an die Lebenden ohne eine schon oft verwendete Schablone in straffer, soldatischer und künstlerisch ausreichender Gestalt anzubringen. — Doch auch zeitgebundene Denkmäler können über zeitliche Gestaltwerdung des Sinnes und Zukunftswillens eines Volkes werden, wie das Standbild des Bamberger Reiters beweist.

Von unseren Künstlern müssen wir die Beherrschung der Form verlangen und die Fähigkeit, für diesen Willen die angemessene Form zu finden. Und wir übrigen müssen an einem Ehrenmal arbeiten, das größer ist als das bei Verfa, am Reich, wie einst Walter Hey gedichtet hat:

Wir sanken hin für Deutschlands Glanz,
Blüh', Deutschland, uns als Solentrunk!
Der Bruder, der den Adler schlüß,
Ist mir ein Denkmal wohlgefugt.
Die Mutter, die ihr Kindlein hegt,
Ein Mäulein überm Grab mir pflegt.
Die Büßlein schlank, die Dämlelein rual
Blüh'n mir als Solentrunk!
Blüh', Deutschland, Werm Grab mein,
Dung stark und schön als Heidenhain!

Buchbesprechungen.

Reinhold Wulle, Die deutsche Revolution. (Verlag „Deutsche Nachrichten“, Berlin W. 57.; Büchlein. 89. 24 S. Großformat. Einzelheft 0,35 M., ab 10 St. je 2 1/2 Pf., ab 25 St. je 20 Pf., ab 50 St. je 11 Pf. — zusätzl. Postgeld.)

Soweit das nationalsozialistische Programm die Wiederherstellung einer Volksgemeinschaft über trennenhe — letzten Endes aber nun doch einmal gottgewollte — Klassen- und Standesgrenzen versteht, ist es an sich durchaus nichts Neues für das nationale Deutschland. Hat doch schon vor nicht als 100 Jahren Ernst Moritz Arndt seinem Volke zugeredet: „Von der Nordsee bis zu den Karpathen, von der Ostsee bis zu den Alpen muß ein Glaube, eine Liebe, ein Mut das ganze deutsche Volk durchziehen. Denn wenn du solches fühlst und ehrtst, beginnt dein neues Leben und deine neue Geschichte!“

Wenn wir in den zahlreichen Kundgebungen der letzten Zeit leider jeden Hinweis auf diesen im nationalen Lager Deutschlands seit langen Zeiten selbstverständlichen Willen zur Volksgemeinschaft haben vermissen müssen, so begrüßen wir es umso mehr, wenn aus dem großen völkischen Lager eine andere Stimme uns in klar gedrängter Fassung vor Augen stellt, welches die letzten Ziele der angebrochenen deutschen Revolution sein müssen, wenn diese ihrer Berufung und Aufgabe gerecht werden soll. Wer in Wulle's „Schuldbuch der Republik“ und insbesondere in seine „Sendung des Nordens“ geblickt hat, wo die Hauptziele der völkischen Freiheitsbewegung, im Großen und Ganzen wohnungsgleich unsern konservativen Gedankengut, herauskristallisiert sind, der wird es besonders dankbar begrüßen, mit dieser kleinen neuen Schrift nun schlagkräftig werden zu können für konservative Hauptziele. Wulle erkennt den positiven Gehalt, den Inhalt der nationalen Revolution kann heute zu machen ist, wolle nicht unterschätzen, was die „Sendung des Nordens“ im „Schuldbuch der Republik“ an 3. und 12. März; die „Forderung des völkischen Staats von Weimar, jenes bereits morschen Gebäudes“, aber er warnt auch eindringlich vor der — jeder Revolution drohenden — Gefahr, „im Personellen hängen zu bleiben“!

Wenn wir die deutsche Revolution gewinnen wollen, darf es keine Verdrückung der Fronten geben; darf nicht alles zur Angelegenheit „einer“ Partei gemacht werden. Das Bekenntnis zum Geist von Potsdam muß weitgehend bleiben. Soll die nationale Revolution sich ausweiten zu einer deutschen Revolution, wie unser Volk solche schon wiederholt erlebt hat in den Taten eines Heinrich des Löwen, eines Luther, eines Friedrich des Großen, eines Stein und eines Bismarck, so dürfen aber den Propheten der Gegenwart auch die Propheten gerade der jüngsten Jahrzehnte deutscher Entwicklung nicht im Halbtonfall verschwinden. Es bleibt die — sich in unserer deutschen Geschichte klar abzeichnende — „Sendung des Nordens“, daß eine wahrhaft deutsche Revolution sich immer wieder gegen den „Geist des Abendlandes“ richten muß, d. h. gegen den Gedanken eines heiligen römischen Reichs deutscher Nation, gegen die Vergewaltigung der deutschen Seele durch Rom und das Abendland, gegen das Staatsbürger-Ideal des römischen Imperiums wie des Krumpfschab's. Der römisch-orientalische Reichsgedanke und der preußisch-germanische Staatsgedanke sind und bleiben eben Gegensätze! Als die „tatgewordene Revolution gegen das Abendland“, als „die menschgewordene Pflicht“, „den staatsgewordenen Glauben“ zeigt uns Wulle den Preussischen Staat und mit ihm das Herauwmachen des Menschen aus der Masse zum Führer, „Der deutsche Name hat seine eigenen staatlichen Gesetze“, und „was das Reich preisgegeben hatte, holte der preussische Staat zurück“. So denken wir es der nationalen Revolution, daß sie der Republik den schwarz-rot-goldenen Anstrich genommen, aber solange die Republik selbst geblieben ist, bleibt die Aufgabe unerfüllt. Es gilt, die Republik zu

reifeigen und das Königtum anzurichten, nicht aber etwa in Gestalt einer Verhinderung des Königtums in Gestalt eines Bürger- oder parlamentarischen Königs. „Das dritte Reich ist ein königlicher Staat.“ „Die noch ausstehende Staatsreform verlangt das Königtum.“ „Auch ein Bismarck ohne König hätte aus dem deutschen Staat nie neben können.“

Und weiter weist Wulle darauf hin, daß die jüdische Macht nur zertrümmert werden kann, wenn die liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftsform durch eine deutsche Wirtschaftsform ersetzt wird. Deutsche Heimatpolitik habe die Großstädte abzubauen, habe bäuerliche Siedlungspolitik zu treiben, d. h. die weitere Abwanderung der zweiten und dritten Bauernklasse die Großstadt zu verhindern, kurz, das habenständige Element zu schützen vor einem Untergang im Großstadtproletariat. Weiter lenkt Wulle den Blick auf die Hindus und Karew-Linte, die unserer Volk begünstiger nötig als überseits Kolonien, solange solche angesichts unserer Ohnmacht, nach einem Worte Bismarck's, dem „Jodelholz des politischen Edelmanns gleichen, dem das Heud fehlt“!

So ruft Wulle zum deutschen Oster-Auferstehungstag: „Macht den Deutschen zum Deutschen; gebt ihm eine deutsche Heimat; gebt ihm Raum und Atemfreiheit, und verlegt der allem Klagen und Freuen über das Erreichte nicht die Wegbereiter und Propheten der letzten Jahrzehnte, Männer wie Lagarde, Langbehn, Liebermann von Sonnenberg, Stöcker, Friedrich Lange, den maßdeutschen Houston Stuart Chamberlain, den aufrechten Ritter ohne Furcht und Tadel Albrecht von Graese welcher dieser Osterlage die Augen schloß, erst am Tage von München der Ernte der Freuen in der Seite Adolf Hiller's. Ohne ihrer aller Vorarbeit stüben wir nicht her, wo wir heute stehen; ihre Mahnungen aber behalten auch ihre wegweisende Bedeutung für die Zukunft. Wulle erkennt den positiven Gehalt, den Inhalt der nationalen Revolution kann heute zu machen ist, wolle nicht unterschätzen, was die „Sendung des Nordens“ im „Schuldbuch der Republik“ an 3. und 12. März; die „Forderung des völkischen Staats von Weimar, jenes bereits morschen Gebäudes“, aber er warnt auch eindringlich vor der — jeder Revolution drohenden — Gefahr, „im Personellen hängen zu bleiben“!

Eine kurze Besprechung vermag den Inhalt einer Schrift niemals auszuschöpfen; sie will und soll das auch nicht; aber wenn der Deutsche in dem lauten Lantam unserer Tage die Stimme seiner Propheten hören soll, dann muß er auf sie hingewiesen werden. Wer es ernst meint mit seiner Freiheitsbewegung, mit der in langer Lebenserfahrung gewonnenen Weltanschauung, der soll es benutzen, wenn ihm in gedrängter Form so vorzügliches Werkmaterial für diese seine Wegrichtung geboten wird.

Graf Waldersee-Viegnik.

Onno zum Berg, Der Kaiser wieder in Deutschland.

Ein deutsches Schöner. (Valerianischer Verlag C. M. Weller, Berlin SW. 68. Preis: 1,50 M. 114 S. Großformat.) — Ein flott geschriebenes Buch (leider in der unübersichtlichen Antiqua gedruckt!), das man in einem Zuge herunterliest. Aber mit der Tendenz kann ich mich nicht, trotzdem ich die gute Absicht des Verfassers durchaus nicht verkenne, nicht einverstanden erklären. Unsern kaiserlichen Herrn — wenn auch nur zunächst — als Brinerman hier in Deutschland zu sehen, das darf, mag auch noch sozial Menschliches für diesen Gedanken sprechen, m. E. niemand, der es mit dem Kaiser und dem Hohenzollernhaus gut meint, wünschen. Wer die Dinge klar und nüchtern zu Ende denkt, wird mir Recht geben. B.

D. Ludwig Schneller (Köln), Holt doch den Kaiser wieder! (G. W. Wallmann Verlag, Leipzig 1933. 22 S. Oktav. Preis: 40 Pf.) — Der durch sein tapferes Eintreten für unseren vielverehrten Kaiser schon lange rühmlichst bekannte Verfasser legt in dieser seiner neuesten kleinen Schrift nochmals die Vorgänge klar, die zur Selbstaufopferung Kaiser Wilhelms II. in jenen trüben Novembertagen geführt haben. Das Buch ist eine sehr brauchbare Waffe gegen die immer

noch nicht ganz tot geschlagene Boge von der „Flucht“ nach Holland; der billige Preis erleichtert die so erwünschte Massenverbreitung.

Berliner Monatshefte, herausgegeben von Dr. h. c. Alfred v. Wegerer. (Quaderverlag G. m. b. H., Berlin W. 13. Einzelpreis: 1,20 M.) — Eine Empfehlung dieser nun die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage hochverdienten Schriftreihe erübrigt sich. Inhalt des April-Hefes 1933 (11. Jahrgang Nr. 4): Der Reichskanzler zur Kriegsschuldfrage. — Theodor v. Schöner: Die militärischen Angriffsvorbereitungen der Triple-Entente. — General v. Kuhl (retired): The French Intention to violate Belgian Neutrality (englisch). — Georges Demartial: La guerre prochaine et la mission de la France (französisch). — Paul Herre: Die kleinen Staaten und die Empfindung des Weltkrieges. IV. Alfred v. Wegerer: Qui a voulu la guerre? — August Bach: Philippe Berthelot. — Monatsbericht zur Kriegsschuldfrage: Amerika, Deutschland, England, Frankreich, Schweiz. — Bücherbesen.

Johann B. Somet, Mit Frankreich gegen die „Barbaren“. Tagebuch eines Argentiniers im Weltkrieg. Aus dem Spanischen übersetzt von G. Schott. (Bergstadtverlag, Breslau. 8 S. Oktav. Preis: kart. 1 M.) — Kühn und anspruchslos beschreibt hier ein namhafter Argentinier, der sich durch die Grenzpropaganda gegen Deutschland zum freiwilligen Eintritt in das französische Heer Anfang 1915 hatte aufschließen lassen seine Erlebnisse. Durch diese wird er dahin gebracht, daß er seine ihn zum weiteren Hoerendienst untüchtig machende Verwundung als eine Erlösung begrüßt. Aus eigener Wertschätzung kann er über die Deutschen nur Gutes sagen, während er die welken und farbigen Franzosen — der Verfallenen und Lebendigen — schärfste Kritik an der Tagesordnung übt.

Außer der vom Verlag mitgeteilten eidlischen Erklärung des Verfassers über die Richtigkeit aller seiner Angaben, sowie der Entfaltung des Verlags in einzelnen Fällen spricht die ganze Art des durchaus nicht französisch geschriebenen Berichtes für die Wahrhaftigkeit der Angaben. Das Büchlein verdient weiteste Verbreitung im In- und Auslande.

Kolf Brandt, „Der Weg durch die Hölle“. 7 Kapitel deutscher Geschichte 1918-1933. (356 S. 8°. Brochürl. 3,75 M., Kleinen 3 M. Braunen-Verlag, Willi Bisschhoff, Berlin SW. 38.)

Unsere Kinder waffnen ahnungslos heran, sie wissen nicht, wie von 1918 bis 1933 die ingenuen Sieger des Weltkrieges uns bis aufs Haar gefastert haben, sie wissen auch nicht, daß dieser Weg durch die Hölle nur durch Dummheit, Feigheit, Niedertracht unserer eigenen Gewalthaber in Deutschland ermöglicht worden ist. Sogar für die Alten der Vorkriegsgeneration verschimmt das Bild, weil in dieser ganzen Zeit materielle Sorgen die Kehle so trübten, daß man über der Not des Einzelnen die der Gesamtheit nicht erschaute. Dazu kam noch die Taktik des Verhüllens von oben her, die alle heimische und fremde Schürze verdeckte. Einer aber hat mit sehenden Augen alles durchlebt, unser einziger Weltreporter großen Stils, Kolf Brandt, der nicht nur Versailles hinter Stockelbraut rittgewahrt hat, sondern auch alle internationalen Konferenzen von Spa über Genoa bis Loujanne.

Er kennt sie alle, die uns den Weg durch die Hölle gehen ließen, die draußen und die drinnen, er hat die Worte und das Mienerpiel jedes von ihnen festgehalten, ob er nun Deutscher oder Engländer, Franzose oder Amerikaner, Pole oder Chinese war, er hebt sozulegen auf Du und Du mit ihnen und mit ihren Memoren. Eine Entblößung und eine

Entgötterung, Indergleichen bietet Kolf Brandt uns da von den Halbenstillsstandsverhandlungen im Walde von Compiègne an bis zu dem großen Vergesslich des „Schlens“ am 5. März 1933. Von Erzberger, Feinert, Landsberg und Ebert wird ebenso objektiv gesprochen wie von Poincaré, Corga, Wilson und d'Alberton, denn Brandt schreibt, trotz allen journalistischen Zaubers seiner Erzählung, Geschichte, nicht Geschichtchen, aber trotzdem erschaut man und „kriegt die grüne Wut“, wenn man mit ihm durch die Hölle geht, auch durch die Hölle der Niederbezeugung und alles übrige, was jetzt hinter uns liegt.

So wie früher die Hauspostille und der Lehrer Hülfende Bote auf dem Bücherbord standen so muß Kolf Brandts Buch, das erste erschöpfende historische Werk über die verdammteste Zeit Deutschlands, die unser Volk in zwanzig Jahren durchgemacht hat, in jedem deutschen Hause Eingang finden, vor allem auch in jeder Schulleibibliothek zu finden sein.

Drei Jahre lang hat Brandt an dem Buch gearbeitet, aber erscheinen kann es erst jetzt: der Verfasser wäre mit jedem einzelnen Kapitels willens, wenn es vorher nutzbar geworden wäre, unter dem schwarzrotgoldenen System ins Gefängnis gesteckt, und sein Werk wäre vernichtet worden. Das Buch ist Waffe und Werkzeug zur Umkehrung unseres Volkes, Nachschlagewerk für jeden politisch Interessierten, Lesestoff für die Deutsche Familie, Familienleser und Sammler für die heranwachsende Jugend.

Unterbringung und Arbeit auf dem Lande
f. f. Schmidt, 15 Jähr. Sohn sucht 30% Kriegsbeschädigter durch Erwerbshilfen (fr. Buchverlag). Wer hilft? Aug. erb. an Gesch. d. Bl., Berlin-Charlottenburg 2. Bismarckstr. 72.

Rentables Zinshaus
Bln.-Charlottenbg., gegen Übernahme d. Hyp. (nom. 177 500 M.) f. 150 000 M. (Wochenblatt) Mittel 1933: 32 000 M.

Ihr Kind an die See!

- fordern Sie Druckschriften des
- Nordleeschülerheims Südstrand-Föhr
- Leitung: Studienrat Dr. Danneberg

Im Selbstverlag des Verfassers, Major a. D. v. Bülow, Schweidnitz, Bollstr. 18, erschienen:

Taschenbuch des Geschichts v. Bülow, 8. Auflage, 123 Seiten	5,50 M.
Von Kaiser, wie er wirklich ist — Betrachtungen nach meinem Besuch in Haus Doorn, 10. Auflage, 88 Seiten, 5 Bilder	1,— M.
Preussischer Militärhaus zur Zeit Friedrichs des Großen — Johann Albrecht v. Bülow und sein Haus, 236 Seiten, 18 Bilder	5,— M.
Preussischer Militärhaus zur Zeit Wilhelms II. — Aus meiner Dienstzeit im Heer. — 240 Seiten, 23 Bilder, 2 Karten	5,— M.
Bilgerfahrt durch's Heilige Land. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Joseph Wittig. — 6. Auflage, 32 Seiten, Bild und Karte	—,30 M.
Ein ganzer Soldat, ein ganzer Christ. — Kurzes Lebensbild meines + Bruders Georg Bernh. Günther v. Bülow. — 40 Seiten, 1 Bild	—,70 M.

zusätzl. Porto.

Taschenbuch, Kallendroschüre und Lebensbild sind in Kartonanschlag, die beiden Militärhausbücher in Blauenleinenband gebunden, die Reise durch's Heilige Land gebildet. Bezug durch Hugo Käthe, Buchdruckerei, Schweidnitz, Röhpenstr. 13, oder durch den Verfasser, Schweidnitz, Bollstr. 18. Einzablungen auf Postcheckbuch Breslau, Konto Nr. 31175 für Major a. D. v. Bülow.

Adel und Preußentum

Von Ewald von Kleist in Schmenzin (Pommern)

Unsere seit Jahrzehnten des politischen und geschichtlichen Denkens entwöhnte und durch einseitig wirtschaftliches oder soziales Denken entnervte und verflachte Zeit ist geneigt, den Adel für überlebt zu halten. Und doch ist zu keiner Zeit ein tüchtiger politischer Adel unserem Volke so notwendig gewesen wie jetzt.

Insbesondere der preußische Adel, von dem hier ausschließlich die Rede sein soll¹⁾, hat für das ganze Volk lebenswichtige Aufgaben zu erfüllen, die nur er voll zu erfüllen imstande ist. Würde er aus irgendeinem Grunde ausfallen, so entstünde dem Vaterlande ein nie wieder gut zu machender Schaden. Er muß als ausgesprochenster Träger der Kräfte, die unsern Staat groß gemacht haben, und die ihn allein groß erhalten können, vornehmlich die Verbindung bilden, durch die über die Kluft der Revolution hinweg eben diese Kräfte den jüngeren Generationen zugeleitet werden. Da diese Kräfte größtenteils aus Gefühlswerten bestehen, kann nur der sie anderen einprägen, in dem sie selber Tun und Denken beherrschend lebendig sind. Und daher kann der Adel vermöge seiner in Geschichte und Überlieferung wurzelnden Einstellung durch keinen andern Stand oder Volksteil ersetzt werden. Um seinen Pflichten nachkommen zu können, muß er sich das erhalten, was berechtigt ist an überkommener Eigenart. Er muß adlig und preußisch sein.

Das Wort Adel deckt zwei Begriffe: edel und Herr sein. Der Adel muß beharren auf der durch Jahrhunderte ausgebildeten Herrenart, dem Herrengefühl, dem unbedingten Gefühl, oben zu sein. Es klingt der heutigen Zeit wenig angenehm, und auch mancher Adlige möchte das für unzeitgemäß halten. Doch keine Ansicht wäre irriger als diese. Für die heutige Zeit ist die Losung: nicht Anpassen, sondern Durchsetzen. Mit dieser Erkenntnis fängt alle politische Weisheit an. Diese adlige Herrenart soll frei und selbstverständlich wirkend den Menschen beherrschen, sich zeigen in dem ganzen Auftreten, in jedem Wort, in jeder Bewegung. Um adlig zu sein, muß sie völlig frei sein von Überhebung und Hochmut, diesen so unendlich abträglichen Fehlern, und darf für niemand etwas Verletzendes haben. Ihr Kernpunkt ist die Würde. Die Würde wirkt unendlich versöhnlich und gewinnend, sie verschafft wahren Einfluß und Macht. Denn unwillkürlich beugen sich ihr die Herzen, ihr, die nicht beliebig erlernt werden kann, sondern zu der man sich hinaufleben muß. Es gibt wenige Dinge — das sei mit aller Schärfe betont —, die unserer Zeit und dem Adel so nottun wie dieses Gefühl für Würde. Es gibt keine Vornehmheit ohne Würde. Und völlig unverträglich mit ihr wie mit Adel überhaupt ist die Frivolität. Es darf nicht vorkommen, daß der Adel in diesem Punkte, was Benehmen, Verkehr, Kleidung usw. betrifft, Anlaß zu berechtigten Klagen gibt. Das ist nicht nur eine sittliche, sondern auch eine hervorragend politische Forderung.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Hauptaufgaben des preußischen Adels neben der militärischen Tätigkeit auf politischem Gebiete liegen, wonach sich auch heute die Berufswahl zu richten hat. Darum ist für den Adel die wurzelfeste geschlossene Persönlichkeit, die Charakter- und Willensstärke das alles andere turmhoch überragende Erfordernis. Denn alle Politik, die innere wie die äußere, hat es mit Macht zu tun, und nach Treitschkes Wort ist die Schwäche „die Todsünde wider den heiligen Geist der Politik“, deren Sinn es ist ein gestecktes Ziel zu erreichen, Dinge und Menschen zu meistern und in den unzähligen widerstrebenden Strömungen sich durchzusetzen. Daß die Politik die Kunst des Möglichen ist und man nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, sind Selbstverständlichkeiten, die nichts an dem Gesagten ändern. Denn es kommt eben darauf an, auf Dinge und

¹⁾ Wenn im Nachstehenden von dem erstrebenswerten preußischen Ideal die Rede ist, so soll das natürlich nicht für alle Gegenden Deutschlands Geltung haben. Es ist nicht zu übersehen, daß manche Gegenden durch die verschiedene geschichtliche Entwicklung ihre berechnete Eigenart haben, der nicht Gewalt angetan werden kann ohne Schaden für das Ganze.

Südsee

Monatshefte, Heft 5, 23. Juni

Februar 1946

Menschen so einzuwirken, daß das Gewollte möglich wird. Das Werkzeug dazu ist Macht, sichtbare und unsichtbare. Daher muß der Adel, um seine lebenswichtigen Aufgaben erfüllen zu können, ein gewisses Maß von Macht erringen und behaupten auf allen mit Politik irgendwie in Berührung stehenden Gebieten. Er darf nichts davon ohne innere Notwendigkeit aus der Hand geben. Er muß bereit sein, für jeden Fetzen ihm zustehenden Einfluß zu kämpfen. Er muß mit einer nur bei Wurzelfestigkeit möglichen intuitiven Sicherheit fühlen, wo die Macht des Staates bedroht ist, oder wo der Machtkreis erweitert werden muß, und wo er die Machtstellung bedroht fühlt, muß sich unwillkürlich alles in ihm zur Wehr setzen, zäh und entschlossen. Und das nur, damit dem Vaterlande kein Schaden entstehe.

Unzweifelhaft muß der Adel bestrebt sein, seine geistige Bildung zu erweitern. Denn sein Führerberuf verlangt es, daß er sich in den Stand setzt, den geistigen Kampf mit Waffen aus eigener Schmiede führen und an Bildung es mit jedem aufzunehmen. Insbesondere ist eingehende Geschichtskennntnis nötig. Die Werke von Treitschke müßten von jedem gekannt sein. Es gibt für die heutige Zeit wohl keine Lektüre, die segensreicher wirken könnte als diese. Aber das Streben nach Gerechtigkeit, Objektivität, Vielseitigkeit muß dort seine Grenze finden, wo es auf Kosten der geschlossenen Persönlichkeit, der Wurzelfestigkeit und der Stoßkraft des Handelns geht. Es muß die Fähigkeit erhalten bleiben, Nichtgemäßem das Eindringen in das Innere zu wehren.

Der Adel muß auf allen einschlägigen Gebieten Einfluß zu gewinnen versuchen, also auch in politischen Versammlungen und in parlamentarischer Tätigkeit. Die Technik und Taktik der neuzeitlichen politischen Methoden muß ihm bekannt sein, doch muß er sich bei aller rednerischen Tätigkeit von all den Viel- und Schönrednern, die leider auch in nationalen Parteien zum größten Schaden teilweise Einfluß haben, zu seinem Vorteil dadurch unterscheiden: er soll seine Beredsamkeit nicht benutzen, um Karriere zu machen, sondern um die Menschen zu dem zu veranlassen, was dem Vaterlande nützt.

Auf einem Gebiete muß der Adel seine Stellung ganz besonders sorgfältig wahren, nämlich auf dem Lande. In einem großen Landbesitz liegen die Wurzeln seiner Kraft und werden sie immer liegen. Die Führung auf dem Lande darf nie verloren gehen; sonst ist über kurz oder lang der Bestand des Adels gefährdet. Denn von dem Lande strömen ohne Unterlaß seelisch und körperlich verjüngende Kräfte. Dort liegt letzten Endes zum größten Teil die preußisch-junkerliche Anschauungsweise begründet, die der modernen Welt völlig entgegengesetzt und sie zur Rettung unseres Volkes zu überwinden bestimmt ist. Freilich ist in weiten Teilen des Landes der einzelne Grundbesitz nur klein, so daß die Eigentümer sich nicht der Landwirtschaft, sondern einem andern Berufe zugewendet haben. In vielen Fällen könnte aber der Besitz entgegen der herrschenden Ansicht doch die Arbeitskraft ausfüllen und eine standesgemäße Lebenshaltung gewähren. Von dieser Möglichkeit muß Gebrauch gemacht, im übrigen jede mögliche Besitzausdehnung erstrebt werden.

Ein kurzer Blick auf die preußische Geschichte kann einige für das Preußentum und damit auch für den preußischen Adel als dessen hauptsächlichsten Vertreter kennzeichnende Merkmale erkennen lassen. Als der Große Kurfürst die Regierung in der Mark Brandenburg übernahm, da war sein kleines Land völlig verwüstet, in kaum vorstellbarer Weise verarmt, entvölkert, die Bevölkerung in unmenschlicher Weise verkommen und verwildert, das Land von übermächtigen Fremden überflutet. Der Kurfürst hatte fast niemand, der ihm zur Seite stand. Dem menschlichen Blick mußte die Mark hoffnungslos als zum Spielball Fremder oder zum Untergange verurteilt erscheinen. Doch der junge Fürst glaubte an die Zukunft seines Landes, an eine glänzende Zukunft. Hätte er einem Menschen etwas von seinem Glauben verraten, es hätte ihn jeder für einen Narren erklärt. Und doch hat sein Glaube nicht getrogen. Denn hundert Jahre später hatte dieser Staat fast das ganze gegen ihn vereinte Europa besiegt, und weitere hundert Jahre später

stand er in den uns bekannten Grenzen da. Es muß doch eine gewaltige Kraft in diesem Staate lebendig gewesen sein, die ihn zu so ungeheuren Leistungen befähigte. Denn durch glückliche Zufälle ist ihm sein Werk gewiß nicht erleichtert worden. In dauerndem schwerem Kampf hat er sich durchsetzen müssen. Bei der Schilderung dieser besonderen Kräfte muß eines Mannes gedacht werden, der trotz ausgesprochener Ungeistigkeit doch eine tiefe nachhaltige und segensreiche Wirkung ausgeübt hat, wie selten einer in der Geschichte. Ich meine Friedrich Wilhelm I. Er und sein großer Sohn haben vornehmlich dem preußischen Volke einen dauernden Stempel aufgedrückt, der es von allen anderen Völkern der Erde scharf unterscheidet. Das hervorstechendste Merkmal dieser Eigenart ist das Pflichtgefühl. Alles Preußische ist von dem Gedanken der Pflicht beherrscht. Mit eiserner Strenge durch leuchtendes Vorbild ist er unauslöschlich eingepägt. Ihm innewohnend ist der Begriff der Selbstlosigkeit. Es gibt kein besseres Beispiel für beides als Friedrich Wilhelm I., der mit stürmischem, jeden Widerstand rücksichtslos brechendem Willen raslos durchs Leben hetzt, damit er sein Werk tue, seine Pflicht erfülle. Er, wie Friedrich der Große, haben sich keine Ruhe gegönnt. Ihr Leben war ein selbstloses Dienen an ihrem Volke und ihrem Vaterlande. Für sich haben sie nichts getan, nichts gewollt. Diesen ihren Geist haben sie in erster Linie dem preußischen Adel eingepflegt. Wenn irgendwo das Wort „im Dienst des Vaterlandes verzehre ich mich“ zu Recht steht, dann über der Geschichte des preußischen Adels und über der Geschichte des preußischen Beamtentums. Darum stand auch in Preußen die jetzt als monarchistisch-junkerlich verschrieene Macht so fest, wie ein Rocher de bronze. Es gibt keine dauernde Macht, wenn sie nicht durch selbstloses Dienen erhalten wird. Es muß die Wurzel sein aller adligen Macht: nichts für sich, alles fürs Vaterland. Dieses von selbstloser Pflichterfüllung durchpulste Preußen wurde zusammengehalten durch eiserne Zucht und Ordnung, durch harte Strenge. Willig wurde nach oben Gehorsam geleistet, unerbittlich nach unten gefordert. Doch nicht zuletzt war es dort Brauch, daß jeder sich selbst in strenger Zucht hielt. So wuchs ein Volk von Männern, in dem die Hochgestellten über die Unteren wahre Macht gewinnen konnten, so wuchs ein Volk heran, in dem Autorität etwas galt. In dem die Köstliche, für den Staat unentbehrliche sittlich wertvolle Eigenschaft der Ehrfurcht eine Stätte hatte. Es gibt keinen Staat, in dem der Begriff der Rechlichkeit, der unbedingten Gerechtigkeit so uneingeschränkt geherrscht hätte wie in Preußen. Es ist lehrreich, in heutiger Zeit an die Geschichte vom Müller in Sanssouci zu erinnern. Es gibt keine größere Lüge als die Behauptung, Preußen sei ein Staat der Willkür gewesen. Allerdings war der Begriff Gerechtigkeit frei von jeder Schwächlichkeit und Humanitätsduselei. Aber er vermochte es, die Bewohner mit Zufriedenheit, Vertrauen und Liebe zu erfüllen. Vielleicht liegt hier ein Fingerzeig für die Beantwortung unserer sozialen Frage.

Die Geschichte Preußens ist eine glorreiche Geschichte, eine Geschichte des Ruhmes und des Sieges ohne gleichen. Mit schroffem Stolz auf diese Geschichte, auf ihre großen Könige und auf ihr Vaterland schlossen sich die Preußen gegen Fremde ab. Das Ergebnis dieser Entwicklung drückt ein Engländer dahin aus: es wisse niemand genau anzugeben, was Deutschland sei, aber was Preußentum sei, wisse jeder, denn die Preußen seien die einzigen, die einen eigenen Stil ausgebildet hätten, eine eigene geschlossene, fest umrissene Persönlichkeit. Zu dieser preußischen Eigenart stellen sich die anderen Menschen häufig feindlich. Der Grund dieser Erscheinung ist nicht zuletzt darin zu suchen, daß es eines der wichtigsten Merkmale des Preußentums ist, die dem einzelnen mögliche Höchstleistung als etwas Selbstverständliches zu fordern, und wer unerbittlich höchste Anforderungen stellt, ist selten beliebt. Das Bild des Preußentums wäre aber ein unkenntlicher Torso ohne Hinweis auf die unlösliche organische Verbundenheit mit der Monarchie. Es ist ein Wahnsinn zu glauben, es könne ein Preußen geben ohne die Monarchie der Hohenzollern. Und zwar kann es nicht irgendeine Monarchie sein, nicht eine Schein- oder Volksmonarchie oder sonst etwas, von dem Narren faseln, sondern nur die

mit gebührenden Machtbefugnissen ausgestattete Monarchie der Hohenzollern in Preußen, aus eigenem Recht. Es ist bedauerlich, daß manche, die die Verpflichtung hätten, zu dieser Fahne zu stehen, gelegentlich Kompromisse, Macht einschränkungen der preußischen Krone in Preußen für möglich halten, und daß man gelegentlich die Worte hört: ja, das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit. Nein, es gibt keine andere Möglichkeit, keine andere Lösung. Um keinen Finger breit darf sie anders sein. Wer das bestreitet, der hat die Instinktsicherheit verloren, ist nicht mehr wurzelfest, dem ist das Organ für das Preußentum verkümmert, den erhabensten und sittlichsten politischen Gedanken, der je auf Erden Macht gewonnen hat.

Wir empfinden schon jetzt den tiefen Gegensatz zwischen der geschilderten und der modernen Welt. Früher aristokratische Monarchie, jetzt demokratische Republik. Früher durchdrang alle Pflichtgefühl, heute kennt jeder nur Rechte. Früher Selbstlosigkeit, Gemeinsinn, heute Selbstsucht. Früher Einfachheit, Genügsamkeit, Sparsamkeit, Fleiß, heute raffinierte Genußsucht, Vergnügungssucht, Verschwendung, Arbeitsscheu. Früher Gehorsam, Autorität, Ehrfurcht, heute Auflehnung, Skepsis, Frivolität, Eigendünkel. Früher Strenge gegen sich und andere, heute Laxheit; früher Unbestechlichkeit, Gerechtigkeit, heute Käuflichkeit, Rechtsbruch und bestenfalls ein schwächliches soziales Empfinden; früher Kraft, heute Weichheit usw. Doch weit darüber hinaus geht noch der Gegensatz zur modernen Welt, gefördert durch Änderungen der Wirtschaft und Technik. Es war vorhin schon die Rede von der Bedeutung der Agrarverfassung des Ostens für Preußens Entwicklung. Überhaupt die ganze Anschauungsweise des Deutschtums des vorigen Jahrhunderts ist ländlich. Die Anschauungsweise der modernen Welt ist großstädtisch. Das will unendlich viel bedeuten. Das Leben in früherer Zeit war ruhig, beständig, beschaulich, in die Tiefe gehend. Die heutige Zeit ist nervös, beweglich, unstet, von unendlich vielen wechselnden Eindrücken bestürmt, vielseitig und flach. Was sie an geistiger Beweglichkeit gewinnt, verliert sie an Seele und Tiefe. Man hat keine Zeit mehr zur Selbstbesinnung, zu rasend schnell wechseln die Eindrücke: überall Neues, Vergnügungen, Zerstreuungen, Anregungen. Verstand, Technik, Wirtschaft, das sind die Götzen der heutigen Zeit, von minderwertigeren zu schweigen. Mit geblähtem Stolz spricht der moderne Mensch von den erstaunlichen Erfindungen der Neuzeit und hält sie für Fortschritt. Und doch raubt jede Erfindung zur Beschleunigung des Verkehrs oder der Nachrichtenübermittlung ein Stück Seele. Der moderne Mensch spottet über die Zurückgebliebenheit der ländlichen Arbeiter und Bauern des Ostens, dieser Typen der alten Welt, und doch sollte das deutsche Volk Gott auf den Knien danken, daß es noch so etwas gibt. Denn für die Sicherheit und Macht des Staates bedeutet die Einstellung dieser einfachen Menschen unendlich viel mehr als die geistige Beweglichkeit des großstädtischen Industriearbeiters. In aller Schärfe zeigt sich die grundsätzliche verschiedene Einstellung in der Auffassung des wirtschaftlichen Lebens. Sombarts „Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ stellt die Auffassung der Wirtschaft als einer Bedarfswirtschaft, wie sie den früheren Jahrhunderten eigentümlich ist, der neuzeitlichen Auffassung der Wirtschaft als einer Erwerbswirtschaft treffend gegenüber. Die Bedarfswirtschaft produziert, um dem Wirtschaftenden einen angemessenen Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu sichern und der Allgemeinheit den Bedarf zu decken. Die Erwerbswirtschaft produziert, um dem Wirtschaftenden einen möglichst hohen Gewinn abzuwerfen und um den Güterabsatz zu vergrößern, den Güterumsatz zu beschleunigen. Die Volkswirtschaft lehrt es ja allerorts, die gesteigerte Gütererzeugung und -bewegung sei Zweck der Volkswirtschaft, damit neue Bedürfnisse geweckt und Zivilisation — manche nennen es Kultur — gefördert werden, und glaubt damit den Menschen Glück zu bringen. Systematisch ist dieses Gift jahrzehntelang dem Volke eingeträufelt worden. Denn wo bleibt in dieser ganzen Welt das Seelische? Materialistisch ist heute die Welt, und idealistisch war die Welt, wie im Vorstehenden versucht worden ist, in Umrissen zu zeichnen. Und idealistisch

ist die Welt, in der wahrer Adel lebt, und der zum Siege verholfen werden muß. Wir können uns diesen Kampf gar nicht schwer genug vorstellen, denn mit jedem Schornstein, mit jeder Verkehrserleichterung, mit jeder Beschleunigung der Nachrichtenübermittlung, mit jedem Tage dringt die moderne Welt ein Stück weiter vor, wird die alte Welt ein Stück zurückgedrängt. Und dazu scheint die schwer auf uns lastende soziale Frage und unsere trostlose politische und wirtschaftliche Lage keinen andern Ausweg zu lassen, als diese unheilvolle Entwicklung noch zu fördern. Beispielsweise ist es unzweifelhaft, daß zur Ernährung des Volkes die Landwirtschaft intensiviert werden müßte. Und das bedeutet, sie noch weiter kapitalistisch auszugestalten, auch in ihr die alte Welt weiter zurückzudrängen. Ich glaube, daß uns nur die Erkenntnis hilft, daß hier gekämpft werden muß, wie noch nie oder selten in der Welt gekämpft worden ist. Um es vorweg zu nehmen: es kann sich naturgemäß nicht darum handeln, die äußere Entwicklung um Jahrzehnte oder Jahrhunderte zurückdrücken zu wollen, wenn allerdings auch stellenweise stark wird gebremst werden müssen, sondern es kann sich nur darum handeln, geistig und seelisch der äußeren Entwicklung Herr zu werden, auch in neuer Form die ideale Welt lebendig werden zu lassen. Die unendlich große Schwierigkeit des Weges erhellt, wenn wir uns klar werden, wie tief wir selber alle in jene materialistische Welt verstrickt sind, ohne es zu wissen und zu merken, so daß unser Denken sich selten ganz davon frei halten kann. So wird z. B. in vielen Gegenden mit intensiver Landwirtschaft die Entlohnungsfrage der Arbeiter nur unter dem Gesichtswinkel der Wirtschaftlichkeit betrachtet, und weil die Entlohnung durch Gewährung von Viehhaltung und Deputat als zu teuer errechnet wird, wird sie überwiegend in barem Gelde vorgenommen. Daß hierbei auch psychologische Momente mitsprechen, die von großer politischer und sozialer Bedeutung sind, wird nicht beachtet. Demgegenüber hat der Osten an der teureren Naturalentlohnung mit Viehhaltung festgehalten, weil durch das Bewußtsein des eigenen Besitzes der Arbeiter sich nie als Proletarier fühlen lernt und Besitzer und Arbeiter durch gleiche Interessen einander näher gebracht werden: sie können einander noch verstehen. Es bildet sich nicht, wie anderwärts, die tiefe beklagenswerte Kluft. Es ist ein Kriterium für unsere Bodenständigkeit, ob wir noch die von der modernen Welt nicht verbildete einfache und ursprüngliche Sprache des einfachen Mannes verstehen. Auch im geschilderten Fall ist die Berücksichtigung der Imponderabilien für Staat und Volk von ungleich segensreicherer Wirkung als die rein wirtschaftliche Einstellung. Aus diesem Beispiel erhellt, wie aus verschiedener Grundauffassung alle Dinge bis in kleinste Einzelheiten eine verschiedene Gestaltung naturnotwendig annehmen, eine Gestaltung, die ihrerseits wieder im Sinne der sie zeitigenden Anschauungsweise auf die von ihr berührten Menschen wirkt. Diese Erkenntnis ist von größter Bedeutung. Zeigt sie doch den Weg, den der Adel zu beschreiten hat, nämlich auf allen seinen Betätigungsbereichen sich als Träger der ihm gemäßen Welt durchzusetzen und zeigt sie doch vor allem auch das Aussichtsvolle dieses Weges. Freilich gehört dazu, daß wir, die wir nur noch wirtschaftlich und sozial denken können, wieder lernen politisch zu denken.

Weil seit langer Zeit, schon vor dem Kriege, unsere Politik und unsere Verwaltung nicht mehr von hohen Idealen durchgeistet und beseelt waren, wie in ihrer großen Zeit, darum weiß heute tatsächlich kaum ein Mensch mehr, welche durchschlagende Bedeutung Politik und Verwaltung für die geistige und sittliche Einstellung des Volkes haben können. Man sieht heute in der Verwaltung lediglich einen Apparat, der notwendig ist, um die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, und schreit nach Maßnahmen, wenn irgendwo jemand des Schutzes zu bedürfen glaubt. Man weiß es nicht mehr, daß seinerzeit von diesen Kraftquellen aus eine ganze Anschauungsweise in Preußen ausgestrahlt ist, die das Volk in seinem Innersten formte, so daß Jahrhunderte die gegebene Form nicht zerstören konnten. Man will es auch nicht mehr wahr haben, daß von hier aus erneut umgestaltende Kräfte ausgehen können. Und doch kann von hier aus eine ganze Welt aus den Angeln gehoben

werden, wenn hier wieder um Ideale gekämpft wird und die Besten der Nation diesem Gebiete sich wieder zuwenden, ihm den Stempel ihrer Persönlichkeit aufdrücken und wie Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große alle, die mit ihnen in Berührung kommen, zwingen, in gleicher Weise zu fühlen, in gleicher Weise, in gleicher Richtung wirkende Kraftquellen zu werden, so immerfort bis auf den letzten im Volke zwingende Wirkung ausübend. Wenn große Gedanken, von tiefer sittlicher Überzeugung getragen, instinktsicher festgehalten werden, sich aus der Wurzelfestigkeit ihrer Träger heraus in stets gleicher Weise äußern und so in Politik und Verwaltung die tausend Kanäle füllen, von denen jeder täglich berührt wird, so formen sie langsam und unaufhaltsam Schicht um Schicht des Volkes.

Es sei hier eine kurze Abschweifung auf das Gebiet der sozialen Frage gestattet. Eines scheint mir sicher zu sein: mit Mitteln aus der Rüstzeugkammer der wirtschaftlich, technisch und sozial eingestellten Welt allein wird diese Frage nicht gelöst werden. Es wird auch hier der staatspolitische Gesichtspunkt beachtet werden müssen: was ist für das Wohl des ganzen Volkes, für seinen und des Staates dauernden Bestand erforderlich, was ist zu tun, damit das Volk seelisch gesund bleibe? Denn es ist Aufgabe des Staates, das in ihm wohnende Volk zur höchstmöglichen inneren Vollkommenheit gelangen zu lassen. Schon vor dem Kriege ist dieser Standpunkt von der deutschen Politik häufig verlassen worden. Seine Befolgung bedingt tief einschneidende Maßnahmen, eine völlige Abkehr von den vielfach auch in den nationalen Reihen herrschenden Vorstellungen. Denn es ist falsch, daß die Wirtschaftspolitik uns retten kann. Es ist falsch, daß den wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Vorrang zukomme. Wir gehen ja gerade an Materialismus zugrunde. Gewiß, es geht nicht ohne gesunde Wirtschaftspolitik, aber sie muß sich ein- und unterordnen. Wir müssen loskommen von dem rein wirtschaftlichen Standpunkt, der uns blind macht für die eigentlichen Probleme. Ein neuer frischer Geist muß die Politik beselen, wie er es in den großen Zeiten unserer vaterländischen Geschichte getan hat, als in gesunder Luft gesunde Menschen wohnten. Welch ein Jungbrunnen östlich unserer Grenzen neu erworbenes Kolonialland bei unbeschränkten Siedlungsmöglichkeiten wäre, bedarf keiner Ausführung.

So liegt denn die Aufgabe des preußischen Adels klar vorgezeichnet. Als vornehmlichster Träger des Geistes, der uns in der Geschichte groß gemacht hat, hat er, adlig, preußisch, ideal gesinnt, diesen Geist überall durchzusetzen, besonders aber in jedem Zweige der Politik. Daß er diesen Kampf nicht allein führen kann, sondern daß auf allen Gebieten sich Menschen finden müssen und werden, die ihn bewußt und entschlossen ebenfalls aufnehmen, ist ja selbstverständlich. Und doch auch dann ist die Schwierigkeit des Werkes gewaltig. Denn die erdrückende Überzahl steht auf der Gegenseite, und auch im nationalen Lager ist es nur ein sehr, sehr kleiner Teil, der die Aufgabe erkennt. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, und damit komme ich auf das zu Anfang Gesagte zurück, daß wir uns von der Wesensart, die uns groß gemacht hat, so durchdringen lassen, daß sie als unfehlbarer Kompaß jederzeit uns den rechten Weg finden und instinktsicher ablehnen und bekämpfen läßt, was nicht gemäß ist. Darum ist von entscheidender Bedeutung die auch in der geringfügigsten Äußerung noch sich bewährende Geschlossenheit und unwandelbare Wurzelfestigkeit der Persönlichkeit, die zielsichere Willenskraft.

Steter Tropfen höhlt den Stein. Das gilt heute mehr denn je. Wir leben in einer Zeit, wo niemand mehr nach großen zündenden Gedanken, sondern wo alles von Fall zu Fall arbeitet, in einer Zeit des allgemeinen Suchens, jeder für sich, jeder nach anderer Richtung. So zerflattert alles Begonnene. Dieser Boden ist günstig für starke neue Gedanken. Und eben damit keine neue Verwirrung entstehe, sondern alles nach einer Richtung marschiere, soll nicht jeder neue Schattierungen in das Bild bringen wollen. Wir haben den großen Vorzug, an Altbekanntes anknüpfen zu können, das noch in den Herzen der Besten lebt, das noch in unzähligen weiteren Herzen schlummert und nur darauf wartet, aufs neue zum Leben erweckt zu werden.

Wir haben den großen Vorzug, daß das, was wir durchsetzen wollen, keine verschwommenen Gedankenkonstruktionen sind, sondern von ungezählten Vorbildern bis in alle Einzelheiten vorgelebt ist. Nicht verstandesmäßige Klugheit wird die Menschen zwingen, denn klug sind auch unsere Gegner. In dieser Zeit der Charakterlosigkeit wird sich der überlegene Charakter durchsetzen, der stärkere Wille, der ewig gleichbleibt in seinem Ziel, die Richtung, wo Wort für Wort der gleiche Geist gepredigt und bis in alle Einzelheiten nach diesem gleichen Geiste auch gehandelt wird. Die Menschen werden sich an diese Art gewöhnen, sie als unabänderlich ansehen und sie Schritt für Schritt annehmen. Die Hindernisse scheinen freilich unüberwindlich. Doch vergessen wir es nicht, daß in der Welt nicht die wirtschaftlichen, sondern die sittlichen Kräfte stets die stärkeren waren, sind und sein werden, und daß die Weltgeschichte von Männern gemacht wird, die auch eine ganze Anschauungswelt stürzen können. Allerdings den heutigen Durchschnittsmenschen scheint das Werk unmöglich. Ihnen ist es auch unmöglich. Wir müssen da lernen von den großen Helden in der Geschichte: ihnen wurden ihre Leistungen möglich, weil sie in Liebe und Haß eine Kraft der Leidenschaft in ihrer Seele beherbergen konnten, die die dürftigen Händlerseelen unserer Zeitgenossen sprengen würde. Doch in so starken Gefühlen wurzelnde Begeisterung darf sich auch an das Schwerste wagen. Voraussetzung aber des Gelingens ist der unerschütterliche Glaube. Leider pflegt ja jeder Volksredner, um einen guten Schluß zu haben, seiner Begeisterung, seinem Glauben an den Wiederaufbau, an dem Wiederaufstieg, oder wie die Redensarten heißen mögen, Ausdruck zu geben und andere dazu aufzufordern; dadurch sind diese Worte etwas entwertet, und unserer schwächlichen Zeit erscheinen sie, in ihrer vollen, schweren Bedeutung gebraucht, als Phantastereien. Und doch hat niemand anders als Bismarck gesagt, daß, wenn irgendwo, so in der Politik das Wort wahr sei: es gibt einen Glauben, der Berge versetzen kann. Ja wohl, es gibt einen solchen Glauben. Doch oft gehen auch wir mit schlechtem Beispiel voran und geben unserm Zweifel Ausdruck, ob unser Vaterland wohl in absehbarer Zeit wieder zu Ehre und Freiheit kommen könne. Wenn man es erleben mußte, wie eine Welt von Idealen zusammengebrochen ist, daß im Schmutz liegt, was hoch und heilig, was Lebensinhalt war, wie Männer, die verpflichtet gewesen wären, zu den alten Idealen zu stehen, Wort, Treue und Würde vergaßen und Augenblicke kommen, wo dem menschlichen Auge nicht der kleinste Hoffnungsschimmer scheint, kein Ausweg aus Not und Schande sichtbar ist, da mag es wohl den einen oder andern drängen, sein Herz in einer Aussprache zu erleichtern, seiner Verzweiflung, seiner Sorge Ausdruck zu geben. Doch es darf nicht sein. All dies Schwere müssen wir in uns verschlossen niederkämpfen. Es darf über unsere Lippen kein Wort des Zweifels kommen. Wir dürfen nie und nie die Möglichkeit zugeben, daß es zu Ende sein könnte mit unserm Vaterlande, zu Ende mit unsern Idealen. Es darf von uns nichts anderes ausgehen als Zuversicht und Kraft. Auch das ist Dienst am Vaterlande, ist preußische Pflichterfüllung. Wer mit reinem Herzen und reinen Händen, wie ein Priester am Heiligtum, in festem Vertrauen auf Gott seinem Vaterlande dient, der darf siegessichere Zuversicht aus dem wie auf Preußen-Deutschland zugeschnittenen stolzen Wort schöpfen: „Sie haben mich oft bedrängt von meiner Jugend auf, aber sie haben mich nicht übermocht.“

III. Ewald v. Seldt - Hannover

Selbsterlebte wichtige Begebenheiten aus den
Jahren 1933 und 1934

=====

Mitte Januar 1933 war ich beim Reichspräsidenten von Hindenburg. Ich führte aus, daß Hitler unter keinen Umständen Reichskanzler werden dürfe. Hindenburg stimmte zu und äußerte etwa einmal: "Sehen Sie, das freut mich, daß Sie das auch sagen. Sagen Sie das doch auch meinem Kanzler (Kanzler war damals Schleicher, aber Hindenburg verstand unter "meinem Kanzler" Papen), er will ja, daß ich Hitler zum Reichskanzler machen soll. Das kann und darf ich aber nicht. Das verbietet mir mein Pflichtgefühl und mein Verantwortungsbewußtsein. Er ist doch kein Staatsmann. Na, Postminister meinetwegen."

Vierzehn Tage später berief Hindenburg den Hitler zum Reichskanzler.

26. 7.

Kurz nach dieser Unterredung hatte ich eine Besprechung mit Hugenberg. Anlaß für mich hierzu war das Gerücht, Hugenberg und Seldt seien bereit, in ein Kabinett Hitler einzutreten. Ich bat Hugenberg, diesem Gerücht, das die eigene Gefolgschaft unsicher mache, entgegenzutreten. Hugenberg lehnte das ab mit der Begründung, vielleicht sei das die letzte Möglichkeit, noch etwas zu retten. Ich erwiderte, wir müßten ein von allen Parteien völlig unabhängiges Kabinett von Monarchisten und ohne Hitler erkämpfen. Wir müßten die andere Möglichkeit durch ein endgültiges, rechtzeitiges "Nein" für immer ausschalten. Dadurch würden Papen und Hindenburg in eine Zwangslage versetzt es bliebe dann nur ein ähnliches Kabinett, wie das von mir erstrebte als einzige Möglichkeit übrig. Hugenberg lehnte das ab, man könne sich nicht so festlegen, er machte mir den Vorwurf, ich sei zu 100 prozentig. Ich erwiderte, mit Halbheit und einem bereits im Herzen schlummernden Verrat an den eigenen Ideen würde er scheitern und uns ins Unglück stürzen. Damit trennten wir uns.

Nunmehr versuchte ich bei verschiedenen anderen maßgebenden Deutschnationalen -auch bei einigen Stahlhelmführern- Alarm zu schlagen. Ich fand vielfach Zustimmung in der Verurteilung der Hugenberg'schen Politik. Aber alle verweigerten es, sich an einer Aktion zu beteiligen oder überhaupt irgend etwas dagegen zu unternehmen, meistens mit der Begründung, Hugenberg sei Parteivorsitzender und man könne sich nicht öffentlich zu ihm in Widerspruch setzen.

Seit November 1932 arbeitete Papen am Sturz von Schleicher. Den vaterländischen Kreisen gegenüber tat er immer so, als würde er dann die Kanzlerschaft übernehmen und ein wirklich autoritäres, von allen Parteien unabhängiges Kabinett -ohne Hitler- bilden. Seit Anfang Januar hatte ich starke Zweifel an Papens Aufrichtigkeit. Ich war der Überzeugung, er wollte

uns nur zum Sturz von Schleicher benutzen und die Kanzlerschaft Hitler in die Hände spielen, weil ihm selbst dazu der Mut fehlte. Papen vermied es aalglatt, sich eindeutig für ein autoritäres Kabinett und gegen Hitler festzulegen.

Um einen verwertbaren Beweis für seine Unzuverlässigkeit zu haben, richtete ich es nach einem Essen beim Staatssekretär von Bismarck am 25. Januar so ein, daß ich mit Papen allein nach Hause fuhr. Unterwegs überfiel ich ihn plötzlich mit dem Vorwurf, warum er Hindenburg dahin bearbeitet, daß er Hitler zum Kanzler machen solle. Papen ging in die Falle und sagte: "Es bleibt doch nichts anderes übrig, als den alten Herrn dazu zu bewegen." Damit steht fest, daß Papen alle Welt hintergangen hat, wenn er so tat, als ob er eine wirklich vaterländische, unabhängige Regierung anstrebe. Dabei war mit Papen die Besetzung aller Ministerposten dauernd besprochen worden. Am 28. Januar und auch noch am 29. Januar hat Papen mir und anderen wiederholt erklärt, Hindenburg habe seine Einwilligung zu einem unabhängigen Kabinett, dessen Zusammensetzung für alle Ministerien namentlich feststände, erteilt, für den Fall, daß Hitler sich nicht beteilige. Das Kabinett sollte so zusammengesetzt sein, wie es unter Hitler gebildet worden ist mit folgenden Ausnahmen, an Stelle von Hitler sollte Papen Reichskanzler sein und an Stelle von Friok sollte ich das Innenministerium übernehmen. Wer an Stelle von Seldte Arbeitsminister werden sollte, kann ich nicht mehr mit Bestimmtheit angeben. Natürlich hätte es auch in der preussischen Regierung keinen Nationalsozialisten gegeben.

Da ich das Schlimmste befürchtete, habe ich seit dem 28. Januar die Wohnung von Papen bis zum 30. Januar vormittags kaum verlassen. In ihr spielten sich alle entscheidenden Vorgänge ab, die zur Regierungsbildung durch Hitler geführt haben. So bin ich Zeuge des größten Unglücks unseres Vaterlandes geworden.

Etwas um ^{x)} Uhr war Hitler bei Papen. Vorher sagte ich Papen, ich wolle fortgehen, um Mittag zu essen, worauf Papen erwiderte, ich müsse mich aber auf telephonischen Abruf bereit halten. Falls Hitler seine Beteiligung an der Regierung ablehne, müßte das "Papenkabinett" sofort zu Hindenburg zur Amtsübernahme gehen. Er sagte: "Dann muß die Regierung innerhalb von einer Stunde stehen." Nach meiner Rückkehr teilte mir Papen mit, Hitler habe zur unabänderlichen Bedingung gemacht: sofortige Auflösung des Reichstages und sofortige Neuwahl.

Am Nachmittag müsse sich Hugenberg noch erklären und dann käme Göring, um Hugenbergs Erklärung Hitler zur endgültigen Entscheidung zu überbringen. Papen wollte nicht die Zeit der Besprechung mit Hugenberg nennen. Durch seinen Stab ermittelte ich es. Mit vieler Mühe gelang es mir, Schmidt-Hannover zu erreichen, von dem ich wußte, daß er gegen die Regierung Hitler war. Ich bat ihn, sofort in Papens Wohnung zu kommen, um Hugenberg abzufangen und gemeinsam zu versuchen, ihn umzustimmen. Schmidt kam, fing Hugenberg ab und versuchte ihn umzustimmen. Dann war ich mit Hugenberg alleine. Er war nicht dazu

x) Hier fehlt die Zeitangabe. Es handelt sich wohl um die Mittagszeit des 29. Januar 1933.

zu bewegen, seine Beteiligung an der Regierung Hitler abzulehnen. Gründe nannte er mir nicht. Was in dem Gehirn dieses Spießbürgers gespielt hat, weiß ich bis zum heutigen Tage nicht. Ich sagte ihm, es sei sicher, daß wenn er "Nein" sagte, innerhalb einer Stunde das Kabinett im Amt sein würde, das so zusammengesetzt sein sollte, wie oben beschrieben, in dem er 2 Reichs- und 2 preussische Ministerien für seine Person erhalten würde, in wenigen Augenblicken könne er sich hierüber bei Papen und Hindenburg Gewißheit verschaffen. Er blieb dabei, er könne eine Beteiligung nicht einfach ablehnen. Die Mitteilung über die gesicherte unabhängige Regierung hat H. auf dem Vorstand dem D.N.V.P. verschwiegen. Bis zum heutigen Tage wissen es nur die, denen ich es mitgeteilt habe.

Darauf schlug ich vor, er solle die Bedingung stellen, und zwar als *conditio sine qua non*, die er schon immer gestellt hätte- darum sei es so einfach für ihn: Sofortige Auflösung des Reichstags und keine Neuwahl, unter Vorstellung des oben Geschilderten wies ich ihm nach, daß dann das Kabinett Hitler erledigt sei und das Kabinett käme, das er selber immer gefordert hätte. H. war auch in diesem Punkt zu keiner klaren Stellungnahme zu bringen. Da machte sich meine Erbitterung über solche politische Erbärmlichkeit und die Angst ums Vaterland Luft. Ich warf H. Entehrung, Verrat am Vaterland und seine Zerstörung vor. Gegen diese in gedämpfem Ton, aber in ungeheurer Erregung ins Gesicht geschleuderten Vorwürfe fand H. kein armseliges Wort - er schwieg. Dann ging er zu Papen. Als er wieder aus dessen Zimmer kam, fragte ich, ob er nicht doch wenigstens als Bedingung für seine Beteiligung an einer Regierung Hitler genannt habe: Auflösung des Reichstages und keine Neuwahl. H. darauf: "Ja, ich habe es ihm gesagt." Er vermied also das Wort: Bedingung. Darauf wollte er fortgehen. Ich hielt ihn zurück, denn Göring käme gleich, er müsse sich vergewissern, daß Papen seine, Hugenbergs Erklärungen, richtig übermittle. Ich kannte Papen als unwahr und wäre überzeugt, daß er an Göring kein Wort über die Nichtwiederwahl des Reichstages sagen würde. H. hielt das zwar für undenkbar, blieb aber. Nach der Unterredung mit Göring erschien Papen bei uns. Ich überfiel ihn mit der Frage: "Was haben Sie Göring über Hugenbergs Bedingung: Auflösung und keine Neuwahl des Reichstages gesagt?" P. bekam einen roten Kopf und stammelte: "Ich habe G. gesagt: über die Frage der Neuwahl des Reichstages wollen wir nicht sprechen, das erschwert nur die Regierungsbildung." Damit verließ er das Zimmer.

Mit Mühe war der schwerfällige Hugenberg dazu zu bringen, sofort noch einmal zu Papen zu gehen und auf vollständiger Übermittlung seiner Erklärung an Hitler zu bestehen. H. ging also zu P. und blieb lange bei ihm. Schließlich erschienen beide und Hugenberg diktierte in meiner Anwesenheit, ich glaube 5 Punkte, die seine "Bedingungen" wären für eine Beteiligung an einem Kabinett Hitler.

- 4 -

In einem Punkt hieß es: "Auflösung des Reichstages und keine Neuwahl. In einem folgenden, wenn es aber zu einer Neuwahl käme, dann müsse die kommunistische Partei aufgelöst werden! Echt Hugenburg, der spießbürgerliche, nationalliberale Parlamentarier! Damit war für mich die Endlösung klar, d.h. Diktatur Hitler und qualvoller Zusammenbruch des Vaterlandes. Dieser Weg der Halbheit würde die totale Herrschaft Hitlers auch auf seelischem Gebiet herbeiführen. Das Ende: ein schmachvoller Untergang des Vaterlandes, durch Entseelung, Gottlosigkeit, vielleicht erst nach langer Zeit. Der frivole Papen sagte mir noch, als ich ihm ähnliche Vorwürfe machte wie Hugenberg: "Was wollen Sie denn. Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quitscht." Ich entgegnete: "Menschen, die nicht den Mut haben, einen Mann, dessen Partei zusammenbricht, wenn man sie rücksichtslos bei Seite läßt, mit seinen wahnwitzigen Forderungen abzuweisen, sondern ihn aus Schwäche und Kurzsichtigkeit zu ungeahnter Macht verhelfen, werden nie die Kraft aufbringen, ihn erfolgreich zu bekämpfen. Nein, er wird sie alle in kurzer Zeit völlig erledigen und durch Ihre Schuld das Vaterland zerstören." Damit schieden wir. Es war gegen 8 Uhr abends. Das Vaterland war verloren, die Kanzlerschaft Hitlers sicher. Am 30. Januar besiegelten Deutschnationale und Stahlhelm ihren Verrat an Deutschland. Hitler war Kanzler und sehr bald Diktator. Auch der Stahlhelm hatte es in der Hand, durch ein "Nein", die Regierung zu verhindern. So unwürdig, an solchen Kleinigkeiten entscheiden sich weltgeschichtliche Dinge.

Die Regierung Hitler war gebildet, der Reichstag neu gewählt. Ihm lag das Ermächtigungsgesetz vor, das die Aufhebung des Rechtsstaates und die Diktatur der nationalsozialistischen Partei bedeutete. Ich war aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten. Einige Zeit vor Zusammentritt des Reichstages ging ich zum Abgeordneten Schmidt-Hannover, um zu versuchen, die Grundlagen des Rechtsstaates zu retten, da ich niemand sah, der überhaupt noch einen ernsthaften Versuch machte, den Kampf für's Vaterland aufzunehmen. Es war ja noch nicht alles verloren, wenn in der Regierung nur ein Mann mit staatsmännischem Blick und Entschlossenheit gewesen wäre. In der Regierung hatten ja die nichtnationalsozialistischen Minister die erdrückende Mehrheit. Ich schlug vor, das Ermächtigungsgesetz solle nur mit 6 Zusatzentträgen angenommen werden. Durch fünf Punkte, die ich im Wortlaut entworfen hatte, sollte der Rechtsstaat gesichert bleiben, in erster Linie sollte eine geheime Staatspolizei mit Schutzhaft usw. verhindert werden, ferner sollte die Knebelung der freien Meinungsäußerung verhindert werden, der Grundsatz sollte gesetzlich verankert werden, daß behördliche Funktionen nur dem Staat, aber nicht der nationalsozialistischen Partei zukommen usw. Der 6. Antrag besagte: Die Reichsfahne ist schwarz-weiß-rot. Für diese Anträge war eine Mehrheit zu erreichen. Schmidt stimmte mir zu. Auf meine Frage bevollmächtigte er mich, vorbehaltlich der Zustimmung Hugenburgs, namens der Deutschnationalen Partei, entsprechende Verhandlungen mit dem Zentrum zu führen. Brüning,

- 5 -

zu dem ich mich sofort begab, erklärte mir, nachdem er sich mit der Zentrumsfraktion besprochen hatte, das Zentrum würde für die 6 Anträge stimmen und bevollmächtigte mich, dies offiziell den Deutschnationalen mitzuteilen. In einer weiteren Besprechung waren sich Schmidt und Brüning völlig einig, es fehlte nur noch die Zustimmung Hugenberg, dann konnte die Grundlage eines Rechtsstaates gerettet werden. Hugenberg hat sich nie zu diesen Dingen geäußert, so fiel diese Aussicht durch seine Schuld ins Wasser.

Später hatte ich noch einmal versucht, entscheidend einzugreifen. Anfang Juni 1934, als man wußte, daß Hindenburg bald sterben würde. Ich ging zum General v. Fritsch. Wir waren uns einig, daß die Herrschaft Hitlers ein Verhängnis für Deutschland sei. Er sagte selber: Herrschaft der Minderwertigen und sagte, daß Hitlers Macht gebrochen werden müßte. Ich stellte ihm vor, daß nach dem Tode Hindenburgs Hitler sich zum Alleinherrscher aufschwingen würde und die Armee auf sich vereidige. Fritsch sagte das mir. Ich versuchte ihn an seinem Pflichtgefühl dem Vaterland gegenüber zu packen, er sollte die obersten Generale anweisen, sich geschlossen der Vereidigung zu widersetzen. Das lehnte er ab, weil das eine Auflehnung gegen Blomberg wäre, und das ginge doch nicht. Den selbstverständlichen Gedanken, Blomberg festzunehmen, lehnte er ab. So ging auch diese große Gelegenheit ungenutzt vorüber, weil überall kleine Seelen waren. Fritsch war persönlich gewiß ein anständiger Mann, aber eine subalterne Natur, der sich nicht über die Auffassung eines Büroschreibers erheben konnte, der blind gut, was ihm befohlen wird, ob es nun der Rettung des Vaterlandes dient oder seiner Vernichtung.

Von all den geschilderten Begebenheiten habe ich mir sofort Aufzeichnungen gemacht, weil sich sonst leicht Ungenauigkeiten einstellen. Ein großer Teil dieser Aufzeichnungen ist zwar bei Haus-suchungen verloren gegangen oder ist von denen, die sie zur Aufbewahrung hatten, vernichtet worden. Doch habe ich sie so häufig vorgelesen und mündlich wiederholt, daß ich sie auch heute noch beinahe auswendig kann, so daß obige Schilderungen nicht nur sinn- gemäß, sondern beinahe wörtlich genau richtig sind.

Vielleicht sind sie später noch einmal von Wert.

- - - - -

E. v. Kleist-Schmenzin

**Reformation
oder
Revolution?**

Der
Nahe
Offen

Berlin 1930

Schriftenreihe des Raben Offens

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

E. v. Kleiff-Schmenzin

**Reformation
oder
Revolution?**

Der Nahe Osten / Berlin 1930

Hans-Werner von Sugo

Wenn in Nachfolgendem von Revolution und Reformation die Rede ist, so werden die Worte im Sinne Lassalles gebraucht, also abweichend von der üblichen Bedeutung, nämlich Revolution als die vollkommene Beseitigung eines Systems und Ersetzung durch ein grundsätzlich anders geartetes, und unter Reformation die mehr oder weniger weitgehende Abänderung bezw. Verbesserung des Bestehenden unter Beibehalt der charakteristischen Grundrichtung. In diesem Sinne kann sich also eine Revolution auch auf gesetzmäßigem und eine Reformation auf gewaltsamem Wege vollziehen.

Das heutige politische System Deutschlands ist das parlamentarische und bedeutet tatsächlich die Alleinherrschaft der Parteien und ihres Geistes. Niemand ist mit ihm zufrieden. Jeder Einsichtige weiß, daß unter ihm Deutschland unweigerlich sittlich, politisch und wirtschaftlich zugrunde gehen muß. Und doch haben wir von einem ernsthaften Willen, dem Uebel an die Wurzel zu gehen, bisher so gut wie nichts gemerkt. Alles starrt wie gebannt auf die Parlamentsarbeit und hofft immer wieder auf eine Aenderung der Konstellation, wo doch Entscheidendes nicht zu erhoffen ist.

Es besteht keine, aber auch gar keine Aussicht, daß sich die Parlamentsmehrheit, die sich seit der Zabernaffäre über die Resolution vom Juli 1917 bis heute erhalten hat, ändern könnte. Dazu fehlt schon die Zeit, denn daß die Republik, so wie sie sich heute darstellt, in absehbarer Zeit verschwunden sein wird, mag es sich um 2 Jahre, 10 Jahre oder ein paar mehr oder wahrscheinlich weniger handeln, dürfte nicht zu bezweifeln sein. Und was dann kommt, ist, wenn ebensowenig Gegenarbeit geleistet wird, wie bisher, noch schlimmer. Daß sich die seit 1924 absteigende Tendenz der Wählerschaft der Rechtsparteien in eine stürmische Aufwärtsbewegung wandeln wird, ist nicht zu erwarten. Dazu ist die Parlamentsverdrossenheit zu groß, an der die Parteien der Rechten mitschuldig sind, weil sie sich entweder in Atome auf-

spalteten, oder es nicht verstanden, daß die Zukunft einer Partei darin liegt, daß sie nicht nur eine Fraktion und Organisation, sondern auch eine Bewegung sein muß. Zwei Dinge sind u. a. nicht erfüllt worden: die Wähler erwarten von den Rechtsparteien die Erfüllung einer unbestimmten Sehnsucht und entschlossenen Kampf mit dem Ziel der Beseitigung des parlamentarischen Systems. In immer steigendem Maße haben die Abgeordneten aber den dahinzielenden Willen verloren. Ein großer Teil fühlt sich durch die Abgeordneteneigenschaft so gehoben und steht sich pekuniär soviel besser, daß es ihm gar nicht einfällt, das parlamentarische System wirklich stürzen zu wollen. Ferner kann ein Teil der Abgeordneten der Rechtsparteien seine eigentlichen Ziele nur unter der Herrschaft des Systems erreichen. Die Parteibürokratie wünscht ebenfalls um ihrer Stellung willen größtenteils keine Beseitigung des heutigen Zustandes. Alle diese Kräfte schimpfen wohl auf das System und tadeln es, bekämpfen aber Strömungen, die ihm wirklich gefährlich werden können.

Solange diese Mängel bleiben, wird die Wählerzahl dauernd abnehmen und in der politisch wertvollen Jugend wird keine Begeisterung erweckt werden können. Die Richtung, die sich in der an positiven Ideen armen anonymen Schrift des jugendnationalen Ringes zum Wort meldet, ist der Totengräber jeder nationalen Opposition. Die Meinung, daß wertvolle nationale Jugend dahinterstehen könnte, ist, vorsichtig ausgedrückt, ein grober Irrtum.

Es ist natürlich möglich, daß innerhalb der Rechtsparteien eine zahlenmäßige Verschiebung eintritt. Eine entscheidende Zunahme der Gesamtrechtsparteien wird aber nicht erfolgen, und ob die christlich-nationale Bauernpartei oder die Nationalsozialisten oder eine neue Partei 10 oder 30 Abgeordnete hat, ist, auf das Ganze gesehen, eine sehr gleichgültige Angelegenheit. Denn die kraftvollsten und sachkundigsten Reden im Plenum oder in den Ausschüssen vermögen nicht gegen die Parlamentsmehrheit entscheidende Änderungen, worauf es allein ankommt, durchzusetzen.

Eine sogen. Rechtsregierung kann den Weg zum Untergang bestenfalls verlangsamen, aber nicht aufhalten. Die beiden Male, in denen die Deutschnationalen in der Regierung saßen, haben der nationalen Opposition mehr geschadet als genützt. Die Parlamentsmehrheit wird dadurch nicht geändert, und gegen sie kann eben auch eine Rechtsregierung Entscheidendes niemals erreichen.

Die Aussicht, daß der Reichspräsident unter Anwendung von Artikel 48 der Reichsverfassung jemals eine Rechtsregierung

mit weitgehenden Vollmachten einsetzen wird, ist doch wohl kaum als gegeben anzusehen und auf einer unwahrscheinlichen Hoffnung kann man keine Politik aufbauen.

Als Tatsache bleibt, daß die Parlamentsmehrheit Deutschland in den Untergang treibt. Die Grundhaltung dieser Mehrheit wird sich nicht ändern. Weltanschauung, Ressentiments, Sonderinteressen, Verheerung, Unfähigkeit zur Politik überhaupt und anderes lassen das nicht zu. Gewiß, die Sorge vor der roten Flut, das Sichtbarwerden des Bankerotts der bisherigen Innen- und Außenpolitik oder der kleinste Zufall können eine andere Regierungsmehrheit zusammenquirlen. Gewisse Anzeichen für eine Neigung, den bisherigen ausschließlichen Linkskurs zu verlassen, sind z. B. bei der Volkspartei und dem Zentrum vorhanden. Mit der dadurch gegebenen Möglichkeit weiter rechts eingestellter Regierungen kann aber auch nie mehr als eine Verlangsamung des Zusammenbruches erreicht werden, was natürlich von Bedeutung, aber eben nicht entscheidend ist; denn aus den skizzierten Gründen wird es auch den Mittelparteien stets unmöglich bleiben, das Steuer weder außen- noch innenpolitisch soweit herumzulegen, wie es erforderlich wäre, um dem Verhängnis Einhalt zu gebieten.

Kann nun eine Reformation des Systems den Untergang abwenden?

Reislers denkt man hierbei an eine Machterweiterung des Reichspräsidenten. Da der nächste Reichspräsident ein Mann des heutigen Systems sein wird, so bedeutet eine Machterweiterung zu seinen Gunsten eine Verfestigung des Parlamentarismus. Denn in schwierigen Augenblicken wird es einem Einzelnen stets leichter sein, einen Ausweg zu finden, als verschiedenen denkenden Parteien. Dadurch würde eine große Zahl von Regierungskrisen, die das System diskreditieren, vermieden werden. Der Reichstag könnte also mehr arbeiten und das würde einen weiteren Nachteil gegenüber dem heutigen Zustande bedeuten; denn seit der Revolution hat im Durchschnitt Reichstagsarbeit stets Verschlechterung bedeutet. Was soll sich denn durch eine solche Machtverschiebung Wesentliches ändern?

Die Schaffung einer ersten Kammer wäre bei zweckmäßiger Zusammenfassung wünschenswert. Sie wäre in der Lage, die schädliche Gesetzgebungsarbeit des Reichstages zu hindern, könnte aber gegenüber der Reichstagsmehrheit auch keine positive Aenderung des jetzigen Zustandes durchsetzen und nur eine durchgreifende Aenderung des Bestehenden kann ja noch helfen.

Die Pläne des Bundes zur Erneuerung des Reiches sind als Reform des Systems, das sie völlig unverändert lassen, nicht ernst

zu nehmen. Sie tragen den Stempel mechanisch-liberalen Denkens an der Stirn.

Alle übrigen Reformvorschläge, Aenderung des Wahlrechts und ähnliche, sind entweder unwesentlich, oder sind unter der Herrschaft des heuligen Systems eben undurchführbar.

Es bleibt also nur die Revolution.

Die Frage eines politischen Systems und seiner Aenderung kann aber niemals nur von der formalen, der Außenseite behandelt werden, wie es in obigen Ausführungen bisher, von Aendierungen abgesehen, geschehen ist. Die andere Seite, die mit der formalen in Wechselwirkung steht, ist die weltanschauliche, seelische, geistige oder wie man es nennen will, die Richtung und Ziele bestimmt und für die Fähigkeit, politisch, das ist staatspolitisch, zu sehen und zu handeln entscheidend ist. Von dieser Seite betrachtet, muß das Urtheil über das parlamentarische System in Deutschland vernichtend ausfallen und erst recht auf den Zwang zur Revolutionierung hinweisen.

So verschieden die Parteien in ihren Meinungen sind, so weisen sie doch sehr viel mehr gemeinsame Züge auf, als gemeinhin angenommen wird. Der Gegensatz der Weltanschauungen und damit der tatsächlichen Stellung zu den Aufgaben des Staates und der Politik ist leider nicht so grundsätzlich, wie die Parteien es behaupten.

Die Mehrzahl von ihnen werlet und handelt bewußt oder unbewußt aus dem Geiste der Diesseitigkeit, der Nützlichkeit, des Liberalismus, des Eudämonismus, des Individualismus und kann daher nie die höchste Aufgabe des Staates und der Politik darin sehen, daß das Volk zu dem höchstmöglichen Grade innerer Gesundheit gelange und kann nicht nach der Erkenntnis handeln, daß in diesem Rahmen staatspolitische Gesichtspunkte vor allen anderen den Vorrang haben.

Aus dieser Einstellung heraus muß eine Wirtschafts- und Sozialpolitik getrieben werden, die die Wirtschaft zerstört, die Moral untergräbt, das Staatsbewußtsein aushöhlt, gegenseitige Verhehung fördert, muß eine Kulturpolitik getrieben werden, die die Religion bekämpft, das Volk allmählich auf die Stufe des Tieres herabdrückt, muß eine Außenpolitik getrieben werden, die Ehre und Würde für wertlos hält, Macht preisgibt und die Freiheit des Volkes verrät, weil man selber keine Opfer und Gefahren um der Zukunft willen auf sich nehmen will, da die andere verhasste Anschauung von Welt und Politik nicht Recht behalten oder gar die Herrschaft bekommen soll. Aus dieser Ein-

stellung heraus muß Recht und Gerechtigkeit zu einer Frage der Macht und der Zweckmäßigkeit herabsinken, muß Rechtsbengung folgen. Aus dieser Einstellung kann weder Innen- noch Außenpolitik, Staatspolitik überhaupt getrieben werden, muß Untergang das Ende sein.

Die Rechtsparteien behaupten, auf völlig entgegengesetzter Anschauungsgrundlage zu stehen. Aber trotz aller zugebilligten Aufgläubigkeit ist das so völlig nur theoretisch der Fall. Der Mensch hat aber nicht die Weltanschauung, die er zu haben glaubt, sondern diejenige, die sich aus seinem tatsächlichen Verhalten und Handeln ergibt. Und da kann es keinem Zweifel unterliegen, daß nicht nur in die Rechtsparteien, sondern in alle sich national nennenden Volksteile starke Einbrüche der Weltanschauung der Diesseitigkeit, des Liberalismus usw. erfolgt sind. Diese Einbrüche datieren nicht erst seit der Revolution, sondern liegen auch in konservativen Kreisen schon Jahrzehnte zurück. Darum ergab und ergibt sich aus der Gesamthaltung weder weltanschaulich noch staatspolitisch ein einheilliches Bild. Worte und Taten klaffen auseinander. Dieser Eindruck wird verstärkt, weil hefeferogene Elemente zusammengehalten werden durch Gemeinsamkeit in der Ablehnung, Gewohnheit und Berechnung, aber nicht durch eine lebendige politische Kraft. Daher keine inneren Eroberungen, daher Verteidigung statt Angriff, daher die berechnete Frage, ob eine Regierung der Rechtsparteien die Kraft zum Neubau des Reiches hätte, oder ob nicht auch hier erst noch eine innere Revolution sich durchsetzen muß.

Werfen wir einmal einen Blick zurück auf die deutsche Geschichte der letzten Jahrzehnte, und wir werden den ausgesprochenen Zweifel verstehen. War denn im alten Staat die zur Führung notwendige Kraft und Willensstärke und Angebrochenheit der Linie noch vorhanden? War denn wirklich die Auffassung, daß der Staat das Volk zu dem höchstmöglichen Grade innerer Gesundheit führen müsse und in diesem Rahmen staatspolitische Gesichtspunkte allen anderen voranzugehen hätten, der Maßstab allen Handelns und Wertens? Doch nicht mehr überall. Die Gründerjahre zeigen, wie erschreckend weit der Geist des Materialismus schon eingedrungen war. Hätte man es zulassen dürfen, daß die Industrialisierung Deutschlands sich so vollzog, wie es geschah? Damit das deutsche Volk bald reich werde, die Volkswirtschaft sich hebe, ließ man es zu, daß Industrie und Handel ausblühte um den Preis, daß die Arbeiter unter Lebensbedingungen zusammengedrückt wurden, unter denen die Seele, das köstlichste Gut eines Volkes, verderben mußte. Im Anfange wäre es möglich gewesen, diese Uebelstände in er-

trägliehen Grenzen zu halten. Aber unter der Herrschaft liberaler Ideen ließ man den Geist des Liberalismus sich verhängnisvoll auswirken.

Immer ist es der Liberalismus, der ähnliche Entwicklungen herbeigeführt hat. Derselbe Liberalismus, der heute als Demokratie für Bodenreform zu schwärmen vorgibt und unter dem Deckmantel heuchlerischer Sentimentalität damit die konservativen Kräfte vernichten will, die, wenn sie sich wieder auf sich besonnen haben, Todfeinde eines solchen kapitalistischen Geistes sein müssen. Bismarck hatte instinktmäßig völlig recht, wenn er bei Einführung des gleichen Wahlrechts glaubte, daß Konservative und Arbeiter naturgemäß Verbündete sein müßten. Er übersah aber, daß der Geist des Liberalismus und der Viesseitigkeit schon überall angefangen hatte, einzudringen und der Befehlgebungs-
maschine den Stempel aufdrückte. Die Frucht der Politik des Geschehenlassens war zwar Reichtum, aber auch die Macht der Sozialdemokratie, die in Verkennung ihres wahren Feindes den Staat gestützt hat.

Der übersteigerte Drang nach überseeischer Handelsgeltung, die Berlin—Bagdad-Politik, unsere ganze Innen- und Außenpolitik überhaupt war unter die Rubrik Wirtschaft und Geld zu buchen. Unter diesem Gesichtswinkel sah man die Staatspolitik. Allenhalben hatte man eben vergessen, daß das Wesen des Staates auf bodenständigen Kräften ruhende Macht ist und daß, wenn der Raum für ein wachsendes Volk zu eng wird, der fehlende Raum gewonnen werden muß und alle Anstrengungen darauf zu richten sind. Denn das Schaffen einer künstlichen Existenzbasis durch Ueberindustrialisierung führt zur Hochpreisung von Lebensansprüchen, seelischer Verkümmernng, Vergroßtädterung mit allen ihren Zerfetzungsercheinungen und Unterhöhlung der Staatsgrundlagen und beschwört damit in einer schweren Krisis die Gefahr des völligen Zusammenbruchs herauf. Aber wer nicht mehr resiglos und von da aus staatspolitisch werden kann, sieht diese Dinge eben nicht mehr.

Und dann denke man noch an die Kriegsziele der Annek-
tionisten, die hauptsächlich alles, was unseren Reichtum steigern konnte, erwerben wollten. Neuzerte sich nicht auch da bis zur äußersten Rechten Materialismus, Ueberhöhung wirtschaftlicher Momente, statt des Sinnes für das Wesentliche?

Als Illustration für das mechanische Denken, dem das Ver-
ständnis für Imponderabilien abhanden gekommen war, werfe man noch einen Blick auf unsere Siedlungspolitik in der Ostmark. Dort wurden bürokratisch bevormundete, rentesuchende Siedler in das fertige Nest, aber nicht wagemutige, tatkräftige Menschen angelegt, bereit, sich die Existenz aus eigener Kraft zu schaf-

fen. Rationale, zu zentralistischer, bürokratischer Verwaltung drängende Einstellung bekämpfte schon damals wirkliche Selbstverwaltung und ließ damit auch die Fähigkeit zu selbstständigem Urteil verkümmern.

Schließlich noch die erbärmliche Politik eines Bethmann, der sich darauf beschränkte, die Diagonale der Kräfte zu ziehen. Eine vernichtendere Kritik hat noch kein Politiker über sich selbst geschrieben. Und solch ein Kanzler konnte jahrelang im Amt bleiben. Hat dieser Standpunkt noch irgend etwas zu tun mit Verantwortungsgefühl für die Entwicklung des Volkes? Zeigt sich hier noch eine Spur von Führereigenschaft, von Bewußtsein, daß das Wesen des Staates Macht ist? Nein, die Politik der Diagonale der Kräfte ist der vollendetste Ausdruck politischer Unfähigkeit, die sich mit Recht nicht zutraut, nach eigener Ueberzeugung auf die Gestaltung der Dinge einzuwirken, da sie nicht mehr weiß, daß Imponderabilien die stärksten realen Kräfte sind. Daher treibt sie zwangsläufig auf die stets ins Verderben führende Bahn des Kompromisses, der Nüchternheit, der Zweckmäßigkeit, des Schlimmeres-verbüten-wollens, „der Klugheit“ oder wie diese kümmerlichen Feigenblätter seelischer Impotenz sich nennen mögen. Diese Politik der Diagonale der Kräfte hat von da an alle Regierungen bis zur Revolution beherrscht und hat den völligen Zusammenbruch unseres Volkes verschuldet.

Die gesamte oben skizzierte Politik ist von den meisten hohen Beamten, die zum großen Teil doch der Rechten zuzuzählen waren, mitgemacht worden. Es wäre Unrecht, wenn man diesen Beamten Heuchelei vorwürfe, weil ihre Taten nicht übereinstimmen mit ihren sonst zur Schau getragenen Anschauungen. Es war aber ein Zeichen, daß ihre Anschauung nicht mehr lebendig und ungebrochen war. Denn nur tiefnerwurzelt Ueberzeugung hat auch die Kraft, durch entsprechendes Handeln die Gefahren zu meistern. Es ist nicht zu bestreiten, die Staatsführung war ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen, weil die inneren Voraussetzungen in allen, auch in den rechtsgerichteten Schichten, wenn auch dort noch bei weitem am stärksten, nicht mehr voll gegeben waren.

Ist es damit im nationalen Lager nach der Revolution besser bestellt? Man kann wohl sagen, daß das Beste heute besser ist, als das Beste von 1914 und daß diese Kreise aus allen Lagern Zugang erhalten. Aber an der offiziellen Politik sind sie wenig beteiligt. Das Gros im nationalen Lager steht, von wenig Ausnahmen abgesehen, auf keiner höheren Stufe als vor dem Kriege. Das nationale Lager hat politisch überwiegend von den Leistungen früherer Zeiten und den Fehlern der jetzigen Machthaber ge-

lebt. Die Gesamthaltung der offiziellen nationalen Politik trägt den Stempel des Negativen, der Verteidigung mit gelegentlichen kleinen Vorstößen statt des Positiven, des Angriffs. Obwohl die bezogene Stellung auf die Dauer unhaltbar ist und es gar keinen anderen Weg gibt, als die Eroberung der feindlichen Stellung, trotz dieses Zwanges kein Sichausschwingen über den Vorkriegsgeist. Die inneren Voraussetzungen zur Staatsführung haben sich weder, was Geschlossenheit der Weltanschauung, noch weniger was Führungswillen und Kraft anbetrifft, geändert. Was vor 1918 nicht die Kraft hatte, der Staatsauflösung Einhalt zu gebieten, sollte das zum Neubau des Reiches und zu dauerhafter Machtbehauptung heute genügen?

Man wende nicht ein, das seien verfliegene Ideologien, Weltanschauung sei nicht von so ausschlaggebender Bedeutung für die Politik. Sie ist es doch. Denn auch alle wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse sind nichts anderes als Auswirkungen der Weltanschauungen der Menschen, die an ihrem Zustandekommen gemerkt haben. Gewiß, in normalen Zeiten treten die Zusammenhänge nicht so scharf hervor, können Mängel auf dem Gebiet des Unwägbaren sehr lange ohne merkliche Nachteile bestehen. Aber je schwerer die Krisis, je größer die offensiv zu lösende Aufgabe, desto verhängnisvoller sind sie. Daß heroischer Wille, der Gegensatz zum heutigen Vernunft- und Nützlichkeitsstandpunkt im Staatsleben von ausschlaggebender Bedeutung ist, dürfte nicht zu leugnen sein. Das wird ja auch theoretisch meistens zugegeben, im konkreten Fall wird aber entgegengesetzt gehandelt.

Von dieser Betrachtungsweise ergibt es sich vollends zwingend, daß nicht Reformation, sondern nur Revolution Deutschland retten kann. Es ergibt sich aber auch, wie oberflächlich die Anschauung ist, die unter Revolution nichts anderes begreifen kann, als gewaltsamen Umsturz der Form. Solche Restaurationsvorstellungen sind wahrhaft reaktionär.

Daß die heutigen Machtmittel nicht ausgereicht haben und nicht ausreichen, um unter Belbehalt des unveränderten oder reformierten Systems den Untergang zu verhindern oder auch nur vorübergehend eine Auswärtsbewegung zu erreichen, haben wir gesehen. Sind im Augenblick die Möglichkeiten gegeben, das System zu beseitigen? Diese Frage ist, sofern nicht ganz unvorhersehbare Umstände eintreten, ohne weiteres zu verneinen. Das bedarf keiner weiteren Begründung. Da es aber die Lebensfrage des deutschen Volkes ist, daß dieses System verschwindet, ist es die vaterländische Pflicht, die politische Aufgabe schlechthin, die Voraussetzungen zu schaffen. Was in 10 Jahren veräuht ist, ist end-

lich im letzten Augenblick nachzuholen, nämlich dem Volk Ziel, Idee, Willen und Weg zu zeigen.

Das erste ist natürlich dem deutschen Volk das Ziel, die Aufgabe zu zeigen und den Feind erkennen zu lehren, gegen den es kämpfen muß. Das ist bisher in völlig unzureichender Weise geschehen. Es genügt eben nicht, auf das System zu schelten und den Wunsch nach Beseitigung zu äußern. Nein, mit dürren Worten muß es bei jeder, aber auch jeder Gelegenheit eingehämmert werden: „Dieses System ist der unfehlbare Untergang des deutschen Volkes. Es gibt daher keine Rettung, keine höhere Pflicht, als seine Beseitigung“. In diesem Kampf liegt das Eigentliche. Das muß allen klar werden. Jede Hoffnung, daß es sonst noch eine Rettung geben könnte, muß mit Stumpf und Stiel aus dem Herzen gerissen werden; denn jede andere Hoffnung lenkt von dem Eigentlichen ab. Wie wenige haben danach gehandelt. Wie wenig fest sitzt daher noch dieser Gedanke. Zum mindesten ist er noch nicht so in das Bewußtsein der nationalen Kreise eingedrungen, daß er das ganze Denken und Handeln beherrscht. Die politischen Parteien haben auf diesem Gebiet schwere Sünden auf sich geladen. Ueber die Beweggründe ist ja schon gesprochen worden. Es kommt die unglückliche Sucht hinzu, für die eigene Partei um jeden Preis Stimmung zu machen, während es auch vom Parteistandpunkt auf die Dauer die richtigere Taktik wäre, die Dinge zu zeigen, wie sie sind, auch die begrenzten Parteimöglichkeiten und neben den Fraktionsaufgaben eine aufs Ganze gerichtete Bewegung zu fördern. Erst mit der Rückkehr zur Wahrheit kann auch das Vertrauen wiederkehren. Es ist eine Irreführung und eine Schädigung der vaterländischen Interessen, zu sagen, daß die Entscheidung doch nur im Parlament fallen könne. Nein, die politische Machtbildung vollzieht sich längst außerhalb des Parlaments. Es ist schädlich, den Wählern in Wahlreden unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken. Es ist schädlich, durch Reformen wesentliche Besserung in Aussicht zu stellen. Es ist unverantwortlich, offen oder versteckt aktive Strömungen außerhalb der Parteien zu diskreditieren. Es ist vollends unverantwortlich, wenn in einer nationalen Partei Führern um deswillen Schwierigkeiten gemacht werden, weil sie den Blick aufs Ganze und auf die Zukunft richten. Fort mit dem System oder wir sind alle verloren! Das muß die Losung des gemeinsamen Kampfes werden, die bis ins abgelegenste Dorf dringen muß! Wohl gemerkt w e r d e n , denn sie ist es noch nicht.

Natürlich muß die Parole begründet werden. Es muß der Nachweis geführt werden, daß und warum dieses System politisch, sittlich und wirtschaftlich den Untergang bedeutet. Das geschieht ja auch schon. Aber auch von der rechten Seite ist die Begrün-

Archiv

ding häufig so flach, so einseitig und nur wirtschaftlich, so aus der Denkweise des heutigen Systems, daß damit die zu bekämpfende Grundercheinung unmöglich erschüttert werden kann und die Kluft der wirtschaftlichen Interessengegensätze unüberbrückbar bleibt. Wenn z. B. der Kampf gegen die überspannte soziale Fürsorge nur mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Folgen geführt wird, so wird es nicht gelingen, sehr viele dadurch Begünstigte zu überzeugen. Der natürliche Egoismus ist überall eine starke Triebfeder des Handelns. Er ist nicht zu überwinden mit Argumenten aus der Anschauungsweise, der er sein Entstehen verdankt, aus der Diesseitigkeit, dem Materialismus, der Vernunft, sondern nur, wenn Begründungen aus der entgegengesetzten Anschauungsweise, der religiösen, von der allein der konservative Staatsgedanke mit allen seinen Folgerungen zu erhärten ist, hinzutreten. Das Gefühl für diese Gesichtspunkte ist in den wenigsten Menschen ganz erloschen. Es kommt aber nur zur Auswirkung, wenn es mit Ernst angerührt wird. Dazu gehört freilich, daß man sich selber in diese Anschauungen eingelebt hat und sie nicht nur zur Schau trägt.

Das Zusammenkommen unter einer gemeinsamen Kampfpapole ist heute wegen der wirtschaftlichen Interessengegensätze stark erschwert. Diese Gegensätze werden von den heuligen Machthabern geschickt gegeneinander ausgespielt, um eine unbequeme Frontbildung zu verhindern. Trotzdem ließe sich eine solche Front bilden. Die Gelddecke ist heute so kurz geworden, daß jede Gruppe zu dem stärksten Kampfe um die Selbsterhaltung und damit gegen nahezu alle anderen Gruppen gezwungen ist. Es ist ein unbilliges Verlangen, von Anderen Einstellung dieses Ringens zu verlangen. Es ist eben dieses System, das zu diesem Kampf Aller gegen Alle zur Selbstzerfleischung zwingt. Es ist aber durchaus nötig und möglich, daß zwei Gruppen diesen Tatbestand anerkennen, also die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Kampfes auch gegeneinander, und sich trotzdem gegen den gemeinsamen Feind verbünden. Wer diese Möglichkeit bestreitet, hat diesen Weg wohl noch nicht ernsthaft versucht. Nur auf Zweckmäßigkeit gestützt, wird das Bündnis freilich keine nachhaltige Wirkung ausüben.

Der Kampf gegen das System wird häufig wenig geschickt, würdig und überzeugend geführt. Oft hat man bei den Angriffen den Eindruck der kleinlichen Schadenfreude, und manchmal wieder wird der Tadel vorgebracht, als ob sich zwei Exzellenzen des alten Systems gegenüberständen. Der Kampf muß so geführt werden, daß jeder merkt, hier handelt es sich um einen Todesfeind und um eine ernste, heilige Sache. Die hämische wie nur korrekte Bürokraten Sprache sind beide unangemessen. Zu gewaltigen Entschei-

dungen gehört auch die Sprache mächtiger und echter Leidenschaft, die sich auf einer edlen Höhe halten kann, die die Murrkorrektheit, die schon in Vorkriegszeiten ein Zeichen formaler Erstarrung war, nie erreicht. Es geht darum, das Bewußtsein durchzuzwingen, daß es sich um eine Gefahr handelt, dringender und größer, als sie je unser Volk bedroht hat, um einen Feind, wie es ihn verderblicher und hassenswerter noch nicht gegeben hat, um einen Kampf für das Heiligste und Höchste, um einen wahrhaft heiligen Krieg, einen Kreuzzug.

Damit ist auch die Frage beantwortet, welcher Einsatz zu verlangen ist. Alles ist einzusehen, was der Mensch sein Eigen nennt, woran er hängt. Oder glaubt irgend jemand, daß ohne solche Einsatzbereitschaft ein so gewaltiger Kampf mit so ungleichem Kräfteverhältnis gewonnen werden könnte? Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben. Die Aufgabe geht an die Grenze menschlicher Leistungsmöglichkeit. Es prüfe sich jeder, ob er diesen Anforderungen genügen kann und wenn nicht, dann wolle er auch nicht mehr Führer sein!

Der Gegner muß genau erkannt und gezeigt werden. Nur dann läßt sich der Kampf mit der notwendigen Planmäßigkeit führen. Auch auf diesem Gebiet ist bisher erstaunlich wenig geschehen. Zunächst gilt es, die Ueberzeugung zum Allgemeingut aller vaterländisch Denkenden zu machen, daß Vaterland und dieses System wie Feuer und Wasser, unvereinbare Gegensätze sind und daher alles, soweit es dieses System stützt, als Feind zu betrachten ist. Da gilt es zunächst nachzuweisen, daß eine ganze Reihe von Vorstellungen, die in Vorrevolutionszeiten richtig waren, niemals auf die heutigen Verhältnisse übertragen werden dürfen.

Es darf keine Unklarheit darüber geduldet werden, daß das heutige System durch Verfassungsbruch entstanden ist und dieser Rechtsmangel niemals durch die Zeit geheilt werden kann, weil durch den Rechtsbruch an Stelle des Bejettigten nichts annähernd Gleichwertiges, nichts Daseinsberechtigtes gesetzt worden ist. Durch Zeitablauf kann Revolutionsrecht nur sanktioniert werden, wenn zu der tatsächlichen Machtbehauptung die historische, die sittliche Legitimation hinzutritt. Dieses System hat aber selber zwingend den Nachweis des Gegenteils geführt.

Das ganze System atmet den Geist der Religionsfeindschaft- und Verfolgung. Folgerichtig und planmäßig wird versucht, dem Volk, insbesondere der Jugend die Religion auszutreiben, die Menschen Gott zu entfremden. Korruption in jeder Form macht sich breit und entfittlicht das Volk. Landesverrat findet Verteidiger, vaterländisches Streben wird unterdrückt. Niemals wird

die historische Legitimation erworben, wenn weder Willen noch Fähigkeit das eigene Volk von fremden Fesseln zu erlösen vorhanden ist und dem Freiheitsdrange des Volkes nicht Unterstützung, sondern Behinderung zuteil wird, wenn vor aller Welt dem eigenen Volk Schimpf angetan wird. Durch Unfähigkeit, Verschwendung und Mangel an gutem Willen wird das Volk auch wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Recht und Gerechtigkeit werden mit Füßen getreten. Verfassungswidrige Gesetze werden verkündet. Beamte dürfen sich ungestraft Gesetzesverletzung auf Gesetzesverletzung zuschuldenkommen lassen. Der gesamte Geist des öffentlichen Lebens atmet Willkür, Parteilichkeit, Ungerechtigkeit. Längst haben wir zweierlei Recht. Was aber das Schlimmste ist, wir haben keine unbeeinflusste und unabhängige Rechtsprechung mehr. „Die Justiz ist zur Witze der Politik geworden“. Die Staatsanwälte werden angewiesen, gegen mißliebige Personen mit allen Mitteln vorzugehen. Wer aber den Machhabern nahe stehende Verbrecher zu überführen versucht, dem droht Disziplinierung. Wer als Richter sich nicht willfährig zeigt, hat auf keine Beförderung, wohl aber auf zermürbende Widerwärtigkeiten zu rechnen. Ja, noch mehr. Wenn die Disziplinarrenate mit Richtern besetzt sind, die nicht nach Recht, sondern nach Parteilichkeit fragen, dann gibt es auch praktisch keine Unabhängigkeit der Richter mehr. In die letztinstanzlichen Gerichte werden Richter gesetzt, die der Denkungsart und Rechtsauffassung der heutigen Machhaber nahe stehen. Der deutsche Richterstand ist rühmenswert unbestechlich. Aber in einem so großen Personenkreis wird es immer soviel minderwertige Persönlichkeiten geben, um die wichtigsten letztinstanzlichen Urteile zu bestimmen. Außerdem steht der richterliche Nachwuchs auch nicht mehr auf der Höhe des alten Richterstandes. Niemand kann bestreiten, daß in der letzten Zeit Urteile gefällt worden sind, die eine Rechtsbeugung darstellen, ohne daß es noch Rechtsmittel dagegen gäbe. Es gibt in Deutschland kein Recht mehr, es gibt keinen Rechtsstaat mehr. Damit hat der Staat selbst sein Daseinsrecht verwirkt und widerlegt.

Das gilt es, jedem Deutschen einzuhämmern, daß das heutige System auch jetzt noch seine Macht usurpiert hat! Darum sind die Gesetze nicht Recht, darum sind die Behörden nicht Obrigkeit, darum haben wir einen rechtlosen Zustand. Das heutige System hat darum keinen religiösen, keinen sittlichen, keinen rechtlichen Anspruch auf Gehorsam und Anerkennung. Wer will eine andere Auffassung behaupten und begründen? Hier liegt ein Konflikt zwischen formalem Gesetz und Recht, zwischen Menschenzucht und göttlichem Gebot vor, so gewaltig, wie er außer im bolschewistischen Rußland beinahe einzigartig in der Geschichte ist. Da-

her darf sich niemand um die klare Entscheidung herumdrücken. Für oder wider.

Es gilt endlich zu begreifen, daß Behörden und Beamte Organe und Stützen dieses Systems sind. Daher muß ihr Einfluß durchaus zurückgedrückt werden. Es gilt gründlich aufzuräumen mit der hemmenden Vorstellung, als ob noch mit den Worten Staat, Gesetz, Behörde, Beamter die alten Begriffe verbunden werden könnten oder auch nur dürften. Bei dieser Aufklärung ist jedoch nicht in demagogischer Art, deren Frucht nur allzuleicht Anarchie ist, vorzugehen, sondern sie ist so zu betreiben, daß jene Werte im Volksbewußtsein wieder ihren hohen Sinn bekommen und ihre Bedeutung richtig begriffen und nicht als Zeichen einer im Formalen erstarrten und unlebendig gewordenen Weltanschauung gedankenlos gebraucht werden, wie es heute noch geschieht.

Man befürchte nicht, daß, sofern nur demokratisches Treiben vermieden wird, das Staats- und Rechtsbewußtsein im Volk hierdurch zerstört wird. Im Gegenteil. Wenn man duldet, daß Achtung Dingen bezogen wird, denen sie nicht zukommt, dann tritt der befürchtete Schaden ein, dann wird Rechts- und Staatsbewußtsein geschwächt, dann gerade wird ein gesicherter Neuanbau des Reiches erschwert.

Daß die geforderte Aufklärungsarbeit oder, richtiger gesagt, Arbeit zur Bildung politischen Willens bisher so wenig und lahm geleistet worden ist, beweist, wie uns politischer Instinkt und Wille abhandengekommen, wie mechanisch und nicht organisch unser tatsächliches Denken war. Sonst hätte man längst im nationalen Lager erkannt, daß man Politik nicht nur im Parteigetriebe, oder als Beamter, oder in Organisationen treiben kann, sondern daß es Zeiten gibt, wo man überwiegend darauf angewiesen ist, anderweilig politische Machtbildung zu erkämpfen und auf die Staatsgestaltung einzuwirken. Freilich stellt dieser andere Weg höhere Anforderungen an Instinkt, Willen, Zielsicherheit, Geschlossenheit der Weltanschauung, Einsatzbereitschaft, Ueberzeugung, Kraft, kurz an Führereigenschaften. Wir verstehen jetzt, warum der nationalen Opposition bisher so geringe Erfolge beschieden waren.

Wer das System erfolgreich bekämpfen will, um dann einen dauerhaften Bau zu errichten, muß die zur Zeit noch nicht in genügendem Maße vorhandene psychologische Bereitschaft schaffen und muß dazu die Notwendigkeit einer inneren Revolution begreifen. Geistlos gewordene tote Begriffe müssen wieder mit Leben erfüllt werden.

Wo ist mit dieser Arbeit zu beginnen? Nun, möglichst überall. Aber die Hauptkraft ist dort einzusetzen, wo die größten Erfolgsaussichten sind, und das ist auf dem Lande, und zwar dort, wo keine Großstädte einen bestimmenden Einfluß ausüben. Auf dem Lande sind die wirtschaftlichen Interessengegensätze am geringsten, die Denkungsart noch am ehesten in der Grundrichtung homogen. Die Landwirtschaft ist der von diesem System am stärksten und am unmittelbarsten bedrohte Volksheil. Damit ist für obige Gedankengänge von Hause aus der günstigste Nährboden gegeben. Es ist auch zu beachten, daß 1 Million zusammenwohnender Menschen eine größere Macht bedeuten und ausüben können als 2 Millionen durch ganz Deutschland verstreut wohnender. Es ist richtig, daß auf dem Lande die Vorbedingungen sehr verschieden sind. Aber es kommt ja auch garnicht darauf an, die Bevölkerung hundertprozentig zu gewinnen.

Bei der Arbeit muß planmäßig vorgegangen werden, indem man gewissermaßen exerziert, mit kleineren Aufgaben anfangend und dann allmählich steigend. Ein besonders wichtiges und geeignetes Gebiet für die Uebertragung in die Praxis — und jede Idee, die sich nicht in die Wirklichkeit umsetzen läßt, ist unbrauchbar — ist die Kommunalpolitik. Alle Organe der Selbstverwaltung lassen sich an Hand von Beispielen in ihre wohlverstandenen vaterländischen Pflichten einführen und darin schulen. J. B. wie man rechtswidrige Einflüsse und Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht unwirksam machen kann. Den Etatsangelegenheiten der Kreise und vor allem der Gemeinden ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wo ernsthaft gearbeitet wird, lassen sich auch positive Erfolge aufweisen, die zu Zielen anspornen und benachbarte Gegenden zur Nachahmung reizen. Den Gemeindevorstehern z. B. ist jede Furcht vor den Behörden gründlich auszutreiben. Es ist zu verhindern, daß Regierungsbeamte, insbesondere Landräte, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit, irgendwelchen Einfluß auf die Bevölkerung bekommen. In den Kreisausschüssen oder Vorständen der Kreisparkassen muß der Wille der gewählten Mitglieder bestimmen, auf die sich das Ansehen des Kreises zu konzentrieren hat, und nicht etwa auf den beamteten Vorsitzenden. Von allen Organen der Selbstverwaltung ist jede vaterländische Bewegung in engster Zusammenarbeit mit Rat und Tat zu unterstützen. Alles dem Vaterland Schädliche ist planmäßig zu unterhöhlen. Auf die Arbeit von Mund zu Mund ist größtes Gewicht zu legen, weil viele und wichtige Dinge sich für öffentliche Vorträge wenig eignen.

Die Pflege des kommunalpolitischen Gebietes hat den Vorteil, daß hierbei Sachkenntnisse erworben werden, daß vermieden wird, daß Strömungen entstehen, die mangels praktischer Betätigung

verpuffen oder auf Torheiten verfallen. Hier können sich auch neue Kräfte betätigen zur notwendigen Ablösung von weniger Kampfgereigneten, so daß sich eine brauchbare politische Führerschaft bildet.

Es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Arbeitsgebiet herausgegriffen worden, allerdings ein wichtiger. Es ist aber bekannt, daß schon eine Reihe von Parolen ausgegeben worden sind, die in derselben Zielrichtung laufen. Sie sind alle nebeneinander, aber nicht nacheinander zu verfolgen, bezw. mit verdoppelter Kraft und größerer Geschlossenheit wieder aufzunehmen unter Vermeidung begangener Fehler, als da sind Rechnen mit zu kurzen Fristen, zu großer Lärm, Mangel der Vor- und Zusammenarbeit, völlig unzureichendem Nachdruck, vorzeitigem Umfallen, unzureichender Führung u. a. m. Stets muß der Gedanke lebendig bleiben, daß die Kleinarbeit die unverzichtbare Grundlage ist, die sich aber einmal in großer Zusammenfassung auswirken soll.

Das Landvolk wird normalerweise in einem nationalen Block den stärksten Bestandteil bilden müssen. Man verkenne nicht, daß der Gedanke der Landvolkbewegung gerade in letzter Zeit starke Verbreitung gefunden hat. Es hat sich nur eigentlich niemand um ihn gekümmert. Darum tritt er verhältnismäßig noch wenig in Erscheinung, aber er liegt in der Luft, und wenn er von allen in Frage kommenden Seiten pflichtgemäß gefördert wird, dann kann er schneller an Bedeutung gewinnen, als gemeinhin angenommen wird.

Die Arbeit in den Städten, namentlich den größeren, wird sich oftmals schwieriger und etwas anders als auf dem Lande gestalten, sich aber mit derselben Schärfe auf das Ziel richten müssen.

Wir müssen uns klar werden, daß wir meistens in ganz unsinnigen Fronten kämpfen, Partei gegen Partei und Organisation gegen Organisation. Wer nicht zur selben Firma gehört, ist Feind. Die Vereinsgewaltigen und der deutliche Vereinsvogel tun das ihrige, daß sich alles ja recht fest zieht. Dabei sieht es in den Gruppen oft recht bunt aus, und die Firmenzugehörigkeit ist oft gar keine innere Notwendigkeit, sondern von allen möglichen Zufälligkeiten, Beruf, Geburt, Bekanntheit oder sonst etwas, abhängig. So wird durch künstliche Schranken vieles Zugehörige getrennt. So gelingt es der Gesamtheit der nationalen Parteien und Organisationen nicht, das Prozenverhältnis wesentlich zu ihren Gunsten zu verschieben, zumal die Jugend sich immer mehr nicht nur Parteien, sondern auch Organisationen gegenüber skeptisch zeigt. Sie hat genug von dieser Vereinsmeierei, der die Vorstellung, das Vaterland könne durch jemand anders als gerade die Organisa-

tion X. gerettet werden, unangenehm ist. Dabei ist es doch ausgeschlossen, daß eine Organisation so stark werden kann, daß sie allein die Lage beherrscht. Das können nicht Organisationen, sondern nur Männer. Sich entwickelndes Leben hat naturgemäß wenig Neigung, sich von vorn herein in feste Formen zu begeben. Unser mechanisches Denken vergißt das immer wieder. Gewiß, ist damit die Gefahr der Disziplinosigkeit und damit auch geringerer Gesamtwirkung gegeben. Je stärker das Leben, desto mehr spottet es allen klug berechneten Methoden, es einzufangen. Das ist nun einmal nicht zu ändern. Es fügt sich aber und folgt, wo ihm lebendige Kraft mit hartem Willen begegnet.

Diesen Umständen muß die Arbeit in Stadt und Land, besonders aber in dieser, Rechnung tragen. Es muß versucht werden, über die erstarrte Front hinauszukommen. Aus dem Stellungskrieg in den Bewegungskrieg, zur Wirkung nicht nur in, sondern auch außerhalb des eigenen Lagers. Es ist auch außerhalb mehr, viel mehr Bereitschaft vorhanden, als man glaubt. In der zähen, planvollen Arbeit von Mensch zu Mensch liegen große Möglichkeiten. Das ist ja das Bedauerliche, daß beinahe niemand sich an andere Firmierte heranmacht. Dabei liegt doch der Gedanke so nahe. Wir wundern uns über die geringen Fortschritte, klammern uns aber nicht ernsthaft um das andere Lager und wissen daher auch garnicht, wie es innerlich in diesen Menschen aussieht.

Das Durchbrechen erstarrter Fronten kann niemals die Absicht bedeuten, sich auf mittlerer Linie zu einigen, sondern vielmehr gerade ohne Kompromiß sollen, unbelastet durch Bindungen und Ressentiments beiderseits, die Voraussetzungen geschaffen werden für die werbende Kraft von Ziel und Idee. Es ist möglich, nachhaltige Bewegung zu schaffen und darin bedeutend voranzukommen, weil die Zeit reif geworden ist. Die befruchtende Rückwirkung auf Parteien und Organisationen kann man ziemlich hoch einschätzen. Hier wird ein Mangel zum Vorteil, nämlich das Bestreben, den Mitgliederbestand aufzubessern. Daraus folgt der Zwang, sich im Wettstreit auf das neue Zukunftskräftige einzustellen. Dabei wird mancher ungeeignete Führer seinen Platz räumen müssen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ein Wort zu Parteien und Organisationen. Zunächst zu den Parteien. Wir sind davon ausgegangen, daß das heutige System unfehlbar den Untergang bedeutet und keine Reformation, sondern nur eine Revolution noch retten kann. Alles, was ihrer Durchführung dient, haben wir als das Eigenliche bezeichnet, im Unterschied zu den Maßnahmen, die bezwecken, daß bis zur Beseitigung des Systems alles angewandt wird, um bis dahin wertvolle Teile des Volkes am Leben

zu erhalten. Wir können sie Zwischenmaßnahmen nennen. Wir haben festgestellt, daß von den Fraktionen der Parteien das Eigentliche nicht geleistet werden kann. Es wäre nun völlig verkehrt, daraus zu folgern, Parteiarbeit und Wählen seien nebensächliche Dinge. Das wäre eine verhängnisvolle Verkennung unserer Situation, die sich sehr bald empfindlich rächen würde. Vorläufig werden nun einmal die Gesetze im Parlament beschlossen. Durch die Böswilligkeit und Mißwirtschaft ist die wirtschaftliche Not weiter Volksschichten so groß, daß eine weitere Verschlechterung der Gesetze den sofortigen Zusammenbruch herbeiführen kann, und das ist ja die Absicht der Linksparteien. Glückt sie, dann kann dadurch die Rettung des Vaterlandes unmöglich gemacht werden, weil für den entscheidenden Augenblick keine geeigneten Kräfte mehr vorhanden sind. Wer ernstgenommen werden will, kann das doch garnicht bestreiten. So droht der Landwirtschaft und weiten Kreisen des Mittelstandes unmittelbar die wirtschaftliche Vernichtung. Im Parlament stehen die Dinge dauernd auf Messers Schneide. Der durch die Vielheit der Parteien mit ihren sich überschneidenden Meinungen notwendig werdende Kuhhandel mit ständig wechselnden Regierungsmehrheiten ist zeitraubend, verhindert jede konsequente Politik und gibt den nationalen Kräften doch immer wieder Gelegenheit, die Pläne der Gegner etwas aufzuhalten und zu durchkreuzen. Sinkt aber die zahlenmäßige Stärke der nationalen Parteien weiter, dann ist diese Möglichkeit nicht mehr gegeben, und dann nimmt das Verhängnis seinen Lauf. Die Gefahr ist so groß, daß wir es uns nicht leisten können, auf irgend eine Waffe, und sei es die bescheidenste, zu verzichten.

Wenn also die Fraktionen diejenigen, die die Revolution durchzuführen helfen sollen, vor völliger Vernichtung bewahren, dann helfen sie dadurch indirekt dem Eigentlichen. Sie können es auch direkt durch geschickte Opposition und Obstruktion, durch Mitarbeit an der Diskreditierung des Systems und ähnliches.

Für den Wert einer Fraktion ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß sie sich bewußt bleibt, daß im Eigentlichen die höchste vaterländische Pflichterfüllung liegt und daß die Zwischenmaßnahmen dieses Eigentliche nicht schädigen dürfen. Die Entscheidung im Einzelfalle ist freilich nicht immer ganz einfach.

Nach dieser Richtung ist geradezu unverantwortlich gesündigt worden. Das Tollste auf diesem Gebiet ist vielleicht der Ausspruch eines deutschnationalen Abgeordneten, der bei Beratung des Hochverratsparagrafen für strenge Strafen eintrat mit der Begründung, die Deutschnationalen würden den nachrevolutionären Staat ebenso schützen, wie den Staat vor 1918!

Ein krasserer Beispiel für formale Erstarrung läßt sich kaum denken. Also diejenigen, die immer verkündet haben, sie seien Gegner des heutigen Staates, wollen aktiv mithelfen, damit ausgerechnet das, was bis auf den Grund verändert werden muß, befestigt wird. Weil der Staat im allgemeinen berufen ist, höchstes nationales Gut zu sein und darum geschützt werden muß, soll also auch der Staat geschützt werden, der seine Aufgabe nicht nur nicht erfüllt, sondern sie sogar soweit vernachlässigt, daß mit seinem Fortbestand der Untergang des Volkes verbunden ist!

Es ist wirklich nicht verwunderlich, daß alle diejenigen, denen es mit der Bekämpfung des Systems Ernst ist, eine Partei, die so etwas duldet, in Scharen verlassen haben. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten war gar zu groß. Durch die bewiesene Halbheit und Ziellosigkeit fühlten sich die Wähler getäuscht. Das starke Hervortreten des Flügels, der um jeden Preis in die Regierung drängte und das Eigentliche nicht verstand, oder trotz schöner Worte lässlich ablehnte, bedrohte die Partei, wenn die Entwicklung keine Hemmung erfahren hätte, mit Auflösung und hat reale Machtbildung verhindert.

Es ist sehr lehrreich, zu beobachten, wie sich der Kurswechsel der deutschnationalen Partei ausgewirkt hat. Eine Stimme aus dem Zentrum, die Rede des Abgeordneten Kaas und eine aus der Volkspartei, ein Aufsatz des Chefredakteurs Klein der D. N. J. geben Aufschluß. Beide sehen die Deutschnationalen als koalitions- und regierungsunfähig an und halten eine Kursänderung für notwendig, weil — und das ist des Pudels Kern — die Mittelparteien durch die gegenwärtige Haltung der deutschnationalen Partei ihre Bewegungsfreiheit verloren hätte, d. h. daß sie in die Gefolgschaft der Sozialdemokratie gedrängt würden. Wenn also die Deutschnationalen sich durch solche Angriffe, denn so müssen die Lockungen und Drohungen verstanden werden, nicht beirren lassen, dann zwingen sie die Mittelparteien zu einer Entscheidung, entweder immer tiefer in die Hörigkeit der Sozialdemokratie zu versinken, oder diese Verbindung zu lösen und die Vertreibung der Sozialdemokraten aus der Macht in Reich und Preußen zu dulden. Die Möglichkeit des nach rechts und links Schaukelkönnens war ja das Verhängnis der letzten Jahre, der Vorteil der Sozialdemokratie, deren Bekämpfung dadurch unmöglich wurde.

Die bisher getriebene Politik der Mitte ist die stärkste Stütze des heutigen Systems. Es ist ein Verdienst des neuen Kurses der deutschnationalen Volkspartei, diese Schaukelpolitik zu verhindern. Nur auf diesem Wege ist es möglich, auch die Mittelparteien zu einer Entmachtung der Sozialdemokratie zu zwingen, da sie auf die Dauer nicht in deren Schlepptau bleiben können, ohne sich selbst aufzugeben.

Es ist kurzfristig oder unehrlich, für eine den Mittelparteien genehme Kursänderung der Deutschnationalen zu wirken mit der Vorpiegelung, daß damit die Herrschaft der Sozialdemokratie gebrochen werden könnte. Das ist gerade der sicherste Weg, ihren Einfluß, vorübergehend vielleicht etwas abgeschwächt und gefarnt, zu erhalten. Vielmehr ist nur auf dem umgekehrten Weg die Möglichkeit gegeben, einen möglichst weit nach rechts weisenden Kurs zu erzwingen. Daß keine utopischen Forderungen zu stellen sind, ist klar.

Es ist eine Annäherung und Unwahrhaftigkeit, Rechtsparteien deshalb für regierungsunfähig zu erklären, weil sie sich weigern, eine Politik, die uns an den Rand des Abgrundes geführt hat, bis in den Sturz in den Abgrund hinein mitzumachen. Regierungsfähig ist nicht gleichbedeutend mit tatsächlichem Verzicht auf entschlossenen Kampf gegen das verderbliche System, ist nicht gleichbedeutend mit grundsätzlichem Ausweichen nach der Seite des geringsten Widerstandes und feigem Zurückweichen vor jeder ernsthaften Entscheidung, die dadurch erst recht und unter viel ungünstigeren Umständen unvermeidbar wird. Das Bismarckische Wort, daß es noch stets die Girondisten gewesen sind, die den Staatswagen an den Rand des Abgrundes geschoben haben, hat sich bei uns wieder erschreckend bewahrheitet.

Es wird ein Prüfstein der Rechtsparteien sein, z. B. auch der christlich-nationalen Bauernpartei, ob sie gewillt sind, die Schankelpolitik zu verhindern. Daß eine Ablösung der Mittelparteien von der Linken auch nicht mehr bedeuten würde, als eine allerdings dringend erwünschte Verlangsamung des Abwärtsgleitens, ist eingangs schon ausgeführt worden. Der dringend notwendige Kampf gegen die Sozialdemokratie ist als einzige Parole letzten Endes doch nur eine negative Haltung, wie ja überhaupt die Mittelparteien zu positiver Staatspolitik ganz besonders wenig veranlagt sind. Sie stellen ja gerade das Reaktionärste und einer geistigen Erneuerung Unzugänglichste dar, was es in Deutschland gibt. Das Parlament ist eben zu einer Beseitigung des Systems und zu einem positiven Neubau aus sich heraus unfähig, auch wenn es zu einer sogenannten Diktatur der Mitte käme, die ja nichts anderes als eine neue Verankerung des Systems wäre.

Außer der Fraktionsarbeit haben die Parteien aber noch eine bislang sträflich vernachlässigte Aufgabe zu erfüllen, nämlich außerdem noch Bewegung zu sein und damit direkt das Eigentliche zu betreiben.

Die Nationalsozialisten verdanken ihren Zuwachs ausschließlich der Bewegung, denn von der Fraktionsfähigkeit ist wenig zu berichten. Sie haben es zu einer gewissen Machtbildung gebracht.

Ob bei weiterem Anwachsen die Einheit gewahrt bleibt, ist eine andere Frage, denn es sind in der Partei ja außerordentlich verschiedene Elemente und Strömungen vereint. Demgemäß wird die Bewegung sehr verschieden aufgefaßt. Es genügt nicht, daß eine Bewegung zu Demonstrationen und tapferen körperlichen Auseinandersetzungen mit politisch Andersdenkenden angefaßt wird. Es fehlt bisher noch die notwendige Inangriffnahme praktischer Aufgaben. Das ablehnende Verhalten der Partei der Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung gegenüber war nicht richtig. Der Nationalsozialismus muß den Beweis staatspolitischen Könnens noch erbringen. Die Bezeichnung als Arbeiterpartei in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, die Klassengegensätze zu überwinden, ist nicht glücklich gewählt. Mit Hinsicht auf die Zukunftsaussichten einen Vergleich mit dem Faschismus aufzustellen, geht nicht gut an. Außer vielen andern Unterschieden konnte Mussolini eine bewaffnete Truppe bilden; das deutsche Volk aber ist entwaffnet. Im übrigen hat nicht der Faschismus den Umschwung in Italien gebracht, sondern ein Staatsmann, der neben dem Willen auch die politischen Fähigkeiten zur Führung hatte.

Ein abschließendes Urteil über die junge nationalsozialistische Bewegung wäre verfrüht. Ihre Bedeutung für die Zukunft hängt wesentlich davon ab, ob sie planmäßiger und realpolitischer als bisher der Kampf gegen dieses System führen kann. Sie muß auch erkennen, daß diesem System nichts erwünschter ist, als wenn die Kommunisten und die entschlossenen Nationalen sich gegenseitig zerfleischen. Es wird mehr Macht gebildet und dem System mehr geschadet, wenn Organe der Selbstverwaltung, die zu den heutigen Verhältnissen nicht die richtige Einstellung gewinnen können, z. B. ein Gemeindevorsteher, nachdrücklicher belehrt werden, als wenn ein Haufen Kommunisten verprügelt wird. Die dabei bewiesene Einsatzbereitschaft muß freilich hoch eingeschätzt werden.

Die deutschnationale Partei verdankt ihren Niedergang dem bis zur Kursänderung völligen Mangel an nationalrevolutionärem Willen. Der linke Flügel, der eine verschwindende Minderheit der Wähler vertritt, aber in der Reichstagsfraktion eine außerordentlich große, schwerlich genau zu schätzende Anzahl von Abgeordneten hat, ist die vornehmlichste Ursache der Massenflucht, besonders der Jugend und ist mitverantwortlich für den Wirrwarr und die Zersplitterung im nationalen Lager.

Die Zukunft der Partei und ihre vaterländische Bedeutung hängt davon ab, ob es gelingt, eine antiparlamentarische nationalrevolutionäre Parole nicht nur auszugeben, sondern auch allen Widerständen zum Trotz zu verwirklichen. Hierzu ungeeignete Unterführer werden dem vereinten Druck von oben und unten

weichen müssen. Eine sehr erhebliche geistige und seelische Umstellung, also innere Revolution, ist unumgänglich. Ohne planmäßige Sammlung tatkräftiger Elemente in Einzelarbeit von Mund zu Mund wird ein Aufschwung schwerlich gelingen. Das Fundament wird unten gelegt. Das haben wir scheinbar immer noch nicht begriffen. Praktische Aufgaben sind zu stellen, von denen weiter oben die Rede gewesen ist. Der Partei käme hierbei zugute, daß sie über eine große Anzahl von Männern mit Sachkenntnis verfügt.

Wenn die Partei nicht versucht, die Landvolkbewegung überall im Reiche mit Rat und Tat zu unterstützen, wobei sie allerdings auch taktische Fehler zu vermeiden helfen muß, wird ihren Bemühungen auf dem Lande wenig Erfolg beschieden sein. Der neue Kurs muß zwangsläufig auf den geschilderten Weg führen. Schlägt der Versuch fehl, ist der Zusammenbruch der Partei nicht aufzuhalten. Gelingt er, dann ist nicht nur eine zahlenmäßige Zunahme zu erwarten, sondern auch das, worauf es ankommt, wirkliche Machtbildung gegen das System.

Der christlich-nationalen Bauernpartei kann nur insoweit Bedeutung zukommen, als sie die nationalrevolutionäre Bewegung vornehmlich auf dem Lande fördert. Stellt sie aber den Wählern wesentliche Vorteile durch ihre parlamentarische Arbeit in Aussicht, dann macht sie sich einer Täuschung schuldig, lenkt sie Blicke und Arbeit vom Eigenlichen ab und schädigt die vaterländischen, ganz besonders die landwirtschaftlichen Interessen. Dann wird wieder kostbare Zeit verloren, bis die Wähler die Irreführung merken.

Zusammenfassend kann man sagen, daß den Parteien zur Durchführung des Eigenlichen große Aufgaben zufallen, wenn auch durch ihre Parlamentstätigkeit, die trotzdem nicht für unwesentlich gehalten werden darf, das Eigenliche, die notwendige völlige Aenderung der Verhältnisse nicht geleistet werden kann. Voraussetzung ist, daß sie den Unterschied zwischen dem Eigenlichen und den Zwischenmaßnahmen erkennen und diese Erkenntnis mit ganzer Kraft im Volk verbreiten, damit alle Energie sich auf das Eigenliche konzentriert.

Die Partei, die abweichend von dem bisher geübten Brauch am wenigsten Parteiehrgeiz zeigt, hat die besten Aussichten. Das Volk ist dieser hohlen Selbstanpreisung satt, glaubt ihr nicht mehr und sucht nach Echem. Auf die Dauer wird sich eine Bewegung ohne positives Können als genau so untauglich erweisen, wie die leblose parlamentarische Einstellung. Sicher ist das Eine, daß die Partei, die bewußt oder unbewußt die Blicke vom Eigenlichen ablenkt, ein Schädling ist.

Der Zwang zum Wettstreit in positiven Leistungen, was Machtbeschaffung gegen das heutige System anbetrifft, kommt dem Vaterland zugute. Die Partei, die sich an diesem Wettstreit nicht beteiligt, wird ihre Wähler verlieren. Das verhindert keine fleißige Organisationsarbeit, kein Wirtschaftsprogramm, keine Mahnung zur Sammlung und keine Warnung vor Zersplitterung.

Mit Politik befaßt sich direkt oder indirekt eine unübersehbare Zahl von Organisationen. Ihre Bedeutung bemißt sich nach dem Grade von Willen und Fähigkeit, das Eigentliche vorwärtszutreiben, also nach ihrer revolutionären Befähigung, wobei nicht zu vergessen ist, daß in diesem Sinne das Wort revolutionär auch eine starke seelische Bedeutung hat.

Wenn man sich alle diese Organisationen betrachtet, so kommt man zu der bedauerlichen Feststellung, daß die Mehrzahl der sogenannten nationalen oder vaterländischen Vereine von Politik — darunter ist Politik im eigentlichen Sinne und nicht Parteipolitik zu verstehen — keine Ahnung hat und überhaupt nicht weiß, worauf es ankommt, sondern sich in Vereinsmeierei, Vergnügungen, allgemeinen vaterländischen Phrasen und unbestimmter Begeisterung ergeht. Diese Vereine sind größtenteils nicht nur wertlos, sondern im höchsten Grade dem Vaterlande schädlich.

Zunächst gebrauchen sie Geld. In der vaterländisch eingestellten Bevölkerung Deutschlands ist das ein rarere Artikel und die wenigen Groschen, die für allgemeine Belange zur Verfügung stehen, müssen dort, wo sie am wirkungsvollsten sind, verwendet werden. Wieviele dringende vaterländische Arbeiten können nicht oder nicht nachdrücklich genug wegen Geldmangel in Angriff genommen werden, weil von allen Seiten Beiträge erhoben und sinnlos verplempert werden. Von Beiträgen zu andern Vereinen aller Art, mit weniger ernsten Zielen soll garnicht gesprochen werden. Daß diese Beiträge zu sparen sind in einer Zeit, wo wir doch nicht alles aufrecht erhalten können, dürfte selbstverständlich sein. Aber gerade an solchen Vereinen hängen die Mitglieder oft mit erstaunlicher Fähigkeit. Ein Zeichen, wie wenig wir noch den Ernst unserer Lage begriffen haben.

Das schädlichste Moment der oben erwähnten Organisationen liegt aber auf anderem Gebiet. Auch sie lenken den Blick vom Wesentlichen ab, verhindern die Erkenntnis, wie schwer unsere Aufgabe ist und fördern leichteren Optimismus und Hoffungslosigkeit, die es den Menschen immer wieder ermöglicht, sich um eine Entscheidung herumzudrücken und die Augen vor der grauenhaften Wirklichkeit zu schließen. In den Sitzungen und Veranstaltungen strömen ungezählte brave Männer und Frauen und

lassen die Stimme des Gewissens, die gelegentlich mahnt, daß das Vaterland höhere Anforderungen an den Einzelnen stellt, als Versammlungs- und Sitzungsbesuch und schwungvolle Reden, wieder einfließen. Kostbare Zeit wird vergeudet und der unerstreuliche Typ ohne Tiefe ohne edle Leidenschaft am Leben erhalten, der, unfähig zu inneren Eroberungen, schon vor dem Kriege der vaterländischen Sache so geschadet hat und doppelt schädlich wirkt in einer Zeit, die sich vielfach noch unbewußt nach Ganzem und Echem sehnt. Man verlasse diese Einschläferungsinstitute, unbekümmert um das Erlaunen gutgläubiger Vereinsleiter. Vielleicht gehen ihnen dadurch die Augen auf.

Für alle Organisationen gilt, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten klar zum Ausdruck zu bringen haben, daß sie Mittel zum Zweck sind und die Idee, das große Ganze, nicht sie selber, Gegenstand der Begeisterung sein muß. Dahingehende Neußerungen wirken nicht sehr überzeugend, wenn andere Organisationen, die das gleiche Ziel haben, bekämpft werden. Die Zusammenarbeit läßt überhaupt noch viel zu wünschen übrig. Die meisten Organisationen haben das Eigentliche noch nicht scharf genug erkannt, oder tappen bezüglich des Weges noch im Dunkeln. Die systematische Zusammenarbeit gerade unten und das Ansehen der Mitglieder an bestimmte Aufgaben ist noch bedenklich mangelhaft.

Es ist wirklich nicht so wichtig, welche Organisation eine Aufgabe löst, wenn sie nur gelöst wird. Die Verhandlungen von Organisationsvertreter zu Organisationsvertreter sind nicht immer glücklich, die Verhandlung von Gleichgesinnten zu Gleichgesinnten führt meist weiter. Das Bestreben, mit möglichst großen Mitgliederzahlen aufzuwarten, führt zur Selbsttäuschung. Ungleich wichtiger ist, die Mitglieder zu veranlassen, in planmäßiger Einzelarbeit Aufzinstehende für die eigenen Ueberzeugungen und Ziele wirklich zu gewinnen, gleichgültig, ob sie als Mitglieder beitreten oder nicht, und die Gewonnenen zu gleichem Handeln anzuspornen, so daß der Kreis der Gleichgesinnten in zäher, stiller, stets auf das Ganze gerichteten Arbeit sich ständig erweitert. Das beste Material in unserm Volk gibt es zu sammeln zu einem Willen, zu einem Ziel.

Nur droht allen wirklich daseinsberechtigten Organisationen die Gefahr der Auflösung und des Verbots. Die Auflösung wird dann verfügt werden, wenn es offenbar wird, daß sich eine ernsthafte vaterländische Macht bildet. Ob dies in einwandfrei-gesellschaftlichen Bahnen geschieht, ist belanglos. In dem Kampf auf Tod und Leben zwischen dem deutschen Vaterland und diesem System ist Rücksicht irgendwelcher Art nicht zu erwarten. Daran ändern ent-rüstete Deklamationen und Proteste garnichts. Es gibt eben in Deutschland niemand, der das Recht schließt. Neuestensfalls würde

durch ein Notgesetz das Recht gebeugt werden. Die Organisationen werden sich rechtzeitig darauf einstellen müssen, und dafür sorgen, daß die Arbeit nicht ins Stocken gerät. Nichtorganisationsmäßig abgestempelte Betätigung ist niemals zu entbehren, gewinnt heutzutage aber erst recht an Bedeutung.

Zweifellos müssen Arbeitsgebiete und Methoden bei den einzelnen Organisationen verschieden sein. Man denke z. B. an Wehrverbände und wirtschaftspolitische Verbände. Während jene ihre Tätigkeit fast ausschließlich auf das Eigentliche richten müssen, haben diese es auch mit Zwischenmaßnahmen zu tun. Von ihnen gilt sinngemäß das von den Parteien Gesagte. Auch sie haben neben dem Versuch, auf die Gesetzgebung einzuwirken, die Verpflichtung, die gegen das System gerichteten Bewegungen zu fördern.

Die Klarheit hierüber ist wenig verbreitet, und zwar bei den Organisationen von Industrie, Handel und Handwerk noch weniger als bei der Landwirtschaft. Es sind allerdings die Interessen innerhalb der erstgenannten Wirtschaftsgruppen sehr verschieden. Dieser Umstand allein kann aber die Erscheinung nicht erklären. Die Konkurse, die Fusionierungen, die Aufsaugung der kleineren Betriebe durch größere sollte doch, wenn auch die Dinge in den einzelnen Branchen verschieden liegen, die Augen dafür öffnen, daß die Vernichtung der kleineren und mittleren Unternehmungen unter der Herrschaft des heutigen Systems eine zwangsläufige und unaufhaltsame Entwicklung ist. Man sollte meinen, daß der gemeinsame Feind erkannt und das Eigentliche als die einzige Rettungsmöglichkeit betrachtet würde.

Das Hindernis liegt u. a. auch in der geistigen Haltung, die die Abhängigkeit der Wirtschafts- von der Gesamtpolitik nicht erkennt und von dem Wahn nicht loskommt, daß mit Zweckmäßigkeitserstellungen eine so tiefgehende feindselige Zerrissenheit, wie wir sie in Deutschland haben, überwunden werden könnte. Dazu kommt die Furcht vor Erschütterungen, das Bestreben, jede Entscheidung zu verschieben, Ressentiment und die mangelnde Fähigkeit, Imponderabilien als reale Kraft einzuschätzen. So kommt es zu der Halbheit, die nur noch versucht, möglichst langsam alles zu verlieren.

Der Aufruf zur geschlossenen antimarxistischen Front zwecks Bekämpfung der Sozialdemokratie als Allheilmittel zeugt von flachem Denken, trifft nicht den Kern, weil er nicht das Uebel an der Wurzel faßt. Der gemeinsame Feind des deutschen Volkes ist und bleibt das System, nicht nur als Form, sondern auch als geistige Haltung.

Es hat bisher an ernsthaften Versuchen gefehlt, die Wirtschaft auf diesen Gesichtspunkt und die sich daraus ergebende Linie einzustellen. Diese Mühe würde sich lohnen. Es ergäbe sich der Zwang zur planvollen Zusammenarbeit aller Wirtschaftsgruppen gegen den gemeinsamen Feind. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auf diesem Wege durch zielstrebige Maßnahmen das Eigentliche wesentlich gefördert werden kann. Man wird sich freilich bewußt bleiben müssen, daß die Interessen weitbin als unterschiedlich empfunden werden. Aus Selbsterhaltungstrieb wird eine Gegenseitigkeit bleiben. Selbsterhaltungsgründe zwingen aber anderseits, sich trotzdem nicht im Kampf gegen den gemeinsamen Feind auseinanderreiben zu lassen, von allgemeinen vaterländischen Erwägungen ganz zu schweigen. Hier liegt noch ein weites unbeackertes Feld.

In der politischen Betätigung im nationalen Lager kann man zwei Richtungen unterscheiden, die sich trotz allerhand Mischformen merkwürdig wenig berühren. Wir können sie der Kürze halber die aktivistische und die wirtschaftliche nennen. Jene ist vornehmlich auf das Eigentliche, diese auf Zwischenmaßnahmen gerichtet. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellen wollte, daß nur auf diesem Wege, also durch parlamentarische Arbeit, Gesetze, Anträge, Denkschriften, Deputationen, Besprechungen mit Ministern, Abgeordneten ujm. eine Besserung zu erwarten wäre, so bleibt es trotzdem unverständlich, wie wenig die wirtschaftliche Richtung versucht, sich durch die aktivistische unterstützen zu lassen. Man begegnet dort nicht nur einem höchstens theoretischen Interesse oder Gleichgültigkeit, sondern auch direkter Ablehnung. Und doch liegt es auf der Hand, daß ein hinter einen Gesetzesantrag oder etwas ähnliches gesetzter aktivistischer Druck, besonders in der heutigen Zeit ein ausgezeichnetes Hilfsmittel ist. Ein geschickter Außenminister — Menschen, die es außerhalb Deutschlands überall gibt — pflegt sich doch auch radikalerer Strömungen für seine Zwecke zu bedienen. Das sagt doch der primitivste politische Instinkt. !!

Wir können uns scheinbar immer noch nicht von den Vorstellungen der kaiserlichen Zeit freimachen, wo sich die Angst vor der Straße zwar auch schon bemerkbar machte, die Männer der Regierung aber doch das allgemeine Wohl im Auge hatten und nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden. Die damaligen Regierungsparteien hatten auch nicht den Willen, einen verhassten Volksfeind zu vernichten. Die wirtschaftliche Richtung hat also auch von ihrem Standpunkt aus alle Veranlassung, die begangenen Unterlassungssünden zu vermeiden und die aktivistische Richtung auf alle Weise zu fördern, damit sie sich von ihr unterstützen lassen kann.

Heute entscheidet nur die Macht und die Furcht vor gegnerischer Machtbildung. Wer das nicht eingesehen hat oder seine Methoden nicht darauf einrichtet, ist politisch wirklich nicht mehr ernst zu nehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die heutigen Machthaber von ihrem Standpunkt aus über die vernünftigsten Gesetzesanträge und Darlegungen von Notständen hohulächelnd zur Tagesordnung übergehen. Der Parlamentsmehrheit sind sie im allgemeinen sicher, und auf Anwendung anderer Mittel verzichtet die Rechte ja oder kommt garnicht auf den Gedanken. Ist es da ein Wunder, daß das nationale Lager garnicht ernstgenommen wird? Nur um keine zu große Empörung auskommen zu lassen, werden gelegentlich einige belanglose Beruhigungsbrocken hingeworfen und unwahre Versprechungen gemacht.

Wie z. B. die Landwirtschaft behandelt worden ist, ist ein sehr lehrreicher Fall. Ihre Notlage, die im Osten verzwiefelt ist, wird im allgemeinen anerkannt. Seit längerer Zeit sind Parlament und Regierung in scheinbar fleberhafter Tätigkeit und Begeisterung, die Not zu lindern, seitdem im Frühjahr 1928 den Landwirten anfang die Galle überzugehen.

Damals war eine Rechtsregierung am Ruder, von der ein Teil ehrlich und sachverständig der Landwirtschaft helfen wollte. Die Parteien in ihrer Mehrheit welleiserten in Hilfsbereitschaft. Der Reichspräsident wurde in Bewegung gesetzt. Alles schien im besten Fluß zu sein. Die gesamte Konstellation war ungewöhnlich günstig. Da wurde der Landwirtschaft von der Mehrzahl ihrer Führer gut zugeredet, es würde schon werden, was möglich sei, geschähe. Sie brauche sich nicht weiter zu beunruhigen. Und das Ende der großen Gesetzgebungsaktion: parturial montes nascetur ridiculus mus.

Gewiß, einiges wurde erreicht. Aber nichts Wesentliches. Dafür mußten nicht unerhebliche Konzessionen gemacht werden. Das Wenige, was erreicht worden ist, verdankt die Landwirtschaft nur der Söhrung unter der Landbevölkerung, die die Dinge in Fluß gebracht und Parteien und Behörden unter Druck gesetzt hat.

Die Bewegung war überall spontan aufgeflammt und hätte zu erheblicher Macht ausgestaltet werden können. Von einer Führung war aber in den meisten Landesteilen und im Reichslandbund gar keine Rede. Es grenzt geradezu an das Unfassbare, daß in dem Augenblick, wo die Dinge in Berlin etwas ins Rollen kamen, von Landwirtschaftsführern, statt schürend, beruhigend eingewirkt wurde, unter Hinweis auf ein gutes Programm. Als die Behörden und Parteien merkten, daß der Gegner vor der Schlacht seine Truppen nach Hause geschickt hatte, bekamen sie

natürlich Oberwasser. Der Schreck faß ihnen aber noch so in den Gliedern, daß sie sich einige Brocken abringen ließen. Auch eine verhältnismäßig rechts eingestellte Regierung hat also auch völlig Unzureichendes, und zwar auch das nur lediglich dank eines aktivistischen Druckes, erreicht, sich gegen die Parlamentsmehrheit aber nicht durchsetzen und eine Verschleppung der brennenden Fragen nicht verhindern können.

Glücklicher hatte inzwischen die aktivistische Bewegung völlig unabhängig von den Berliner Verhandlungen gearbeitet und nicht unerhebliche Vorteile, namentlich auf steuerlichem Gebiet, zu verzeichnen, woraus man aber noch nichts gelernt hat.

Die Folgezeit brachte trotz befriedigender Ernte eine weitere Verschärfung der Krisis. Im Jahre 1929 gelang es daraufhin, die gesamte Landwirtschaft auf ein Agrarprogramm zu einigen. Ein sicher sehr beachtlicher Fortschritt. Es war aber von vornherein klar, daß er fast ohne Wirkung bleiben würde, weil nichts geschah, um dem Programm durch aktivistische Unterstützung Stosskraft zu verleihen. Im Gegenteil. Es wurde wieder der unverzeihliche Fehler begangen, Hoffnungen auf gesetzgeberische Erfolge zu machen und dadurch wieder einmal Blinde und Arbeit vom Eigentlichen abzulenken. Der auf diese Weise unvermeidliche katastrophale Mißerfolg ließ nicht auf sich warten. Einige belanglose Brocken, im übrigen aber ein ruinöser Preissturz auf dem Getreidemarkt und ein verhängnisvoller polnischer Handelsvertrag in Aussicht, das ist das Endergebnis.

Jetzt muß doch jeder eingesehen haben, wie man Politik nicht treiben soll. Wie Macht bestimmt nicht gewonnen wird und wie auch der Wirtschaft nicht geholfen werden kann. Trotzdem sind einige „Politiker“ wieder am Werk, neuen Schaden anzustiften und neue Hoffnung, zum hundertsten Male, auf das Parlament zu richten. Neue Parteigruppierungen, eine andere Regierungskonstellation, eine Diktatur der Mitte, das heißt eine Wiederbelebung des sterbenden Systems, soll die große Rettung sein. Es ist schrecklich, wieviel Irrenhäuser für politische Narren in dieser geldarmen Zeit gebaut werden müßten.

Die Aufgabe ist klar. Die wirtschaftliche Richtung hat mit der aktivistischen zusammenzuarbeiten und sie auf alle Weise zu fördern, sonst wird sie nie etwas erreichen. Andererseits hat auch die aktivistische Richtung zweckdienliche Zwischenmaßnahmen nach Kräften zu unterstützen und darf sie nicht, wie es leider manchmal geschieht, als nutzlos unbeachtet lassen. Das eine soll man tun und das andere nicht lassen.

Beide Richtungen werden verschiedene Gebiete und Methoden behalten, aus der Zusammenarbeit aber erwächst dem deutschen Volke Segen und beiden Richtungen eine Ergänzung. Der wirtschaftlichen Richtung fehlt es im allgemeinen an Willen, Kraft, Glauben, innerer Umstellung, politischem Instinkt, der aktivistischen an Sachkenntnis, Klarheit und Gestaltungsfähigkeit.

Das Bild beginnt sich zu runden. Lage, Ziel, Feind, Weg und Methoden treten schärfer hervor. Nicht Neugründungen, nicht Zerschlagung, sondern klare Entscheidung und Zusammenarbeit ist die Aufgabe. Wie soll denn etwas erreicht werden, wenn, wie bisher, verschiedene Ziele angestrebt werden, oder ohne jedes Ziel, bloß um irgend etwas zu tun, gearbeitet wird. Als gemeinsames Ziel muß von allen die völlige geistige und formale Beseitigung des Systems, also Revolution im eingangs dargelegten Sinne, erkannt und angestrebt werden. Dabei ergibt sich das Merkwürdige, daß die dabei anzuwendenden Methoden auch von denen, die an eine Reformationsmöglichkeit glauben, zur Erreichung ihrer Zwecke gutgeheißen und gefördert werden müssen. Persönlicher, Partei- oder Organisationshegels haben hierbei freilich keinen Platz.

Wir müssen noch einen Blick auf die Lage in Deutschland und auf die wahrscheinliche oder mögliche Entwicklung werfen.

Daß ein gewaltsamer Umsturz von rechts her, wie die Dinge heute liegen, nicht möglich ist, und darum nicht in Frage kommt, weiß jeder Mensch. Aber der heutige Staat wird in absehbarer Zeit an sich selbst zugrundegehen.

Seit langer Zeit heißt es schon, so könnten die Dinge nicht mehr weitergehen. Eine Katastrophe sei unvermeidlich. Immer wieder ist die Krisis vorübergegangen. Das System, dessen überzeugte Anhänger im Volk in der großen Minderheit sind und das zuverlässige Stützen nur in der Mitte und in der Reichswehr hat, konnte sich immer wieder behaupten, weil die Mitte mit ihrer so bequemen aber verderblichen Mentalität zwischen rechts und links balancieren konnte. Das alles kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß auf allen Gebieten die Entwicklung in sich beschleunigendem Tempo bergab geht. Einmal kommt also ganz bestimmt der Augenblick, wo es so wirklich nicht mehr weitergeht, und es hat den Anschein, als ob dieser Augenblick nicht allzu fern läge. Aber Gewissenlosigkeit einerseits und Halbheit und Entschiedenheit im bürgerlichen Lager andererseits werden ihn vielleicht noch eine ganze Weile hinausschieben, um ihn dann desto schrecklicher zu gestalten. Das Ausfaugen der Wirtschaft hat einmal ein Ende. Und wenn die Gelder für Sozialausgaben, Gehälter

und Renten nicht mehr aufzubringen sind, dann verschwindet der heutige Staat auf ungesetzlichem Wege, und zwar aller Voraussicht nach durch eine zweite kommunistische Revolution. Hier ist das Wort im üblichen Sprachstille zu verstehen. Wenn von realer politischer Macht gesprochen ist, so ist darunter das zu begreifen, was sich in einem solchen Bürgerkrieg behaupten und durchsetzen kann.

Wir haben wie Narren gehandelt, daß wir für diesen Fall nichts vorbereitet und keine auch nur im bescheidensten Maße zulängliche Macht gebildet haben. Jeden Augenblick kann die Katastrophe hereinbrechen. Eine zweite Revolution wird blutig, denn in ihr wird um die endgültige Entscheidung gekämpft. Auch der politisch instinkloseste Mäkel müßte einsehen, wie entscheidend es ist, daß der vaterländische Volksstil planmäßig für den unvermeidbaren ausgezwungenen Revolutionskampf geschult wird und daß dies die Aufgabe schlechthin ist. Nur wer selber Macht hat, wird sich behaupten und Deutschlands Zukunft bestimmen können. Auch wer die zweite Revolution nicht für wahrscheinlich hält, wird die geschilderte Aufgabe anerkennen müssen. Denn die Möglichkeit kann niemand bestreiten.

Sollte das System von links her in Gefahr gebracht und die vaterländischen Volkskreise um Hilfeleistung angegangen werden, so versteht es sich von selbst, daß diese Hilfe nur dann geleistet werden darf, wenn die politische Macht einwandfrei vaterländischen Männern, also Feinden des Systems, die seine Wiederkehr verhindern, übertragen wird. Ohne diese Gewähr wäre jede Hilfeleistung, die diesem System zu neuem Leben verhilft, Landesverrat. Wir führen einen heiligen Krieg für unseres Volkes und Vaterlandes Zukunft. Vergessen wir es nicht!

Ueber die einzunehmende Haltung bestimmen natürlich ausschließlich vaterländische Führer und nicht eine Behörde irgendwelcher Art. Es ist wichtig, daß dies dem Volk eingehämmert wird, bis es überall festliegt. Es wäre Verbrechen und Torheit, in das Lager des Todfeindes des Vaterlandes überzulaufen und ihm beizuspringen in dem Augenblick, wo ein dritter ihn überfällt.

Es sind natürlich auch noch andere Möglichkeiten denkbar, wie der heutige Staat auf ungesetzliche Weise beseitigt werden und wie die Notwendigkeit vaterländischer Abwehr gegeben sein kann. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, daß ein sozialdemokratischer Funktionär die Macht usurpiert. Wer würde das Gesetz schützen, wenn damit ein erheblicher Kampf verbunden wäre und ein neuer Machthaber die Gehälter garantierte. Wenn der Staat das Gesetz bricht oder brechen läßt, ist auch der Untertan vom Gesetz frei.

Die Möglichkeit, daß die nationale Revolution in dem ein- gangs erläuterten Sinne auf gesetzlichem Wege durchdringt, kann nie ganz ausgeschlossen werden. Aus der jüngsten Zeit kennen wir zwei Beispiele: die Erfolge der Sozialdemokratie in Deutsch- land bis zum 8. November 1918 und die Heimwehrbewegung in Oesterreich.

Die Sozialdemokratie hat in Deutschland in jahrzehntelangem Kampf den Staat planmäßig im Rahmen der Gesetze unterhöhlt. Daß einzelne Menschen das Gesetz übertreten haben, ändert nichts daran. Ohne in der Regierung zu sein, ohne Parlamentsmehr- heit, ohne wichtige Beamtenstellen, ohne Mehrheit im Volk, die Mittläufer eingerechnet, wuchs ständig ihre Macht und ihr Ein- fluß auf den Staat. Ganz zum Schluß, als sie die Gewißheit sich durchzusetzen hatte, trat sie in die Regierung ein. In wenig Wochen bis zum 8. November war die Revolution formell und geistig nahezu durchgeführt. Was der Sozialdemokratie zum Er- folge verhalf, war nicht ihre parlamentarische Stärke und ganz gewiß nicht die politische Fähigkeit ihrer Minister, sondern der revolutionäre Wille, der hinter ihr stand. Die Krisis Deutschlands kam ihr zur Hilfe. Aber laumeln wir nicht auch jetzt von Krisis zu Krisis? Außerdem war der alte Staat ungleich befestigter als der heutige.

Auch die Heimwehrbewegung in Oesterreich hat ähnliche Er- folge aufzuweisen. Dort liegt allerdings vorläufig wenigstens noch keine so grundsätzliche Revolutionierung vor. Die Tatsache der Bewaffnung ist auch nicht zu übersehen.

Es sei noch verwiesen auf den erfolgreichen Kampf der Iren und auf die Erfolge der Flamen. Einer wirklich zielklaren und unbeirrten Bewegung kommt in der Regel doch einmal ein Augenblick der Schwäche ihres Feindes zur Hilfe.

Der Erfolg einer revolutionären Bewegung läßt sich niemals vorausberechnen. Er ist wesentlich eine Frage des Glaubens und Willens, gepaart mit sicherem Instinkt für Nachfragen. Die Gegner unterliegen häufig einer kaum vorstellbaren Willensläh- mung, vor allem Strondisten, wenn ihnen jede Möglichkeit, einer Entscheidung auszuweichen, genommen ist. Es kann eine zahlen- mäßig sehr schwache Minderheit genügen, wenn sie geschickt und rücksichtslos entschlossen geführt wird. Der Versuch, die Basis auf Kosten der Unbedingtheit zu verbreitern, wird sogar in der Regel ein grober Fehler sein.

Der mehrfach gebrauchte Begriff „Bewegung“ bedarf noch einiger Bemerkungen. Eine politische Bewegung, die mehr als

nur niederreißen und Unruhe schaffen soll, darf nicht alle Dinge nur unter dem Gesichtswinkel eines Teilproblems oder einer Volksklasse sehen. Eine solche Bewegung hätte mit Staatspolitik natürlich nichts zu tun und wäre eine Aeußerung des Geistes, der gerade überwunden werden muß und im Grunde nichts anderes als Marxismus ist, auch wenn er einen nationalen Einschlag hat. Von welchem Klassenstandpunkt dabei ausgegangen wird, ist gleichgültig; z. B. ist der reine Unternehmerstandpunkt, der für alles nur eine wirtschaftliche Begründung kennt, auch Marxismus, nur mit umgekehrtem Vorzeichen.

Insruchtbar wird auch die Bewegung bleiben, die kein Gefühl für Tradition kennt. Die Notwendigkeit gegen Reaktions- und Restaurationsvorstellungen anzugehen, läßt leicht über das Ziel hinausschießen. Ist die feste geschichtliche Verbindung erst verloren gegangen, dann fällt die Bewegung eben Führern in die Hand, die wohl über Begeisterung, Entschlossenheit und guten Willen verfügen können, aber schließlich doch nur Demagogen ohne politisches Können sind. Damit ist die größte Gefahr einer politischen Bewegung gegeben, daß nämlich ihre Anhänger die Reizung zeigen, eine Lösung zu suchen, indem sie sich dem stärksten Widerstande und der größeren Zahl anpassen.

Bisher sind wir in Deutschland außer einigen Ansätzen noch nicht über das Stadium des guten Willens von Amateuren hinausgekommen. Und doch kann sich niemand dem Gefühl entziehen, daß die Zeit sehr schnell reif geworden und Bereitschaft zu Neuem und Echtem überall vorhanden ist. Aber noch ist das Stadium des politischen Freiberuertums noch nicht ganz überwunden, in dem, wie einmal gesagt worden ist, jeder die Angst hat, daß ihm ein anderer seine Revolution stehlen könne. Noch fehlt die Erkenntnis, daß zwar mit rasender Energie und Schnelligkeit gehandelt, der erste Schritt aber vor dem zweiten gelan werden muß. Noch fehlt die schöpferisch gestaltende Kraft, die nötig ist, um nicht nur ein bestehendes System zu beseitigen, sondern auch positiv ein neues dauerhaftes an seine Stelle zu setzen. Die innere Revolution ist auch im nationalen Lager noch in ihren Anfängen, wenn auch in verheißungsvollem und unaushaltfamen Vordringen.

Die hier als der einzige Rettungsweg für unser Volk geforderte Revolution ist tatsächlich etwas ganz anderes und viel mehr als das, was normalerweise unter dem Wort verstanden wird. Wir müssen uns wirklich freimachen von einer ganzen Reihe von Vorstellungen und Begriffen, die uns seit Jahrzehnten in Fleisch und Blut übergegangen sind und uns erst wieder eine geschlossene Weltanschauung erzingen, aus der wir tatsächlich leben und werten.

Es gilt zunächst, sich zu lösen von der Erstarrung im Formalismus, mechanischer Staatsauffassung, leblosem Bürokratismus. Wir haben bereits gesprochen von jener Narkotikheit, die sich schon in einer Sprache äußert, die das unzulängliche Idealbild kraftloser Epigonen widerspiegelt. Mechanische Staatsauffassung und Bürokratismus sind Zwillingbrüder, dem lebensvollen konservativen Empfinden ein Greuel. Gesetze, Verfügungen, Akten und Organisation umschreiben ihre Vorstellungswelt. Damit glauben sie alles regeln zu können. Das Leben, das sich von diesen Dingen so garnicht meistern läßt, sondern nur von starken, selber noch lebendigen Menschen, ist ihnen ein höchst verdrießlicher Gegenstand. Die Sache, der sie gewissenhaft dienen, lösen sie daher aus jeder lebendigen Beziehung. Zur Hauptsache wird ihnen, daß der Verwaltungsapparat und alles Drum und Dran funktioniert. Wenn die Einwohner unter der finanziellen Last zusammenbrechen, so ist es natürlich bedauerlich, aber nicht zu ändern — der Apparat muß doch funktionieren. In stumpfsinniger Routine, die Staat und Selbstverwaltung nur als mechanisch zu regierenden Apparat sieht, erlöten sie jedes Staatsgefühl.

Alle hohen Werte werden zu etwas Lehrbarem herabgezogen. Was ist z. B. aus dem Begriffe der Pflicht geworden? Einstmals die bedingungslose Unterwerfung unter das Sittengesetz und Handeln nach dem Gewissen, heute eine sehr jubalferne Angelegenheit, nämlich die sorgsame Ausführung erhaltener Weisungen. In diesem Sinne kann Pflichterfüllung höchste Pflichtverletzung bedeuten. Einst erfüllte ein General seine Pflicht, als er Friedrich Wilhelm I. schroff in den Weg trat, erfüllte ein Seydlitz seine Pflicht, als er in der Schlacht dem Befehl des Königs den Gehorsam verweigerte, um den Sieg zu retten, erfüllte ein York seine Pflicht, als er ohne Weisung zum Feinde überging. Heute wird der entehrende Befehl, die volksverderbende Politik ausgeführt, — alles unter der Marke Pflicht. Dieser Einstellung ist natürlich Staat gleich Staat, ob es sich um den alten oder den neuen handelt. Solche Menschen fühlen sich an der auch von ihnen ersehnten Errettung des Vaterlandes durch eine polizeiliche Verfügung eines Amtsvorstehers gehindert. Hier liegen die Wurzeln der Prätorianergefinnung, die den jeweiligen Machthabern bedingungslos zur Verfügung steht. Einer erstarrten Zeit stehen eben keine eigenen Urteilskräfte mehr aus tiefster Verwurzelung zu. Darum müssen sie sich ängstlich an Form und Norm klammern, weil sie sonst jeden Fall verlieren.

Aus toter Norm kann keine heilige Ueberzeugung erwachsen, nur noch Ansicht. Für Ansichten lohnt es sich aber weder zu leben, noch zu sterben. Ansichten wandeln sich, wenn sich Schwierigkeiten ergeben. Wer nur noch Ansichten hat, kennt nur Ver-

nunft und Zweckmäßigkeitserwägung. Er kompromittiert und verhandelt, er verhandelt alles, schließlich auch die Nation. Ein solches Geschlecht ist zur Verteidigung verurteilt und verliert Stellung auf Stellung. Weil ohne Leben und Kraft, kann es nicht mehr überzeugen und erobern. Sind nicht alle diese Merkmale im nationalen Lager noch zu finden? Was hilft es daher, wenn dieser Art die Macht im Staat zufällt. Der Staat ist kein Mechanismus. Nur der Staat kann sich in einer so schwierigen Lage, wie der untrigen, durchziehen und hat Dauer, der von lebendigen Kräften getragen wird, die ihm kraftlos erstarrte Menschen nicht einhauchen können.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß wir unsere gesamte politische Arbeitsmethode gründlich umstellen und unser Wesen bis auf die Wurzeln und gerade dort ändern müssen. Frei müssen wir werden von den Einbrüchen der Welt, die uns zu Grunde richtet und den ganzen stilklichen und politischen Ideenkomplex, von dem einst in unserm Volk schöpferische Kraft ausgegangen ist, der uns jetzt aber als tote Form, Kritik und Auflehnung herausfordernd anhängt, zu neuem Leben erwecken. Die herrschende Geistesrichtung verlangt, daß wir gerade dies über Bord werfen — Grund genug, um uns wieder bewußt zu werden, daß gerade hier, wenn Halbtotes wieder lebendig wird, die Kraft liegt, vor der sich unsere Feinde mit Recht fürchten.

Kraftvolles Leben strömt den Menschen zu, wenn sie wieder in letzten Dingen wurzeln. Dann wird das Unreife, Fremde und Tote abgestoßen, und es entsteht eine geschlossene Weltanschauung. Dadurch wird das Leben wieder trotz aller Konflikte zu einem harmonischen, sinnvollen Ganzen. Alle hohen Begriffe füllen sich wieder mit verbender Kraft. Dann gibt es auch wieder Ueberzeugungen und Heldentum.

Die Politik ist nicht eine Sache der Zweckmäßigkeit, sondern eine Sache der Religion, wie jede menschliche Betätigung. Wer das bestreitet, dessen Religion ist nicht einen Schuß Pulver wert und seine Politik auch nicht viel mehr. Will jemand Friedrich den Großen als Gegenbeweis anführen, dann verwechselt er entweder Religion mit Dogmengläubigkeit, oder er weiß nichts von Friedrich dem Großen. In diesem Sinne aufgefaßt, wird Politik wieder zu einer heroischen Angelegenheit, wo Glaube und Idee als die realsten Mächte der Geschichte wieder erkannt und betätigt werden, weil der Glaube den leidenschaftlichen, vollen Einsatz fordert und eine Grenze des Opfernüßens nicht kennt. Dann ist die Sorge um Stellung, Gehalt, Familie, Vermögen, persönliche Freiheit oder sonst etwas keine Entschuldigung mehr für Unterföhung oder Duldung einer verwerflichen Politik. Unsere Zeit glaubt nur an das, was sich berechnen läßt, weil sie selber

ohne Glauben und Heldentum ist. Es bricht aber eine neue stärkere Zeit an. Die nationale Revolution muß eine religiös-konservative sein. Aus festem Gottesglauben soll sie die Kraft schöpfen, bis an die Grenze des Menschenmöglichen zu kämpfen und zu opfern, in jähem, hartem rücksichtslosem Willen, mit nüchternem Tatsachensinn.

Wahrscheinlich stehen uns noch entsetzliche Zeiten bevor, möglicherweise grauenhafter, als wir es uns vorstellen können. Nichts darf uns abhalten von dem Entscheidungskampf. Wir müssen ihn gewinnen, sonst ist unser Vaterland, ist unser Volk verloren. Wir müssen ihn führen, Gott will es!

Es ist des deutschen Volkes heiliger Kampf.

In der Schriftenreihe des

Nahen Ostens

(Herausgeber Hans Schwarz)

erschienen außerdem

Die Ukraine unter Fremdherrschaft

(herausgegeben von der Pressestelle ukrainischer Nationalisten)

0,80 RM.

Harald Laeuen

Östliche Agrarrevolution und Bauernpolitik

1,80 RM.

Der Nabe Osten

im III. Jahrgang herausgegeben von

Admiral von Trotha / B. von Wedel-Fürstensee / Hans Schwarz

Urteile der Presse:

Im Naben Osten treffen sich die Fragen der ostelbischen Landschaft von Ostpreußen und Danzig bis Schlesien und Sudetendeutschland

„**Berliner Börsenzeitung**“

Sollte von weiteren Kreisen der politischen Rechten gelesen werden.

„**Neue Preussische Kreuz-Zeitung**“

Einzigartig in der nationalen Publizistik — konsequenteste Kritik Stressemanns.

„**Der Tag**“

Positive Einstellung zu einer Orientierung der deutschen Politik.

„**Deutsche Tageszeitung**“

Kampfblatt preussischer Revolution und gesamtdeutscher Bestimmung.

„**Stahlhelm-Zeitung**“

(Braunschweig.)

Beste Sachkenner der Ostens zu Mitarbeitern, überdeutsche Bedeutung, die alle Völker des Ostens angeht.

„**Die Westfront**“

Aus der Enge konservativ-reaktionärer Gesesshaltung zu einem revolutionären Konservatismus.

„**Der Weg**“

(Halbmonatschrift für das deutsche Volk in den Sudeten- und Karpathenländern.)

Inmitten einer Zeit, die Staat und Wirtschaft gleichstellte, eine der sehr wenigen im bürgerlichen Lager, die in der Politik die Wirksamkeit großer Ideen aufzeigt.

„**Akademischer Beobachter**“

(Kampfblatt des nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes.)

Erscheint halbmonatlich.

Einzelnummer

0,40 RM.

Vierteljahresbezug

2,- RM.

Zu beziehen durch

„**Der Nabe Osten**“

Berlin W 30

Moß-Straße 22

u. alle Buchhandlungen

Artikel über Ewald v. Kleist

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aus Svenska Dagbladet vom 6.10.54

Ein Deutscher Widerstandskämpfer.
Otto Järte.

Eines Tages im August 1939 bekam ich von einem Freunde von der schwedischen Legation in Berlin eine vertrauliche Mitteilung, daß ein deutscher Privatmann, auf dessen Integrität ich mich unbedingt verlassen könnte, in kurzer Zeit nach Stockholm kommen würde, wobei er mich besuchen wollte. Am 26. August, d.h. 3 Tage nach dem sensationellen Taas-Bericht von dem abgeschlossenen Nicht-Angriffs- und Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Deutschland, wurde ich auf der Redaktion des Svenska Dagbladet von Ewald von Kleist, Gutsbesitzer aus Schmenzin, Hinterpommern, ein Mann von etwa 50 Jahren, mit scharf markierten Gesichtszügen und forschenden ernstesten Augen, aufgesucht. Er redete und bewegte sich mit der einfachen Würde eines Aristokraten.

Auf meine Frage, ob er der berühmten Familie von Kleist angehöre, die zu ihren Mitgliedern einen der größten Namen der deutschen Literatur, Heinrich v. Kleist, Verfasser von solchen Meisterwerken wie die ergreifende Novelle Michael Kohlhaas und das glänzende Schauspiel Der Prinz von Domburg, welches erst nach Napoleon I. Sturz in Deutschland gedruckt und aufgeführt werden konnte, rechnete, bestätigte er dies. Um seine Einstellung zu den Verhältnissen im heutigen Deutschland richtig beurteilen zu können, mußte ich wissen, daß das Kleist-Geschlecht seit dem 12. Jahrhundert in Pommern seinen Sitz gehabt habe, und daß später viele aus jeder Generation stets als Offiziere bei den Kurfürsten von Brandenburg und den Königen von Preußen gedient hätten, wobei mehrere von ihnen zu höchstem Rang emporgestiegen wären. Sie sehen also, sagte er, daß ich ein ostelbischer Rittergutsbesitzer urpreussischen Ursprungs vom Scheitel bis zur Sohle bin. Doch will ich aber betonen, daß ich in erster Linie, mehr als auf die Auszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg wert auf das Vertrauen lege, das ich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Landwirtschaft in meiner Heimat, die mich als unparteilichen Mittler und Vorsitzenden in ihren Lohnverhandlungen aufgefordert haben, genieße.

Mehr wünschte K.v.K. jetzt nicht über seine Person und seine Angelegenheit in Stockholm zu äußern. Er erwähnte zwar nicht, daß Abhörapparate in mein Zimmer einmontiert seien, aber bevorzugte doch ein mehr diskretes Zusammensein. Ich schlug ihm vor, bei mir zu Hause Abendbrot zu essen, für das Schweigen meiner Frau konnte ich bürgen, ebenso für Gustav Strindberg, welchen er als zweiten Gast acceptierte. Es wurde ein langer und intensiver Abend. Unser Gast erzählte, daß das Oberkommando der damaligen Reichswehr, Hitler die Junimassaker 1934 und besonders die von Himmler und Göring befohlenen Morde durch SS-Professoren an den Generälen v. Schleicher und v. Bredow, die ihnen allein durch ihre wohlbekanntete Abneigung gegen die Tyrannen mißfällig geworden waren, nicht verzeihen könnte. Bei einer späteren Sitzung der Generalität hatte Hitler für dieses Verbrechen Abbitte getan, doch wurde seine Mentalität durch den Terror und die Konzentrationslager gegen die Juden und alle verdächtigen Deutschen immer mehr entblößt. Ernst Röhm und seine braune SA waren aus der Welt geschafft, aber an deren Stelle hatte die Reichswehr Himmlers schwarze SS-Formationen auf den Hals bekommen, doch mit dem Unterschied, daß Himmler, gewarnt durch das Schicksal der SA, es nicht wagte, die SS zu einer Nationalarmee anwachsen zu lassen. Seine geheime Staatspolizei, Gestapo genannt, mußte sich auch damit abfinden, vor den Pforten zu Kasernen und allen anderen militärischen Anlagen halt zu machen. Hitlers Prestige stieg indessen ununterbrochen durch die Abstimmung der Saarbevölkerung im Jahre 1935 für Wiederanschluss an Deutschland, den Einzug in die demilitarisierte Rheinzone im März 1936 und die Annektierung Österreichs zwei Jahre später. Da die Generale wußten, daß die Schlagkraft der deutschen Armee noch nicht vollendet war, hatten sie von den letztgenannten Aktionen abgeraten, doch spekulierte Hitler klügelhaft auf den Defaitismus der französischen und englischen Demopartien --- und triumphierte.

Eine stark markierte Wendung setzte im November 1937 ein, als Hitler, dem sogenannten Hoßbachprotokoll nach, bei einer geschlossenen Konferenz mit der Generalität ohne Umschweife bekannt gab, daß er unter allen Umständen Krieg wünsche, um sein großdeutsches außenpolitisches Programm aus dem Kampf zu verwirklichen. Vor solcher Perspektive zogen sich mehrere Generale zurück.

Sie wollten wieder eine starke Armee haben, um Deutschlands Frieden zu schützen, aber von dem Kriege hatten genug. Jetzt zeigte sich Hitler nicht nur als der bluttriefende Despot, sondern auch als ein gewissen- und verantwortungsloser Despot, im Stande Volk und Land ins Verderben zu stürzen. Von diesem Zeitpunkt an, meinte E.v.K., daß eine organisierte Widerstandsbewegung in der Armee und der Marine zu wachsen begann, die als persönlichen Mittelpunkt, einen der begabtesten Männer der Wehrmacht bekam, den menschlich hochstehenden und fein gebildeten Generaloberst Beck. Er ging im folgenden Jahr als Chef des Generalstabs ab, da er nicht das Werkzeug für Hitlers Kriegslust sein wollte. Doch das Amt konnte nicht als blockiert erklärt werden, während Becks Autorität im Offizierkorps und besonders bei den Verschworenen unverändert blieb. Diese wußten, daß sie Gleichgesinnte unter den Bürgern und Sozialdemokraten hatten, mit welchen auch vorsichtige Querverbindungen organisiert wurden. Durch seine tiefe Religiosität war E.v.K. am nächsten mit dem sogenannten Kreisauer Kreis mit Helmut Graf Moltke im Mittelpunkt befreundet. Die Zivilisten hatten doch nicht die selbe Freiheit wie das Militär, welches sich gegen die Polizeimacht in dem von Hitler vergewaltigten Deutschland das selbe Asylrecht verschafft hatte wie die fremden Diplomaten durch ihre Exterritorialität. Mit der immer sehr amorphischen Masse des Volkes war es unmöglich, beständige und fruchtbringende Verbindungen zu bekommen, denn sie waren alle überwacht und bespitzelt von Blockwarten und ganzen Heerscharen der Gestapo und ihren gut bezahlten Denunzianten. Eine organisierte Opposition mußte zu von einander unabhängigen und meistens einander unbekanntem lokalen Gruppen eingeschränkt werden, für deren Mitglieder das Vertrauen eine Frage von Leben und Tod war. Hier konnten nur die Offiziere mit einander korrespondieren und ein Aktionsprogramm zusammenstellen, für dessen Verwirklichung sie die Verantwortung übernahmen.

Nach E.v.K. sah man im Winter 1938 die österreichische Krise kommen, aber ihre Aktualisierung würde nicht als eine Gefahr für den Frieden beurteilt. Mit saueren Mienen würden die Westmächte diese neue bittere Pille schlucken, aber auch Mussolini, der die Rolle des Beschützers der halbfaschistischen Dollfuß- und Schuschanigg-Republik spielen wollte, würde sich still verhalten. Die Prognose schlug ein. In Großbritannien reagierten Außenminister Eden und sein parlamentarischer Staatssekretär im Foreign Office, Lord Cranborne, jetzt Marquis of Salisbury, indem sie aus Protest gegen Neville Chamberlains Passivität aus seinem Ministerrat austraten. Aber als Hitler im Frühjahr desselben Jahres die Riverleitung der Sudetendeutschen in das Mutterland als sein nächstes Ziel proklamierte, was einen Überfall auf die Tschechoslowakei voraussetzen würde, wobei es kaum zu vermeiden wäre, daß die Westmächte zu positiveren Regenschlägen als nur Papierprotesten übergehen würden, betrachteten Beck und Chamberlain die Kriegsgefahr für so groß, daß es höchste Zeit war, einen Gegenstoß zu machen. Mit dem Plan in der Tasche, bekamen E.v.K. und noch eine zweite Person den Auftrag, sich nach England zu begeben, um Chamberlains größten Gegner, Winston Churchill mit der Situation bekannt zu machen. Unbemerkt trafen sie sich auf Churchills Landgut Chartwell in Kent, wozu auch Lord Lloyd of Dolobran gerufen wurde, damals Churchill am nächsten stehend, der, ein großer Verlust für die konservative Partei später bei einem Flugzeugunglück starb. Sie hörten mit einem Gemisch von Staunen und Hoffnung die Berichte der deutschen Sachwalter an und waren eifrig um eingehendere Informationen bemüht. Als Churchill meinte, daß die Sowjetunion vielleicht doch nicht tolerieren würde, daß Hitler auch die Tschechoslowakei schluckte---Bismarck hat ja einmal gesagt, daß, wer die böhmische Nation beherrscht, der beherrscht Europas Kontinent---antwortete E.v.K.: "Sahen Sie nicht so sicher. Vergessen Sie nicht das englische Sprichwort: Birds of a feather flock together!"

Auf unsere Frage über die nähere Bedeutung dieser Pläne und inwiefern die ganze deutsche Armee und nicht nur einzelne Formationen marschieren sollten, war E.v.K. nicht geneigt, Details preiszugeben. Das Projekt war jetzt endgültig abgeschlossen und konnte nicht wieder erweckt werden. Er deutete nur an, daß an dem Tage, an dem Hitler den Befehl zur Offensive gegen die Tschechoslowakei unterschrieben hätte, ein Panzerverband unter General v. Sittler in Berlin eingesetzt wäre, um sich Hitlers und seiner ganzen Korymben zu bemächtigen, wonach die genau durcdachten politischen Konsequenzen

durchgeführt werden sollten. Die Armee war gegen die braune Pest immun und die Truppen wären ohne Zweifel dem Befehl gefolgt. Die Reichswehr hatte besonderen Wert darauf gelegt, ein erstklassiges Unteroffizierkorps auszubilden, das die Soldaten ganz in der Hand hatte. Bemarques Himmelsstoß war eine Karikatur der Wirklichkeit gewesen. Die Disziplin in der Neuen Armee war hart und der Geist "saugrob aber anständig", wie es hieß. Für viele Deutsche wurde die Wehrmacht eine Freistätte vor dem Polizeistaat, der immer tiefer in das Privatleben des Bürgers eindrang.

"Indessen--Hitlers Zusammentreffen mit Chamberlain in Godesberg und die Münchener Konferenz 1938 durchstrichen unsere Berechnungen und eine günstige Gelegenheit, Deutschland und damit Europa vor dem Höllegeist Hitlers zu retten, ging verloren", sagte E.v.K. mit leiser Stimme und versank für einige Minuten in bittere Erinnerungen.--"Mich persönlich gränzte es sehr", fuhr er fort, "als das Erlebnis damals im März 1938 während der letzten grossen Offensive an der Westfront, die ich als junger Stabsoffizier bei einer Division mitmachte: Der Sturm auf Abbeville an der Somme, wo ein Riegel zwischen die britischen und französischen Armeen geschoben werden sollte und unsere Verbände sich vor physischer Erschöpfung nicht mehr vorwärts schleppen konnten.--Der unerhörte Erfolg Hitlers war für viele Bingezeichnete so ein Schock, daß eine Widerstandsbewegung mit dem gleichen Zusammenschluß und den weitaus sichereren Erfolgsaussichten erst wieder entstehen konnte, wenn Kriegsgefahr drohte. Das Geschehen durch Hitlers Betrug gegen das Münchener Abkommen da durch den Einmarsch in Prag am 15. März 1939, der endlich dem verblendeten Chamberlain die Augen öffnete. Nach seinem Garantiepakt mit Polen kurz danach, nicht wissend wie die Haltung der Sowjets sein würde und aus Angst vor einem Zweifrontenkrieg, würde Hitler einen Überfall auf Polen nicht riskieren, um Danzig und den Korridor zu erzwingen. Doch als im Hochsommer zuverlässige Nachrichten einliefen, daß die Verhandlungen zwischen den Westmächten-Diplomaten und dem Krenl scheiterten, und besonders nach dem Moltow-Ribbentrop-Fakt am 23. August war die Situation, nach E.v.K. und seinen Freunden, mit einem Mal verändert worden. Die Sowjetunion würde Polen nicht zu Hilfe kommen und in Berlin wußte man, daß Hitler ungeduldig auf die Justifizierung des oben genannten "pactum turpe" wartend, sofort den Tag des Angriffs gegen Polen festlegen würde. Mit durch frühere Erfahrung berechtigter Geringschätzung für Westmächte rechnete Hitler damit, daß diese, erschrocken durch den Frontwechsel von 180 Grad der Sowjetunion, Polen aufgeben würden wie im Jahr vorher die Tschechoslowakei. Polen würde nach Benessas Beispiel wahrscheinlich ohne Schwertstreich vor den deutschen Forderungen kapitulieren. Hitler hatte natürlich nichts dagegen, noch einmal durch eine gewandte Hockade auf dem Schachbrett der Diplomatie Figuren mit anscheinend geschützten Positionen durcheinander zu bringen. Auf den damaligen Ministerpräsidenten Daladier wie auch auf Chamberlain konnte man sich nicht verlassen. Die Parole des Sozialisten Marcel Deat: "Berum für Danzig sterben?" war unter den vielen französischen Defaitisten populär geworden. Jetzt wie vor einem Jahr hing die weitere Gestaltung des Verlaufs von Chamberlain ab.

Die nächsten Tage sollten unerhört bedeutungsvoll und nervenprüfend werden. E.v.K. äußerte, daß er sich nach Stockholm begeben hätte, um sich schnellere und zuverlässigere Informationen verschaffen zu können, über das, was im Ausland geschehen sollte. Doch verschwieg er die speziellen Quellen die ihm hier dienen konnten. Die Angabe, daß Chamberlains Regierung, nicht wie Hitler spekuliert hätte, nach dem Moskauer Vertrag das Spiel um Polen aufgab, sondern statt dessen sofort Warschau eine Militärallianz anbot und damit vereinbarte, daß Daladier das Feld räumte, meinte E.v.K., sei ein lebendiges Zeichen.

Am Vormittag hatte er auch noch zu wissen bekommen, daß Mussolini und Ciano sehr negativ gegen den Moskauer Pakt seien und die plötzlich aufgetauchte Kriegsgefahr, die nicht zu den Voraussetzungen des am 1. Mai unterschriebenen "Stalpakts" gehörte. Außerdem war Italien nicht genügend aufgerüstet, um einen Krieg zu riskieren. Dieses, vermutete E.v.K., sei die Ursache, daß noch nichts von Berlin berichtet worden war, daß bereits Feindseligkeiten gegen Polen eingeleitet worden waren. Er war andererseits überzeugt, daß Hitler diese günstige Kriegskonjunktur nicht ungenützt verüberehen lassen würde.

Keiner von uns wußte damals, was später aus den deutschen Archiven hervorging, daß Hitler tatsächlich den 25. August für seinen Angriff auf Polen festgesetzt hatte,

#

aber daß, wie E. v. K. richtig schätzte, Chamberlains Initiative mit der Militärallianz und Roms Zurückhaltung Hitler schwankend machten. Er gab Gegenbefehl an die Armeeleitung, welche nur mit größten Schwierigkeiten eine so komplizierte Maschinerie, wie den Aufmarsch einer Millionenarmee, bremsen konnte. Die Generale wurden wütend und fühlten sich an einen Dilettanten ausgeliefert, der willkürlich von einer Stunde zur anderen, so außerordentliche, schicksals-schwere, weitgehende Direktiven änderte. Diese Kritik an Hilers Fähigkeit als höchster Kriegsherr wurde zu einer Art von Freimaurerei unter den Generalen und ihren Stäben, während die Frontverbände nicht von solchen Zweifeln ergriffen sein sollen gewesen, am wenigsten die Feldformation der SS.

Bevor E. v. K. aufbrach, sagte er, daß er am nächsten Tage, an einem Sonntag, in die deutsche Kirche gehen wollte, um dort sein Gebet um Befreiung Deutschlands von dem Höllegeist, der Schande über die Nation gebracht hat und sie jetzt völlig zu vernichten drohe, zu verrichten. Seine Person erschien uns erfüllt von dem Pathos für das Recht, das Michael Kolhaas unsterblich gemacht hat. Seine letzten Worte waren: "Wenn ich nun mein Glas hebe zum Dank für diesen Abend, und die flammenden Strophen aus dem Prinzen von Homburg zitiere, so wissen Sie, welchen Feind ich meine. Sie lauten:

"In ~~den~~ Staub mit allen Feinden Brandenburgs!"

Papen

- 109 -

und durchaus überzeugt, diese Aufgabe bewältigen zu können. Dr. Dingeldey, Vorsitzender der DVP, verspricht die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts durch seine Gruppe; alsdann führen die beiden Vorsitzenden des STAHLHELMS, die Herren Seldte und Duesterberg, aus, auch sie wünschten mit ihrer Organisation die neue Regierung zu unterstützen.

Der STAHLHELM war immer ein wesentlich konservativer Faktor unseres politischen Innenlebens gewesen. Niemals hatte er sich durch tumultuöse oder gar terroristische Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen degradiert und weiten Abstand von anderen uniformierten Organisationen, wie der SA, dem REICHSBANNER oder ROT-FRONT, gehalten. Die gesinnungsmäßige Unterstützung dieser bewährten Organisation würde eine weitere Sicherung gegenüber der NSDAP sein. Wir kamen überein, dieser Unterstützung sichtbaren Ausdruck zu verleihen, indem Herr Seldte das Reichsarbeitsministerium übernehme. Eine der wesentlichsten Leistungen des STAHLHELMS und seines Führers war die soziale Betreuung der Mitglieder gewesen. Diese Besetzung des Ressorts war deshalb auch qualitativ berechtigt.

Unter dem Strom der Besucher dieses Tages fand sich auch eine Anzahl meiner konservativen Freunde, die mich beschworen, unter keinen Umständen ein Hitler-Kabinett zu bilden. Ich konnte ihnen nur immer erneut auseinandersetzen, daß es verfassungsmäßig keinen anderen Ausweg gäbe. Die Parteien, insbesondere die SPD, hätten die letzte Möglichkeit, Herrn von Schleicher eine Bewährungsfrist zu geben, in den Wind geschlagen und darauf bestanden, daß der Reichstag übermorgen zusammentrete. Auch sie wußten in ihrer berechtigten Sorge um die Zukunft keinen anderen Ausweg als den Verfassungsbruch.

Die Lösung des Herrn von Kleist-Schmenzin

Es dürfte hier der Ort sein, zu den Mitteilungen Stellung zu nehmen, die im Februar 1959 in POLITISCHE STIMMEN, Heft 106 (Isar-Verlag) über Aufzeichnungen des Herrn v. Kleist-Schmenzin veröffentlicht wurden.

Herr v. Kleist war der Schwager meines Freundes und Ordonanz-

Offizier im Kriege 1916-18, Hans von Wedemeyer-Pätzig, den ich lebenslang sehr hoch geschätzt habe. Kleist kannte ich persönlich kaum und wußte nur, daß er ein aufrechter, harter Mann, überzeugter Legitimist und konservativer Streiter war. Es wird stimmen, daß er in den Tagen vom 28.-30.1.33 das in meiner Wohnung befindliche Büro Wedemeyers kaum verlassen hat, um jederzeit auf mich einwirken zu können.

Sein Ziel war, die Kanzlerschaft Hitlers um jeden Preis zu verhindern und die Schleicherkrise zu lösen durch die Bildung eines rein konservativen Kampfkabinetts unter Hugenberg oder mir, mit der Maßgabe, den Reichstag s i n e d i e aufzulösen (entsprechend der von mir am 30.7. und 1.12.1932 geforderten und von Hindenburg bewilligten Zwangslösung aus Gründen der Staatsräson). Die völlig unterschiedliche Lage zwischen dem 1. Dezember 32 und heute schien ihm nicht klar geworden - insbesondere nicht der maßlose Druck auf den Reichspräsidenten, der seit Mitte Januar, wie ich ihn hier skizziert habe, einsetzte, und wie er dem Reichspräsidenten unter der Drohung einer Beseitigung seiner selbst durch das Schleicher-Organ, nur den Ausweg verfassungsgemäßer Lösung ließ. --

Eine verfassungsgemäße Lösung konnte nur die Auflösung mit vorgeschriebener Wiederwahl sein, die Kleist unmöglich fand und die zu verhindern er Hugenberg beschwor. Hugenberg hat in dem von Kleist geschilderten Gespräch, mir diesen Wunsch vorggetragen. Er konnte indessen keinen Widerspruch erheben gegen den Tatbestand, daß wir sine die nur dann auflösen könnten, wenn Hitler unsere Forderungen nicht annehme und wir dann als l e t z t e L ö s u n g ein K a m p f k a b i - n e t t zu bilden hätten.

Kleist!

Als ich Hindenburg die Kabinettsbildung mit Hitler als Kanzler vorschlug, war es naturgemäß notwendig zu klären, was geschehen müsse, wenn Hitler die Beschränkungen, die ihm auferlegt wurden, n i c h t akzeptierte. Hindenburg würde in solchem Falle vor dem deutschen Volke gerechtfertigt sein, den Staatsnotstand zu erklären. Das Kampfkabinett sollte von mir oder Hugenberg geführt werden, Kleist das Innenministerium übernehmen und das Wehrministerium mit einem General der Wahl des Feldmarschalls besetzt werden, wozu ^{von mir} Fritsch vorgeschlagen war. Im Übrigen die konservativen Minister des jetzigen Kabinetts: Neurath, Eltz, Gürtner, Schwerin-Krosigk und Hugenberg mit beiden Wirtschaftsministerien. Das Kampfkabinett mußte in 24 Stunden feststehen, wenn eine Lösung mit Hitler ~~mit Hitler~~ nicht erreichbar war.

Diese Lösung hatte ich Herrn von Kleist vertraulich mitgeteilt. Aber er durfte daraus nicht schließen, daß ich sie dem Reichspräsidenten aufzwingen könne und werde, wenn dieser nicht mit gutem Gewissen die Verantwortung für eine Notlösung übernehmen konnte. Als wir uns am 29.1. darüber unterhielten, war es noch eine völlig offene Frage, ob Hitler die Bedingungen des Reichspräsidenten schlucken werde. Nur eins war schon klar: Hitlers Forderung: ein Präsidialkabinett nach dem Muster der Brüning-, Papen-, Schleicher-Kabinette, das heißt mit Ministern, die nicht parteigebunden seien, und mit Reichstagsauflösung nebst vorgeschriebener Neuwahl. Dem hatte Hindenburg zugestimmt.

Überraschenderweise hat Hitler alle Bedingungen des Reichspräsidenten angenommen. Kleist hat in seiner Erregung Hugenberg

"politische Erbärmlichkeit, Entehrung, Verrat am Vaterlande und dessen Zerstörung" vorgeworfen, was hart und ungerecht war. Von mir sagte er: "ich kannte Papen als unwahr". Das entspricht gewiß der Schilderung der Schleicher-Presse über den 4.1.33. x) Herr von Kleist ist für sein Vaterland gestorben - ein Kämpfer bis zum Letzten! Aber unter den von ihm diffamierten Deutsch-nationalen und Stahlhelmen sind abertausende in den Tod gegangen, die Deutschland mit gleich heißem Herzen über alles liebten. Wie kann man sagen, sie hätten "Verrat an Deutschland" geübt?

x) Diese faktische Unwahrheit im vorstehenden Kapitel festgestellt wurde.

Letzter Angriff der Gewerkschaften auf die
sturmreife Front der Demokratie

Am Sonntag, den 29.1. schrieb Zehrer über den Vortag:

"Die Gewerkschaften machen Mobil - Sturm gegen Papen".

Er berichtet über den Aufruf, den die "Arbeitsfront" oder die "soziale Front", wie er sie nennt, an den Reichspräsidenten gerichtet und in dem sie ihn warnten, einem 'Staatsstreich' den entschlossensten Widerstand zu leisten. Dieser Aufruf ist unterzeichnet: vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

Wer die psychologische Lage dieser entscheidenden Tage festzustellen versucht, wird finden, daß mit vorstehendem Aufgebot SPD und Zentrum ihre stärksten Reserven in den Kampf geworfen haben, den Zehrer leichthin den "Kampf der proletarischen Front" nennt: denn die KPD gehört nach seiner

Ewald von Kleist-Schmenzin.

Über den Menschen Ewald von Kleist hörte man immer nur staunendes Lob der sittlichen Höhe. Und wer auch nur ein wenig fähig war, Ehrfurcht zu fühlen, beugte sich vor einer Grösse, die unantastbar schien. Henkerhand und Mördergriff sogar haben lange gebraucht, ehe sie an ihn herankamen. Er selbst hat sich darüber manchmal gewundert. In der Karwoche 1933 sagte er zu mir: "Jetzt geht es auf das Schafott." Es hat aber noch bis zum 15. April 1945 gedauert, bis er in Plötzensee unter den gänzlich leergewordenen Formen einer "Volksgerichtsbarkeit" ermordet wurde.

Der Staatsmann Ewald von Kleist war der Führer der Konservativen. So haben wir ihn gesehen, die wir von ihm lernten und ihm als unserem Vorsitzenden des Hauptvereins der Konservativen und damit auch geistigem Führer unserer Provinzial- und Ortsvereine folgten. Der Hauptverein der Konservativen war ein klein gewordener Rest der alten Konservativen, vor allem in Preussen, und doch wohl der eigentliche Rechtsnachfolger einer einstmals bedeutenden Macht. Dass Ewald von Kleist an der Spitze stand, war allmählich eine irgendwie als selbstverständlich empfundene, innere Notwendigkeit geworden. Aber er war nicht nur im kleinen Kreise bekannt. Viele der am meisten genannten Staatsmänner und Politiker in Deutschland, aber auch im Ausland, zum Beispiel in England, lernten ihn kennen; und einige der mächtigsten und berühmtesten sogar bewundern und verehren ihn über den Tod hinaus.

Ewald von Kleist war ein Staatsmann. Er sah unerbittlich genau, was war, und, prophetisch fast, was kommen musste. Er fühlte auch die Kraft zum Entschlusse und zur Tat in sich. Weniger traute er sich die Mühsal der Begründung und Fassung in Worte zu. Ich weisse, was geschehen muss, wenn ich es auch nicht immer formulieren kann: so ungefähr sprach er oft von seinem Wesen. Er war sich in gleicher Weise über die Grundsätze klar, die, wie alles Wesentliche in ihm, aus dem Glauben kamen, wie auch über die Menschen und Ereignisse. Aus denjenigen seiner Briefe an mich, die mir erhalten blieben, wähle ich die folgenden Worte aus, die er in wichtigen Augenblicken des Lebens schrieb, dessen Schicksalswichtige Gemeinsamkeit

doch wohl Millionen durchzittert:

21. Dezember 1929: "Ich glaube in der Tat, dass der konservative Gedanke auch bei uns eine grosse Zukunft hat, wenn er wirklich echt vertreten wird und das Scheinkonservative und Erstarrete und die liberalen Einflüsse abstösst." (Schmenzin, Kr. Belgard, den 21.12.29)

3. März 1933: "Dieser Regierung stehe ich mit grossen Bedenken gegenüber. Da ich die Verhandlungen, die zur Regierungsbildung führten, selber erlebt habe, weiss ich, dass das, was in den Zeitungen steht und dem Volk vorgelesen wird, nicht stimmt. Von einer sachlichen Einigung der Kabinettsmitglieder war gar keine Rede. Verabredungen lagen nur bezgl. der Ämterverteilung vor, im übrigen klafften die grössten Gegensätze. ... Ich weiss, dass insbesondere von nationalsozialistischer Seite unverhohlen zum Ausdruck gebracht wurde, man müsse in absehbarer Zeit die übrigen Kabinettsmitglieder entfernen oder sie an die Wand drücken. Den begreiflichen Begeisterungssturm des irreführten nationalen Volksteils habe ich unter diesen Umständen mit grosser Sorge angesehen. Ich musste dabei an das Pikenfest vom 14. ten Juli 1790 denken, wo sich in Frankreich Volk und König in überschwenglicher Begeisterung Treue schworen, um sich bald danach umzubringen. - Ich bin aus der deutsch-nationalen Partei ausgetreten, weil die Möglichkeit der Bildung einer wirklich unabhängigen Regierung vorlag. Ich habe gegen die Parteierrschaft der Linken gekämpft, aber nicht, um diese Parteierrschaft durch eine andere abzulösen, und die gegenwärtige Regierung ist eine Parteiregierung. Dass ein rücksichtsloser Eingriff gegen die Kommunisten und Konsorten notwendig war, ist richtig. Aber diese Kette von Rechtsverletzungen, die jetzt vorkommen, kann auf die Dauer nur schlimme Wirkungen zeitigen. - Was in Preussen vor sich geht, muss jeden Sehenden mit schwerer Sorge erfüllen. Durch die Unterstellung der preussischen Polizei unter einseitig parteipolitisch nationalsozialistische Führung und durch die Bildung einer ausgesprochenen Partei-Hilfstruppe - und das ist die Hilfspolizei - schaffen sich die Nazis nach faschistischem Muster eine Truppenmacht, die zahlenmässig stärker ist als die Reichswehr. Die Nationalsozialisten werden nie von ihren Alleinherrschaftsansprüchen lassen und die Gefahr eines Konflikts zwischen Nationalsozialisten und Hindenburg ist in greifbare Nähe gerückt. Aber die

sogenannten nationalen Führer sind blind. In Berlin findet man kaum an verantwortlicher Stelle stehende Männer, die die Gefahren sehen und auch dagegen angehen. In staatspolitischen Dingen schleifen die Zügel im Reich und in Preussen einfach am Boden, weil im Kabinett kein wirklicher Gegenspieler gegen die Nazis vorhanden ist. - In der Anlage füge ich Durchschlag eines an Hugenberg gerichteten Briefes bei, aus dem meine Einstellung zur Regierung zu ersehen ist. Natürlich ist er sehr vorsichtig abgefasst, sodass man zwischen den Zeilen ~~zu~~ lesen muss. - ... Zum Reichskanzler aber taugt keiner von den in der Öffentlichkeit eine Rolle spielenden Männern. Ein konservativer Staatsmann ist keiner von ihnen. - Diese Regierung ist möglicherweise die schwerste Bedrohung der Hohenzollernmonarchie, die es bisher gegeben hat. Dass sie nicht von heute auf morgen dadurch gesprengt werden kann, dass Hugenberg und Seldte sie verlassen, ist mir natürlich völlig klar. Es gilt aber, alle Kräfte zusammenzurufen und insbesondere bei Hindenburg Sturm zu laufen, damit jetzt, solange noch Zeit ist, eine weitere Machtverschiebung zugunsten der Nazis, namentlich in Preussen, verhindert wird und, soweit das tragbare Mass bereits überschritten wurde, ihre Machtsphäre entsprechend eingeengt wird." (Schmenzin, den 3.3.33)

Der Brief an Hugenberg vom 13. Februar 1933 wurde im Mitteilungsblatt des Hauptvereins der Konservativen veröffentlicht. Solange dieses Blatt noch erscheinen konnte, erhob Ewald von Kleist darin seine Stimme, vor allem gegen die entsetzlichen Gefahren, die er als Endergebnis einer Aussenpolitik des Bumerang klar voraussah. Er scheute sich in jenen Monaten nicht, mit Staatsmännern und Politikern auch solcher Parteien zusammenzukommen, die er früher bekämpft hatte, mit denen er sich aber einig wusste, in einem letzten verzweifelten Versuche, Recht und Staat und Vaterland zu retten. 1932 hatte er in erschütternden Worten von den Gefahren geschrieben und gesprochen, die der Krone drohten und von seinem Entschlusse, mit letzter Kraft für die Krone zu kämpfen. Nach 1933 hat er sich vor dem Götzen, der an die Stelle unserer ganzen Geschichte trat, nie gebeugt. Das rote Stück Tuch, das mit seinen ~~xxxxxxkiedxxxx~~ wechselnden zusätzlichen Zeichen Sinnbild der Revolution zu bleiben scheint, entfernte er als sich verantwortlich fühlender Patron am 1. Mai 1933 mit eigener Hand von dem Kuchenturm, aus dem Angst es

herausgehängt hatte. Damals wurde er zum ersten Mal in "Schutzhaft" genommen. #2

22. Oktober 1935: "Ich weiss nicht, welche Vorlesungen Sie im Augenblick haben, immerhin müsste es doch Befriedigung gewähren, die Möglichkeit zu haben, jungen Menschen etwas über die einzige Quelle des Rechtes auf den Lebensweg mitzugeben. Ihnen einzupfropfen, dass das Recht nicht von Menschen geschaffen wird, sondern allein von Gott gesetzt ist und alles, was in einem Volk in der Form von Gesetzen oder sonstwie als Recht ausgegeben wird, an diesem einen Massstab unerbittlich zu messen ist. Wenn auch zuzugeben ist, dass in unserer Rechtsprechung viele formale Erstarrung zu bemängeln war, so muss doch den Studenten als unerschütterlicher Grundsatz eingeprägt werden, dass bei allem Bemühen, die Mängel formaler Erstarrung zu beseitigen, es doch dabei bleiben muss, dass ohne feste Gesetznormen keine Ordnungsmässige Justiz möglich ist. Unerschütterter muss das Bewusstsein bleiben, dass die Rechtsprechung nicht Spielball wechselnder Strömungen in der Nation sein darf. - Das zu lehren, ist eine hohe Aufgabe, die hohen Einsatz lohnt. Es gibt keinen Konservatismus ohne Festhalten an diesem Standpunkt." ~~(Schmenezin, Krynitzky, Pommern, 27. April 1936)~~ (Schmenezin, den 22. X. 35 über Gramenz/Pommern). 27. April 1936: "Haben Sie vielen herzlichen Dank für die freundliche Zuwendung Ihrer Geschichte des Völkerrechts. Ich habe sie zwar noch nicht ganz durchgelesen, aber das, was ich bisher gelesen habe, findet meine volle Zustimmung. Es hat mich sehr gefreut, zu ersehen, dass Sie diese sehr wichtige Materie anders behandeln, wie es heute leider so viele tun. Auch Vogel, mit dem ich neulich sprach, schien sich über die Widmung sehr gefreut zu haben. Sie werden es ja noch stärker als ich empfinden müssen, wie alles darauf ankommt, dass gerade heute mit eiserner Beharrlichkeit die Wahrheit verkündet wird, dass Menschen nicht Recht setzen können, weil es von Gott her gesetzt ist. Die Menschen können nur dieses Recht zu finden bemüht sein. Es ist von grosser ^{Bedeutung} ~~Wichtigkeit~~, dass die Studenten darauf eingestellt werden, die gesamte bestehende Rechtspflege danach zu beurteilen, wie weit diese grundlegende Wahrheit beachtet wird. - ... Von mir selber ist nicht viel zu berichten. Dass mir der Jagdschein rechtswidrig wegen "politischer Unzuverlässigkeit" entzogen worden ist, habe ich Ihnen m.W. schon mitgeteilt. Es hat sich bisher noch keine Instanz

gefunden, die den Mut gehabt hätte, dieses Unrecht zu beseitigen. Ein Besitzer aus dem Kreise ist von der Geh.Staatapolizei für ein Jahr aus Pommern verbannt worden, obwohl es trotz eifrigen Bemühens nicht gelungen ist, ihm irgend etwas nachzuweisen. - Über die weitere Entwicklung lässt sich wenig sagen. Die aussenpolitischen Verhandlungen der nächsten Zeit werden von erheblicher, vielleicht entscheidender Bedeutung sein." (Schmenzin Kr.Belgard Pommern, den 27.4.36)

Und in seinen letzten Briefen schrieb mir Ewald von Kleist nach Kanada in die Gefangenschaft zum Beispiel dies:

20. Februar 1943: "In allen Sorgen kann ich auch heute nur das Wort wiederholen, wenn wir nur unsere Pflicht tun, brauchen wir uns nicht zu fürchten, denn wir bleiben in Gottes Hand und nichts kann gegen seinen heiligen Willen geschehen." (Schmenzin 20./2.43 über Gramenz Pommern)

1. Oktober 1943: "Mit Anteilnahme und Freude las ich in Ihrem Brief, dass manches von dem, was ich vor vielen Jahren sagte, doch nicht ganz wirkungslos geblieben ist. Es gibt mir den Mut zu hoffen, dass es auch bei Anderen nicht ganz verklungen ist. Je älter ich werde, desto klarer ist es mir, dass der Mensch nur eine Aufgabe hat, nämlich den Willen Gottes auf jedem Gebiet menschlicher Betätigung zu tun. Nicht der sichtbare Erfolg menschlichen Handelns ist sein Maßstab, sondern in dem, was im Glauben an Gott getan wird, liegt ein Segen, der menschlichem Sehen oft verborgen bleibt. Das gilt auch dann, wenn die Wirkung des Tuns eine ganz andere ist, als der Handelnde beabsichtigt hat. Ich bin gewiss, dass die schwere Zeit, die über der Erde liegt, dem Glauben an Gott den Herrn und Richter einen seit sehr langer Zeit ungeahnten Auftrieb geben wird. Der Geist der Diesseitigkeit und die sündige und niedrige Auffassung, dass der Sinn des Lebens nur in zivilisatorischen Fortschritten bestände, werden einer höheren Auffassung Platz machen müssen. Für den, der glaubt, behält das Leben seinen Sinn." (Schmenzin 1./10.43)

Ewald von Kleist hatte Standesgefühl; und er ~~kam~~ hing auch an dem ererbten Rittergut. Aber mehr noch war er bereit, es jeden Augenblick zu verlieren, wenn Pflicht den Einsatz, die Preisgabe befahl. Als ich ihn in der Karwoche 1933 in Schmenzin besuchte, erinnerte er mich an ein Zusammentreffen mehrere Jahre

davor mit einem Gutsbesitzer, der seine Stellungnahme zu den Parteien davon abhängig machte, wie er am besten sein Gut erhalten könnte. Glücklicherweise war dieser Herr eine Ausnahme und eigentlich der einzige dieser Art in dem Kreise, in dem Ewald von Kleist und ich ihn trafen. Ewald von Kleist betonte, wie schmerzlich die Erwägungen dieses Entarteten ihm damals berührt hatten. Und er sagte mit grossem Ernst: "Wenn das unsere Gesichtspunkte sind, dann haben wir verdient, zu Grunde zu gehen." Ewald von Kleist lebte ~~immer~~ ganz aus Glauben und Pflicht.

Wenn ich an Ewald von Kleist denke, steht er vor mir als das hehre Vorbild, unerreichbar hoch und doch nie nachlassend in der ebenso zarten wie starken Werbung, ihm dennoch nachzueifern, trotz aller Einsicht in den Abstand, ~~der~~ ihm, dem Unvergleichlichen gegenüber, bleiben muss. Aber irgendwie drängt ein gewisses Pflichtgefühl, sogar hier zu sagen, was als bange Sorge und als der Wunsch, ihm in zwei Dingen anders haben zu wollen, auch den Bewunderer und Freund erfüllte: Seine Treue zur Krone war nicht ~~immer~~ oder nicht immer kindliche Abhänglichkeit an den König; gewillkürte "Lösung" der "Personenfrage" hinderte die unwillkürliche Königstreue. Und die noch grössere Sorge war die um Ewald von Kleist's rechte Stellung zum zweiten und dritten Glaubensartikel. Zwar suchte er mich hier am 22. Oktober 1935 zu beruhigen: "Ein kurzes Wort zur Frage der drei Glaubensartikel. Hier liegt doch ein Missverständnis meiner Einstellung vor, wahrscheinlich hervorgerufen durch nicht genügend klare Ausserungen meinerseits. Ich bejahe die Substanz aller 3 Glaubensartikel gleichmässig. Für mich liegt aber bereits im 1. Artikel die Notwendigkeit, die Substanz auch der beiden anderen zu bejahen. Substanz und Wortlaut sind freilich zwei Dinge, die wohl niemals ganz kongruent sind. Ich wehre mich nur dagegen, dass Empirie mit Glauben gleichgesetzt wird." Aber nicht nur ich sorgte mich hier um ihn. ~~Reinold~~ Reinold von Thadden-Trieglaff klagte zu mir über den gemeinsam verehrten Mann: Er sei ein konservativer Staatsmann mit liberaler Theologie; wenn seine Theologie anders wäre, würde er auch ~~in~~ ^{mit} der konservativen Sache weiterkommen. ~~Reinold~~

Für uns Christen hat die Krone ohne Kreuz keinen Wert. Aber Jesus Christus, der das schwere Kreuz getragen hat, kennt

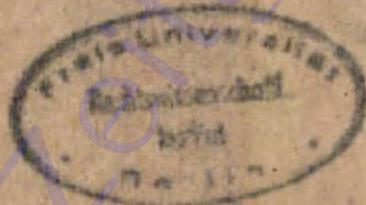
EINFÜHRUNG IN DIE RECHTSWISSENSCHAFT

1909

DR. ARTHUR WEGNER

o. ö. Professor der Rechte
an der Westfälischen Wilhelms-Universität

Zweite erweiterte und verbesserte Auflage



Az 571

Berlin 1948

WALTER DE GRUYTER & CO.

Waldemar G. J. Göttsche'sche Verlagsbuchhandlung, J. Guttenberg, Verlags-
buchhandlung, Otto Hofmeier, Karl J. Treubner, Volk & Co.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vorrede

3

dafür verpflichtet sind. Als Jurist aber verehere ich in Hans Helfritz den begeisterten, großen, unerreichten Lehrer, Erforscher und Darsteller des öffentlichen Rechts und den wirklichen Staatsmann.

Tiefe Dankbarkeit verbindet mich auch mit meinem treuen Freunde Leo Rupp. Meine Treue, Bewunderung und Verehrung hat ihn immer gehört. Durch die schwere Zeit aber sind diese meine Gefühle vertieft worden.

Viele meiner Freunde haben meine Hilfsbedürftigkeit als Last zu fühlen bekommen. Mein Lehrer Eduard Kublitsch ist in den Jahren 1937 und 1938 zeitweise mein Verteidiger gewesen. Auch hierfür schulde ich ihm eine Dankbarkeit, von der ich doch einen ganz kleinen Teil wenigstens nicht erstaten können. Mein anderer Verteidiger war mein Breslauer Schüler Graf Helmuth James von Moltke. Er war wohl der knappste, klarste und tätigste Jurist, den ich unter meinen Studenten kennenlernte. Sein Schülersein ist lange schon vorgegangen. Vor dem Tode hegte ich mich an vor einem Vorbild und Lehrer. Graf Helmuth James von Moltke war ein Edelmann von Größe und Güte. Was er als deutscher und englischer Rechtsanwalt, als Verteidiger von Verfolgten und Verachteten getan hat, gehört der Geschichte an. Er und die Gräfin, die herausragende Schlichterin Maria Wallis, waren treue Freunde der Rechtswissenschaft und ihrer Professoren.

Dem Grafen Moltke kann ich nun nicht mehr danken für das, was er als mein Verteidiger für mich persönlich getan hat. Dem dritten von ihm herangezogenen Mitverteidiger und allen, die sonst halfen, hoffe ich meine Verbundenheit doch noch etwas wenigstens beweisen zu können. Aber das eine kann ich auch dem Grafen Helmuth James von Moltke gegenüber tun, ich kann hier öffentlich das schlichte und treue Bekenntnis ablegen zu einem deutschen Edelmann, der für das Recht gestorben ist.

Bekanntnis und Dank gehören vor allem aber auch dem persönlichen Edelmann, der mein Lehrer in staatlichen Dingen gewesen ist und der mein unerreichtes Vorbild bleibt: Ewald von Klotz-Schönauzin. Als ich in der Kurwoche 1933, in für mich trübem und trauerreichen Tagen, bei ihm in Schönenau war, so nahe dem Heimort der meines geliebten Vaters, als wir durch die doppelte Birkenreihe um den See herumgingen und ich trotz allen Schmerzes gekannt war von so viel stiller, schlichter Schönheit Pommerns, blieb er stehen und sagte zu mir: „Das alles darf man nur besitzen, wenn man jeden Augenblick bereit ist, es zu verlieren.“ Er war der unheggsamste Kämpfer für Recht und Staat und Krone, den

2

Institut

ich jemals beabsichtigt. Weil es dafür mein Leben hingab, brauchte er sein Rittergut nicht mehr zu verlieren. Solchen Kindern wird das Vorbild dieses Vaters der edelsten Besitze sein. Und ich will ihn bei keiner Arbeit und bei keinem Kampfe vergessen.

Unanspruchsvollen Dank schulde ich den Verwandten und mir am nächsten stehenden Menschen, die ihren Namen keiner Öffentlichkeit schenken. Vorn stehen da meine Frau und meine Tochter, die als Gefährtin meines Lebens so viel Geduld lernten und bewiesen mußten, daß ich den Gedanken daran nicht ertragen könnte, wenn ich nicht in die Liebe Gottes, um die Liebe des allerbiedigsten Herzens Jesu wäre.

Sehr dankbar bin ich auch allen Fakultäten, denen ich angehören durfte. Schmerzlich und schmerzvoll gingen und gehen meine Gedanken nach Breslau. — Die Hamburgische Fakultät meiner unvergesslichen glücklichen Privatdozentenzeit hat mich mit verwöhnender Güte und Freundschaft aufgenommen, als ich aus der Gefolgenschaft kam. Ihr voller Vertrauen wird mich mein Leben lang an tiefster Dankbarkeit verpflichten. Meiner lieben alten Fakultät in Halle will ich es nie vergessen, daß sie ebenfalls zugleich bereit war, mich wieder aufzunehmen. — Das Wirken in Kiel schenkte mir ein Semester mit unvergessenen Begegnungen und beglückender innerer Mitgehen meiner Schüler dort, die alle unvergessen sind.

Der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität, an der ich am 6. Mai 1946 meine Arbeit beginnen durfte, versprach ich, alle Kräfte einzusetzen, um die Ehre der Mitgliedschaft in ihr zu verdienen. Ich bitte Gott, daß ER mir Kraft gebe, dieses Versprechen zu halten.

Das wissenschaftliche Schaffen und auch die Neubearbeitung dieses Buches wäre nicht möglich gewesen ohne den Frieden und die Gemeinschaft des Hauses, in dem ich leben darf. Allen, die in Lenkung und täglicher Sorge diesem Deutschen Studentenschatz in Münster dienen, gilt mein herzlichster Dank. Wie an meinem ganzen inneren und äußeren Ergehen nahm auch an der Arbeit an diesem Buche von meinen Hausgenossen einen besonders starken Anteil der hochwürdige Herr Sekretär beim Bischöflichen Generalvikariat Beetzburg Röhrl. Gültig und genügend hat er die Korrektur mitgelesen und mir manchen wertvollen Rat gegeben. Dafür bin ich ihm tief und aufrichtig verbunden.

Schließlich danke ich der gütigen Mitarbeiterin, die den größten Teil des Manuskripts und das Stichwortverzeichnis bereitstellte, außerdem beim Lesen der Korrekturbogen hülfs. Fräulein Magdalene Brunn.

Münster, im Advent 1946.

Arthur Wagner

ZS/H-31 / 08 - 108
ZS/A-31/08 - 108
BVB ed.

Harald Laeuen

Östliche Agrarrevolution
und
Bauernpolitik

Der
Nabe
Osten

Berlin 1929

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Schriftenreihe des Naben Ostens
Herausgeber: Hans Schwarz

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Harald Laeuen

Östliche Agrarrevolution
und
Bauernpolitik

Der Nahe Osten / Berlin 1929
Hans-Werner von Hugo

Dem Herrenhause Fürstensee

Bernd und Annelise v. Wedel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Inhalt

	Seite
Das Opfer der Revolution	5
Das französische Vorspiel	7
Die russische Auflösung	9
Die Randstaatenmethoden	14
Staat und Bauerndemokratie in der preußischen Ostmark	28
Der Zustand im Osten. Kapitalismus und Bauernwirtschaft	36
Die Grundlagen der Bauernpolitik	43
Die Grüne Internationale Mitteleuropas	48
Die Parzellenidee und die deutsche Stellung im Osten	54
Staat und Boden	62

Das Opfer der Revolution.

Jede große soziale Umwälzung hat ihren tieferen Grund in politischen oder religiösen Bewegungen. Wirtschaftliche Erwägungen treiben und wirken mit, jene aber bestimmen ihren Ausbruch und geben ihr Richtung. In der Gegenwart ist das größte Beispiel dafür die Agrarrevolution in Mittel- und Osteuropa, deren Grundkräfte offensichtlich nicht wirtschaftlicher Natur sind. Mit volkswirtschaftlicher Argumentation wird dieses wirre Durcheinander sozialistischer und nationalistischer, politischer und wirtschaftlicher, umstürzender und neuschaffender Maßnahmen gar nicht verständlich. Wir erkennen seine Richtung aber sofort, wenn wir von dem Opfer aller dieser agrarrevolutionären Bestrebungen ausgehen, der alten Aristokratie des Ostens, die reich an Besitz und Kultur, seit Jahrhunderten über ein meist anderssprachiges Volkselement herrschte, das, in wenigen Jahrzehnten zu politischem Eigenbewußtsein herangereift, schließlich den Untergang seiner ehemaligen Herren herbeiführte. Im Geistigen erschließt sich uns der Sinn dieses großen sozialen Umwälzungsprozesses: Die Oberschicht war der Ideenwelt des Westens erlegen; es war nur folgerichtig, wenn das Volk sich dafür rächte, daß sie dem Boden, auf den sie gestellt war, die Treue im Geiste nicht mehr gehalten hatte.

Aber die Massen führten mit der Auflösung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsverfassung wohl eine Entwicklung zu Ende, sie schufen jedoch keine neue Gliederung. Die Revolution begründete — von Rußland abgesehen — recht eigentlich erst die Herrschaft des Westens im agrarischen Ostgebiet. Das Land hat sich selbst führerlos gemacht.

Die Vertreibung der russischen Aristokratie, zu der dann die Erledigung der deutschen oder kulturdeutschen Oberschicht im Balkan, in Böhmen und Posen-Westpreußen, der ungarischen in den entrisenen Gebieten und schließlich auch der polnischen in Litauen und der Ukraine hinzukam, erregte am Kriegsende in Europa ein allgemeines Aufsehen. Aber man wertete dieses Schicksal zu persönlich, zu humanitär und politisch höchstens in einem negativen Sinne, als daß man dadurch zu einer fruchtbaren Einstellung zu den agrarischen Vorgängen im Osten gekommen wäre. Und als verschiedene Jahre später in den chinesischen Provinzen Hunan und Jangtse die Bauern vielhundertjährige Abhängigkeitsverhältnisse zerstörten, indem sie über die Besitzer, soweit sie nicht in die Städte geflohen waren, Gerichte abteilten und ihre Güter aufteilten, da dachte man nicht darüber nach, daß sich hier europäische Revolutionen auswirkten, die die europäische Weltgeltung vielleicht endgültig erschüttern könnten. Es erregt in unserer

Oeffentlichkeit nicht mehr die geringste Aufmerksamkeit, wenn Nachrichten kommen, daß in Estland das letzte Rittergut aufgeteilt wird oder den ehemals größten Besitzern Böhmens, den Schwarzenbergs, auch ihre riesigen Wälder enteignet werden sollen.

Die falsche Betonung der Unverletzlichkeit des Eigentumsbegriffes in der Propaganda, die von einem rein privatwirtschaftlichen Denken herrührt, erklärt vielleicht, weshalb sich die literarische Behandlung des bisher größten agrarischen Umwälzungsvorganges so wenig durchzusetzen vermochte. Ein solcher Standpunkt ist ebenso wie der Nachweis der formellen Rechtmäßigkeit der vor Jahrhunderten „bona fide“ erworbenen Besitzungen am Ende jeder aristokratischen Gesinnung bat. Der Besitzer, der die Rechte und Pflichten seiner Väter erwarb, in ihren Traditionen weiterlebte, hatte zu einem individualistischen Denken kein Recht. Zu dem Eigentumsbegriff gehörten nicht bloß das Ackerland und die Gebäude, sondern auch die Herrschaftsstellung, die keine privatwirtschaftliche Angelegenheit war, welche mit Geld abjudingen gewesen wäre.

Selbst eine wirtschaftliche Restauration würde die politischen Folgen der Agrarumwälzung nicht mehr rückgängig machen. Als die Bourbonen nach Frankreich zurückkehrten, erkannten sie 1814 in der „Charte constitutionnelle“ den Verkauf der Nationalgüter ausdrücklich an. Dabei hatte sich sogar über die Revolution und die Vertreibung der alten Familien im Volke das Bewußtsein des unrechtmäßigen Revolutionsbesitzes so lebendig erhalten, daß ihm als sog. „bien national“ das Zeichen der Wertlosigkeit und des zweifelhaften Erwerbes anhaftete; es stand, wie Marwiz uns berichtet, nur halb so hoch im Preise, wie ein anderes ererbtes Familiengut, das zum Unterschied „bien patrimonial“ genannt wurde. Diesem Zustand hat erst Villèle 1824 ein Ende gemacht durch die Zahlung von einer Milliarde Entschädigung für die in der Revolution geraubten Güter. Aber was nützte das politisch? Der Adel, obwohl er z. T. sogar verlangte, mit Waffengewalt auf seine alten Güter zurückgeführt zu werden, konnte seine Stellung im Volke durch keine noch so hohe Entschädigung zurückgewinnen. Er war wurzellos geworden und verwandte das Geld nicht in einem anderen als persönlichen Sinne. Durch die Entschädigung wurde lediglich die unangenehme und engherzige Gesellschaftsclique des Faubourg St. Germain für einige Jahrzehnte erhalten, die nichts mehr davon wußte, welche geistigen Grundlagen wiederhergestellt werden mußten, wenn Adel im Staate einen Sinn haben sollte. Der heute vertriebene Grundbesitz Osteuropas hat vielleicht nur deswegen Ausichten an einer Erneuerung mitzuwirken, weil ihn die persönliche Not dazu gezwungen hat, sein Leben auf neue Grundlagen zu stellen und über der Selbstbehauptung von neuem politisch zu werden.

Das französische Vorspiel.

Die Beseitigung der aristokratischen Agrarverfassung in Europa begann nicht erst 1789 mit dem Ausbruch der Revolution in Frankreich. Sie geht zurück auf die Auflösung einer Staatsverfassung, auf die die europäische soziale Struktur ursprünglich begründet war. Die französische Revolution, das erste und entscheidende moderne Beispiel einer Güterenteignung aus einer grundsätzlichen Feindschaft gegen den Großgrundbesitz, war agrarpolitisch lange vorbereitet durch den Kampf der französischen Könige gegen die Baronie, den uns der Graf Montlosier in seinem großen Werke „De la monarchie française“ als eine Auseinandersetzung des fränkisch-germanischen Staatsprinzips mit dem römischen geschildert hat. Die Könige von Frankreich hatten allmählich aus dem Staat eine einzige königliche Domäne gemacht. Sie hatten durch „Freilassungen“ die Untertanen aus ihren sozialen Verbänden gelöst und sich nicht bloß damit begnügt, daß der Adel ihnen darin nachfolgte, sondern sogar die Kommunen in offenen Empörungen gegen ihre Herren unterstüßt und Freibriefe nach Willkür gegeben. Die Emanzipation der Kommunen bedeutete in Wahrheit nur, daß sie unter die Administration und unter die Einflüsse der viel härteren königlichen Gewalt gerieten. Während die Städte insgedessen aus eigener Kraft nicht zu der Blüte wie in Deutschland und Italien gelangen konnten und sich schließlich die Einsetzung von Munizipalräten gefallen lassen mußten, verloren die Barone nacheinander die Gerichtsbarkeit durch die Einrichtung der königlichen Gerichtshöfe (Parlamente), das Münzrecht und schließlich mit der Einführung des Söldnersystems die höchste Eigenschaft der Freiheit, die Wehrhaftigkeit.

Der Adel war durch diese Entwicklung zu einem bloßen Repräsentanten herabgewürdigt, der, weil er trotzdem Rang und Würden besaß, gehaßt und zugleich lächerlich gemacht wurde. Aus dem Grundherrn war der Seigneur geworden, der nach Erfüllung des Grundsatzes: „Freier Bauer auf unfreiem Lande“ zu einem bloßen Empfänger von Spotteln und Steuern, also zu einem Rentner wurde. Einen herrschaftlichen Eigenbetrieb gab es nur in geringem Maße. Unter diesen Umständen überließ der Seigneur die Verwaltung seiner Besitzungen Beamten oder gab sie in Generalpacht einem Unternehmer, der nicht auf dem Lande lebte, sondern sich ebenfalls durch Beamte vertreten ließ, denen der Bauer nicht zu seinem Vorteil ausgeliefert war. Da auch die Krone in demselben Maße, indem die Seigneurie an politischer Bedeutung verlor, mit direkten Anforderungen an den Bauern herantrat, so war deren Gesamtbelastung im 17. und 18. Jahrhundert größer geworden, als in allen früheren Zeiten, obwohl ihre Tragfähigkeit sich nicht entsprechend gesteigert hatte.

So ging der Niedergang des Adels mit dem des Bauern Hand in Hand. Man darf sich nicht durch Neugierlichkeiten täuschen lassen. Als bodenständige Macht hatte der Adel vergeblich versucht, sich in den großen adeligen Genossenschaften — beinahe die ganzen Religionskriege wurden in dieser Weise geführt — zu erhalten. Statt der früheren Gouvernements, denen der Adel immerhin noch mit großer Vollmacht und Selbständigkeit vorgestanden hatte, wurde unter Ludwig XIV. das ganze Land an Zivilintendanten vergeben, die in strengster Abhängigkeit von der königlichen Gewalt Selbständigkeit in den Landschaften nicht aufkommen ließen. Der Zusammenbruch des Feudalismus wurde jedoch überstrahlt durch den Glanz des Pariser Hofes, an dem der Landedelman nunmehr als höfischer Kavaliere erschien, dem eine wahrhaft aristokratische Unabhängigkeit fehlte. Ebenso hatte sich die Geistlichkeit zu einer reinen Hofgeistlichkeit entwickelt. Beide Stände, jedes öffentlichen Einflusses beraubt, besaßen, statt wahrhafter Rechte nur gehässige Privilegien, wobei das Uebermaß königlicher Adelsbriefe auch das äußere Ansehen der Aristokratie erheblich schwächte.

Demgegenüber war der dritte Stand, die Bourgeoisie, bereits am Vorabend der Revolution im Besitze der Rechtspflege und Administration, sowie der wesentlichen Geldreichthümer des Landes und der wissenschaftlichen Lehren, wie sie durch die Universität von Paris verbreitet wurden. Es standen sich, wie Montlosier sagt, auf französischem Boden zwei verschiedene Völker gegenüber: das alte germanisch-fränkische und ein neues Volk, dem das germanische Prinzip gemeinsamer ständischer Freiheiten fremd war. Bürgerliche häusliche Unruhen zeichneten die innere französische Geschichte aus, weil überall die einzelnen Elemente nicht an ihrer richtigen Stelle waren, ein lebendiger Organismus zerstört war. „Da niemand wahrhaft frei war und von einem vollständig ausgebildeten öffentlichen Rechte getragen wurde, suchten alle einzelnen nur von den jedesmaligen Umständen Nutzen zu ziehen“. Die Voraussetzungen für die Individualisierung des politischen Denkens und damit auch der Bodenbesitzvorstellungen waren gegeben.

Die Güterenteignungen, die auf das Jahr 1789 folgten, setzten nur den Schlußstein unter eine Entwicklung, die zur Zerstörung des inneren Sinnes eines politischen Systems geführt hatte, das durch die germanische und christliche Eroberung Frankreichs begründet worden war. Das gallische Volk revolutionierte gegen seinen germanischen Adel, sowie die slawischen Völker heute gegen eine blutsfremde, meist germanische Herrenrasse revolutioniert haben.

Die russische Auflösung.

Die Verpflichtung der Stände, wie sie im alten Europa in der Untertänigkeit der Bauernschaft und in der Vormüßigkeit des Adels unter die auf Gott begründete königliche Gewalt ausgebildet war, konnte so lange ungebrochen bestehen, als der Staat von Aufgaben erfüllt war, die keine Befreiung der schaffenden Glieder zuließ. Sprach Ludwig XIV. mit dem „l'Etat c'est moi“ gewissermaßen eine monarchische Befreiung aus, so löste Friedrich Wilhelm III. das Band dadurch, daß er die Arbeit des Bauern zu einer Privatangelegenheit machte. In Rußland, das vielleicht in noch stärkerem Maße als Preußen durch das Bewußtsein der Dienstpflcht sozial zusammengehalten war, erfolgte der Bruch in der Mitte: durch das feierliche Manifest Peters III. vom 18. Februar 1762, das die Befreiung des Adels von seiner Dienstpflcht aussprach.

Im Bewußtsein des russischen Bauern war seine Arbeit für den Grundherren im letzten Grunde immer Arbeit für den Zaren, dem er sich vor allem verbunden fühlte. Das Herrenland wurde als Dienstgut ebenso umgeteilt wie das Bauernland. Boden galt für die Bauern als „niemandem gehörig“ oder als „Gottesgabe“, wie man in Sibirien sagte. Als Peters Manifest erschien, da glaubten die Bauern — gleichgültig ob es sich um Gutsbauern handelte oder um Staatsbauern, die einem kleinen adeligen Beamten unterworfen waren —, daß ein weiterer Ukas auch ihnen die Freiheit verkünden müsse. Sie verdächtigten den Adel, ein solches Manifest sei erlassen und werde ihnen nur verheimlicht. In dem Kosaken Pugatschow fanden sie einen Bauernzaren, der ihnen die Freiheit versprach. Die Aufstände der Bauern, die alle blutig unterdrückt wurden, erneuerten sich fast bei jedem Thronwechsel, denn die Bauern erwarteten das Freiheitsmanifest immer wieder.

War es ein Wunder, daß der „bestreite“ Adel zuerst revolutionär wurde, durch Aufnahme der liberalen Gedanken, die aus dem Westen herüberkamen? Gerade das Offizierskorps, das die Befreiungskriege auf französischen Boden geführt hatte, wurde zum Träger der geheimen Gesellschaften, die eine Konstitution in Rußland erstrebten. Ihr Führer war der Deutsche Pestel. In seiner Forderung des einheitlich nationalen Staates der Stände nahm er das Programm der Panislamisten voraus. Agrarpolitisch war ihm das wichtigste Ziel, die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Enteignung des Besitzes. Die russischen Bauern verstanden diese Gedankenwelt im Grunde nicht, wie die berühmte Antwort bewies, die sie dem Dekabristen Jakuschkinn gaben, der seinen Bauern den Vorschlag machte, sie freizulassen und

das bebauete Land in Pacht zu nehmen. „Wir sind euer, und das Land ist unser“, sagten die Bauern. Es gab nach ihrer Meinung kein Recht für einen Grundherrn, das obrigkeitliche Verhältnis privatim zu verändern.

Die revolutionäre Gedankenwelt drang so stark in die russische Gesellschaft ein, daß man in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Petersburger Salons ungeniert vom Zarenmord sprechen hören konnte. Nach dem plötzlichen Tode Alexanders I. im Dezember 1825 schlugen die Verschwörer los. Sie wußten, daß ihr Unternehmen misslingen würde, aber sie starben, um der russischen Revolution den Weg zu bereiten.

Die Bauernbefreiung, die die Dekabristen ersehnt hatten, war in Rußland die Folge eines verlorenen Krieges, des Krimkrieges. Nach den Worten K o s t o w e j f s, eines der Hauptbeteiligten, sollte die Befreiungsgesetzgebung von 1861 „das Volk schaffen, das bisher in Rußland nicht existierte“. Die Schöpfung dieses „Volkes“ erfolgte in der besonderen Organisation des Mir, der bäuerlichen Gemeinde, die nunmehr ohne Oberhaupt nach Gewohnheitsprinzipien Recht sprach, die Dorfverwaltung handhabte, für die Steuern solidarisch haftete, die Umteilungen des Landes vornahm und auf diese Weise in wirtschaftlicher und administrativer Hinsicht nach innen eine geradezu unumschränkte Gewalt über ihre Mitglieder ausübte, die freilich polizeilich scharf kontrolliert wurde. Damit wurde die kollektive Demokratie auf der untersten Stufe im autokratischen Rußland eingeführt. Es klingt nach Rousseau, wenn S i m k h o r t s c h, einer der revolutionären Theoretiker, schreibt: „Der Mir ist unabhängig von der Geschichte. Sein Grundmerkmal ist die Ignorierung des historischen Rechtes innerhalb der Gemeinde und die Herrschaft des Naturrechtes“. Diese öffentlich-rechtlich gebundene Bauernverwaltung wurde in einer Zeit eingeführt, da der Staat sich im übrigen in einem bürgerlich-individualistischen Sinne zu entwickeln begann. Dadurch geriet die russische Agrarpolitik in einen Widerspruch, der schließlich nur über Revolutionen zu lösen war.

Von sentimentalen Slawophilen ist die Mirverfassung als das Urbild des slawischen Kollektivismus gepriesen worden. Sie führte aber zu wirtschaftlich und politisch unmöglichen Zuständen. Die liberalen Adligen und Intellektuellen, die in Bauernidealismus schwärmten und sich manchmal bemühten, durch Organisation von Genossenschaften praktische Arbeit zu leisten, ernteten lediglich Mißtrauen von Seiten der Bauern, die Wohlthaten von dieser Seite nur als Schwäche werteten. Dostojewski hat uns im „Gut Stepan'schikowo“ geschildert, welche Verwirrung das Wirken eines Halbgebildeten im Volke anrichtete. Die Geschäfte im Dorf kamen in die Hände von bezahlten Elementen, die für jede Befehlsgebung zugänglich waren. Die Minderwertigkeit regierte und lähmte den Unternehmungsgestir der Tatkräftigen.

Der Regierung war wichtig, daß die Feldgemeinschaft die Bildung einer Landarbeiterchaft verhinderte, so klein auch die Anteile waren,

die auf den einzelnen Bauern entfielen. Das brachte aber die Großgrundbesitzer in eine schwierige Lage und ruinierte viele. Dem Adel, durch die neue Gesetzgebung jedes Einflusses auf die Bauern beraubt, aber durch die verhältnismäßig hohen Ablösungssummen mit Bargeld versehen, war das Landleben verleidet, und er zog in die Stadt. Schweinitz, der langjährige Bolschaker in Petersburg, urteilt in den 70er Jahren: „Den Besitz haben viele, das Ansehen haben fast alle verloren.“ Früher sei fast jedes größere Herrenhaus, wie in Preußen, eine kleine Kulturstätte gewesen. Jetzt würden die Güter vielfach von Kaufleuten erworben, aber nur als Kapitalsanlage, nicht um als Herren Freund und Leid mit den ärmeren Nachbarn teilend, veredelnd auf diese einzuwirken. Und wenige Jahre später unter dem Fortschreiten der revolutionären Stimmung bemerkt Schweinitz: „So oft ich bekannte Gutsbesitzer, Beamte oder Generale, die aus dem Innern kommen, frage, ob sich denn nicht die Besseren, die Wohlhabenderen, die Einflußreichen zusammenscharen, um ihre bedrohte Existenz zu sichern und durch Wort und Schrift zu verteidigen, ebenso oft wird mir mit Nein! geantwortet, und wenn ich weiter frage: Aber was tun sie denn?, heißt es stets: Sie spielen!“ Der hohe Adel verbrauchte in Petersburg sein Geld und der kleine Landadel verarmte vollständig. Er ging wesentlich infolge seines Adelsbewußtseins, das ihm eine Umstellung seines Betriebes nach kaufmännischen Gesichtspunkten nicht gestattete, allmählich völlig als Landstand zugrunde.

Meistens wurde der Adlige nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch in den Staatsdienst übernommen. Damit verlor der Staat seine Verwurzelung im lebendigen sozialen Leben des Volkes. Man hielt es für genügend, wenn die Ortsbevölkerung von den Polizisten, die Polizei von den Kreishauptleuten und Gouverneuren, die Gouverneure von den Ministern und diese wieder vom Zaren selbst regiert wurden. Die alte patriarchalische Auffassung, daß Rußland das Stammgut des Herrschers sei, spiegelte sich in einer völlig formalistisch erstarrten Staatsgebarung wieder. Diesem seelenlosen Zentralismus entsprach in der Nationalitätenfrage eine Unterdrückungspolitik, die zur allmählichen Vernichtung aller Autonomien in den Randgebieten führte. In den baltischen Provinzen stachelten russische Behörden Esten und Letten gegen ihre deutschen Grundherren auf. Sie trieben damit eine Entwicklung vor, von der auch der russische Besitzer eines Tages nicht mehr verschont bleiben konnte.

Die an die Stelle der alten Familien tretenden Gutsbesitzer neuen Typs, meist ehemalige reichgewordene Verwalter, waren nach Korostowich dadurch ausgezeichnet, daß sie keinerlei Verührungspunkte mit den Bauern und daher auch um so weniger einen kulturellen Einfluß auf sie hatten. „Die Bauernmasse wurde von den Semstwoß und der Landespolizei betreut, sie bildete Kanonensfutter für die Revolutionäre, die in Gestalt von Lehrern in Mengen in unserer Gegend auftauchten. Es sei hinzugefügt, daß die Geistlichkeit, die zweifellos in der Führung der Bauernschaft hätte eine Rolle spielen können, so min-

berwertig war und kulturell so tief stand, daß sie auf eine Führung des Volkes keinen Anspruch erhob und lediglich in den Einkünften der Parteien ihr Lebensinteresse sah." (Neue Väter — Neue Söhne, Berlin 1926, S. 171). Auf diese Art und Weise konnte sich das Bauerntum unter der Mißwirtschaft des Mir nicht konsolidieren. Es blieb unbefriedigt und empfand es als eine Zumutung, daß es das von jeher genutzte Land frei kaufen sollte. Es behauptete, die ihm bekannt gegebene Verordnung des Zaren sei nicht die echte. Der Gedanke einer ganz einheitslichen Neuverteilung des russischen Landes, der Gedanke der „schwarzen Umteilung“, hat seitdem die russische Bauernschaft nicht mehr verlassen.

Die starke Zunahme der Landbevölkerung seit der Emanzipation stellte der Bodenverteilung durch den Mir Probleme, die nicht mehr zu bewältigen waren. Dabei war in der „Allgemeinen Bauernordnung“ ein „Recht auf Land“ den Bauern (Art. 3) zuerkannt worden, indem ihnen zur Sicherung ihrer Lebensweise und zur Erfüllung ihrer Pflichten dem Staate und dem Gutsherrn gegenüber Land zugewiesen werden sollte. Es war klar, daß für die Vorstellung der Bauernschaft keine Landversorgung erst dann eine Grenze haben konnte, wenn es keinen nichtdauerlichen Besitz mehr gab. Jetzt nutzte der Adel den Landbedarf der Bauernschaft dazu aus, um die Pachtpreise hoch zu halten. Er parzellierte häufig seinen eigenen Betrieb fast ganz und wurde damit in den Augen des Bauern nichts anderes als der gehaßte „Ausbeuter“.

Innerhalb des Bauernstandes selbst vollzog sich eine klar erkennbare Differenzierung. Trotz des formell gleichen Anrechtes aller auf Land sanken immer größere Massen ins Proletariat hinab, während eine verhältnismäßig kleine Großbauernschicht in zäher Arbeit durch Kauf und Pacht das wirtschaftliche Übergewicht im Dorfe erlangte. Sie blieb aber in Gefahr, durch einen Beschluß der Gemeindemehrheit um die Früchte ihrer Arbeit gebracht zu werden.

Diese Zustände, die mit dem raschen Anwachsen der agrarischen Ueberschichtung immer unhaltbarer wurden, brachten nach dem unglücklichen Ausgang des japanischen Krieges 1905 die russische Bauernschaft zum erstenmal seit Pugatschow zu einer allgemeinen Aufstandsbewegung. Gutshöfe wurden ausgeraubt und niedergebrannt. Die Generale, welche die Unruhen unterdrückten, erkannten bald, daß diese scheinbar so räuberische Volksbewegung von einem bestimmten Rechtsbewußtsein beseelt war und durch die ihr innewohnende Macht die ganze russische Kultur in Frage stellte. Die Regierung erlebte zu ihrem Schrecken, daß die Bauern, die sich in „rotes“ und „schwarzes“ Hundert, in eine arme und besitzende Partei geteilt hatten, in das neue Parlament nur Vertreter der radikalsten Richtungen entsandten. Die Nationalitäten regten sich. Die Reichsduma erging sich in Debatten über die Art der Durchführung der Enteignung des großen Besitzes. Das Reich stand vor der Anklage. Da fand die Krone noch einmal in Stolypin einen Staatsmann, der es wagte, der Revolution entgegen-

zutreten und an den darum russische Konservative heute wieder anknüpfen, wie die Bolschewisten an die Dekabristen angeknüpft haben. Nachdem durch Drosselung des Wahlrechtes das Parlament gefügig gemacht worden war, erfolgte der Schlag gegen den Mir: Der Austritt aus der Feldgemeinschaft wurde gestattet und gefördert und das Privateigentum an Grund und Boden eingeführt. Stolypin bezeichnete als sein Ziel, Bürger zu schaffen, dann würde es auch Bürgersinn und Bürgerfreiheit in Rußland geben. Das erinnerte an die Beamtung Kossowzeffs zur Befreiungs-gesetzgebung. Die westeuropäischen Rechts- und Wirtschaftsformen sollten damit vollständig in Rußland durchgesetzt werden.

Die konservative Festigung, die Stolypin erstrebte, hat er nicht erreicht. Zwar löste sich die Feldgemeinschaft in weiten Gebieten auf, aber es waren nicht immer die stärksten Elemente, die auschieden und die Front des Besitzes verstärken halfen; vielfach waren es kleine Bauern, die ihr Stückchen Land verkauften, um in der Stadt Arbeit zu suchen. In ihrer praktischen Auswirkung bedeutete die Stolypinsche Politik fast eine Liquidierung des Großgrundbesitzes. Denn parallel mit der Mirauflösung ging der Ankauf des Adelslandes durch die Bauernbank. Hatte schon bis 1905 der Adel fast die Hälfte seines Landes verloren, so erfolgte jetzt die Besitzaufgabe noch schneller. Bis zum Ausbruch der bolschewistischen Revolution besaß das russische Bauerntum bereits 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche und von dem Rest war die Hälfte an Bauern verpachtet.

Die Zerschlagung der großen Güter in der Revolution von 1917 hatte darum mehr einen demagogischen als praktischen Sinn, wie die Bauernschaft zu ihrer Enttäuschung hinterher merkte. Sie war viel zu zahlreich geworden, als daß der einzelne dadurch seine Lage nennenswert hätte verbessern können. Es hat sogar Dörfer gegeben, die nach der Agrarrevolution weniger Land besaßen als vorher. Aber die Verwirklichung der „schwarzen Umteilung“, der Aufbau einer neuen Agrarverfassung von Grund aus, beherrschte das Volk so elementar, daß auch der neue Staat in Gestalt der Agrarabteilungen der Sowjets bei den Aufteilungen nur eine begleitende Rolle spielen konnte. Sogar die technische Hilfe von Landmeßern und Agronomen benutzten die Bauern wenig. Meistens wurde alles Land, auch die Großbauerngüter, die auf Grund der Stolypinschen Gesetzgebung aus der Feldgemeinschaft ausgeschieden waren, der Besitz der Genossenschaften und der durch Kauf erworbene Boden mit der gleichen Rücksichtslosigkeit zusammengeworfen und nach den alten Gebräuchen der Gemeindeumteilung neu verteilt.

Aber ebenso sehr wie der Bauer als Privatperson siegte, verlor er als Staatsperson: er unterwarf sich der Herrschaft einer städtischen Minderheit, die aus landfeindlichem Geiste zu regieren begann. Die Agrarfrage blieb ein ungelöstes Problem.

Die Randstaatenmethoden.

Wesentlich anders, jedenfalls seinem geistigen Charakter nach, spielte sich der Enteignungsprozeß in der ostmitteleuropäischen Randstaatenzone zwischen Ostsee und Adriatischem Meer ab, wo durch Versailles auf dem Boden der alten Monarchien eine Reihe von Demokratien entstanden, die mehr oder weniger ausgesprochen bäuerlicher Natur waren.

Hatte das russische Bauerntum, ohne viel Gründe anzugeben, nach dem Adelslande gegriffen, so entwickelten die Versailler Demokratien eine ganze agrarische Ideologie, die in den Grundlinien eine weitgehende Uebereinstimmung aufweist. Es sei nur nebenbei als typisch für den kleinagrarischen Charakter der Bewegung die naive Neigung zur Zurückführung aller volkswirtschaftlichen Mißstände, insbesondere der Auswanderung, auf das Vorhandensein des Großgrundbesitzes erwähnt. Auffallend ist auch das durchgehende Arbeiten mit historischen Argumenten. Ob die Letten und Esten von der Zurückführung des Landes in den Besitz der „Ureinwohner“ sprachen, ob die Polen ihr Vorgehen mit dem „Unrecht“ der preussischen Enteignungen, die im nennenswerten Ausmaß gar nicht stattgefunden haben, rechtfertigten, ob die Tschechen die Konfiskationen nach der Schlacht am Weißen Berge liquidieren wollten, und ob die Serben sich gegen die Nachkommen derer wandten, die die Habsburger mit Schenkungen bedacht hatten, — dahinter steckte immer wieder dieselbe Wiedergutmachungstheorie, die seit Wilson und Versailles scheinbar zur Grundlage einer zweifelhaften politischen Ethik geworden ist. In der Uebertragung bürgerlicher Moralbegriffe auf die große Politik hat sich die Ueberheblichkeit eines Puritanismus offenbart, der einen Kampf nicht führen konnte, ohne dem Gegner Minderwertigkeit anzuhängen. Nichts ist charakteristischer für die Verlogenheit dieser Geistesverfassung, als daß keiner der neuen Staaten sich in der Praxis nun wirklich innerhalb des historischen Rahmens gehalten hat; wo er es, wie in der Tschechei, mit wissenschaftlichen Enquêtes tatsächlich versuchte, kam er von der Durchführung schnell wieder ab. In Wahrheit konnte dieses Suchen nach moralischer Schuld nur dazu dienen, eine schlechte Rechtfertigung für eine Agrarpolitik zu geben, die mit wirtschaftlichen Gründen nicht zu verteidigen war. Die moralische Belastung der Großgrundbesitzer führte aber dazu, daß die Staaten die Entschädigungsfrage einfach bagatellisierten und nur aus Furcht vor dem Westen eine offene Konfiskationserklärung vermieden.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zu den Vorgängen in Rußland lag in der Art der Durchführung der Bodenaufstellung. Während

das russische Dorf von sich aus in einem kurzen revolutionären Prozeß die Aufteilung vornahm, wurde in den Randstaaten die Agrarpolitik von der Zentrale aus geleitet. Eine Gesetzesmaschine (in der Tschechoslowakei allein 52 Gesetze und Verordnungen) und ein umständlicher bürokratischer Apparat sorgten dafür, daß die Enteignung sich über ein Jahrzehnt hinzog, so daß sie stellenweise heute noch nicht beendet ist. Möchten die Behörden nun Gemeinde- und Kreiskomitees wie in Lettland heißen, Agrarämter und Agrardirektionen wie im S.S.S.-Staat, oder Bodenamt mit seinen verschiedenen Distriktstellen wie in der Tschechei — es war überall derselbe Instanzenweg unter konsequenter Ausschaltung des Persönlichen. Wo die Grundherren den Versuch machten, sich mit ihren Leuten auf direkte Weise auseinanderzusetzen, verwehrte es ihnen die Bürokratie. Das Landvolk sah sich plötzlich statt der alten Herrschaft der viel schlimmeren der neuen Beamtenschaft ausgeliefert, die mit dem ihr zugefallenen Bodenkapital in ehrloser und bestechlicher Weise zu wirtschaften begann.

Die politischen Parteien rissen sich darum, das ungeheure Bodenkapital zur Verteilung in die Hand zu bekommen, um die Stimmen der ländlichen Massen zu gewinnen. Nach rein agitatorischen Gesichtspunkten wurden die Felder in ökonomisch grausamer Weise zerstückelt, wobei die „Verdienten“ sich ihr Recht auf die größten Stücke zu wahren verstanden. Kolonisiert wurde verhältnismäßig wenig, man begnügte sich im allgemeinen mit der bequemeren Lösung der Vergrößerung bestehender Bauernstellen. Dabei entfiel auf den einzelnen im Durchschnitt wenig mehr als ein Hektar. Dieser bescheidene Erfolg genügte aber den Regierungen, ihre nach den üblichen Rechtsbegriffen verdächtige Bodenreform als die „größte soziale Tat“ dem Ausland gegenüber zu feiern.

In besonderer Weise wurde die Enteignungsaktion dort durchgeführt, wo es sich nicht bloß, wie im Baltikum, um Erledigung einer andersnationalen Oberschicht, sondern um Eindringen in ein geschlossenes Sprachgebiet handelte, wie in Posen-Westpreußen, in den sudetendeutschen Bezirken, im Siedlungsgebiet der Szekler und Sachsen in Siebenbürgen usw. Es wurde selbstverständlich für Staatsweisheit gehalten, den Großgrundbesitz in diesen Gebieten so gut wie ausnahmslos dem „Staatsvolk“ zuzuspielen. Es ist erstaunlich, mit welcher Ungeistigkeit die Versailler Staaten das Problem der Einfügung oder der Zusammenfügung neuer Gebiete zu einem Staatswesen angefaßt haben. Wir hatten vor dem Kriege die schwierige Aufgabe, Elsaß-Lothringen innerlich mit dem Reich zu verschmelzen. Wir unterzogen uns ihr ungeschickt und fehlerhaft genug, aber wir bemühten uns wenigstens noch ernsthaft darum. Die neuen Staaten haben die geistige Seite dieser Aufgabe überhaupt nicht begriffen, sie sahen lediglich das technische Problem der Ausdehnung der Staatsverwaltung und das ethnographische der Verdrängung des eingefessenen Volkstums. Sie verleugneten damit in Wahrheit den Wert der bodenständigen Kräfte.

Um eine Vorstellung von dem Ausmaß der Kräfte- und Wertverschiebungen zu gewinnen, ist es nötig, einen knappen Ueberblick über die Ereignisse in den einzelnen Staaten zu geben:

Finnland, das in direkter Anknüpfung an eine alte Staats-tradition entstand, griff die Agrarfrage in einer maßvollen Weise an, obwohl die Problemlage: ein Großgrundbesitz, der sich in fremdvölkischen (schwedischen) Händen befand, bei ihm die gleiche war, wie bei den radikalen baltischen Staaten. Die Uebertragung des vollen Eigentums an die Erbpächter war die erste Maßnahme. Die *Lex Kallio*, das eigentliche Agrargesetz, setzte in Staffeln das Höchstmaß der zu enteignenden Fläche eines Großgrundbesitzes mit 50 Prozent fest. Einige Hunderttausend Hektar sind auch tatsächlich aufgeteilt worden. Der Prozeß setzt sich jedoch noch fort, da die bäuerliche Agrarpartei durch ihr zahlenmäßiges Wachstum inzwischen zu außerordentlichem politischem Einfluß gelangt ist und mit einer demokratischen Tendenz gegenüber dem Großgrundbesitz einen ziemlich engherzigen finnischen Nationalismus verbindet. Es ist bedauerlich, daß der Staat infolge seiner parlamentarischen Verfassung solchen Strömungen ausgeliefert ist bei den guten Ansätzen, die er sonst zu aufbauender Arbeit gemacht hat.

Reiflos vernichtet haben dagegen **Estland** und **Lettland** ihren deutschen Großgrundbesitzerstand. In beiden Staaten war neben den Rittergütern ein zahlreicher Bauernstand vorhanden, der auf großen Einzelhöfen saß, die ungeteilt vererbt wurden. Unter dem Einfluß liberaler Ideen hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine junge Generation im baltischen Adel eine Befreiung der Bauern durchgeführt, die reichlich Land zunächst zur Nutzung und später zu freiem Eigentum erhielten. Die russische Staatsregierung beschränkte sich hierbei auf die Prüfung und Billigung der Vorschläge der ritterschaftlichen Landtage. Neben dem vom Baltikum großgezogenen bäuerlichen Mittelstand gab es ein landloses Proletariat, das in die Städte abzuwandern begann und daher einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften hervorrief. Infolgedessen suchten, freilich etwas spät, die Großgrundbesitzer auf ihrem Hoflande durch Einrichtung von Pachtstellen, Landarbeiter ansässig zu machen, so daß vor der Agrarumwälzung 40,7 Prozent ihrer Oekonomieländereien bereits bäuerlich bewirtschaftet wurden (Toblen, Die Agrarrevolution in Estland, S. 10). Durch die Agrargesetze der neuen Republiken wurde der gesamte nichtbäuerliche Grundbesitz, Ackerland, Wald, Gewässer und in den meisten Fällen auch die landwirtschaftlichen Nebengewerbe zu einer lächerlichen Scheinentschädigung enteignet. In Estland wurde dem Besitzer grundsätzlich nicht einmal ein Restgut gelassen, in Lettland hatte er wenigstens Anspruch auf 100 Hektar, allerdings nicht auf seine Wohngebäude, während Bauerngüter in Größenklassen bis 300 Hektar von der Aufteilung völlig verschont blieben. Der Staat überließ den Baronen nur die Schulden: Hypotheken wurden über eine geringe Taggrenze hinaus nicht übernommen. Das Ziel, „dem Deutschtum das Rückgrat zu

brechen", war erreicht. Bis auf einige unter unerhörten äußeren und inneren Schwierigkeiten auf Restgütern wirtschaftende Edelleute ist vom baltischen Grundherrentum im Lande nichts mehr übrig geblieben. Zahlenmäßig steht das Ergebnis so aus: In Estland schmolz der deutsche Besitz von 1,672 000 Hektar auf 15 000 Hektar, in Lettland von 2,700 000 Hektar auf 60 000 Hektar zusammen (Bruno, Grundlagen und Entwicklung des internationalen Minderheitenrechts, Berlin-Steglich 1929, S. 13). Die Neuwirte, die auf den zerstückelten Gütern angesiedelt wurden, befinden sich bis heute in einer materiell außerordentlich gedrückten Lage und stehen in einem scharfen politischen Gegensatz zu den alten Bauern.

Das litauische Agrargesetz stand an Radikalismus hinter dem lettischen und estnischen nicht zurück. Die Besitzhöchstgrenze wurde mit 80 Hektar festgesetzt. Die Agrarumwälzung sollte hier die polnische Oberschicht treffen. Der polnische Großgrundbesitz fiel ihr auch zum Opfer, ein starker polnischer Mittelbesitz vermochte sie aber zu übersteigen. Die Sozialisten waren in der kurzen Zeit ihrer Herrschaft im Begriff, die Aufteilungen weiter zu treiben und auch die größeren Bauern nicht zu verschonen. Unter der Diktatur Smetona-Woldemaras hat eine rückläufige Bewegung eingesetzt. Man hat den Besitzern, deren Güter noch nicht parzelliert sind, Land über das gesetzliche Maximum belassen und statt Neusiedlung sich auf die Unterfütterung der bestehenden Wirtschaften beschränkt.

In Polen lagen die Agrarverhältnisse aus nationalen und sozialen Gründen viel zu kompliziert, als daß hier zu einer einheitlichen raschen Lösung gegriffen werden konnte. In Galizien war von der österreichischen Regierung seit den Josefinitischen Reformen bis 1849 eine wirtschaftlich im allgemeinen befriedigende Bauernemanzipation durchgeführt worden. In Kongreßpolen waren alle russischen Maßnahmen auf die Trennung der Interessen von Großgrundbesitzer und Bauer angelegt gewesen. Polen durften Rittergüter nur erben, nicht kaufen. Nach den Aufständen wurden Besitze konfisziert und Günstlinge des Zaren eingesetzt. Trotzdem konnte sich der von den Staatsgeschäften ausgeschaltete polnische Adel wirtschaftlich besser behaupten, als der russische, weil er, soweit er es nicht vorzog im Ausland zu leben, seine Zeit allein der Bewirtschaftung seines Gutes zuwenden konnte. Auf der anderen Seite führte die durch die Gültigkeit des code civile in Polen begünstigte Sitte der Realteilung in Kongreßpolen und gleichermasse in Galizien, namentlich dem ukrainisch besiedelten Ostgalizien, zu einem Ueberwuchern der unselbständigen Zwergbetriebe. Die Bauern pachteten in ihrer Landnot in großem Maße Gutsländ und verschafften dem Besitzer eine gute Rente. Völlig unorganisch standen die großen Gutsbetriebe zahllosen winzigen Wirtschaften gegenüber. Ganz anders war das Bild jedoch im Westen und im Osten des neuen Staates, in den Preußen und dem früheren Zentralrussland entrissenen Gebieten. In Preußisch-Polen gab es einen teils deutschen, teils polnischen hochentwickelten Großgrundbesitz und da-

neben einen kräftigen bäuerlichen Mittelstand, der ebenfalls national gemischt war. In den Ostgebieten saß ein polnisches Magnatentum über einer relativ dünnen, primitiven Bevölkerung weißruthenischer oder ukrainischer Nationalität.

Daraus erklärt sich die Vorsicht, mit der die Polen zunächst an das Agrarproblem herangingen. Die Agrargesetze vom Juli 1919, Juli und Dezember 1920 bestimmten, daß die Güter des Zaren, des russischen Staates, der russischen Bauernbank und des schlecht bewirtschafteten Privatgrundbesitzes enteignet werden sollten. Soweit daraufhin eine Agrarreform tatsächlich durchgeführt wurde, erfolgte sie überwiegend in Form einer polnischen Soldatensiedlung in den östlichen Wojewodschaften, wo der Lebensraum der autochthonen ukrainischen und weißruthenischen Bevölkerung eingeschränkt wurde. Außerdem bemühte sich der Staat, den deutschen Besitzstand in Polen-Westpreußen durch Vertreibung der Ansiedler und Domänenpächter, durch konsequente Anwendung des Wiederkaufrechtes gegen deutschstämmige Anerben der Siedlerstelle und durch offenen oder heimlichen Druck auf den einzelnen Besitzer zu freihändigen Verkäufen, den deutschen Besitzstand zu dezimieren. Das ist ihm im weiten Maße auch gelungen. Man darf schätzen, daß durch alle diese Maßnahmen allmählich annähernd eine Million Hektar in polnische Hand übergegangen sind.

Unter dem Einfluß der polnischen Bauernparteien wurden jedoch immer neue Versuche zur Durchbringung eines neuen Agrargesetzes gemacht. Die Aufstellung einiger Hunderttausend Hektar zur Schaffung neuer Bauernstellen und zur Vergrößerung der Parzellenwirtschaften genügte ihnen nicht, solange der Großgrundbesitz noch ungefähr ein Drittel des Landes besaß. Ein millionenstarkes ländliches Proletariat im Innern wollte von der Landnot befreit werden. Das am 9. Januar 1926 veröffentlichte endgültige Agrargesetz, welches nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist, sieht die Möglichkeit vor, jeden Grundbesitz über 180 ha landwirtschaftlich nutzbarer Fläche zu enteignen; für die Industriegebiete geht es sogar auf 80 ha herunter, um dagegen für die Ostgebiete wieder auf 300 ha heranzugehen für solche Personen, deren Ahnen bereits seit 1795, also seit der endgültigen Aufteilung Polens, dort Landwirtschaft getrieben haben. In den nächsten zehn Jahren sollen 200 000 ha jährlich enteignet werden. In welchen Gebietsteilen und von welchen Besitzern das Land genommen wird, darüber gibt es keine Bestimmungen, der Ministerrat hat in der Aufstellung der Enteignungsliste freie Hand. Die Ukrainer und Weißruthenen, die Anhänger einer radikalen Agrarreform waren, hatten in das Agrargesetz Ausnahme von Garantien verlangt, daß die Landverteilung in erster Linie der ortsansässigen landbedürftigen Bevölkerung zugute käme. Eine solche Forderung wurde jedoch von sämtlichen polnischen Parteien zurückgewiesen.

Die Praxis hat die Gründe dieser Ablehnung aufgezeigt, sofern das noch notwendig war. Während der Staat im Osten weiterhin vorsichtig vorging und Boden fast ausnahmslos polnischen Kolonisten zu-

teilte, zog er in Posen und Pommerellen den deutschen Großgrundbesitz, der nicht mehr ganz die Stärke des polnischen erreichte, in unverhältnismäßig hohem Maße heran und gab das Land nur polnischen Bauern. Die Vergleichsziffern sind folgende:

Ausmaß des in Posen und Pommerellen zur Enteignung vorgesehenen Besitzes in ha:

	deutsch	polnisch
1926	10 650	1 150
1927	39 428	18 390
1928	8 705	3 401
1929	7 292	570

In Oberschlesien, das nach der Genfer Konvention eine Sonderbehandlung genießt, dient das deutsche Reichsiedlungsgesetz zur Zerkümmern des deutschen Grundbesitzes. Durch allzu große Nachgiebigkeit hat der Großgrundbesitz es soweit gebracht, daß er zu einem willenlosen Organ der Siedlungsgesellschaften herabgesunken ist, während er nach der Rechtslage als Landlieferungsverband eine dem Siedlungsunternehmen gleichberechtigte Körperschaft ist. Seit der Plebiszzeit ist von den Polen bei allen möglichen Gelegenheiten das Versprechen gemacht worden, Land aus dem Bestand der großen Güter für polnische Verdienste zu verschenken oder zu einem Spottpreis zu verkaufen. Auf diese Weise ist in Oberschlesien ein „Landhunger“ hervorgerufen worden, der das Vielfache der überhaupt zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche übersteigt. Trotzdem fordern in zahlreichen Fällen die Siedlungsunternehmungen von den Gütern sehr viel mehr Land als die Gemeinden verlangen. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Landansprüche nicht den Latifundienbesitz betreffen, der im Innern des Landes gelegen ist, sondern in der Hauptsache den Grenzbesitz, der fast ausschließlich aus kleinen Gütern besteht. Die Grenzstriche waren auch in den Parzellierungsplänen für Posen-Westpreußen besonders bedacht worden.

Auf Seiten der polnischen Rechtsparteien glaubte man bei der Beschlussfassung des Agrargesetzes, daß nach Zerschlagung des hochintensiven deutschen Großgrundbesitzes sich schon herausstellen werde, daß eine Fortsetzung der Agrarreform eine wirtschaftliche Unmöglichkeit sei. In dieser Beziehung dürfte man sich getäuscht haben. Die Agrarreform hatte wohl für Polen nachteilige Ergebnisse, sogar nationaler Art. Die Soldaten, die im Osten größere Bodenanteile bekamen, waren vielfach nicht imstande, sich wirtschaftlich zu behaupten und zogen massenweise wieder nach Westen, indem sie ihren Boden entweder unbebaut ließen oder ihn den ortsansässigen ukrainischen Bauern gegen hohe Pacht übergaben. Der polnische Senator *Stęcki* veröffentlichte im April 1929 eine Reihe von Artikeln, in welchen er nachwies, daß in Polen, trotz der großen Menge von Bodenbeamten, in der Agrarreform ein Chaos herrsche. Er berechnete, daß schon im Laufe von wenigen Jahren gerade in den Ostgebieten kein Boden zur Parzellierung übrig bleiben werde. Dabei ergebe sich die ungesunde Erscheinung,

daß der Großgrundbesitz zwar verschwinde, aber an seiner Stelle Zwergwirtschaften entstünden, die auch nicht haltbar seien, weil die Landbevölkerung jährlich um 100 000 Menschen wachse, welche auf der Scholle blieben, da sie keine Möglichkeit erhielten, anderswo Arbeit zu finden. Während sich die Theoretiker den Kopf zerbrechen, wie dieses Uebel zu beheben ist, geht unbekümmert um das wirtschaftliche Ergebnis, der Druck der Bauernschaft, die ohne auf den Parzellierungsplan zu warten, vom Großgrundbesitz zu Wucherpreisen Boden kauft, weiter in der Aufteilungsrichtung.

Im staatlichen Leben des heutigen Polen spielt der Großgrundbesitz, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine Rolle mehr. Ein vom Militarismus beherrschtes bäuerliches Volkstum — das ist der soziologische Charakter des Pilsniski-Polens. Wenn heute auf dem Sommeritz des Staatspräsidenten (dem früheren Zarenichloß Stala) sich das polnische Landvolk zu Tausenden wieder versammelt, um beim „ersten Landwirt Polens“ das allgemeine polnische Erntedankfest zu feiern, so ist das eine reine Bauernkundgebung. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, wann der politischen Bedeutungslosigkeit des Adels die wirtschaftliche folgen wird.

Die polnische Agrarpolitik erinnert stark an balkanische Vorgänge. In den Balkanstaaten war die Wirkung der Agrarrevolution deshalb besonders tiefgehend, weil die agrarpolitische Entwicklung auf einen relativ kurzen Zeitraum zusammengedrängt wurde, ohne daß die wirtschaftlichen Grundlagen, wie Industrie und Kapital zur Intensivierung vorhanden gewesen wären. Eine von der byzantinischen Zeit über die Türkenherrschaft im wesentlichen erhaltene agrarische Struktur wurde durch einen Parzellenbetrieb ersetzt, dessen Eigentümern die persönlichen Voraussetzungen zu moderner Wirtschaftsführung vorerst völlig fehlten. Rumänien, noch vor wenigen Jahren das klassische Land des Großgrundbesitzes, wird heute von Bauern regiert. Um eine Vorstellung von der Bedeutung eines solchen Umschwunges zu gewinnen, muß man sich vor Augen halten, daß die krassesten Auswüchse der Latifundienwirtschaft, gekennzeichnet durch Absentismus der Herren und Ausfäugung der landbebauenden Bevölkerung durch Zwischenglieder, hier wahrhaftig geherrscht haben. Der rumänische Großgrundbesitzer hat seine Leibeigenen im westeuropäischen Sinne nie befreit; die Bauern wurden wohl der Person nach frei, aber eigenen Boden besaßen sie nicht und bebauten stets die Felder der Boyaren. Dieser Zustand erhielt 1864 eine gesetzliche Sanktion durch die Verpflichtung der Besitzer, wenigstens zwei Drittel ihrer Güter durch bäuerliche Pächter bebauen zu lassen. Man muß wissen, daß die nicht zahlreichen Boyarenfamilien meist in den europäischen Großstädten lebten und ihr Land an jüdische Großpächter vergaben, die aber auch nicht selber wirtschafteten. Aus den Großpächtern bildeten sich vielmehr ganze Pächtrusse, die ihrerseits das Land an die Bauern weiter verpachteten. Da zu gleicher Zeit die Großpächter auch noch einen Getreidehandelsring gebildet hatten, der den Bauern als Schuldnern auch

noch die Preise für ihre Produkte vorschrieb, ist es kein Wunder, daß es öfter zu Bauernaufständen kam und die Wucherer erschlagen wurden. Die Bauernbevölkerung wurde durch diesen Kapitalismus völlig proletarisiert und mußte ihre Ablassungsverträge immer wieder erneuern. Die einzige Gegenwehr war eine im Jahrzehnt vor dem Kriege mit Stützung der Regierung einsetzende Pachtgenossenschaftsbewegung der Bauern.

Der rumänische Bauer, von der festen Ueberzeugung besetzt, der von ihm bebauten Boden gebühre ihm von Rechts wegen und sei ihm nur mit List und Gewalt von den Bojaren entrisen worden, nahm am Ausgang des für Rumänien außerordentlich wechselvollen Krieges den Boden in ziemlich revolutionären Formen in Besitz. Im ehemals russischen Bessarabien sprach ein Soldaten- und Bauernrat, Sfatul Țarii genannt, die Enteignung der Güter über 100 ha aus, die daraufhin die Bauern unter sich aufstellten. Diese „Agrarreform“ des Sfatul Țarii wurde hinterher einfach von der rumänischen Gesetzgebung bestätigt. Im Altreich wurde der enteignete Boden zum großen Teil ohne einen besonderen technischen Apparat den Bauern zugeteilt, die ihn bereits im Teilbau oder in Arbeitspacht bewirtschafteten. Auf diese Weise konnten in kurzer Zeit große Bodenmassen in bäuerliche Hände übergehen, obwohl immer noch zwei Drittel der sogenannten Bodenberechtigten zu keinem Grundbesitz gelangen konnten. Die Parzellierungen der Pachtfrucht hatten bereits vorgearbeitet. Es verblieb jedoch nach den Gesetzen von 1921 den Besitzern im Altreich der Wald, die Oedländerien und Wein- und Obstgärten. Tatsächlich behielten sie bedeutend mehr, da die Enteignung des landwirtschaftlichen Bodens bis zur Grenze von 110 bis höchstens 500 ha keineswegs durchweg streng durchgeführt wurde.

Wesentlich anders war das agrarische Problem in den Ungarn entrisenen Gebieten, Siebenbürgen und Banat, gelagert. Hier gab es im Gebiet der Székler und Siebenbürger Sachsen eine Art agrarischer Demokratie von altständischem Charakter, große Besitzkomplexe waren unbekannt. In dem übrigen Gebiet, in dem ein ungarischer Adel über einem rumänischen Bauernvolk saß, das er nach den Türkenkriegen zur Besiedlung ins Land gerufen hatte, gab es im Gegensatz zum rumänischen Altreich durch die ungarischen Reformen im 19. Jahrhundert einen zahlreichen rumänischen bäuerlichen Mittelbesitz. Die Güter, große wie kleine, wurden nicht von Pächtern, sondern fast überall von den Besitzern selbst bewirtschaftet.

Hatten die Rumänen schon eine gewisse differenzierte agrarpolitische Behandlung zwischen dem Altreich und Bessarabien für zweckmäßig gehalten, so scheuten sie sich nicht, zur Erreichung ihrer nationalen Ziele die Unterschiede zu den ungarischen Provinzen noch deutlicher zu treffen. Das Maximalausmaß, das den Besitzern zu belassen ist, wurde für Siebenbürgen in ziffernmäßig gleicher Höhe, jedoch nicht in Hektar, sondern in Katastraljoch angegeben, was eine tatsächliche Reduzierung fast bis zur Hälfte bedeutete. Dabei wurde das Ausmaß

der erfahbaren Ländereien im Gegensatz zu den übrigen Provinzen nicht in festen, sondern in variablen Zahlen angegeben, so daß man sogar Güter unter 10 Joch enteignen konnte. (!) Die Anwendung dieser Bestimmungen lag ganz in der Hand der ausgesprochen ungarnefeindlichen Verwaltungsbeamten. Weder im Altreich, noch in Bessarabien oder der Bukowina hatten die Agrargesetze die Beschlagnahme der Wälder angeordnet, nur in Siebenbürgen und den übrigen ehemals ungarischen Gebietsteilen geschah das. Als 1923 auch für die übrigen Provinzen eine Befreiung der Landgemeinden mit Wäldern beschlossen wurde, wurden die Ansprüche der Dörfer genau nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl geregelt. In Siebenbürgen war der weitaus größere Teil der restlos enteigneten Wälder vom Staate behalten worden. Das erwies sich auch — ohne damit etwas für die Berechtigung der Wälderverstaatlichung zu sagen — insofern als angebracht, als die Bauern überall mit dem ihnen übereigneten Wald einen rücksichtslosen Raubbau trieben.

Die rumänische Agrarreform, die sich wirtschaftlich als besonders starker Rückschlag erwies — das Weizenexportland mußte Weizen einführen! — ist noch nicht beendet. Die Zuteilung von 6 Millionen ha an 1,6 Millionen Bauern hat an dem proletarischen Zustand der ländlichen Massen kaum etwas geändert. Bereits haben Stimmen im Lager der heute nach den kapitalistischen-liberalen Boyaren regierenden Bauernpartei die Aufteilung der Restgüter gefordert. Dieser Drang wird wachsen. Wer kann es wagen, sich ihm entgegenzustellen?

Die kleinen Balkanstaaten Bulgarien und Serbien waren nach der Erledigung der türkischen Herrschaft, die den Abzug der mohammedanischen Grundbesitzerklasse nach sich zog, ausgesprochene Kleinbauernländer geworden, wobei Bulgariens Eigentümlichkeit in dem starken Staats- und Gemeindebesitz und Serbiens in dem Institut der „Zadruga“, der Hauskommunion, bestand. In Bulgarien, das seit seiner Entstehung nicht weniger als drei radikale Bodenreformen erlebte, zeigte das Volk eine besondere Neigung zur bäuerlichen Demokratie.

Dagegen wahrte Griechenland einen gewissen feudalen Einschlag. Große Besitzungen gab es in den Ebenen Thessaliens, Mazedoniens und Thraziens. Die Besitzer waren vielfach reiche Phanarioten aus der Moldau, die türkischen Bega ihre Güter abgekauft hatten und einen starken Einfluß auf die griechische Krone besaßen. Die Bestrebungen zur Aufteilung des Großgrundbesitzes kamen infolge der Niederlage gegen die Türken zum Ziel. Man verteilte Land an Flüchtlinge oder Einwanderer aus Kleinasien und Ostthrazien.

Ungebrochen bestehen dagegen heute noch in Albanien Großgrundbesitz und Feudalherrschaft. Freie Bauern gibt es verhältnismäßig wenig, es herrscht noch das Pachtssystem vor. Großgrundbesitz ist ausschließlich in den großen Küstenebenen und Niederungen zu finden, während im Mittelgebirge und Hochland bäuerlicher Kleinbesitz an Acker und Oliven, dagegen Gemeinschaftsbesitz an Wald und Wei-

den vorherrschen. In einer Agrarreform ist es bis heute noch nicht gekommen.

Die Gebiete, die Serbien durch den Zusammenbruch Habsburgs hinzuerwarb, besaßen überwiegend eine Feudalstruktur, d. h. in Bosnien und der Herzegowina bestand das sogen. „Kmetensystem“ (in Dalmatien in einer verwandten Form „Kolonatsystem“ genannt), nach dem der Eigentümer des Bodens der moslemische Grundherr war, die christliche Kmetenfamilie aber die Nutzung hatte und sich zu Naturalabgaben verpflichtete. Da der Eigenbetrieb des Grundherrn (Begluk), soweit er überhaupt vorhanden war, die Größe von 25 ha nicht überstieg, war die Agrarreform hier ein rein rechtlicher Vorgang durch Übertragung der Eigentumsrechte an den Kmeten. Diese Aufgabe löste der Staat sehr einfach, indem er die Entschädigung der Grundherren verschob und sie massenhaft der Verarmung anheimfallen ließ.

In Kroatien = Slowenien, der Wojwodina, Krain und Untersteiermark gab es dagegen neben einem starken bäuerlichen Klein- und Mittelbesitz, wie er sich besonders im Gebiet der alten „Militärgrenze“ entwickelt hatte, eine Anzahl von Großgrundbesitzen. Unmittelbar nach dem Umsturz kam es zu Fällen gewalttätiger Okkupation, so daß die ersten Verordnungen vielfach nur das sanktionierten, was die Bauern und Landarbeiter schon vollzogen hatten. Der neue Staat begnügte sich damit, seine Agrarreform im wesentlichen durch ministerielle Verordnungen zu erledigen, die er erst 1922 durch das Parlament in Gesetz umwandeln ließ.

Im ganzen war aber das Ausmaß der betroffenen Großgrundbesitze im S.H.S.-Staat bei weitem nicht so erheblich wie in anderen Staaten und sie kamen noch verhältnismäßig gut weg: Der Waldbesitz blieb vorläufig unangetastet, obwohl das Gesetz auch seine Enteignung ausspricht, und von dem anbaufähigen Land wurde den Besitzern tatsächlich ein Drittel im Durchschnitt gelassen. Wie in Rumänien war das Besitzmaximum nach den Provinzen verschieden abgestuft. Merkwürdigerweise war es im westlichen Kroatien, in Dalmatien und Slowenien, wo der Boden weniger ergiebig ist, weit niedriger angesetzt worden, als in den mit bestem Ackerboden gesegneten Gebieten von Slavonien und Wojwodina.

Die Durchführung der jugoslawischen Landaufteilung war wie in Rumänien von allen korrupten Erscheinungen des Balkans begleitet. Die schlimmste Landplage waren dabei neben den Behörden die sogen. „Dobrowolzen“ (Freiwilligen), deren Existenz sich dadurch erklärte, daß der serbische Ministerrat im Februar 1917 in Korfu den Beschluß gefaßt hatte, jeden Freiwilligen im serbischen Heere nach Beendigung des Krieges mit 5 ha fruchtbaren Landes zu belohnen. Es gab nun plötzlich erheblich mehr „Freiwillige“, als jemals gekämpft hatten; sie tauchten überall auf und verlangten Felder, die sie nie in Besitz nahmen, sondern verschwanden, nachdem sie sie verpachtet oder verkauft hatten, um an anderen Orten neue Ansprüche zu stellen.

Die Kolonisation, die namentlich in Mazedonien aus serbisch-nationalen Gründen durchgeführt wurde, war ein völliger Mißerfolg. Die Kolonisten nahmen vielfach ihr Land gar nicht erst in Besitz; die übrigen errichteten nur zu einem kleinen Teil Wohnstätten darauf und auch von diesen haben viele, sogar ganze Dorfsiedlungen das Land wieder verlassen. Die nationalen Minderheiten, die Mazedonier in Südserbien, die Ungarn und Deutschen in der Wojwodina wurden selbstverständlich bei der Landzuteilung völlig ausgeschaltet, obwohl unter ihnen viele Landlose waren. Eine Denkschrift der katholischen Bischöfe vom Mai 1922 behauptet, daß die orthodoxe Kirche den für Agrarreformzwecke weggenommenen Besitz zurückerhielt, die katholische dagegen nicht.

Eine endgültige Regelung der Agrarreform in Jugoslawien ist noch immer nicht erfolgt. Die Eigentumsübertragungen sind meistens noch ebenso wenig erledigt, wie die Entschädigungszahlungen. Das hat zu zahllosen Prozessen geführt. Eine vielbeachtete Denkschrift der land- und forstwirtschaftlichen Fakultät in Agram von 1922 weist auf die großen Flächen von Oedland und unkultiviertem Land hin, die im Staate für Zwecke der Agrarreform vorhanden seien. Der unproduktive Boden von Nord- und Südserbien sei mehr als doppelt so groß wie die Bodenfläche des Großgrundbesitzes im ganzen Staate vor der Agrarreform. Vielleicht greift der Staat, nachdem er nicht mehr den Parteien unterworfen ist, die aus der Agrarreform ein Geschäft machen, derartige Kolonisationsaufgaben mit etwas weniger Dilettantismus an. Er wird aber darüber hinaus die soziale Problematik seiner agrarischen Bevölkerung behandeln müssen, die wegen des Nebeneinanderbestehens von individuell-bäuerlichen und hausgemeinschaftlichen Formen brennend geworden ist.

In Ungarn hatte die Agrarreform einen anderen Sinn als in den Nachbarstaaten, die ihm den größten Teil seines Landes raubten. Sie war eine Konzession, die der herrschende Feudalismus an den Zeitgeist machte. In dem Restgebiet der Donautiefebene waren große Güter naturgemäß häufiger als in den vorwiegend gebirgigen Randgebieten, die verloren gingen. Diese waren der Hauptstich eines tüchtigen, meist protestantischen Kleinadels gewesen, der gegenüber dem leicht zu Oesterreich neigenden katholischen Magnatenstum das spezifisch ungarische Staatsbewußtsein vertrat. Die öffentlichen Verpflichtungen überstiegen aber bei weitem die materielle Kraft dieser Gentry, und ihr massenhafter wirtschaftlicher Zusammenbruch führte schon vor dem Kriege zur Entstehung eines zahlreichen und starken jüdischen Großgrundbesitzer- und Pächterstandes, der im Gegensatz zu den rumänischen Zuständen meist selber wirtschaftete und vielfach durch Abelsverleihungen ausgezeichnet wurde, die das internationale Ansehen der ungarischen Barone erheblich herabsetzten. Nach dem verlorenen Kriege regiert die aus den Randgebieten geflüchtete Gentry in Ungarn weiter. Eine gemäßigtere Agrarreform, die für die Entschädigung den Wert im Zeitpunkte der Enteignung als Grundlage nimmt und

die Durchführung der Reform einer unabhängigen Grundbesitzregulierungskommission aus höheren Richtern überträgt, soll die soziale Basis der Regierung verbreitern. Der Großgrundbesitz verliert dadurch etwa ein Drittel seines Bestandes (Angabe von H. Haushofer, Agrarreformen, S. 46/7). Wirtschaftlich zeigt die Agrarreform auch hier Mängel, da die Kredite des Staates unzureichend, die Siedler vielfach ungeeignet sind und die Aktion jede großzügige Planung vermissen läßt. Aber die Gruppe der sog. „kleinen Landwirte“, die mit mittel- und kleingrundbesitzendem Adel durchsetzt ist, erfährt dadurch eine Verstärkung, ohne den Ideen einer Bauerndemokratie zu verfallen, die jedoch für Ungarn eine geistige Versuchung bleibt bei den Wirkungen, die die Agrarpolitik seiner feindlichen Nachbarn auslöst.

Die stärksten Gefahren gehen in dieser Hinsicht von der Tschecho slowakei aus. Böhmen galt in der agrarpolitischen Literatur als das klassische Land der Latifundien. Es wurden immer die Riesensitzungen des böhmischen Hochadels angeführt, dessen Stellung im Lande durch die Schlacht am Weißen Berge politisch begründet worden war und der seitdem innerhalb der Monarchie einen oft bestimmenden Einfluß besaß. Bei näherem Zusehen ergab sich aber, daß — vom Waldboden abgesehen — zwar durch eine Vielzahl von Beamten und Pächtern bewirtschaftete Besitzlatifundien vorhanden waren, aber nirgends Betriebe, die eine für ostmitteleuropäische Verhältnisse mittlere Größe (300—500 ha) überschreiten. Die Tschechen, die ihr Emporkommen adliger Förderung verdanken, setzten einheitlich die Maximalgröße eines landwirtschaftlichen Besitzes mit 150 ha und die eines forstlichen mit 100 bzw. 250 ha fest. Sie beschlagnahmten an einem Tage 4 Millionen ha oder 28,2 Prozent der Gesamtfläche des Staatsgebietes, mit dessen Aufteilung sie bis zum heutigen Tage noch beschäftigt sind. Der größere Teil des beschlagnahmten Bodens (2¼ Millionen ha) ist Wald, der in den böhmischen Ländern anerkanntermaßen vorzüglich bewirtschaftet wird. Außerdem erstrecken sich die Bodenreformgesetze auf alle Objekte, wie Industrien, Palais und Gasthäuser, die mit den beschlagnahmten landwirtschaftlichen Besitzungen zwar den Eigentümer gemein haben, aber sonst in keinem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen. Dadurch ist die Zuckerindustrie in großem Maße von der Beschlagnahme mit betroffen worden. Zahlreiche Schlösser von künstlerischem Wert, selbst Erbgräbnisse, unterliegen der Enteignung. Die Marienbader Kurquellen, Bäder und Logierhäuser, die einem kirchlichen Stift gehören, das über beschlagnahmbaren Landbesitz verfügt, wurden auf Grund der Boden-gesetze in staatliche Zwangsverwaltung genommen.

Die Großgrundbesitzer erlitten eine Entschädigung zu entwerteten Vorkriegssätzen, dabei machte das Bodenanf noch Abzüge für einen Angestelltenfonds und für die Patronatslasten, da die Gesetze, für den Geist des Gesetzgebers höchst bezeichnend, an derartige Verpflichtungen nicht gedacht hatten. Die Besitzer wurden von dem

praktisch der parlamentarischen Kontrolle entzogenen Bodenamt zu einer sog. „gütlichen Vereinbarung“ (dohoda) gezwungen unter der Drohung, daß ihnen im Weigerungsfalle noch weit weniger belassen würde. Nach den Angaben örtlicher Agitatoren wurde der Boden als „Anliegersiedlung“ an Häusler und Kleinbauern verteilt, deren Stimmen für die Wahlen damit gewonnen wurden. Außerdem wurden ganze Höfe als sog. „Restgüter“ oder im Wege des „freihändigen Abverkaufs“ (mit Genehmigung des Bodenamtes) in die Hände des „neuen Standes tschechischer Landbesitzer“ gegeben, von dem der erste Präsident des Bodenamtes gesprochen hatte. Dieses Verfahren wurde besonders im deutschen Siedlungsgebiet angewandt, weil auf diese Weise die Ansprüche der ansässigen Bevölkerung am bequemsten zu übergehen waren. Nach zuverlässigen Schätzungen haben die Deutschen $2\frac{1}{2}$ —3 Prozent bei den ordentlichen Zuteilungen erhalten, während bei dem einzigen Gesetz, das einen Rechtsanspruch dem Bewerber gewährt (Zuteilung an langjährige Kleinpächter) 88 Prozent auf sie entfielen. In diesem Zustand hat auch die deutsche Regierungsbeteiligung nichts geändert. Seit 1928 ist in den böhmischen Ländern die Zuteilung des landwirtschaftlichen Bodens im wesentlichen beendet.

Schwieriger war die Durchführung der Bodenreform in der Slowakei, wo meistens Neusiedlungen geschaffen werden mußten. Infolgedessen ist sie dort heute noch im Gange. Die Kolonien gedeihen z. T. sehr schlecht. Den Slowaken ergeht die Zuteilung nicht den Verdienst, den sie früher als Saisonarbeiter in der ungarischen Tiefebene fanden.

Die Tschechen weisen in der Auslandspropaganda mit besonderem Stolz darauf hin, daß ihre Bodenreform hunderttausenden von Familien zu Eigentum verholfen habe. Sie vergessen aber zu erwähnen, daß die I. I. ha, die im Durchschnitt auf den einzelnen bei der Kleinzuteilung entfielen, keineswegs zum Aufbau einer selbständigen Wirtschaft genügend sind und daß Hunderttausende von Beamten, Angestellten und Arbeitern ihren Arbeitsplatz verloren haben und infolge völlig unzureichender Entschädigung der Proletarisierung anheimfielen. Der demagogische und parteipolitische Charakter der Agrarreform ermöglichte das Vorherrschen der unsaubersten Einflüsse. In dieser Hinsicht steht die Tschechoslowakei hinter keinem der Balkanstaaten zurück.

Gegenwärtig ist das tschechische Bodenamt mit der Uebernahme der Wälder beschäftigt, von denen man sagen kann, daß sie offenbar deswegen enteignet werden, weil sie sich in einem so guten Zustand befinden. Der Staat, die Provinzen, Gemeinden, Genossenschaften und einige auserwählte Persönlichkeiten werden die Erwerber der Abelswaldungen werden. Da die Wälder besonders an den Grenzen gelegen sind, wird hierdurch die sudetendeutsche Grenzbevölkerung und das deutsche Forstpersonal stark in Mitleidenschaft gezogen.

In den dichtbevölkerten und hochentwickelten böhmischen Ländern mußte sich eine radikale Agrarumwälzung sehr viel weiter auswirken, als in den dünnbevölkerten Ostgebieten. Ihre wirtschaftlichen Folgen sind jedoch vorläufig geringer als ihre sozialen und politischen, die zu dem Aufbau eines festgefügtten agrardemokratischen Systems geführt haben, indem die Tschechoslowakei für Mitteleuropa führend geworden ist. Ein System, das unmittelbar an unseren Grenzen aufgerichtet wird und unsere agrarische Struktur ebenso wie die ungarische tödlich bedroht.

Staat und Bauerndemokratie in der preußischen Ostmark.

Durch die „Demokratisierung“ des Bodens richteten sich Esten, Letten, Litauer und die übrigen Randstaatenvölker in Formen ein, die ihrer räumlichen Beschränktheit entsprachen. Nachdem die Freude an der öffentlichen Geltung ihrer Sprache und an der Leitung ihrer Verwaltungsangelegenheiten im Verlauf der ersten zehn Jahre befrüchtlich abgelaufen ist, beginnen auch die kleinen Völker zu erkennen, daß sich durch Uebersetzung allein eine eigene Kultur nicht schaffen läßt. Das Nationale ist seinem Wesen nach ein geistiger Wertbegriff und nicht bloß ein ethnographisches Unterscheidungsmerkmal. Die allgemeine „Gleichberechtigung“ der Völker ist nur möglich unter Uebergang des tieferen spezifisch nationalen Charakters und Annahme eines geistigen Mittelmaßes. Auf dieser Basis hat sich auch die Emanzipation der Völkerschaften Mittel- und Osteuropas von den großen monarchischen Staatsverbänden im 19. Jahrhundert vollzogen. Friedrich Wilhelm IV. bemerkte 1841 in seinem Abschied an den Posenschen Landtag, daß er den Bestrebungen entgegentreten müsse, die den nationalen Unterschied zu einem politischen erheben wollten. Er hatte ein Gefühl dafür, daß er als Monarch ein Staatsprinzip verteidigte, welches völkerverbindend wirken konnte, und daß eine Nation mit großräumigen Möglichkeiten etwas anderes war, als eine Nationalität mit lokalen Bedürfnissen.

So wenig, wie wir den monarchischen Gedanken vertieften, so wenig vermochten wir eine innere Ueberlegenheit den Polen gegenüber zu behaupten. Wir begaben uns in dem ostmärkischen Bodenkampf vor dem Kriege auf das national-demokratische Niveau des Gegners, es war kein Wunder, daß wir mit ihm nicht Schritt halten konnten. Es scheint zeitgemäß, wenn man die Voraussetzungen prüfen will, die im Zusammenhang mit der osteuropäischen Umwälzung für eine Agrardemokratie bei uns gegeben sind, sich über dieses abgeschlossene Kapitel eines politischen Bodenkampfes Rechenschaft zu geben.

Ueberblickt man heute die Vorkriegsvorgänge in Posen, so gewinnt man den vielleicht überraschenden Eindruck, daß das preußische als geistiges Element, als die Gesinnung eines Kolonistenvolkes, das auf dem gleichen Boden wie das Polentum gewachsen war, in diesem Kampfe kaum eingesetzt worden ist, und daß es viel eher eine demokratisch-bürokratische Note neudeutscher Prägung war, die zu dem Mißlingen der Germanisation beigetragen hat. Es war nicht nur die Begrenzung an materiellen Mitteln, die die Ansiedlungskommission

über kleine Wirkungen nicht hinauskommen ließ, es war der aus kleinen Vorstellungen geborene Gedanke der Bodenreform selbst, der nicht ausreichte, um den schwierigen und vielseitigen Prozeß der Eindeutschung eines Landes zu vollenden. Die primitive und ungeistige Auffassung, daß das ostelbische Deutschland durch bloße Ausrottung und Ansiedlung geschaffen worden wäre, ist längst widerlegt. Der Erfolg erklärt sich durch eine umfassende geistige, politische und wirtschaftliche Überlegenheit, die das einwandernde Deutschtum mitbrachte. Auf solcher Basis bewegte sich unsere Auseinandersetzung mit den Polen nicht mehr. Im Bewußtsein unserer Macht meinten wir, daß es genüge, einen Ausdehnungsdrang ohne geistige Rechtfertigung zu bekämpfen. Aber wenn die Ansiedlungskommission in einem verhältnismäßig kleinen Gebiete germanisierte, drangen inzwischen die Polen auf allen anderen Abschnitten vor. Und so zeigte sich bei Beginn des Krieges das erstaunliche Resultat, daß die Polen im Verlauf des ganzen Nationalitätenkampfes ihren Besitzstand um nahezu 100 000 Hektar vermehrt hatten. Der schwerfällige staatliche Apparat hatte mit der privaten Initiative der polnischen Volksorganisation nicht konkurrieren können.

Zwar erscheint volkswirtschaftlich die Arbeit der Ansiedlungskommission recht beachtlich: eine Bevölkerung von mehr als 150 000 Seelen wurde unter wirtschaftlich ansichtsreichen Bedingungen auf einer Fläche von bald einer halben Million Hektar angesiedelt, wobei man erwähnen muß, daß dieser Grund zu dreioiertel deutscher Besitz gewesen war. Welcher Oststaat, der seinen Grundbesitz radikal auflöste, hätte auf eine so solide fundierte und wirtschaftlich aufbauende agrarpolitische Leistung hinzuweisen? Aber das Entscheidende war, daß dieses Ansiedlerelement national nicht genügend widerstandsfähig wurde, weil es zu wenig sich selbst und zu viel der Behörde verdankte. Es verwuchs nicht so fest mit dem Boden wie der Polek, der durch die Politik der Regierung geradezu zur Selbständigkeit und Anspannung der eigenen Kräfte erzogen wurde.

Solange das Deutschtum in Posen und Westpreußen auf sich selbst angewiesen war, hat es sich auch ohne staatlichen Zusammenhang mit dem Mutterlande nicht nur behauptet, sondern im Wege einer friedlichen Unterwanderung langsam weiter ausgebreitet. Friedrich der Große fand bereits, wie Manfred Laubert nachgewiesen hat, ein Deutschtum vor, das verhältnismäßig ebenso stark war, wie dasjenige von 1918, als die Provinzen an Polen verloren gingen. Selbst der Grundbesitz hatte deutschen Einschlag. Die Stadtbevölkerung war vorwiegend deutsch, ebenso das platte Land in seinen fruchtbaren Niederungen, während die Polen sich auf den sandigen Höhenböden gehalten hatten. Etwa bis Mitte des vorigen Jahrhunderts setzt sich der stille Germanisierungsprozeß im Wege der Assimilation und der privaten Einwanderung deutscher Landwirte und Gewerbetreibender fort.

Die Berliner Regierung versuchte zunächst durch eine friedliche Politik die Eindeutschung zu fördern. Friedrich Wilhelm IV. erreichte durch seine Versöhnungsbestrebungen immerhin, daß sich in Posen

ein geistiges Zentrum des Polentums entwickelte, das enge Verührung zum deutschen Kulturkreis suchte. Emigranten kehrten in die Heimat zurück. Die Posener Intelligenz geriet in wissenschaftliche Verührung mit den preußischen Universitäten. Polen, Deutsche und Juden lasen ohne Unterschied. Noch deckten sich sprachliche Zugehörigkeit und politische Gesinnung keineswegs. Selbst im Adel war eine gewisse Stimmung für Preußen vorhanden. Die große Masse aber stand dem polnischen staatlichen Wiederaufbaugedanken völlig gleichgültig gegenüber. Sie hatte ihre wesentlichen materiellen Ziele (Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit) durch Preußen erreicht. In den preußischen Kriegen focht sie nicht schlechter als die anderen Truppen. Und zweifellos bestand eine gewisse Chance darin, dieses Bauernelement, das keine internationalen Beziehungen oder Familienverbindungen hatte, die nach Warschau und Krakau wiesen, zu gewinnen. Bismarck hatte das erkannt, als er die Absicht faßte, die Macht der polnischen Oberschicht, Adel und Geistlichkeit, zu brechen, um eine Annäherung von Volk zu Volk zu ermöglichen. Aber er scheiterte daran, daß er nur noch mit bürokratischen Kräften arbeiten konnte und gerade diese keinerlei germanisierende Wirkung auf den polnischen Bauern auszuüben vermochten.

Die viel verurteilte polenfreundliche Politik war eine einmalige Möglichkeit. Nachdem aber das Polentum sein geistiges Schwergewicht endgültig ins Ausland gelegt hatte, ging es von Preußen getrennte Wege, und alle späteren Annäherungsversuche wurden als Schwäche aufgefaßt. Der größte Fehler der preußischen Polenpolitik war der, daß sie keine gerade Linie verfolgte, weder im freundlichen noch im feindlichen Sinne, sondern daß sie unsicher und oft dilettantisch es einmal auf die eine und andere Art versuchte. Inzwischen organisierte sich das polnische Volk wirtschaftspolitisch und entfernte sich innerlich dabei vom preußischen Staat. Durch die demokratische Entwicklung wurden die breiten Massen in immer stärkerem Maße in den nationalen Kampf hineingezogen. Mehr und mehr griff der germanisierte Verwaltungsapparat in das Volksleben ein und drängte das Polentum in seiner Gesamtheit in die Opposition. Die Beseitigung der Selbstverwaltung in Posen, die Germanisierung von Behörden und Schulwesen und schließlich die staatliche Kolonisation brachten allmählich auch dem kleinsten polnischen Bauern zum Bewußtsein, daß er moralisch als preußischer Staatsbürger nicht mehr anerkannt wurde. Zwar hat sich gegen eine andersartige Behandlung der polnisch sprechenden Bevölkerung von Seiten der Regierung lange Zeit das Rechtsempfinden der preußischen Beamtenschaft gewehrt. Aus den Akten jener Zeit wissen wir heute, welchen Widerstand sie stets solchen nationalistischen Maßnahmen entgegensetzte.

Die staatliche Kolonisation war bereits eine Rückzugsmaßnahme. Es ging nicht mehr um die Gewinnung des ganzen Landes, sondern um das Halten der deutschen Posten, die dringend nach Verstärkung riefen. So hatte sich die Lage geändert. Selbst ein Mann wie Flott-

well war an das staatliche Kolonisationsproblem nur zögernd herangegangen, und auch Bismarck hat noch nicht den Hauptwert darauf gelegt. Sie wußten, was dadurch zerstört wurde. Nur in einzelnen Landesteilen, wo die große Masse der Bevölkerung sich durch die seit langer Zeit ansässigen Deutschen bereits an den Gedanken eines friedlichen Nebeneinanderbestehens beider Nationen gewöhnt hatte, hielt Flottwell die Ansetzung von Kolonisten, die ganz auf sich selbst gestellt blieben, für unbedenklich. Die mißlichen Folgen der staatlichen Ansiedlungstätigkeit stellten sich denn auch in Gestalt einer wachsenden Abhängigkeit der deutschen Bevölkerung von der Staatshilfe und in der noch schlimmeren Neigung zur Abwanderung, Landflucht war gleichbedeutend mit Deutschenflucht in Polen. Dazu hemmte die 1815 für Preußen unglücklich getroffene Grenzföhrung die wirtschaftliche Entwicklung der Ostmark. Durch das russische Zollsystem und durch die Konkurrenz des westlichen Großbetriebes wurde beispielsweise die Tuchmacherei in Posen zu Tode getroffen. Es erfolgte eine starke Auswanderung gerade deutscher Bürger nach Kongresspolen, die zur Begründung der Lodzer Textilindustrie führte. Durch die Ansiedlung konnte man wohl das deutsche Element vorübergehend stärken, aber man konnte bis zuletzt weder im Großgrundbesitz noch im Bürger- und Bauernium die Fluktuation der Bevölkerung überwinden. Das war der Hauptgrund, weshalb sich beispielsweise der Großgrundbesitz der Provinz Posen, trotzdem er (nach dem Stande von 1906) an Umfang gegenüber dem polnischen einen geringen Vorsprung hatte, zu selbständiger politischer Bedeutung nicht entfalten konnte.

Durch die Kolonisation, die mit besonderer Vorliebe mit west- und süddeutschen Elementen arbeitete, wurde der Deutschenbewegung der bodenständige Charakter genommen. Und als die Polen mit dem Schwergewicht geschichtlicher und autochthoner Kräfte ihren Widerstand entfalteten, siegten sie aus geistiger Ueberlegenheit. Man hat auf deutscher Seite zu spät erkannt, daß das Problem der Gewinnung von Posen und Westpreußen ein Problem der Einföhrung des Mannes, der die größte Schollenfestigkeit besaß, in den Staatsorganismus war. Wenn die Polen Besitzungen ansteilten, waren ihre Parzellen nur halb so groß wie die der Deutschen. Ihre Zuteilungen mochten wirtschaftlich unzureichend sein. Aber was erreichten sie? Die armen und bedürfnislosen Polacken, denen keine Arbeit zu schlecht war, die sich mit den sandigsten Böden begnügten, waren in ihrer vitalen Widerstandskraft unübertrefflich. Sie zogen eine zahlreiche Familie groß und wirkten, weil sie überall unentbehrlich waren, am stärksten polonisierend.

Die deutsche Ansiedlungspolitik war viel zu sehr darauf gerichtet, einen bäuerlichen Mittelstand zu schaffen. Sie wurde von den Polen sozusagen sozial unterboten. Nach ihrer ganzen Geistesverfassung konnte sie nicht begreifen, daß gerade die unterste Schicht der Bevölkerung, die Arbeiter und Kätner, die am engsten mit dem Lande

verbunden waren, durch ihre nationale Einheitslichkeit am gefährlichsten werden mußte. Nach dem Prinzip der Ansiedlungskommission war derjenige der beste Kolontst, „der durch die Ansiedlung selbst wirtschaftlich und gesellschaftlich aufsteigt“ (Denkschrift von 1888). Durch diese aufsteigende Tendenz des deutschen Elementes, das in der nächsten Generation schon geistig in die Intelligenz und räumlich nach dem Westen abströmte, hatten die unteren polnischen Schichten immer wieder Ausbreitungsmöglichkeiten. Diese sozialpolitischen Verhältnisse führten dazu, daß das Polentum die staatliche Defensivpolitik mit einer völkischen Offensive beantworten konnte.

Ludwig Bernhard hat als erster darauf hingewiesen, daß die Polen von der sozialen Seite her ihren nationalen Kampf organisierten. Als die opportunistische Adelspolitik, deren Exponent die polnische parlamentarische Fraktion in Berlin war, Schiffsbruch erlitten hatte, blieb nur noch übrig, den Kampf auf breiter völkischer Basis weiterzuführen. Maximilian Jackowski, einer der Hauptstützen in der Politik treibenden Posener Landwirtschaftlichen Zentralgesellschaft, kam im Gefängnis bei seinen nationalökonomischen Studien zu der Ueberzeugung, daß die Polen nur auf dem Umwege über eine alle Schichten durchdringende soziale Organisation an das Ziel ihrer Wünsche gelangen könnten. Der Organisator des Großgrundbesitzes wurde daraufhin Organisator des Bauerntums. Damit wird dieses sich zu der Adelspolitik gleichgültig und dem Staate gegenüber loyal verhaltende Bauerntum am Nationalitätenkampf interessiert. Als die preussische Ansiedlungspolitik einsetzte, standen bereits überall polnische Bauerngenossenschaften da, die darüber wachten, daß in ihrem Bezirk kein Acker in deutsche Hand überging. Sie erzwingen auf der polnischen Seite eine ausgedehnte private Parzellierungstätigkeit, mit der die deutschen staatlichen Maßnahmen überboten wurden und die für das polnische Volk die Wirkung hatte, daß es seine ungesunde Agrarverfassung stark reformieren konnte. Auch den verlotterten posenschen Adel brachte der Nationalitätenkampf zur Besinnung. Im „Zwiazek Zemiarni“ schuf er sich ein Institut, das seinen Besitz durch solidarische Haftung wirksamer befestigte, als die preussischen Gesehe es gegenüber den deutschen Besitzern vermochten. Im Zusammenhang mit der Genossenschaftsbewegung sorgten polnische Volksbanken für die Zurückdrängung der östlichen Wucherwirtschaft. Kennzeichnend für die Verschiebung der Machtverteilung innerhalb des polnischen Volkes war, daß die politische Führung nunmehr von der genossenschaftlichen Seite gestellt wurde. Zwar haben die Bauernvereine selbst keine Politik getrieben, aber es wurde eine Selbstverständlichkeit, daß die Wahlversammlungen von Männern geleitet wurden, die eine maßgebende Rolle im Genossenschaftsleben spielen.

Das ganze politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Polen wurde insolge der preussischen Politik von dem einen Gedanken der Erhaltung der nationalen Existenz beherrscht. Das Polentum trug in den wirtschaftspolitischen Kampf seine ganzen geistigen

Energien hinein. Man kann sagen, daß bei diesem Ringen um den Bodenbesitz in Posen ein genossenschaftliches oder sozialistisches Wirtschaftsprinzip, wie man es nennen will, über den individualistischen Kapitalismus siegte. Deutsche Hypothekenbanken suchten unbedenklich die günstigsten Anlagemöglichkeiten im Posenschen durch die Stützung polnischer Unternehmungen auszunutzen. Das volksorganisationsförmig begründete Bankwesen wurde konsolidiert durch den Anschluß an eine Berliner Großbank. Die deutschen Genossenschaften, die nur ein Teil eines komplizierten Kredit-systems waren, hatten keine anderen als materielle Ziele. Den polnischen Genossenschaften verlieh gerade das Bewußtsein einen höheren Schwung, das wirtschaftliche Rückgrat des polnischen Gemeinwesens zu sein. Der Pole, der in diesem wirtschaftlichen Kampf mit ethischen Kategorien arbeiten konnte und darum viel weniger der Versuchung unterlag, an den Gegner zu verkaufen, als der Deutsche, vollzog auf seinem Siedlungsraum eine Art „Schließung“ seiner Wirtschaft und erzielte im Boykott wirkungsvolle Erfolge zur Verdrängung des deutschen Elementes.

Von dem fest organisierten, geschlossenen polnischen Siedlungsgebiet wurde der Angriff bald weiter vorgetragen. Zunächst wurde das Hauptgebiet der Ansiedlungskommission um Gnesen, wie Bernhard gezeigt hat, durch einen Kranz polnischer Genossenschaften systematisch abgeriegelt. Das hatte zur Folge, daß nach Beendigung der Ansiedlung sich in den ersten Jahren fast überall eine beträchtliche polnische Zuwanderung bemerkbar machte.

Die nächste Etappe war die Erfassung des Polentums in den national gemischten oder überwiegend deutschen Randgebieten. Ein polnisches Dorf mitten im deutschen Gebiet, das von jeher mit Deutschen im Handelsverkehr gestanden hatte, wurde in das polnische Wirtschaftssystem einbezogen und national aktiviert. So entstanden in einer Reihe von Orten plötzlich vor den Augen der Deutschen polnische Minderheiten. Das Polentum wuchs in Gegenden, wo man es nicht vermutet hätte; es drang vielfach mit solcher Wucht vorwärts, daß sich deutsche Kaufleute, Aerzte und Anwälte nicht mehr halten konnten.

Aber auch in den Städten stellten sich die gleichen Erscheinungen ein. Die einseitige agrarische Politik der Regierung hatte zu einer Vernachlässigung der Städte geführt. Nun wuchs zwar in den Ansiedlerstädten das deutsche Bürgertum, aber was nützte das, denn inzwischen ging es in den Nicht-Ansiedlerstädten zugrunde. Innerhalb von nicht mehr als zwanzig Jahren haben sich im Handwerk die nationalen Verhältnisse genau umgekehrt; es war statt überwiegend deutsch überwiegend polnisch geworden. Die durch die Staatsansiedlung freigesetzte ländliche polnische Arbeiterbevölkerung strömte den Städten zu. Für die Verhältnisse in den Nicht-Ansiedlungsstädten war typisch ein Abwandern der Deutschen und Juden, dem ein Nachrücken und Aufrücken der Polen im wirtschaftlichen und gesellschaft-

lichen Leben gegenüberstand. So trug die Ansiedlungspolitik nicht nur zur Entwicklung des polnischen Bauerntums, sondern auch zur Bildung eines polnischen Arbeiter- und Bürgerstandes bei.

In der letzten Kampfphase wagte das Polentum sogar, verwandte slawische Stämme an sich heranzuziehen und schließlich für polnisch zu erklären. Die Wasserpolen in Oberschlesien wurden von Posen aus nationalisiert. Hier war es nicht ein Kampf um den Grund und Boden, sondern ein Kampf um die Seele des Volkes. Noch 1813 und 1848 waren als nationale Bewegung an Schlesien vorübergegangen. Im Wege friedlicher Durchdringung hatte sich die Sprachgrenze, die 1790 noch dicht südöstlich von Breslau verlief, immer weiter nach Südosten vorgeschoben. Dann trat ein Stillstand ein, als aus dem Posenschen Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte und Kaufleute einwanderten, die die in ihrer Heimat bewährten nationalen Kampfmittel auch auf Oberschlesien übertrugen. Die preußische Regierung hatte die national-polnische Entwicklung zum Teil selbst gefördert, als sie in den Schulen die Einführung des Hochpolnischen zuließ. Seit der Jahrhundertwende wurde die polnische Agitation noch verstärkt durch einen Einbruch der Polen in Niederschlesien. Zahlreiche posensche Bauern erwarben dort Besitzungen.

Im Norden richtete sich die polnische Werbearbeit auf Kaschuben und Masuren. 1806 hatte man noch die Kaschuben direkt feindselig behandelt, jetzt erklärte man sie einfach für einen Bestandteil des polnischen Volkes. Die Verbreitung des polnischen Genossenschaftswesens trug auch hier politische Früchte. Selbst auf die protestantischen Masuren wollte man Einfluß nehmen. Durch eine planmäßige Parzellierungstätigkeit versuchten die Polen, sowohl von Westen aus der Gegend von Löbau wie von Osten mit Lück als Stützpunkt eine polnische Sappe vorzutreiben, um dadurch den masurischen Süden der Provinz von seinem deutschen Zentrum abzuschneiden. Bis zum Umsturz hat die polnische Propaganda auch in diesem Gebiet Erfolge aufzuweisen gehabt.

Ihren höchsten Triumph erreichte die polnische Politik jedoch dadurch, daß sich ihre Assimilierungskraft nicht nur auf das slawische, sondern auch auf das deutsche Element erstreckte. Die polnischen Genossenschaften waren so großzügig, auch deutschen Ansiedlern Kredite zu geben, in der Absicht, sie in polnische Abhängigkeit zu bringen und sie mit der polnischen Volksorganisation Fühlung nehmen zu lassen. Die preußische Ansiedlungskommission machte überraschende Entdeckungen in bezug auf die nationale Entwicklung der Kinder der von ihr angeführten Kolonisten. West- und Süddeutsche behaupteten sich national gut, aber deutsche Bauern aus dem Posenschen selbst, Märker und Pommern polonisierten häufig in der nächsten Generation. Das lag offenbar daran, daß die polnische Bewegung bodenständig wirkte und sich von ihr diese ostelbischen Bauern, die dem gleichen politischen Raum entstammten, instinktiv angezogen fühlten. Nicht nur die

sozial, sondern auch die geistig tiefer wurzelnden Kräfte waren in diesem Kampfe auf Seiten der Polen.

Die Erhaltung der „Requisiten der Staatlichkeit“, wie die Polen sagten, d. h. die Pflege der polnischen Sprache, des Besitzes und der sozialen Organisation, hat die schnelle Durchsetzung der polnischen Macht nach dem Umsturz ermöglicht. Die Deutschen besaßen nicht eine so durchgebildete körperschaftliche Organisation, und sie waren darum den Polen gegenüber, als die Zentrale versagte, politisch im Nachteil, selbst in Orten, wo sie zahlenmäßig über eine Mehrheit verfügten.

In diesem ganzen nationalen Kampf, der seine unerhörte Steigerung durch das leidenschaftliche Ringen um unvermehrbares Bodenerwerb erreichte, sind die großen Güter Objekt gewesen, und ihre Besitzer ließen sich gerne dazu verwenden. Der Großgrundbesitz, der im übrigen als Träger des preussischen Staates galt, wurde hier planmäßig zerstört. In dieser Politik lag bereits ein Bruch mit der preussischen Ueberlieferung, der nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte. Die Massen bildeten die Fronten auf beiden Seiten, aber der mechanisierte Staat hielt es nicht mehr für notwendig, darüber nachzudenken, wie ihnen auch in der Wirtschaft eine Führung zu geben sei, die erst der Grenzmarkssicherung Dauer verlieh. Wohl entwickelte sich bei den Ansiedlungen mitunter das Restgut zu einem Mittelpunkt für die ganze angesiedelte Bauernschaft, zum Sitz ihrer Genossenschaften, ihrer gewerblichen Unternehmungen, zum Sammelplatz von Veranstaltungen. Aber solche Ansätze wurden nicht weiter gebaut, sie wurden nicht als Grundlage eines neuen Staatsaufbaus empfunden und dazu benutzt, um in der Kolonisation den Schritt von der Wirtschaft in die Politik zu vollziehen und durch neue Formenbildung eine innere Wirkung auf den polnischen Gegner auszuüben.

Die ethnographische-zentralistische Staatsauffassung, die wir vom Westen übernahmen, bedeutete das Gegenteil von Grenzmarkspolitik. Die Zusammenziehung aller geistigen und politischen Energien auf ein Zentrum oder wenige Zentren, mußte zu einer Entleerung der Grenzräume führen, in denen schließlich nur noch die „Ostmarkenzulage“ einen Anreiz für den Aufenthalt bot. In solcher Verfassung konnten wir keine Eroberungen im Osten machen. Unter polnischer Führung drang Westeuropa in den Ostraum vor, wurden die baltischen Völker, die Ukrainer, die Tschechen, die Südosteuropäer von zersetzenden Vorstellungen ergriffen, die schließlich vom alten Ostentropa in politischer und sozialer Beziehung nichts mehr übrig gelassen haben.

Der Zustand im Osten. Kapitalismus und Bauernwirtschaft.

In Rußland sind durch die Revolution einige 20 Millionen Hektar des bebauten Bodens in bäuerlichen Besitz übergegangen. Wenig kleiner dürfte die entsprechende Fläche im gesamten östlichen Randstaatsgebiet sein. Damit ist der weitaus größte Teil Europas heute von Millionen kleiner Bauernwirtschaften bedeckt. Ungarn, Polen und Ostpreußen sind die Inseln, in denen Großgrundbesitz noch in einem wirklich erheblichen Ausmaß vertreten ist und eine wirtschafts-politische Bedeutung besitzt.

Die Frage, die uns beschäftigt, ist die, welche Entwicklung das Land in den neuen Formen nimmt, wie es sich politisch behauptet und welche geistigen Regungen von ihm ausgehen. In Rußland bildet die Agrarfrage immer noch den Hauptinhalt der inneren Politik. Infolge der starken Bevölkerungszunahme treten die Landlosen, die unmittelbar nach der Revolution durch die Neuverteilung des gesamten Bodens verschwunden waren, mit jedem Jahr in größeren Scharen auf und bilden zugleich für die überfüllten Städte ein nicht mehr zu bewältigendes Versorgungsproblem. Die Feldgemeinschaften befinden sich im Zustande der Auflösung; Hofverbände, hinter denen sich die Privaleigentümer noch verbergen müssen, treten an ihre Stelle. Stolypin hat nachträglich gestiegt: Die Sehnsucht nach einer festen Ordnung der Agrarverhältnisse, welche jedem festen Besitz seines Landes und freie Verfügung darüber sichert, ist in der russischen Bauernschaft allgemein geworden. Diesen über 20 Millionen Individualwirtschaften steht der Kommunismus als Herrschaftselement gegenüber. Wie lange noch? Die Wiener „Neue Freie Presse“ entwickelte kürzlich (am 11. XII, 1928) die Möglichkeit, daß der Sowjetstaat sich durch Konzessionen gegenüber dem Dorf unmerklich in seinem Wesen verwandele: daß er ohne Ueänderung der äußeren Form von einem proletarischen zu einem kleinbürgerlichen Staate werden könne. Dabei wies der Berichtstatter darauf hin, daß der sowjetistische Staatsaufbau dem bäuerlichen Charakter vielleicht mehr entspreche, als dem proletarischen. Der Bauer wähle wie in alten Zeiten seine Vertreter in die Dorfgemeinde. Mit den Grenzen seines Dorfes ende auch für ihn seine soziale Vorstellungswelt. Im Sowjetstaat sei die Grundlage zu einem bäuerlichen Staatswesen gegeben.

Aus dieser Darstellung wird zugleich die ungeheure Gefahr erkenntlich, in der sich die russischen Völker heute befinden. Die bol-

schewistischen Führer schwanken in ihrer Dorfpolitik zwischen Kriegskommunismus und kleinbäuerlichen Konzessionen nach wie vor hin und her, d. h. sie wiederholen wirtschaftlich unmögliche Zustände oder geben sich als Kommunisten auf.

Auf der anderen Seite glaubt die russische Emigration, das agrarische Problem durch die Heiligmachung des Privateigentums höchst einfach lösen zu können, wobei entweder Gedankenlosigkeit oder Demagogie die Ursache ist. Es ist geradezu erschütternd zu sehen, daß ein russischer Aristokrat wie Wladimir v. Korostowez in seiner mit glühendem Haß gegen alles Polnische geschriebenen „Polnischen Auf-erstehung“, scheinbar gar nicht empfindet, was es heißt, wenn er sich auf das Niveau eines demokratischen Kleinvolkes begibt. Korostowez umschreibt ganz richtig die Geistesverfassung der Bauernklasse, die er in Mittel- und Osteuropa emporkommen sieht, mit den drei Begriffen: lokaler Patriotismus, persönliches Eigentum und primitive Religiosität. Man könnte auch sagen, ein Heimatgefühl, das jedes Staatsbewußtsein aufhebt, eine egoistische Besitzauffassung, die ihre Rechtfertigung nicht von der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit herleitet und eine Kirchlichkeit, die in Gefahr ist, ebenso primitiv wie äußerlich zu werden, weil sie eine Auswertung im täglichen Lebensdienst scheinbar nicht mehr finden kann und nur noch als sonntägliche Sitte bewahrt wird. Und da dieses bäuerliche Milieu an keiner Stelle über seine eigenen Grenzen hinausfindet, vermag es ganz liberal neben Bürgertum und Proletariat zu bestehen ohne den Willen, das staatliche Gemeinwesen mit einem einheitlichen Geiste zu durchdringen. Es wird damit zu einer Volk und Raum zeretzenden Vorstellung.

Die Nationalrepubliken, die sich heute unter dem Bolschewismus entwickeln, haben alle eine Tendenz zur Agrardemokratie und damit zu einer politischen Form in sich, die die Randstaaten in den letzten zehn Jahren vollständig ausgebildet haben. Doch ist „Agrardemokratie“ eine irreführende Bezeichnung. Die Randstaaten haben der Bodenreform wohl den humanitär sentimentalen Charakter genommen, der ihr besonders in Deutschland anhaftet, aber sie haben nicht auch ihre großstädtischen Wurzeln austrocknen können. Daher geriet unter dem doppelten Einfluß des Verlustes der Führerschaft und der Vergiftung der Siedlungsideologie überall in Ostmitteleuropa das Land zusehends unter die Herrschaft der Städte. Das ist einstweilen die auffälligste Folgewirkung der Agrarumwälzung. Sie stellt wirtschaftlich gesprochen eine ungeheure Zerstückelung immobilier Werte zugunsten des mobilen Kapitals dar. Die neuen Besitzer sind im Gegensatz zu den alten durchaus kapitalistisch orientiert.

In Frankreich war in der Revolution bezeichnenderweise die jakobinische Partei diejenige, die die „gleichmäßige Güterverteilung“ am stärksten verlangte. Diese städtisch-zentralistische Gruppe, die in der Gironde die Vertreter des Landes niederkämpfte, sah in der Nationalgüterveräußerung ein willkommenes Mittel, „das Volk an die Konstitution zu fesseln“. An den Wünschen des armen Landvolkes lag

Ihr tatsächlich nichts, wohl aber an dessen Beherrschung. Waren doch die Güterkäufer zu einem Großteil Pariser, die als Armeelieferanten sich vom Staate die Güter zu Schleuderpreisen verschreiben ließen und als Jakobiner eine terroristische Politik so lange trieben, wie sie das Erworbene gegen den Widerstand von Adel, Klerus und betrogenen Bauern wahren mußten. In dem Augenblick, als die Revolution sich auch gegen sie wandte, die in den amtlichen republikanischen Berichten ständig als „die stärkste Stütze von Verfassung und Freiheit“ gepriesen wurde, gingen die neuen Besitzer in das imperiale Lager über. Die Masse der Zwerg- und Kleingrundbesitzer aber, die mit Millionen von Menschenverlusten Napoleon zum Siege verhalf, kehrte nach den europäischen Kriegen zur friedlichen Bearbeitung ihrer Parzellen zurück, ohne Ansprüche auf die Staatsführung zu erheben. Auf dem atomisierten Grunde ließ sich eine militärische Alleinherrschaft errichten oder ein Parlamentarismus, den die Pariser Großbourgeoisie und Intelligenz injenierte, aber es entwickelte sich nicht mehr ein Staatsgeist, der von einem lebendigen sozialen Organismus getragen wurde. Die Bauernmasse bildete bis zum heutigen Tage im staatlichen Leben Frankreichs ein passives Element, obwohl ohne sie Widerstandsbewegungen in entscheidender Stunde wie die Gambettas nicht denkbar gewesen wären. Was nützte es, daß sogar sozialistische Parteien in Frankreich für Jölle stimmten? Eine bloß materiell verstandene Agrarpolitik konnte die geistige Leere auf dem Lande nicht ausfüllen. Das Volk hielt nichts mehr an der Scholle. Gerade die fruchtbarsten Provinzen entvölkerten sich am stärksten und wirtschafteten am frühesten mit fremdvölkischen Arbeitskräften. Die hoffnungslose Zersplitterung des Bauernbesitzes ließ keine soziale Geschlossenheit auf dem Lande mehr aufkommen, die in einer politischen Wendung gegen die Revolutionsgedanken ihren Ausdruck gefunden hätte. Auch die Bauernpartei, die die Tschechen heute bezeichnenderweise in Frankreich aufziehen, wird an diesem Zustand nichts ändern. Denn die Bauernwirtschaft und ihre Besitzer erfüllen in ihrer heutigen Verfassung nicht die Voraussetzung, die geeignete Gegenform gegen den städtischen Kapitalismus zu sein.

Produktionspolitisch hat der Sturz der Großgrundbesitzer im östlichen Mitteleuropa die Folge gehabt, daß allgemein die Ertragnisse des Ackerbaues zurückgegangen sind zugunsten von Viehzucht, von Spezialkulturen und Handelsgewächsen, die in der Industrie Verwendung finden. Die Produktion hat sich ganz kapitalistisch im steigendem Maße eingestellt auf „lohnendere Erzeugnisse“. Als unumstrittenes Vorbild gelten hierbei Länder wie die Schweiz, Holland und Dänemark, und die Ostvölker sind in ihrem Eifer des Nachstrebens schon so tüchtig geworden, daß z. B. Butter aus Böhmen und Mähren die aus Dänemark auf dem Berliner Markt zu verdrängen beginnt. Wohin führt aber volkswirtschaftlich eine solche Agrarpolitik? In den genannten Musterländern gibt es zahlreiche Wirtschaften, die nicht einmal genügend Getreide für den eigenen Bedarf anbauen. Mehr als ein Drittel der Gesamtoberfläche der Niederlande ist Dauerweide, während der

Ackerbau nur etwas über ein Viertel ausmacht und von den auf dem Acker gezogenen Früchten wird ein gutes Drittel verfüttert, obwohl noch in erheblichem Umfange ausländische Futtermittel eingeführt werden müssen. Ebenso kauft der dänische Bauer, obwohl er nicht weniger als drei Viertel des Ackerareals zum Futteranbau verwendet, noch erhebliche Mengen Viehfutter aus dem Auslande ein. Diese Entwicklung hat natürlich die Folge, daß Europa in immer stärkerem Maße in seiner Ernährung von der überseeischen Getreidezufuhr abhängig wird. Deckten vor dem Kriege die Ueberschüsse des Ostens noch die Hälfte des mittel- und westeuropäischen Bedarfs, so ist Nordamerika heute auch in dieser Hinsicht der Hauptversorger unseres Kontinents geworden und die osteuropäischen Zuschüsse sind bis zur Unbedeutendheit herabgeunken.

Ein noch schlimmeres Schicksal als der Getreidebau hat aber der Wald durch die Agrarumwälzung erfahren. Erst kommende Generationen werden in vollem Maße zu spüren bekommen, was von den neuen Demokratien am Walde gefündigt worden ist. Man kann zur Entschuldigung anführen, daß manche Staaten Geld brauchten und ihre Handelsbilanz nur durch eine rücksichtslose Steigerung der Holzaußfuhr aktivieren konnten. Aber diese Behandlung des Waldes hat auch eine geistige Ursache. Die bäuerliche Natur ist der Waldwirtschaft abgeneigt. Die stieblerische Arbeit des Bauern war immer ein Kampf gegen den Wald, den er rodete. Er würde, wenn er könnte, alles Land in Ackerland umwandeln. Wilhelm Heinrich Riehl macht einmal die Bemerkung, der Wald stelle die Aristokratie in dem Wilde der Bodenkultur dar, das Feld das Bürgertum. Er gelte mehr durch das, was er repräsentiere, als durch das, was er produziere. Dieser Satz behält seinen Sinn, auch wenn ein Betriebswissenschaftler ihn aus Oekonomie für überholt halten sollte. Der überzeitliche und bewahrende Charakter des Waldes ist damit zum Ausdruck gebracht. Es ist kein Zufall, daß Länder ohne die Unheimlichkeit und Unendlichkeit großer Wälder nicht nur in ihrer Natur, sondern auch in ihrem Volke einen ausgelebten Eindruck machen. Dort findet der Wald schließlich nur noch seine Pflege in den Parks einer genießerischen Gesellschaft. Er ist dem Volksgelste entrückt. Und es hat seinen tiefen Sinn, wenn nach dem Jahrhundert der Zerstörung heute in dem verödeten französischen Lande der Wald wieder vordringt und der Boden in ihm seine Ruhe findet.

Der bürgerliche gewerbliche Zug, der in die Landwirtschaft hineinkam, führte zu einer Erhöhung des Geldumfanges in den ländlichen Wirtschaften und mit Hilfe der Genossenschaften zu einer engeren Verbindung mit dem Handel. Was für einen Umfang diese Entwicklung genommen hat, beweist am besten das Beispiel der Tschechoslowakei, wo die bäuerlichen Organisationsformen am stärksten ausgebildet sind. Neben die bürslichen Kreditgenossenschaften, die ursprünglich nachbarschaftliche gegenseitige Hilfe auf gelblichem Gebiete regelten, ist längst ein ganzes System von Produktionsgenossenschaften getreten,

die Verkauf und Einkauf übernehmen und die Börse beeinflussen. Gerade durch die Bodenreform, die auch die landwirtschaftliche Industrie enteignete (Zuckerfabriken, Spiritusbrennereien, Papierfabriken usw.) ist diese Art von Genossenschaften, die einen mehr oder weniger offen ausgesprochenen händlerischen Charakter haben, ungeheuer gefördert worden. Gab es 1912 in den böhmischen Ländern 1096 Nichtkreditgenossenschaften mit 101 000 Mitgliedern, so waren sie 1925 auf 2823 mit einem Mitgliederbestand von 365 000 angewachsen. Die Kreditgenossenschaften aber haben in derselben Zeit eine sehr bedeutende Wandlung durchgemacht. Wurden vor dem Kriege fast ihre gesamten Gelder in Form von Darlehen an Mitglieder ausgeliehen, so werden sie heute in erheblichem Maße an die Genossenschaftszentralen und an die Banken abgeführt, die sie entweder zur Finanzierung der Nichtkreditgenossenschaften oder zu beliebigen finanziellen Aktionen verwenden. Zahlenmäßig sieht diese Entwicklung für die Tschechoslowakei so aus: 1910 machten die Darlehen der Raiffeisenkasse 93,73 Prozent der Gesamtaktive aus, nur 1,1 Prozent waren als Ueberschuß bei den Genossenschaftsverbänden und bei den Banken angelegt. 1925 betrugen die Darlehen 44,57 Prozent und die bei den Verbänden und Banken angelegten Ueberschüsse 44,06 Prozent. Die Genossenschaften sind durch die ihnen zugefallenen Werte und durch ihre enge Verbindung mit der Bankwelt zu großen Finanzmächten geworden.

Es entsteht durch die moderne Genossenschaftsentwicklung ein neuer Wirtschaftstyp, der sich z. B. in Dänemark auch durch seinen Namen „Husmand“ von der eigentlichen Bauernwirtschaft unterscheidet. Nach der sog. Røge-Resolution von 1902 stellt der Husmandbetrieb gegenüber dem bäuerlichen eine selbständige Form dar, bei der nicht Ackerbau, sondern Tierzucht und -haltung im Vordergrund stehen. Die Resolution behauptet, daß der Husmand für den einzelnen, wie für die Gesamtheit die vorteilhafteste Betriebsform sei und deshalb in Zukunft die allein übliche werden werde. Das Charakteristikum des Husmand ist die starke genossenschaftliche Abhängigkeit, die völlige Vergenossenschaftung seines Absatzes, so daß er treffend als „ein Teil der großartigen rationalisierten Agrarfabrik Dänemarks“ (Wollert) bezeichnet werden kann. Dieser Ausdruck verrät mehr als er beabsichtigt. Die Leitung der Agrarpolitik durch die Genossenschaftszentralen ähnelt durchaus den Methoden industrieller Konzerne. Dem Bauern wird die Verfügung über seinen Besitz genommen. Der zugeteilte Boden wurde vielfach rechtlichen Beschränkungen unterworfen. In Rumänien kann die „Casa Centrala“ sogar die Auswahl der angebauten Früchte vorschreiben.

Die Gefahr der inneren Entfernung des Genossenschaftswesens von den Selbsthilfe- und Opfergedanken der alten Zeit wird von Bürger in seinen „Beiträgen zur Philosophie des Genossenschaftswesens“ gesehen. Er warnt vor der modernen Entwicklung nach der Seite der Produktions- und Warenverkehrs-genossenschaften hin. In ihrem Ra-

tionalismus sieht er eine Zersetzung der traditionellen landständischen Ideenwelt. Aber was nützen solche Warnungen gegenüber einer Bewegung, die in Zusammenhang mit der politischen und sozialen Entwicklung durchaus stimmungsgemäß verläuft? Die Genossenschaft, nachdem sie aus ihren ursprünglichen nicht dörflichen, sondern kleinstädtischen Anfängen herauswuchs und zu einem wirklichen volkswirtschaftlichen Faktor wurde, mußte ihre menschlich rührenden Züge, die in einer sektenmäßig vertieften Nachbarschaft zur Entfaltung kamen, verlieren. Bei der Entwicklung ins Große zeigte es sich, daß die Genossenschaft die sozialen Probleme auch nur als Verteilungsprobleme begriff, wie der Marxismus. Es fehlte der Inhalt, den keine Vereinerlichung der Massen und auch keine Humanität ersetzen konnte, der sich nur dann ergab, wenn man das Zusammenleben der Menschen als geistige Aufgabe begriff und gestaltete, wenn man nicht Sachen, sondern Personen herausstellte. Das Genossenschaftswesen behielt einen Zunftgeruch von Enge und Unfreiheit, der in seiner späteren Entwicklung nicht nachbarschaftlich gemildert, sondern bürokratisch verschärft wurde.

Während der altständische Aufbau den Boden zur Grundlage hatte und auf ihm das Volk zusammensaßte, geht die Bauerngenossenschaft auf Kosten der Dorfgemeinschaft in die Breite, sie löst die vertikale Gliederung des Volkes durch eine horizontale ab, die typisch städtisch ist. Die bäuerliche Genossenschaft ist nur noch materiell, aber nicht mehr geistig bodengebunden. Wer die Entstehung von Neuwirtschaften auf dem Boden der zerstörten Großgrundbesitze in Ost-europa beobachtet hat, weiß, daß in dieser agrarischen Bewegung eine Neigung zur Dorfauflösung vorhanden ist. Bei allen äußeren Beschränkungen, die durch den Sozialismus der Genossenschaften eintreten, ist die sich selbst überlassene Einzelwirtschaft das Ideal. Verpflichtungen gegenüber Untergebenen gibt es fast nur in familiärer Hinsicht. Der bäuerliche Eigentumsbegriff kann sich in einem völlig egoistischen Sinne entwickeln.

Eigentum, besonders Grundeigentum, kann nur gerechtfertigt und neu verwurzelt werden, wenn seine Träger die Verantwortung begreifen, die sie vor der Gesamtheit zu tragen haben und ihr menschlich und politisch Ausdruck zu geben verstehen. Nicht auf die Begrenzung der Verfügungsberechtigung kommt es an, sondern darauf, daß die Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit Inhalt des Eigentums wird, wie Otto Kosska in seinen „Gedanken über den Eigentumsbegriff“ (Der Nahe Osten, Jg. 2, S. 8), ausführt, die er dem Kapitalismus entgegensetzt. Wird aber das Eigentum beziehungslos zum Staate gesehen und darum mit Thäer begrifflich an die beiden Kriterien der Veräußerungsfähigkeit und Beleihungsmöglichkeit geknüpft, so hat der Kommunismus recht, wie schon Ludwig von Gerlach 1848 im Junkerparlament Kleist-Neuhofs feststellte. Wenn unter solchem Individualismus die Dorfgemeinschaft nicht vollkommen aufhörte, so war das nur dem gesunden Sinn des Volkes zu verdanken, nicht aber

dem Sinn der Gesetzgebung. Unter dem Einfluß des Liberalismus haben wir übersehen, in wieweit starkem Maße schon die preussische Bauernbefreiung, besonders in der Auswirkung, die Hardenberg ihr gab, die soziale Geschlossenheit des Landes zerstört hat. Hans Schwarz hat bei der politischen Würdigung der Romantik in „Europa im Aufbruch“ uns darauf aufmerksam gemacht.

Der bäuerliche Ruf „Das Land — eine Familie“ hat seine innere Berechtigung verloren. Die soziale Zersetzung des Dorfes schreitet unter dem Vordringen eines Kapitalismus, der erst nach Fortfall der patriarchalischen Methoden der alten Besitzer keine Hemmungen mehr findet, unaufhaltsam fort. Diese wirtschaftliche Entwicklung ist aber nur vollständig zu verstehen in ihrem engen Zusammenhange mit der politischen Verfassung des Bauerntums.

Die Grundlagen der Bauernpolitik.

Die politische Bauernbewegung ist eine Angelegenheit der Linken. Während es in Deutschland unter dem Einfluß des Großgrundbesitzes bis heute gelang, das Bauerntum wesentlich auf der rechten Seite zu halten, hat es überall dort, wo es selbständig in Gegnerschaft gegen den Großgrundbesitz vorging, scharfe Linkstendenzen aufgewiesen. Der ungarische Revolutionär Kossuth machte 1848 die „Demokratie des Bodens“ zum führenden Gedanken seiner Politik. Und als ein Konservativer wie Stolypin eine bäuerliche Agrarreform durchführte, da tat er es, weil er in einem durch das Privateigentum auf sich selbst beschränkten Bauern einen bequemen Untertanen sah.

Die bäuerliche Emanzipation des 19. Jahrhunderts wird begleitet von einer selten von Bauern geschriebenen sozialen Literatur, die den Bauerntypus zur Idealfigur macht. Der bäuerliche „Geist“, der an Wendepunkten der Geschichte so stark in Erscheinung getreten war, wurde von Romanschriftstellern seit der Aufklärung auf eine ebenso unschuldige wie armselige Weise ausgedeutet. In ihren Dorfgeschichten lebte nichts von dem religiösen Fanatismus der Laboriten oder Wiceliten, nichts von dem wilden Revolutionsgeist eines Florian Geyer oder Pugatschow. Die Schicksale des Romans blieben persönlich, sie zeichneten den Bauern als bürgerlichen Menschen. Auch Wilhelm Heinrich Riehl, der auf einem böhmischen Adelschloß die „Naturgeschichte des Volkes“ schrieb und sich mit wirklicher Liebe in die bürgerliche Psyche versenkte, hat bei aller Feinheit der Beobachtung an der Verharmlosung des Bauerntums seinen Anteil. Er setzte den Adel in die Vergangenheit, das Bauerntum in die Zukunft und sonderte Bürger und Bauern in Klassen auseinander, wobei ihm die Einigung zum unbestimmten Ideal verblieb. Es war bezeichnend, daß er das Proletariat infolge seines chaotischen Charakters als soziales Element verneinte und es durch Auswanderung beseitigen wollte. Für ihn gab es keine Rangordnung der Stände, sie drückten nur „eine verschiedenartige Formulierung des allgemeinen Verufes der Gesellschaft“ aus.

Dieser sozialpolitischen Literatur des 19. Jahrhunderts galten als „klassische Bauern“ nicht etwa die ostelbischen, die im Befreiungskriege die Hauptarbeit geleistet hatten, sondern die aus der Schweiz, aus Westfalen oder Skandinavien, die häufig nicht in Dörfern siedelten, sondern auf Einzelhöfen saßen. Dabei konnten sich wohl Bauernstolz und Selbstbewußtsein entfalten, auch Wohlhabenheit und eine gewisse Bildung, aber zu einem bewegenden Element der Geschichte wurde dieses Bauerntum nicht mehr im Gegensatz zu demjenigen, daß noch über einem Herrn Staatschicksale erlebte. Wo sind die Fälle, in denen das

Bauern tun aus sich eine wirkliche politische Leistung vollbracht? Es gibt das Schweizer Beispiel und es gibt das Tiroler Beispiel. Die Tiroler blieben kaiserlich, nur die Schweizer wurden autonom und entwickelten in ihrem Kantonalidyll den Geist des selbstzufriedenen Neutralismus, mit dem sie sich aus dem politischen Geschehen der Welt ausschalteten.

Da der Bauer geistig nur seinen Heimatraum zu überspannen vermochte, nahm er an den größeren Vorgängen ein nur materielles Interesse. Sein politisches Denken wurde phantasielos. Es ist noch nicht erwiesen, ob in Schweden, das radikal von seiner alten Vorverfassung zum Einzelhofsystem überging, nicht ein innerer Zusammenhang zwischen dieser Auflösung und der politischen Apathie besteht, in die das Land seitdem verfallen ist. Oswald Spengler behauptet zwar, daß der Bauer als der „ewige Mensch“ unverändert im Wesen alle Kulturen überlebe als ein reines Stück Natur. „Nehmt den Druck der großen Städte von ihm, und er wird ohne Entbehrung in seinen natürlichen Urzustand zurückkehren.“ Für Spengler steht das Dorf außerhalb der Weltgeschichte, und der Geist ist in die Mauern der Städte gebannt. Gleichwohl sieht er in der Demokratie „die politische Form, in welcher von den Bauern die Weltanschauung des Stadtmenschen gefordert wird.“ Aber er fragt nicht, welche Veränderungen der Eingriff der Demokratie im Bauern selbst hervorruft.

Gerade infolge der Uebernahme der demokratischen Formen konnten die Schweiz und die skandinavischen Länder das große Vorbild für die bäuerliche Bewegung des Ostens werden. In der neutralistischen Atmosphäre dieser Kleinstaaten mit ihrer geringen Bevölkerungskapazität konnte die Idee einer Musterdemokratie auf bäuerlicher Grundlage gedeihen. Die Romantik fand hier eine rein bildungsmäßige höchst bürgerliche Auswirkung. Der Däne Grundtvig wurde der Begründer der Volkshochschulbewegung, durch die der „Schwerpunkt des gesamten Kulturlebens von der Oberklasse ins Volk“ verlegt werden sollte. Die Art, in der das geschah, mußte als eine Verflüchtigung am Geiste der Wissenschaft erscheinen. Die primitive und oft niedrige Deutung der geschichtlichen Vorgänge, die ewige Wiederholung der Volksmythen und Volkslieder statt schöpferischer Neugestaltung und die geradezu hysterische Abneigung vor der Beschäftigung mit fremdem Kulturgut ließen die Enge und die Unstichbarkeit dieses sich selbst umkreisenden Volksbildungshorizontes erkennen. Es war eine geistige Mittelstandsverfassung, die in Politik und Kultur zugleich sich in Innenpolitik erschöpfte.

Das Treiben hatte aber einen realpolitischen Sinn. Denn die „Bauernkultur“ schuf einen Hintergrund für die politische Machtfstellung, die sich die Bauernschaft in den nordischen Staaten erkämpfte. Die Volkshochschule, die in den vierziger Jahren zuerst im national gefährdeten Nordschleswig entstanden war, setzte sich allgemein durch in den siebziger Jahren, wo die Bauernparteien in Dänemark als „vereinigte Linke“ mit der Forderung des Parlamentarismus auf-

trafen. In dieser Zeit wurde die Volkshochschule die geistige Rüstungskammer für den Kampf des demokratisch-parlamentarischen Bauernturns.

Das skandinavische Beispiel hat auf die Versailler Kleinstaaten in Mitteleuropa gewirkt. Der „Bauernrealismus“, den Hörup gegenüber der „ästhetischen Oberklasse“ als Gesundheit pries, kehrt als Schlagwort in der Auseinandersetzung wieder, die die Bauernparteien überall gegen von der Intelligenz geführte Weltanschauungsparteien zu führen haben. Unter Berufung auf Spengler wird die Ueberzeugung vertreten, daß die Stadt den Verfall der Rasse bedeute, während das Land die Quelle der Gesundheit der Nation und ihrer Lebenskraft sei.

Es kann uns nicht beruhigen, daß die Agrardemokratie im Gegensatz zur städtischen „gesund“ ist. Die gesündeste Bauernkraft nützt nichts, wenn sie bloß angebetet und nicht eingesetzt wird. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind uns nicht an sich wichtig, sondern in ihrer Beziehung auf den Staat. Nach dem, was ein Stand für den Staat hergibt, beziffert sich sein Wert. Die Agrardemokratie hat die Neigung, einen bäuerlichen Volksbegriff dem Staatsbegriff überzuordnen und auf diese Weise ihre Staatsausbeutung zu rechtfertigen, aber das Volkstum darf ebensowenig wie das Bauerntum zum Maß aller Dinge werden, sonst verdammt es sich zur Unfruchtbarkeit. Eine solche Ideologie kann nur in einem Staat groß werden, der keine Aufgaben mehr zu erfüllen hat. An diesem Nationalismus einer heimatlichen Atmosphäre droht jedes wahre Staatsbewußtsein in Europa zu ersticken. Grundriß, den man heute auch in Deutschland feiert, verkehrt in seinem engstirnigen Deutschenhaß alle Humanität, der er sonst so sehr ergeben war. Im „Agrarismus“ vermögen heimatlischer Nationalismus und internationale Politik in merkwürdiger Weise sich zu vereinen. Es gibt kein raumgestaltendes Staatsbewußtsein in der Bauernbewegung.

Der grundlegende Unterschied gegenüber der alten aristokratischen Agrarverfassung besteht darin, daß der einzelne Grundbesitzer bereits als Wirtschaftler eine politische Figur war. In der patriarchalischen Großfamilie, wie sie das Gut im alten Sinne darstellte, gehörte die Kunst der Verwaltung und Menschenbeherrschung zu den täglichen Aufgaben des adligen Herrn. In der bäuerlichen Kleinfamilie ist kein Raum für die Entwicklung solcher Fähigkeiten, weil ihr Rahmen zu eng ist. Ihrer politischen Natur nach gehört sie in einen größeren Organismus, darum hat sich auch das Bauerntum nach seiner Befreiung den genossenschaftlichen Verband zur wirtschaftlichen Stützung geschaffen. Daneben gibt es berufliche Vereinigungen. Beide, Genossenschaft und Berufsorganisation, bedürfen aber zu ihrer Auswirkung eines politischen Organs, mit dem sie, wie wir es bei dem Bodenkampf in Posen gesehen haben, in enger Personalverbindung stehen, und dieses Organ ist die Bauernpartei, wie sie in Mittel- und Osteuropa überall mit der Beseitigung der autokratischen Staatsverfassung mächtig emporgekommen ist. Persönlichkeiten wie der Kroate Stefan Raditch, der Bulgare Stambolski, der Rumäne Mantu, der Pole Witos, der

Finne Sunila, die Tschechoslowaken Svehla und Hodza und der Sudetendeutsche Spina sind als Führer der politischen Bauernbewegung in Nachkriegseuropa zu Ansehen und hohen Staatsstellungen gelangt.

Die Bauernschaft bringt in das parlamentarische Leben gegenüber der alten und weltanschaulichen Gruppierung den Gedanken der berufsständischen Vertretung hinein. Man kann nicht sagen, daß sich dadurch das Niveau des Parlaments gehoben hätte. Wenn die Lohn- und Produktionsstatistik der Maßstab für die politische Orientierung ist, gewinnt das parlamentarische Treiben zwar an Offenheit, aber auch an Gemeinheit. Die auf diese Weise „versachteten“ Gegensätze sondern das Volk in Klassen auseinander, die eigentlich nichts mehr miteinander gemein haben und sich darum beliebig internationalisieren können. Und diese Politik erhält für ein parlamentarisches Denken noch sogar eine gewisse ethische Rechtfertigung: derjenige Stand, der durch zahlenmäßige Stärke hervortritt und durch seine Organisiertheit sich politisch durchzusetzen versteht, verdient den entsprechend größten Nutzen vom Staate.

Je weniger Mut die Menschen im Geistigen haben, desto mehr Mut entfalten sie zu ihrem persönlichen Vorteil. Die „Interessenvertretung“, um deren Verfolg heute alle Parteien und Verbände wetteifern, ist vor allem nicht verderblich wegen ihrer Ungerechtigkeiten, sondern wegen ihres durch und durch unfeinen Charakters. Alle niederen Empfindungen werden in Menschen geweckt und alle edleren Werte bagatellisiert. Unsere Zeit hat den Adel nicht bloß beseitigt, weil er zur Staatsführung nicht mehr ausreichte, sondern auch weil in ihr kein Raum für adlige Empfindungen ist. Die ständischen Einrichtungen im alten Europa hatten einen ganz anderen Sinn als die heutige berufsständische Politik. Sie beförderten gerade nicht die „Interessenpolitik“, sondern brachten den überzeitlichen Charakter des Standes im Staate durch Personen zum Ausdruck, die vom Besitz abhängig, aber von der Masse unabhängig waren.

Nach dem Sturze der großen Besitzer ist die Führung des Landes in die Kontore der Genossenschaften, in die Beratungszimmer der Fachkörperschaften und die Sekretariate der Bauernparteien hinübergeglitten. Die Bauern gaben sich in die Hände einer Bürokratie, die wohl den Agrarismus als „Weltanschauung“, aber nicht mehr als ein den Staat mit einem staatlichen Inhalt erfüllendes Leben vertreten konnte. Es ist, mit einem Wort, die ländliche Gewerkschaft entstanden, die sich zwar gerne „Standesvertretung“ nennt, aber in ihren Instinkten sich kaum von proletarischen Vorbildern unterscheidet. Nicht die großen Bauern rückten gewissermaßen als natürliche Nachfolger in die Führerstellung nach dem Sturze des Großgrundbesitzes ein, sondern diejenigen Elemente, die es am besten verstanden, sich in dem System zur Geltung zu bringen.

Der „Bauernstaat“, wie ihn der Rumäne Virgil Madgearu in seinem politischen Programm „Tzaranismus“ aufbaut, hat wohl, wie Sebeş hervorhebt, seine Analogien zum Rätestaat: lokale und provin-

zielle Sektionen und Ausschüsse, Propagandaschulen etc., aber gerade in der Annahme des Parlamentarismus und des Volksreferendums zeigt sich der Unterschied. Es fehlt diesen von unten nach oben gebauten und als demokratisch bezeichneten Staate die unabhängige regierende Gewalt, die bekanntlich bei den Sowjets absolut entscheidend ist; er bleibt da passiv, wo gehandelt werden muß. Die Bauernparteien in den Randstaaten haben als typische Mittelparteien den Geist des Parlaments geradezu kultiviert.

Die Stärke der Bauernbewegung liegt in ihrer Einseitigkeit. Sie stellt den Bauer in den Mittelpunkt des Volkslebens. Unsere Agrartheoretiker machen seit der Bauernbefreiung Kompromisse zwischen Groß- und Kleingrundbesitz. Sie haben sich gewöhnlich mit ökonomischen Gründen auf eine „richtige Mischung der Betriebsgrößen“ herabgeredet, aber sie haben nicht mehr den Mut, eine sozial geschlossene Agrarverfassung zu fordern. Für die bäuerliche Ideologie ist der Großgrundbesitz — eingestander- oder nicht eingestandermaßen — überflüssig. Auch das Argument, daß die große Wirtschaft als Vorbild für den Bauern dienen solle, genügt nicht mehr, um die Existenz eines Großgrundbesitzes von wesentlichen Ausmaßen zu rechtfertigen. Denn der Bauer ist heute, um mit Spina zu reden, mündig geworden. „Er nimmt sein wirtschaftliches und politisches Geschick in eigene Hände“. Kulturämter, landwirtschaftliche Schulen, Fachverbände und Genossenschaften bemühen sich, wenn auch vielleicht nicht in praktisch so wirksamer Weise, wie der Großgrundbesitz, den Bauern für moderne Wirtschaftsmethoden geeignet zu machen. Durch „Erziehung zur Standwerdung“ wie sie in der Volkshochschule geübt wird, soll der Bauer geistig für den politischen Kampf vorbereitet werden. Die Bemühungen, das Volk zu bilden, statt es zu führen, sind typisch für eine Zeit, die auf Gefolgschaft verzichtet hat. Das Bauerntum macht damit Methoden nach, mit denen die städtische Demokratie seit Generationen gearbeitet hat.

Die Grüne Internationale Mitteleuropas.

Die Unterscheidungen zwischen „Klasse“ und „Stand“ sind in der Gesellschaftslehre fundamentaler zu treffen, als in der politischen Wirklichkeit, wo die Voraussetzungen für eine klare Grenzziehung heute nicht mehr vorhanden sind. Der beste Beweis für den reinen Interessencharakter der Bauernbewegung sind ihre internationalen Tendenzen, die in bewußter Analogie zum Sozialismus zum Ausdruck gebracht werden.

Die Landwirtschaft ist von Natur so sehr ein nationales Gewerbe, daß sie die Staatsgrenzen wie kein anderer Stand geistig respektiert. Zur Ueberwindung dieses Zustandes haben die Tschechen eine ganze Ideologie entwickelt, die heute gegenüber Sozialismus und Liberalismus als „Agrarismus“ in der Literatur der kleinen Slawenvölker lebhaft erörtert wird. Den Versuch einer systematischen Darstellung des Agrarismus hat Milan Hodza, der Slowake, in einem Aufsatz: „Der Agrarismus als neuer Faktor der Volkskulturen“ („Venkov“ v. 17. IV. 1927) gemacht. Die Agrardemokratie habe die Aufgabe, den Bauern auf ein „Niveau des bürgerlichen Lebensmaßes“ zu stellen und dadurch das Land vor dem Bolschewismus zu bewahren. Die Propagierung des Eigentums auch für den kleinsten Mann solle dem Marginalismus entgegenwirken. Heute habe der Agrarismus aufgehört, ein nur wirtschaftliches Programm zu sein und nähere sich allen Problemen, die das Landvolk gedanklich durchlebte. Im Gegensatz zum Sozialismus oder Liberalismus, die aus der Konstruktion genialer Denker entstanden seien, erwache die agrarische Ideologie aus der Seele der breiten Schichten und so bedrohe sie nicht „kritische Erschütterungen“. In der Bestimmung seiner Ideologie beschränkt sich Hodza auf vermittelnde Linien: er stellt sich zur Religion positiv, bekämpft aber ihre politischen Auswirkungen, er ist national, aber auch international usw. Die Ausgleichung des „tiefen Streites zwischen Individualismus und Kollektivismus“ sei eine Aufgabe der „bäuerlichen Soziologie“, die durch die Hervorhebung des Bauerntums als „Ausgangspunkt zum Volkswissen“ eine ganz besondere Bewertung erhält. Bei aller Biegsamkeit im Ideologischen ist Hodza sehr bestimmt in der Ablehnung der Revolution und nennt das „konservativ“.

Diese Philosophie wird zur Lösung aller sozialen und geistigen Probleme so sehr als „richtig“ empfunden, daß aus ihr sogar noch ein „Messianismus“ gemacht werden kann. Der ständig betonte Pazifismus verrät den egoistischen Charakter dieser Geistesverfassung: kein Wort vom Opfer, sondern das höchste Streben besteht im Wohlstand materieller und kultureller Art.

Dieser „Agrarismus“ hat seine politische Verwirklichung erhalten durch Švehla, den Führer der regierenden tschechischen Agrarpartei, der in einer politischen „Grünen Internationale“ den Zusammenschluß der Bauernparteien aller Länder, die auf dem parlamentarisch-demokratischen Standpunkt stehen, versucht hat. Herbst 1927 wurde in einem Rundschreiben des Prager Internationalen Agrarbüros, dessen Führung der kranke Švehla 1928 an den früheren Bodenamtspräsidenten Viskovský, also an den Mann abgegeben hat, der für die tschechische Bodenreform in den ersten entscheidenden Jahren verantwortlich ist, betont, daß es höchste Zeit sei, nach der jungen politischen und parlamentarischen Bauernaktion in den europäischen Staaten agrarische internationale Solidarität zu pflegen und die „Bauernideen“ zu propagieren. Es ist den Tschechen gelungen, eine finnische, estnische, lettische, litauische, polnische, rumänische, bulgarische, serbische, kroatische, slowenische, österreichische, schweizerische, niederländische, französische und die deutsche und tschechische Bauernpartei der Tschechoslowakei, also fast alle Kleinvölker Mitteleuropas vom finnischen Meerbusen bis zu den Alpen und von der Nordsee bis zum Balkan in ihrer Internationale zu sammeln. Sie werden sich auch bemühen, die demokratisch eingestellten Teile der Bauernschaft im Reiche und in Ungarn zu gewinnen. Was wir an geistigen und politischen Leistungen von dieser Seite in letzter Zeit erleben, steht in geradezu erschreckender Uebereinstimmung mit dem westslawischen Agrarismus. Es ist symptomatisch, daß der Bayerische Bauernbund zusammen mit den Sozialisten die Mittel für den Panzerkreuzer verweigerte.

Welche außenpolitischen Ziele die Tschechen mit dieser Gründung verfolgen, wurde bei der vorbereitenden Versammlung des Agrarbüros, die in Prag in Zusammenhang mit dem großen Jubiläumskongreß der tschechischen Agrarpartei am 16. Mai 1928 stattfand, deutlich. Hodža sagte bei dieser Gelegenheit zu Jules Sauerwein: „Seit acht Jahren suche ich nach einer Möglichkeit der Zusammenarbeit der zentral-europäischen Länder, um ein durch nichts zu erschlitterndes Gleichgewicht zu schaffen. Ich glaube, es in der bäuerlichen Demokratie gefunden zu haben“. (Neue Freie Presse, Wien, Nr. 22870). In seiner programmatisch wichtigen Begrüßungsansprache vor dem Agrarbüro (Bulletin des Internationalen Agrarbüros Jg. 1928 S. 102 ff.) führte er weiter aus: „Wenn (jogar) die Landwirtschaft in den eine industrielle Tradition besitzenden Staaten ihre politische Emanzipation vorbereitet, so ist es nur verständlich, daß die Organisation des Agrarismus in Mitteleuropa vom Baltischen bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer dauernd fortschreitet und fortschreiten muß, weil hier die industrielle Tradition verhältnismäßig sehr jung ist“.

„Wir hier in Mitteleuropa haben das Gefühl, daß für alles das, worum es sich bei uns handelt, weder das wissenschaftliche Laboratorium in Rom, noch die internationale Mitwirkung bei der Evidenz und Vorbereitung der landwirtschaftlichen Legislative und Administrative, wie sie die Internationale Landwirtschaftliche Kommission großzügig

durchführt, genügen kann. Wir haben das Gefühl, daß wir von unserem Standpunkte aus diese landwirtschaftlichen Institutionen durch unsere Institution vervollständigen müssen, welche auch politische Gruppen organisieren will von der unermesslichen Bedeutung der Millionenmassen der mitteleuropäischen Agrardemokratie."

"In dieser europäischen Zone auf ihren zwei Millionen Quadratkilometern wohnen 80 Millionen Menschen. In diesen Staaten haben die Landwirte die absolute Mehrheit, ausgenommen die Tschechoslowakei, wo sie eine 40 prozentige relative Majorität besitzen. Auf diesem Gebiet hat sich durch die Bodenreform eine soziale Umwälzung so tief und rapid abgespielt, wie vielleicht nirgends und niemals. Der feudale Adel, welcher diesen Gegenden früher ihren sozialen und politischen Charakter aufdrückte, ist als politischer Faktor vollständig verschwunden. An seiner Stelle wächst und macht sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die landwirtschaftliche Demokratie geltend, die ihren Platz in der Mitte zwischen den äußerst konservativen und den radikalen Demokraten einnimmt. Es ist also klar, daß von ihrer Orientierung im großen Maße die Richtung abzuhängen beginnt, welche in Mitteleuropa Sozial-, Kultur-, Staats- und internationale Politik einschlagen."

"Ich mache nachdrücklich darauf aufmerksam, daß das alles in erster Reihe Mitteleuropa betrifft . . . Weil wir Landwirte Mitteleuropas spezielle und eminent politische Interessen haben, welche unsere übrigen Freunde nur indirekt oder gar nicht berühren, werden wir in der Organisation des Internationalen Agrarbüros das System der regionalen Verständigungen und Gruppen einführen, welche entweder als permanente Institutionen oder nur auf gewisse Zeit errichtet werden können."

Die Aufgaben der Agrardemokratie würden nicht bloß in der Tschechoslowakei erfasst. „Instinktiv haben manche, selbst nichtagrarische Regierungen Mitteleuropas der Agrardemokratie ihre Ehrenbezeugungen erwiesen, indem sie eine Bodenreform durchgeführt haben, welche zwar die Privilegien von einigen Tausend Familien abschafft, welche aber Millionen von Proletariern und Halbproletariern auf das Niveau des selbständigen Unternehmers gehoben hat. Es gehört nicht besonders viel Geist dazu, um überall, auch in Westeuropa anzuerkennen, daß die Bodenreform in ihren Konsequenzen keineswegs eine Stütze der sozialen Auflösung, sondern im Gegenteil eine unentbehrliche Bedingung der konservativen Demokratie und der sozialen Stabilisierung darstellt“.

Es mußte auffallen, daß Hodza in dieser Rede, in der nicht Wendungen fehlten, wie Bedrohung der Agrardemokratie durch das „Junkertum in seinen verschiedenen Gestalten“ und gemeinsames Hand in Hand Schreiben der von den Herren „fast überall gleich geschmähten und gemarterten“ Bauern „gegen die Sonne“, zwar Frankreich und England, aber nicht Deutschland erwähnte. An der Stelle, wo man eine Äußerung darüber hätte erwarten können, hieß es: „Es wäre

nicht richtig, den Ereignissen vorauszuellen und über ähnliche Versuche in jenen Staaten zu sprechen, wo sich dieselben noch im Stadium der internen Vorbereitungen befinden". In dem Interview mit Jules Sauerwein hatte Hodža erklärt: „Wir erhielten bereits von in Bildung begriffenen Gruppen des Deutschen Reiches günstigen Bescheid. In Deutschland zeigt sich heute eine starke Bewegung für die bäuerliche Demokratie". Die 2 $\frac{3}{4}$ Millionen Stimmen, die den neuen Bauernpartei bei den Wahlen im Reiche zufließen, wurden von der tschechischen Presse als endliches Erwachen des „ständischen Bewußtseins" im deutschen Bauern gewertet. Die Agrarpartei konnte sicher sein, daß ihr Mitglied Chvankovský, der tschechische Gesandte in Berlin, diese Vorgänge aufmerksam verfolgte.

Welch aggressiver Sinn der mitteleuropäischen Bauernpolitik der Tschechen innewohnt, das hatte Hodža am 11. März 1928 in einer Rede in Kaschau vor den Vertrauensmännern der Agrarpartei enthüllt, unter denen sich auch einige Delegierte ungarischer Nationalität befanden. Mit Bezug auf die ungarischen Klagen beim Völkerbund wegen der Enteignungen in der Tschechoslowakei sagte Hodža drohend: „Wenn die ungarischen Grafen eine Brüderlichkeit und eine Bruderhilfe gegenüber den bei uns verbliebenen Grafen fühlen, so sollen sie sich in Acht nehmen. Wie sie sich für unsere Grafen interessieren, so können sich auch unsere Kleinbauern darum kümmern, wie es den Kleinbauern in Ungarn geht: ob sie dort das allgemeine geheime Wahlrecht haben, wie es die ungarischen Kleinbauern bei uns haben. Vielleicht wird in uns auch das Solidaritätsgefühl mit den ungarischen Kleinbauern geweckt werden, und es wird gerade so stark sein, wie bei den Grafen das Gefühl der aristokratischen Solidarität. Vielleicht wird dann auch in Ungarn die Agrardemokratie Wurzeln schlagen, und dann werden die ungarischen Grafen so erledigt sein, wie sie es bei uns sind. Sie dürfen nicht mit dem Feuer spielen". (Prager Presse v. 13. III. 1928). Und in seiner Rede vor dem Agrarbüro hatte Hodža in deutlicher Anspielung auf die ungarischen Revisionbestrebungen gesagt: „Es möge mir erlaubt sein, ganz deutlich zu erklären, daß die Agrardemokratie der 80 Millionen Leute in Mitteleuropa mit einer einzigen, aber sehr entschiedenen und sehr wirksamen Handbewegung jeden Versuch des Feudaladels und seiner Freunde ohne Unterschied von sich weist, die bestehende internationale Ordnung zu stören, gegen die Bodenreform, gegen die Friedensverträge und für das alte Regime zu intrigieren. Den Resten des adeligen Feudalismus gegenüber, proklamieren wir die Solidarität der mitteleuropäischen Agrardemokratie". (Bulletin S. 108).

Die grüne Internationale ist in Mitteleuropa auf dem Marsche. Die agrarische Presse in der Tschechoslowakei weist durchaus mit Genugtuung darauf hin, daß ihre Zusammenschlüsse zu denen der Arbeiterschaft auf einer parallelen Linie lägen. Der sudetendeutsche Minister Spina hat in seinen Reden in derselben Weise wie die Tschechen den Agrarismus zur Weltanschauung erhoben und das als bestimmend für

die Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Agrarier erklärt. Er sagte wörtlich: „Wenn es eine rote Internationale gibt, dann ist sicherlich der Gedanke der grünen Internationale nicht minder berechtigt“. (Landpost-Prag v. 15. VI. 1927).

Der Vorsteher der sudetendeutschen Bauernvolkshochschule in Allersdorf in Mähren Erhard Gottfried Bürger schreibt eine Erwiderung auf die Hodzagschen Ausführungen über den „Agrarismus als neuen Faktor der Volkskulturen“ mit folgenden Worten: „Durch das Bauerntum aller Völker geht ein gemeinsamer Zug: seine Bindung an die Mutter Erde. Die Mutter Erde ist der materielle Ausdruck kosmischer Zusammenhänge im Völkerleben und ein geheimnisvoller Quell von Kräften, die in die Bauernseele einfließen. So kann ein Ethos, das über das eigene Volk hinausgreift, seinen Pflanzenboden im erdgebundenen Bauerntum aller Völker finden“. (Landpost v. 24. VI. 1927). Das ist der „ewige Bauer“, von dem Spengler gesprochen hat. Dieses Denken macht aus dem Bauerntum ein Prinzip, während ein frommes Leben im Dienste eines Höheren sich in immer neuer Gestalt offenbart. Es war ein Zeichen von Religiosität, daß der russische Bauer auch unter der Sowjetherrschaft untertänig blieb. Er hat sogar dem neuen Staat in der Notzeit Frondienste geleistet, indem er Brennholz für die Eisenbahnen lieferte, die Gleise und Landstraßen unterhielt, Fuhrn für den Staatsbedarf stellte, die Landbestellung für die Soldaten der Roten Armee übernahm usw. Daselbe Bauerntum, dessen Landaufteilungswünschen sich der Staat noch kurz vorher machtlos gezeigt hatte, beugte sich politischen Notwendigkeiten. Es beginnt, sich heute wieder unter der Führung der Starken zu sammeln, es will sein religiöses Bewußtsein im Staatsleben dienend umsetzen. Es ist im Geiste hörig geblieben, solange es nicht von außen her zerfehrt wird. Der unpersönlichen Religiosität, die in den Bürgerschen Sätzen zum Ausdruck kommt, fehlt die Steigerung in dem Glauben an menschliche Größe. Bei der deutschen Bauernkolonisation im 18. Jahrhundert, die wirtschaftlich blieb, hat das Sektenwesen eine auffallend starke Rolle gespielt. Die Mennoniten mit ihrem speziell religiösen Stillleben sind überall wahre Musterbauern geworden. Aber ihr Leben steht außerhalb der Geschichte. Erschöpfte sich in ihnen das bäuerliche Wesen, so hätte Spengler recht. Unsere große politische Kolonisation des 13. Jahrhunderts, die ein Stück deutschen staatlichen organisatorischen Geistes bis in das fernste Siedlungsgebiet hineintrug, war dagegen ihrem Charakter nach eine ausgesprochene Herrschaftskolonisation, die Führung und Geschlossenheit auch auf das wirtschaftliche Leben übertrug und sich den Boden unterwarf, den sie besetzte.

Der Adel in den Adelsrepubliken Mecklenburg und Vorpommern ist, wie der polnische und hussitische daran gescheitert, daß er sich zum Selbstzweck wurde. Adel und Bauer in Preußen und Rußland haben deshalb Weltgeschichte gemacht, weil sich beide einem Herrscher verbunden fühlten, für den sie lebten. Sie erbhöhten sich selbst, indem sie dienten. Die „agrarische Weltanschauung“ setzt das Bauerntum ans

Ende aller Dinge. Es war die große Denkerleistung Moeller van den Brucks im „Dritten Reich“, daß den konservativen Begriff vom reaktionären ablöste und zum revolutionären in eine Beziehung brachte. Während die Völker unter den in Versailles geschaffenen Bedingungen nicht leben können, während das Proletariat weiter in revolutionärer Erregung verharrt, ist das Bauerntum unbekümmert darum, ob die staatlichen und sozialen Probleme gelöst erscheinen, zu einer Stabilisierungspolitik übergegangen. Es hat sich damit aus tieferen geschichtlichen Zusammenhängen zur selben Stunde gelöst, wo es seine besondere politische Geltung anmeldet.

Wohl ist die agrarische Frage heute eine Weltfrage. Das Landvolk ist in Deutschland ebenso in Unruhe wie in Rußland. Es ist in Not in Amerika wie in Rußland. Die Flucht in die Stadt schafft überall die gleichen sozialen Probleme. Aber die Verbindung von Landvolk zu Landvolk muß einen geistigen Inhalt haben, sie muß auf einem Willen beruhen, die Staatsmacht wieder an den Boden zu binden, den unveränderlichen und überzeitlichen Werten nicht bloß in der Wirtschaft, sondern auch in Politik und Kultur ihr Übergewicht zu verschaffen. Die grüne Internationale hat von der roten nur eines nicht übernommen: den Begriff der Diktatur. Sie geht dem Problem der Herrschaft aus dem Wege, ohne welches dem Boden nicht seine Geltung im Staate wiedergegeben werden kann. Sie müßte sonst auch darüber nachdenken, was sie — vom Standpunkt des Landes aus — mit der Verschlagung des Großgrundbesitzes angerichtet hat.

Und doch geht es für das Landvolk weltpolitisch darum, ob es noch einmal möglich ist, das Staatsleben vom Lande her neu aufzubauen.

Die Agrardemokratie in der Tschechoslowakei hat wie die jetzt in Rumänien durch ihren parlamentarischen Sieg alle Möglichkeiten dazu in der Hand gehabt. Und wozu hat sie sie genützt? Sie hat ihre Wirtschaftslage durch Zollpolitik und Subventionen notdürftig verbessert. Weiter geht ihr Ehrgeiz nicht. Eine sehr gleichgültige Angelegenheit für die übrige Welt.

Wenn die taktische Fühlungnahme der agrarischen Flügel der Nationen sinnvoll erfolgen soll, so muß die Übereinstimmung um außenpolitischen Ziele gesucht werden. So geistlos wie eine „Verständigung“ gewöhnlich ist, so tiefgehend kann ein Bündnis sein, das um großer Aufgaben willen geschlossen wird. Hier ist tatsächlich von der agrarischen Bewegung, allerdings nicht aus der Prager Perspektive, große Politik zu machen. Je stärker sie sich dabei vom Zeitgeist löst, desto reifer wird sie dazu.

Die Parzellenidee und die deutsche Stellung im Osten.

Die Agrardemokratie hat mit den Herrenhäusern auch die geistigen und kulturellen Mittelpunkte des Landlebens zerstört. Die Bodengesetze schweben sich über die traditionellen Belastungen der großgrundbesitzlichen Vermögen durch Stiftungen, Patronate und Servitute aus, sie übernahmen, durch den Grundsatz „noblesse oblige“ nicht gebunden, vom Eigentümer fast ohne Entschädigung wohl das Gut, aber nur zum Teil seine materiellen und überhaupt nicht seine moralischen und kulturellen Verpflichtungen. Die verfallenen baltischen Herrensitze, in deren einzelnen Zimmern mitunter Jungwirtfamilien hausten, sind ein bekannter Anblick für jeden, der heute durch das Land reist. Als ein böhmischer Besitzer darum bat, ihm zur Erhaltung seines aus dem 16. Jahrhundert stammenden Schlosses mehr Boden zu belassen, bekam er vom Bodenamte die Antwort: „Wir müssen uns daran gewöhnen, Ruinen zu sehen“.

Die Zugrunderichtung alter kultureller Werte könnte hingenommen werden, wenn dem auf der anderen Seite aufbauende Leistungen gegenüberständen. Aber was hat die „Bauernkultur“ statt dessen geschaffen? Mit den Herrenhäusern hat sie nichts anderes anzufangen gewußt, als aus ihnen Schulen und Versuchsanstalten zu machen. Ihre heimatliche Kunst ließ so wenig ein großes Gestalten erkennen, wie der Heimatgedanke sich in wirkliche Politik umsetzte. Die geistigen Vorstellungen des Landes wurden dadurch in Wahrheit enger und nicht weiter.

Der Sieg der Parzellenidee, die über die deutschen Bodenreformer von den Ostvölkern übernommen wurde, mußte zum Zusammenbruch unserer Herrschaftsstellung im Osten führen, weil er die Grundlagen zerstörte, auf denen diese Stellung vor 800 Jahren begründet worden war. Vergeblich hat die preussische Romantik in der Anseinersehung mit dem französischen Geist gegen die agrarischen Auflösungserscheinungen, mit denen wir bis heute nicht mehr fertig werden konnten, gekämpft. Vergeblich sind auch agrarpolitische Schriftsteller mit politischem Instinkt aufgetreten, wie Theodor v. Bernhards in seinem „Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden“, und der zu Unrecht vergessene Georg Funke, der schon 1854 über „Die heillosen Folgen der Bodenzerstückelung und deren Gefahren für ganz Europa nachgewiesen an Frankreichs und Italiens agrarischer Zerrüttung“ ein Buch veröffentlichte. Vergeblich hat Adam Müller mit großer Begabung gegen das merkantilistische Denken geschrieben. Vergeblich haben Männer wie Ludwig v. d. Mar-

wiß sich für die Erhaltung des Lehnscharakters des Bodens eingesetzt und in leidenschaftlicher Bekämpfung des neupreußischen Beamtenmechanismus, der sich unter Hardenberg entwickelt, betont, daß die Stände neben Gesetzgebung und Verwaltung, die Verstand und Klugheit erforderten, den Instinkt des Landes verkörperten. Diese politische und geistige Revolution der Romantik wird von einer Geschichtsschreibung geflissentlich übersehen, die auch zu erwähnen vergißt, daß vor den liberalen Studenten bereits preußische Junker wegen ihrer Gesinnung auf der Festung gefessen haben.

Die französischen Ideen sind über uns hinweggegangen und haben zunächst zur Erledigung der Stellung des Adels in verschiedenen deutschen Landschaften geführt. Während in den Ebenen des Nordostens der Adel in Folge seiner großen Eigenwirtschaft und seiner kapitalistischen Entfaltungsmöglichkeiten seine Stellung zwar nicht politisch, aber wirtschaftlich behauptete, war er im Süden und Südwesten seit Jahrhunderten einer wirtschaftlichen Tätigkeit entwöhnt und einer städtischen Lebensweise zugetan. Da ein eigener landwirtschaftlicher Betrieb, der den Grundstein für eine neue wirtschaftliche Existenz hätte bilden können, gewöhnlich nicht vorhanden war, bedeutete die Ablösung in Verbindung mit der napoleonischen Neuordnung der staatsrechtlichen Verfassung des westlichen Deutschlands die Zerstörung des wirtschaftlichen Unterbaus seiner sozialen Stellung. Auf diese Weise ging der pfälzische und oberrheinische niedere Adel fast ganz zu Grunde, der allbayerische verarmte zum größten Teil. Wir haben hierüber keine Darstellung von soziologischem Interesse, wie die von Mitrimovic, der nachweist, daß unter den Einkläffen des modernen Kapitalismus und der Agrarreform allein in der Herzegowina in den letzten Jahrzehnten 800 alte und reiche Moslemfamilien völlig zugrunde gingen, davon mehr als die Hälfte in den Nachkriegsjahren. Retten konnten sich bei uns nur diejenigen, die über fideikommissarischen Waldbesitz verfügten oder Familienverbindung mit reichen städtischen Patriziergeschlechtern eingingen. Einen wirklichen, aber rein persönlichen Nutzen erfuhren die ehemals reichsgräflichen und fürstlichen Familien, die in Folge der Rheinbundakte mediatisiert worden waren. Sie hatten solange die Kosten ihrer zweifelhaften Staatsstätigkeit aus dem Ertrag ihrer Domänen zu bestreiten gehabt. Sie erhielten nun gewissermaßen als Entschädigung für ihre verlorene Staatsgewalt ihre Domanialgüter als lastenfreien Privatbesitz, der zum weitaus größten Teil in sehr umfangreichen Waldungen bestand. In demselben Maße wie im Laufe des 19. Jahrhunderts diesen Familien ihre öffentliche Geltung durch Entzug aller patrimonialen Rechte wie Gerichtsbarkeit, Polizei usw., die finanziell eine Belastung bildeten, genommen wurde, verbesserte sich ihre persönliche Vermögenslage. Aber keine Konservation einzelner Familien konnte den Verfall des Standes wettmachen, konnte den konservativen Charakter des Staatslebens wiederherstellen. Darauf kam es aber an, wenn der Entvölkerung des Landes und den Folgen der Industrialisierung begegnet werden sollte.

So konnte es kommen, daß die kleinträumige Siedlungs-idee von der Stadt aufs Land zurückschlug, in Formen, die der politischen Entwicklung zur Demokratie entsprachen. Thiers vergleicht 1851 in einer Rede die englische und französische Agrarverfassung auf ihren demokratischen Charakter hin. Er meint, daß das englische Land ein Besitz der großen Grundherren sei, in deren Abhängigkeit sich auch die Bauernschaft befände. „Aber wie ist es in Frankreich? Wißt Ihr, wieviel Grundstücke es gibt, die unter 5 Fr. steuern? Nicht weniger als 5,444 000 und von 5—10 Fr. 1,180 018 Grundstücke, von 10—20 Fr. 1,674 000, von 20—30 Fr. 791 600 Grundstücke. Der Bauer ist Eigentümer, das Volk ist Eigentümer — das ist eine der schönsten Seiten unserer Zivilisation. Das Erbreich gehört jedermann, und wenn Ihr es zugrunde richtet, so richtet Ihr jedermann zugrunde“. (Funke S. 78). Wir haben gesehen, welche agrarische Zerrüttung seitdem in Frankreich eingetreten ist, welcher Verfall der Bodenkultur und des Landvolkes. Aber mit genau derselben Begründung haben die Ostöster ihre Gitterzerschlagung verteidigt. Masaryk behauptete, unter Hinweis auf das französische Beispiel, daß ein kleines Gut die „verlässlichste Ausrüstung“ eines jeden Landes sei (zu Frau André Violis j. Prager Presse v. 21. XI. 27). Und der Präsident des tschechischen Bodenamtes Dozenilek erklärte am 15. November 1927 in der Budgetdebatte mit pathetischem Stolz:

„Wir haben diese Aufteilung durchgeführt ohne Störung der Produktion und alles dessen, was sich auf ihre Prosperität aufbaut, ohne Enttäuschung der Hoffnungen, die der Gesetzgeber und die kleinen Leute in dieses große Reformwerk gesetzt hatten. Zerstört liegt vor uns bloß das landwirtschaftliche Patrimonium, aber nicht zum Schaden, sondern zum Vorteil des Staates und der Bevölkerung. Auf seinen Trümmern steht der freie kleine Mann, der die durch den Bodenerwerb übernommenen Funktionen glänzend erfüllt. Dieser kleine Mann steht da als verlässlichste Stütze unseres jungen Staates in guten und schlechten Zeiten gegen alle Angriffe und Erschütterungen, mögen sie von außen oder innen kommen. Und dies ist bisher die schönste Bilanz unserer Tätigkeit“.

Es gibt eine umfangreiche Entscheidung eines tschechischen Gerichtshofes (Brünner Oberstes Gericht, Urteil v. 8. April 1927 R. I. 120/27 über die Wechmerden von Schweizer Staatsangehörigen wegen Schädigung, die sie durch die tschechoslowakische Bodenreform erlitten haben), die unter den „moralischen Gründen“ für die Agrarreform in ihrer staatspolitischen Ablehnung des Großgrundbesitzes sogar auf Rom zurückgeht und für die Kleinzuteilung folgendes anführt:

„Die Römer, die größten Juristen und Staatsmänner der Geschichte aller Zeiten, hatten stets das lebhafteste Empfinden dafür, was dem Wohle des Staates angemessen ist, für den sie die größten Opfer zu bringen verstanden. Die Agrarfrage, ihre einzige soziale Frage, war im alten Rom länger als 700 Jahre hindurch akut und Gegenstand un-

endlicher Kämpfe. Die Plebejer verlangten häufigere und ausgleichere Zuteilung, der Adel (die Patrizier), welcher sich des staatlichen Bodens bemächtigt hatte, widersetzte sich, bis im Jahre 386 ab urbe condita das Gesetz angenommen wurde, ne quis plus 500 jugera agri possideret, daß niemand mehr als 500 Morgen Land besitzen solle. In der Begründung wird gefragt, was das für eine Gerechtigkeit wäre, wenn einem jeden Patrizier ein beliebiges Ausmaß an Boden zu besitzen frei stünde, während ein Plebejer nicht mehr Boden für sich hat, als für ein Dach über seinem Haupte und für sein Grab. Es handelte sich also eigentlich um Freimachung von Boden für das kleine Volk wie bei uns. Aber die Plutokratie verstand es, das Gesetz zu umgehen und zu durchbrechen und so wuchsen die Großgrundbesitze, so daß bereits zur Zeit Ciceros die centum domini d. i. die hundert Eigentümer des Bodens sprichwörtlich waren und es dauerte nicht einmal hundert Jahre und Pinius schreibt Italien und damit der größten Weltmacht des Staates, welche jemals existierte, dem römischen Reiche seine Grabinschrift: Latifundia Italiam perdidere, der Großgrundbesitz hat Italien vernichtet“.

„In wirtschaftlicher und politischer Beziehung ist derjenige Staat der gesündeste, welcher einen kräftigen und zahlreichen Mittelstand hat. Ungeheuere Unterschiede in der Distribution des Vermögens, Konzentrierung von Werten in den Händen von verhältnismäßig wenigen „oben“ und die hinausblickende Armut „unten“ ist eine krankhafte und verderbliche Erscheinung. Worum es sich im Gesetze des Licinius aus dem Jahre 396 n. a. handelte, darum handelt es sich auch bei der tschechoslowakischen Agrarreform. Bestimmte das römische Gesetz, daß niemand mehr als 500 Morgen Bodens besitzen darf — eine Bestimmung, deren Kehrseite es war, daß ein jedes Ausmaß darüber in die Hände des Staates zwecks Zuteilung an das kleine Volk zurückfällt, so bestimmt auch das tschechoslowakische Gesetz, daß niemand darauf Anspruch hat, daß ihm mehr als 150, gegebenenfalls 250 ha Bodens belassen werden und daß der Staat ein jedes Ausmaß darüber für dieses und diesen Preis zum Zwecke der Zuteilung an die kleine oder mittlere Landbevölkerung ankaufen kann“.

„Es war nötig, die Resultate der historischen Entwicklung, die Reste der mittelalterlichen Feudalität, zu korrigieren, eine angemessenerere Distribution des Bodenbesitzes herbeizuführen, vor allem also die kleine Landbevölkerung zufrieden zu stellen und aus Landlosen Bodenbesitzer zu machen. Dies verlangte die ruhige innere Entwicklung und die Konsolidierung des Staates, von der auch seine äußere Sicherheit abhängt. Es war nach Auffassung der tschechoslowakischen Nation notwendig, das kleine Volk vor Umsturzbestrebungen zu schützen, welche aus utopistischen, mit Rücksicht auf das moralische Niveau der Zeitgenossen unpraktischen Ideen sprächen, gegen deren Propaganda sich auch die Weststaaten mit allen Kräften aber eben nur in Worten wehren. Der tschechoslowakische Staat machte dies durch Taten, durch die Agrarreform. Es war auch einem anderen ständigen nationalen Uebel zu steuern: der Auswanderung. Dies alles bedeutet sicherlich viel mehr,

als irgendwo irgendeine Eisenbahn. Es geht um die höchsten Güter des Staates und der Nation, um die Grundlagen seiner inneren Sicherheit und seiner äußeren Existenz. Dies muß auch die Rechtswissenschaft begreifen. Es handelt sich nicht darum, Unrecht zu tun, sondern dem Unrecht abzuwehren, welches die ungeleitete und sich selbst überlassene historische Entwicklung mit sich gebracht hat, kurz gesagt, um eine soziale Reform, gegen die sich niemand zur Wehr setzen darf, auf welche im Gegenteil eher mit Wohlwollen zu blicken ist, weil die Reform einen sozialen Fortschritt bedeutet, der unbedingt notwendig ist, wenn die Menschheit vor schmerzlichen, plötzlichen Umstürzen bewahrt werden soll“.

Dieses richterliche Urteil, das die Schrecken der römischen Latifundienbildung schildert, und die Geistesverwandtschaft mit den damaligen Agrarreformen betont, hätte noch eine Ueberlegung in der Richtung anstellen können, warum die römischen Bodengesetze sich nicht hielten und ob den tschechischen vielleicht ein ähnliches Schicksal beschieden sein könnte. Es ist nicht zu vergessen, daß der Grundstückkonzentration, die die herrschenden Familien erstrebten, die städtische Orientierung des römischen Proletariats entgegenkam, das seinen Boden verkaufte, um in die Stadt zu ziehen. Wohl konnten die Gesetze der Gracchen gegen die Anhäufung des Reichtums in einzelnen Händen, die Macht der Nobilitas brechen, aber damit wurde positiv noch nichts erreicht. Im Gegenteil. Die gracchische Bewegung, die interessanterweise durch die Verbindung der Kleinagrarien mit dem Großhandel politisch gefährlich wird, führt mit der Besiedlung des *ager publicus* und seiner rechtlichen Ueberführung in den *ager privatus* zu einer unbedingten Freiheit der wirtschaftlichen und rechtlichen Verfügung über das Grundeigentum. Die Folge dieser Politik, die die Wünsche der kleinen Ackerbürger verwirklicht, war eine ungeahnte Entwicklung des Immobilienhandels in der Stadt Rom und das Ueberhandnehmen nicht mehr von volkserhaltenden, sondern von reinen Profitgründen bei der Landbebauung. Der neuen Geldaristokratie aus den reichsten Geschlechtern der Plebs und den Resten der Patrizier fehlt der edle Halt der alten bodengebundenen Geschlechter. Sie ist ein Stand von großhandeltreibenden Großgrundbesitzern. Der Agrarumsturz der Gracchen bleibt nicht der einzige. Die beginnende Monarchie und die Bürgerkriege führen besonders unter Sulla und den Triumviren durch gewaltige Konfiskationen, Aufkäufe und Neuverteilungen an die siegreichen Heere zu einer neuen Umwälzung aller Besitzverhältnisse. Dabei wird gerade der mittlere Großgrundbesitz, der wahre Mittler zwischen Obrigkeit und Volk, besonders durch die diokletianischen Steuerreformen wirtschaftlich zugrunde gerichtet und die Grundstückkonzentration befördert. Nachdem die Bodenverteilung einmal ein gefährliches Zugmittel in der Hand demagogischer Agitatoren geworden ist, kann es schließlich dahin kommen, daß Feldherren durch Verteilung der Ländereien an das Heer eine reine Militärbherrschaft im Staate aufrichten, welche genau so un-

organisch ist, wie die gleichmacherische Politik der Plebs, die mit zu dem Ende beitrug, daß der Reichtum sich in wenigen Händen sammelte.

Nicht die Tatsache des Großgrundbesitzes an sich, sondern das Ueberhandnehmen der händlerischen Einflüsse, die mit der Parzellierungspolitik zusammentreffen, ist dem römischen Reiche verhängnisvoll geworden. Bleibt die tschechische Bodenpolitik dafür bessere Aussichten? Wenn das Brünner Gericht die Gesundheit eines Staates politisch und wirtschaftlich auf einen kräftigen und zahlreichen Mittelstand begründet, so ist es sehr entscheidend, ob das Gericht dabei den Hauptton auf die Kraft oder die Zahl des Mittelstandes legt. Politisch verstanden kann es sich dabei nur um eine tragfähige Schicht handeln, die das Bindeglied zwischen Staatsführung und Volk darzustellen vermag.

Die Tschechen haben das Problem in der Weise gelöst, daß nach den amtlichen Ausweisen der einzelne Bewerber bei der Kleinteilung im Durchschnitt 1,1 ha erhielt, also eine Fläche, die nicht einmal wirtschaftlich zur einfachsten Selbständigkeit genügend ist, politisch aber alles andere als Aufbau eines „Mittelstandes“ bedeutet. Eine solche Bodenpolitik weist bereits auf städtische Denkart hin, und tatsächlich unterscheidet sich die moderne Parzellierung darin nicht von ihren römischen Vorbildern. Ihrer Herkunft nach ist die Bodenreformideologie, für deren Propagierung auf dem Kontinent Adolf Damaschke verantwortlich ist, wie die Ideen Thaers angelsächsischen städtischen Geistes. Die humanitäre Sehnsucht einer großstädtischen Masse nach einem Stück Grünem fand darin ihren wirtschaftspolitischen Ausdruck. Auf die Konjunkturersehnung der Preissteigerung des Bodens in der Nähe der wachsenden Großstädte wurde eine Agrartheorie von einer erstaunlichen geistigen Dürftigkeit aufgebaut. Aber die Verheißung, die Wegsteuerung der Grundrente würde „aller unverschuldeten Völkern ein Ende bereiten und jedem Menschenkinde, das in die Gesellschaft hineingeboren wird, die Möglichkeit geben, seine körperlichen, sittlichen und geistigen Fähigkeiten voll zu entwickeln“, war so plausibel, daß sie auf das kleinstädtische Gemüt wirkte. Zwar wies die nationalökonomische Wissenschaft daraufhin, daß in einer hochentwickelten Volkswirtschaft Renten, die auf der relativen Seltenheit der Objekte beruhen, in vielfacher Form auftreten. Aber alle anderen Renten sind viel veränderlicher und beweglicher, sie sind nicht so zu fassen, wie die Grundrente. Und hier zeigte sich der urbane Geist der Bodenreformlehre: Sie trifft nur die sichtbaren Vermögen, gerade die, die am Boden haften, in erster Linie also Landwirtschaft und Hausbesitz. Sie entlastet dagegen den beweglichen Besitz, das Finanzkapital.

Die atomisierende Vorstellung von den Besitzverhältnissen hat zu dem Zusammenbruch der deutschen Herrschaftsstellung im ganzen Osten geführt. Bei ihrer Begründung im Mittelalter hatte man von Siedlung noch nicht die Vorstellung eines Zwerganwesens gehabt. Das Privatinteresse des Grundherren bildete den kräftigsten Antrieb zur Kolonisation. Einem Locator (Unternehmer) wurde die selbständige

Durchführung der Ansiedlung übertragen. Seine Sorge war es dann, die Ansiedler herbeizuschaffen, jedem seine Hufe zuzuweisen, unter Umständen ihnen auch Saatkorn, Vieh und Geräte auf Vorschuß zu geben und endlich die von jedem neuen Dorf insgesamt aufzubringenden Abgaben als Reallasten festzulegen. Das war auch noch so im „Entreprise-System“ der friderizianischen Kolonisation. Den Aufbau der Gehöfte dagegen besorgten die Bauern selbst, schlüsselfertige Gebäude gab es nicht. Die Freiheit bestand in der Freiheit des Schaffens und nicht des formalen Rechtes. So baute, rodete und säte der Siedler vor 700 Jahren auf dem durch Kampf erworbenen Boden unter Führung einer Persönlichkeit. Das Verhältnis von Offizier und Soldat übertrug sich auf die Wirtschaft.

Der mittelalterliche Kolonist und der moderne Siedler sind so verschieden in ihrem Wesen, wie die Zeitalter, denen sie angehören. Der Blick des Kolonisten, der sich auf erkämpften Boden seine Wirtschaft selber schaffte, war in die Weite gerichtet und seine Gesinnung kameradschaftlich. Der Blick des Siedlers dagegen ist egoistisch beschränkt und seine Gesinnung bleibt proletarisch. Dabei hat er seine Freiheit durch bürokratische Abhängigkeiten verloren und kann in solcher Verfassung nicht als Volk auf neuem Boden verwurzeln, wie unsere Ansiedlung in Posen-Westpreußen bewies.

Die zweiten und dritten Bauernjöhne, die heute durch die Siedlung unterkommen wollen, haben zwar den gesunden Instinkt, auf dem Lande zu bleiben, aber die kleinbürgerliche Versorgung, die schon die Bauernbefreiung als Problem beherrschte, ist das Gegenteil von einer staatspolitischen Vorstellung. Ein geographischer Betrachter mit politischem Instinkt, Friedrich Ratzel, erinnerte daran, daß der kolonisierende Mensch möglichst wenig Staat und um so mehr Freiheit haben wolle. Ihn locken nicht schlüsselfertige Gebäude und Rentensysteme. Er liebt vielmehr das ungewisse und gefährvolle Leben. Und er muß sich den Boden erobern, auf dem er wohnen soll. Noch in jeder großen Kolonisation gingen die ersten Scharen der Einwanderer zu Grunde, damit die nachfolgenden um so festeren Boden gewannen. Der modernen Bodenreform fehlt das Kennzeichen der echten Kolonisation — der heroische Zug. Sie sucht die Gefahrenmomente nach Möglichkeit auszuschalten und stellt die Sicherheit des Lebens in den Vordergrund. Sie kam nicht auf den Gedanken, den Drang des Volkes nach Neuland nach außen zu wenden oder ihn im Innern raumpolitischen Gesichtspunkten unterzuordnen. An diesem Problem geht sie auch heute noch vorüber. Daß die Zunahme der Menschen auf einem bestimmten Territorium den Einzelnen unfreier macht, und daß in dem Mangel an räumlicher Bewegungsfreiheit die Wurzel alles sozialen Übels in unserem Volke zu suchen ist, dieser Erkenntnis hat Hans Grimm in seinem großen Roman „Volk ohne Raum“ künstlerischen Ausdruck verliehen. Dagegen beschäftigt sich die Bodenreformbewegung damit nachzuweisen, daß bei vollkommener Bodenausnutzung noch so und so viele Millionen

Menschen „unterkommen“ könnten, und löst das Bevölkerungsproblem dabei auf eine glatt rationale Weise.

Ist schon der preußische Staat vor dem Kriege mit seiner Kolonisation in der Ostmark daran gescheitert, daß er nicht mit der kolonialen Natur rechnete, so geht es der Bodenreform gar nicht um das Land und den Bauern, sondern sie ist eine großstädtische Angelegenheit, der Sehnucht der städtischen Masse nach dem Schrebergärtchen entsprossen. Moeller van den Bruck hat im „Dritten Reich“ entscheidende Worte gegen diese Siedlungsideologie gesprochen, die aber leider ungehört geblieben sind.

Nachdem wir Deutsche ideenmäßig die soziale Geschlossenheit des Landes auflösten, konnten wir uns nicht wundern, wenn mit den Mitteln der Bodenreform das baltische Deutschtum erledigt und in Siebenbürgen, Banat, Posen und Böhmen der deutsche Besitz um Millionen Hektar geschädigt wurde. Während die Randstaaten wenigstens in ihren offiziellen Verlautbarungen für das Ausland, die politischen Absichten ihrer Bodenreform abstreiten mußten, konnten sie es sich erlauben, uneingeschränkt den allgemein erschütterten Gedanken des großen Besitzes, „cette forme de décadence économique et de l'exploitation agricole“ (Tschechisches Völkerbundmemoire v. 21. 11. 25) anzugreifen.

Das war die Folge davon, daß der Nation der Stolz auf erworbenes Recht und das Gefühl für die Würde des Besitzes abhanden gekommen war. Das Ideal der Bodenreformer wurde der Besitz zwischen 2 und 5 Hektar. Und die Begnadesten unter ihnen waren diejenigen, die auf wenigen Quadratmetern durch Intensivtechnik eine ganze Familie zu ernähren verstanden. Es wurde für allein wesentlich gehalten, jedem sein bescheidenes Plätzchen zu sichern und ihn „selbständig“ zu machen. Die Frage, inwieweit es überhaupt richtig war, eine Anzahl von Zwergbetrieben rechtlich völlig unabhängig zu lassen, stand nicht mehr zur Erörterung. Nur in den mißglückten genossenschaftlichen Wirtschaften rührte man an das Problem. Wohl trat der Sozialismus mit seiner marxistischen Doktrin gegen die Parzellierung der Bauern auf. Um sich aber durchzusetzen, hätte er ein politisches Gefühl für Bodenherrschaft besitzen müssen. In der kollegialen und bürokratischen Großwirtschaft, die er vereinzelt in Rußland und in den Randstaaten auf enteignetem Grunde errichtete, machte er den vergeblichen Versuch, durch ein System die Wirkung der Persönlichkeit zu ersetzen.

Staat und Boden.

Seit Georg Friedrich Knapp, der den ärmsten Holzknecht auf dem Schwarzwald und den letzten Wildbauer im Kanton Uri einer „höheren Stufe“ zugehörig erklärte, als die Insten in den östlichen Provinzen und dem auch Pommern unzweifelhaft niederdeutscher Abstammung infolge ihres Abstandes vom Rittergutsbesitzer als „Angehörige einer anderen Rasse“ erschienen, hat unsere agrarpolitische Literatur die „Verwestlichung des Ostens“ gefordert. Sie begriff nicht, daß die Uebertragung des merkantilen Profitdenkens auf das Land, das schon Thaer mit der „Rationalen Landwirtschaft“ begonnen hatte und das in zahllosen Einzeluntersuchungen bis auf den heutigen Tag immer wieder abgewandelt wurde, die Erkenntnis zerstörte, daß der Boden ein zuletzt staatlich und darum geistig zu wertender Faktor sei. Sie hätte auch sonst schon Kritik an der westlichen Aufklärung mit der Feststellung beginnen müssen, daß sie die Neigung weckte, den sozialen Kreis zu verlassen, in den der Mensch hineingeboren war und die Schwerarbeiten durch ihre Ueberschätzung des Intellekts in Verruf brachte. Das war die tiefste Ursache, warum der deutsche Landarbeiter dem Slawen leicht die Bodenbearbeitung überließ und von der Scholle in den herrschenden Geist der Städte übersiedelte.

Die seit zehn Jahren vom Osten her auf uns zukommende Enteignung des ländlichen Besitzes stellt uns die Aufgabe, endlich eine Gegenwehr im Geiste zu begründen. Davon hat unsere Linke nichts begriffen, die vorwurfsvoll fragt, warum wir nicht ein ebensolches Talent in der Zerschlagung unseres Großgrundbesitzes bewiesen, wie die Ostvölker. Hat doch diese Politik in Rußland bereits zur Umkehr geführt. In der russischen Bauernschaft ist wieder eine Tendenz zu neuer Besitzzusammenfassung zu bemerken. Litauen hat damit begonnen, die agrarische Zersetzung durch ein Gemeinewahlrecht zu überwinden, das sich auf den unbeweglichen Besitz beschränkt. In Polen hat der Krakauer Professor Jaworski einen „Polski Kodeks Agrarno“ (Polnischer Agrarkodex) in amtlichem Auftrage verfaßt, der den Versuch macht, die Landwirtschaft als Stand staatsrechtlich einzugliedern (vgl. Posener Tageblatt Nr. 203 Jg. 1928).

Jaworski führt den Begriff eines „landwirtschaftlichen Unternehmens“ ein und versteht darunter einen Betrieb zusammen mit den Gebäuden, totem und lebendem Inventar, mit den Ernteprodukten, den zugehörigen Industrieunternehmungen usw., welcher unter einheitlicher Leitung nach einheitlichem Wirtschaftsplan betrieben wird und unverpachtetes Eigentum einer Person ist, deren Hauptbeschäftigung die Landwirtschaft bildet. Die Frage der Größe des Betriebes spielt bei diesem Begriff keine Rolle. Der Charakter des „landwirtschaftlichen Unter-

nehmens" kann, von Amts wegen allen Größenklassen verliehen werden. Eine solche Anerkennung hat jedoch die Folge, daß der Betrieb unteilbar wird, auch bei Vererbungen. Dazu konstruiert Jaworski die „Gesellschaft landwirtschaftlicher Unternehmungen“, deren Teilhaber nicht die Eigentümer der Betriebe, sondern die landwirtschaftlichen Unternehmungen als solche sind. Er will damit eine rationelle und billige Bewirtschaftung auf großen Komplexen ermöglichen. Schließlich gibt es noch „Agrar-Gemeinschaften“, „Weidegenossenschaften“, unteilbare „Soldatensiedlungen“ und „Familiensiedlungen“ (Wohnstätten). Diese Begriffe sind sichtlich in Hinblick auf die furchtbare Zerstückelung des Bodeneigentums in Polen entwickelt.

Die landwirtschaftliche Selbstverwaltung stellt Jaworski ebenfalls auf neue Grundlagen. Sie wird stufenweise gegliedert, in völkisch-gemischten Kreisen in nationale Sektionen eingeteilt; sie erhält weitgehende Verwaltungsrechte und eine Beteiligung an der Durchführung der Agrarreformen. Der Kauf von Grund und Boden wird vollständig der Kontrolle durch die Agrarbehörden unterstellt, die praktisch verhindern würde, daß die Nationalitäten ihr Recht wird.

Das Jaworskische Projekt ist bisher nicht zur Verhandlung gekommen. Es würde bei allen konstruktiven Schwächen die ihm anhaften, die Aufnahme eines grundsätzlich neuen Weges in der Agrarpolitik bedeuten. Es ist der erste Versuch gegenüber der Parzellierungstendenz neue Formen der Erhaltung und Zusammenfassung zu finden, ohne freilich die Frage, was mit der überschüssigen Landbevölkerung geschehen soll, zu beantworten. Es knüpft Landwirtschaft und Staatswirtschaft wieder zusammen. Soll es Durchschlagskraft bekommen, so verlangt es allerdings ein Umdenken auch in den anderen Wirtschaftszweigen und im politischen und geistigen Leben. Dazu zeigen sich in Polen vorläufig keine Ansätze. Deswegen ist der Jaworskische Agrarkodex auch bald nach seiner Veröffentlichung wieder aus der Debatte verschwunden.

Es ist nötig, dem Denk- und Wirtschaftssystem des Westens eine geschlossene Welt entgegenzusetzen. Alle Abwehr, die nicht friderizianisch offensiv gewandt ist, kann die Individualisierung des Bodens nicht aufhalten. Der jugoslawische Staat besaß in seiner „Zadruga“ die Zelle zu einem eigenartigen agrarischen Aufbau. Die Zadruga, in der der Begriff der Familie so weit befaßt ist, daß er fast mit dem der Sippschaft zusammenfällt, war während der Türkenherrschaft durch ihre Verslossenheit und Gegenseitigkeit die beste Stütze zur Wahrung der eigenen Rasse. Diese patriarchalische Demokratie wurde auch durch neuere Rechtsmaßnahmen geschützt, aber nur aus Tradition und nicht aus einem modern verstandenen Bedürfnis heraus. Der Versuch, durch die Institution der „Helmstätte“ diese Form von Altserbien in der Agrarreform auch auf die neuen Provinzen auszudehnen und damit den Landbesitz vor Teilung, Pfändung und Veräußerung zu schützen, stieß auf den energischen Widerstand dieser Gebiete, in denen die Geld- und Kreditwirtschaft zu weit entwickelt war, um eine derartige Einschrän-

kung des Realkredits zu bilden. Das Vordringen des Kapitalismus hat im Gegenteil dazu geführt, daß heute auch der serbische Landwirt den alten Schutz als „Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung“ empfindet. Der Staat, der seit der Königsdiktatur eine innere Erneuerung durchmacht, wird auch noch Grundlagen im agrarischen Leben suchen müssen, die seinen monarchischen Charakter entsprechen.

Das hat auch für die Lösung der nationalen Frage seine Bedeutung. Wenn Boden und politische Verantwortung zusammengehören, vermag jede Nationalität wieder zu einer staatschöpferischen Kraft zu werden und nicht in Heimatvorstellungen zu verkommen. Die Mandatstaatenvölker, wo sie sich zu einem Ausgleich mit dem niedergeworfenen fremden Volkstum im eigenen Lande entschlossen, vollzogen ihn typischerweise in der unpolitischen Form der „Kulturautonomie“ (Eftland). Die Nationalitätengenossenschaft wurde den in Querschnittverbänden aufgebauten Staaten als letztes Glied hinzugefügt. Während auf diese Weise eine gestürzte Oberschicht, wie das Baltikum, das seine Herrschaft über den Boden nicht zurückgewinnen konnte, als kultureller Personalverband ein bescheidenes Eigenleben weiterführen konnte, vollzog sich in der Sowjet-Union eine moderne Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Nationalität, die die Bodengrundlage nicht außer acht ließ. Die Sowjets nahmen einen national-föderativen Umbau des gesamten Staatswesens vor, sie entdeckten neue Völker, sammelten verstreute Volkstümer in besonderen Kantonen, aber sie brachten Boden und Volk in eine Verbindung und führten allmählich den Grundsatz durch, daß in der untersten staatlichen Sphäre die Bevölkerung nach ihrer eigenen Sprache gerichtet und verwaltet wurde. Dabei stellten sie selbstverständlich die kommunistische Staatsidee über die nationale, sie glaubten, in ihrer fest organisierten Partei, dem eigentlichen Staatsträger, den Zusammenhalt des Ganzen genügend gewährleistet zu sehen.

Der Bolschewismus hat freilich die Erfahrung machen müssen, daß die nationalen Spannungen durch keine Autonomie völlig auszuschalten sind. Die befreiten Völker ergriffen leidenschaftlich von dem Boden Besitz, der ihnen geboten wurde und verdrängten unterschiedslos das angesiedelte russische Element mit einer Rücksichtslosigkeit, die kommunistische Gesichtspunkte gänzlich vermissen läßt. Der Eigenwille der verschiedenen Landschaften trat in nationaler Form im neuen Rußland in Erscheinung. Das befragt aber noch nichts grundsätzlich gegen den Versuch, durch die Herrschaft einer „Reichsidee“ Räume staatlich zusammenzuschließen und nach außen expansiv zu wirken. Die kommunistische Idee erwies sich dazu als nicht ausreichend und ihrem Mechanismus entsprach die Verkörperung durch eine unförmige Bürokratie, die in noch schlimmerem Maße als in der zaristischen Zeit verhinderte, daß der Staat Regungen des Volksgeistes verspüren konnte. Die gegliederte Gemeinschaft aller schaffenden Elemente unter einer Obrigkeit, die sich bis zur höchsten Spitze in Personen fortsetzte, gab dem alten Preußen seine ungeheure Lebendigkeit und die Fähigkeit, seine Kraft

bis zum Letzten einzusetzen. In der geschmälerten Fähigkeit zur Unterordnung, die auf einem religiösen Gefühl beruhte, war das Ferment zum staatlichen Aufbau enthalten, das auch der geringste Inste in sich trug. Von anderen Staaten, die, wie Oesterreich, Preußen nachzumachen versuchten, ist das nur bürokratisch verstanden worden, während das Geheimnis in menschlichen Bindungen begründet war, die durch Verwaltungstechnik gerade zerstört wurden.

Um die Wiederherstellung solcher Lebendigkeit handelt es sich, wenn auf dem Lande ein neues Wachstum beginnen soll. Nicht der Beamte, dessen mechanische Wirksamkeit den öffentlichen Sinn des Volkes zerstört, sondern der Führer, der von persönlicher Autorität getragen wird und durch Verantwortung über Personen und Sachen gebunden ist, wirkt im modernen Sinne staatsbildend. Er ist nicht nur Exponent der Macht, sondern gibt als tätiges Glied des Staatskörpers die Problematik wieder, die den Umkreis beherrscht, in den er gestellt ist. Der Staatsgeist findet so in der Landschaft einen neuen Ausdruck.

Wie sieht es in dieser Beziehung in den Kleinstaaten Mitteleuropas nach der Vernichtung des Großgrundbesitzes aus? Sie folgen in kinderarmen Staaten, wie Estland und Lettland dem französischen Vorbild der Entvölkerung des Landes oder in kinderreichen, wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei dem italienischen Vorbild der Proletarisierung der Landbevölkerung, und ihr kleinbürgerlicher Geist steht diesen Erscheinungen hilflos gegenüber. In beiden Fällen geht aber der Anpassungsprozeß des Landes an die städtischen Wirtschafts- und Denkformen weiter. Die nachrückende Bauerngeneration hat bei allem Selbstbewußtsein Farmergeist in sich oder sie verharrt in bäuerlicher Inaktivität auf ihrer Scholle und findet in dem dünnen Gemisch von Individualismus und Sozialismus, das sich agrarische Weltanschauung nennt, dafür eine ideologische Beschönigung.

Wir fassen zusammen: Die Auflösung der alten sozialen Ordnung und ihr Ersatz durch einen verbandsmäßigen Aufbau hat die Ablösung der politischen Vorstellungen vom Boden und das Ueberwuchern der mobilen Werte und Wertungen in Staat, Kultur und Wirtschaft gebracht. Diese Entwicklung hat zu der Entwurzelung des Individuums geführt, zur Verlagerung des geistigen und politischen Schwergewichtes vom Lande nach der Stadt. Die Zusammenziehung aller Kräfte in Zentralen führt zu einem gleichzeitigen Entstehen eines Uebervölkerungs- und eines Entvölkerungsproblems. Da der Staat sich nicht mehr für den einzelnen in einem lebendigen Verhältnis zu Persönlichkeiten verkörpert, wirkt er mehr und mehr mechanisch als Apparat und verliert jede geistige Werbekraft. Die Nation wird ganz äußerlich als Sprachgemeinschaft aufgefaßt und nicht als geistiger Werkbegriff, daher kann eine schematische Gleichsetzung der Völker ohne Unterschied der Geschichte und Größe erfolgen. Die Uebernahme zivilisatorischer Formen und die Uebersetzung wissenschaftlichen Inventars wird von den kleinen Völkern meistens zur inhaltlichen Erfüllung ihres nationalen Lebens als genügend angesehen.

Die Unfähigkeit zur staatlichen Raumzusammenfassung ist ein Zeichen für den Mangel einer modernen Staatsidee. Der Bolschewismus wollte seinen Staat bewußt über den Nationalitäten zu begründen. Der S.H.S.-Staat macht gegenwärtig den Versuch, über die Person des Königs, den Nationalitäten einen politischen Vereinigungspunkt zu schaffen. Das Problem, eine großpolnische Föderation unter Beherrschung von Ukrainern, Weißrussen und Litauern zu begründen, hat die monarchische Frage für den Pilsudski-Kreis aktuell gemacht.

In allen Fällen wird der Versuch gemacht, eine raumerfüllende Staatsidee auf dem Wege über persönliche Bindungen neu auszubilden. Die kommunistische Idee erwies sich hierzu als am wenigsten ausreichend, weil ihre starre Systematik eine Bürokratisierung begünstigte, die die Opposition der emporkommenden bodenständigen jungen nationalen Kräfte hervorrief. Das Problem einer national-föderativen Reichsgliederung bleibt aber bestehen. Wir werden es auch in Mitteleuropa zu lösen haben.

Wilhelm Stapel hat auf der Führertagung des Reichslandbundes im November 1928 davon gesprochen, daß der heutige Staat, wenn nicht seinem Willen, so doch seiner Struktur nach bauernfeindlich sei. Damit ist gesagt, daß es Ziel der agrarischen Bewegung in Deutschland sein muß, „strukturverändernd“ zu wirken und auf diese Weise zugleich Staaten zu revolutionieren, in denen der Geist des Landes gegenüber der Stadt nicht mehr zur Geltung kommt. Wir müssen die Gewichte im Staate anders verlagern, dem Staatsgeist bereits in kleinen Zellen auf dem Lande Freiheit zum Wachstum geben. Es bedeutet ein völliges Verkennen des tieferen Sinnes der agrarischen Umwälzungen, wenn Areboe meint, daß „die großen Ventile der Bodenreform“ erst „gründlich“ zur Auswirkung gelangen mußten, um nun schledlich-friedlich rationelle Bewirtschaftungsmethoden allmählich einführen zu können. Soll der Boden nicht mit dem letzten Ziel der Ausbeutung, sondern der Sicherung im Staatsleben verwaltet werden, so ist die Wiederherstellung eines bodenständigen Geistes im Staate Voraussetzung. Um dieses geistige und politische Problem handelt es sich für uns und von seiner Lösung hängt ab, ob wir uns den Spielraum wieder zu schaffen vermögen, den wir zum freien Leben auf dem Kontinent brauchen. Die Wirtschaft in Mitteleuropa und Osteuropa liegt darnieder, ganz besonders die Landwirtschaft, als Folge der agrarischen Revolution. Das ländliche Proletariat steht in Kampfstellung gegenüber dem demokratischen Bauerntum. Es gibt keine Bodenvorräte des Großgrundbesitzes mehr, aus denen man Ansprüche befriedigen kann; die Proletarisierung der gesamten Landwirtschaft schreitet täglich fort.

Hier beginnt unsere deutsche Aufgabe, nach neuen Wegen zu suchen, nachdem die Parzellierungsweisheit am Ende angelangt ist. Ein neuer Aufbau unseres Volkskörpers muß mit einer neuen Agrarverfassung beginnen, die zugleich Staatsverfassung ist, und um deren geistige Grundlagen wir bereits ringen. Wir halten die Stedlung für eine Angelegen-

heit von gestern. Der Schuß unserer Grenzmark darf nicht defensiv, er muß offensiv angelegt sein. Die Grenzmark muß in ihrem sozialen Charakter bereits den ländlichen Staatsgeist entwickelt haben, den die Bauernpolitik zerstört, an der die Ostböcker heute leiden. Dann wird auch die Kolonisation, die auf persönlicher Initiative beruht und den Blick nach außen hat, wieder möglich und damit eine neue Zusammenfassung. Die alte Aristokratie des Ostens ist dahingefunken, aber das Problem der Führung ist geblieben.

Benutzte Literatur.

- Aereboe, Friedrich: Agrarpolitik, Berlin 1928.
 Agrarkultur der tschechoslowakischen Republik, Beilage zur „Prager Presse“ v. 13. V. 1928.
 Aubin, Gustav: Die Entstehung und Entwicklung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Frankreich, Münchener Dissertation 1907.
 Bernhard Ludwig: Die Polenfrage und der preussische Staat, Leipzig 1910.
 Bodenreform der tschechoslowakischen Republik und die Minderheiten, Friedland i. B. 1928.
 Bollert: Landwirtschaftliche Lebensfragen, Verlag Rudolf Mosse, Berlin.
 Bruchkus, Boris: Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland, Berlin 1925.
 Bürger, Erhard Gottfried: Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Bauernbewegungen in Mitteleuropa (Ergebnisse der Arbeits-tagung). Ullersdorf i. Mähr. 1928.
 Beiträge zur Philosophie des Genossenschaftswesens, Brunn 1928.
 Die Grundlagen der ländlichen Sozialpolitik, Ullersdorf i. Mähr. 1927.
 Ueber den Stand des deutschen bäuerlichen Volksschulwesens in der Tschechoslowakei, Prag 1926.
 Damajchke, Adolf: Die Bodenreform, Jena 1926.
 Fennet, Gerhard und v. Loesch: Die neuen Agrargesetze der ost- und südosteuropäischen Staaten, Bd. I, Berlin 1923.
 Foelkersahn, Hamilcar, Baron: Die Entwicklung der Agrarverfassung Livlands und Kurlands und die Umwälzung der Agrarverhältnisse in der Republik Lettland, Greifswald 1923.
 Franges, Otto von: Die Landwirtschaft im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen in „Berichte über Landwirtschaft“, Neue Folge, Bd. IV. S. 1.
 Fuchs, Carl Johannes: Deutsche Agrarpolitik vor und nach dem Kriege, Stuttgart 1927.
 Funke, Georg: Die heillosen Folgen der Bodenzerplitterung, Göttingen 1854.

- Genesis der rumänischen Agrarreform, „Pester Lloyd“ Nr. 262 u. 268, Jg. 1927.
- Georgi, Carl: Agrarreform in Polen in „Staat und Volkstum“, her. v. K. E. v. Loesch, Berlin 1926.
- Hanshofen, Heinz: Die Agrarreformen der österreich-ungarischen Nachfolgestaaten, München 1929.
- Hollmann, A. H.: Die Agrarreform in Rumänien in „Berichte über Landwirtschaft“, Neue Folge H. 1, 1923.
Die Volkshochschule und die geistigen Grundlagen der Demokratie, Berlin 1919.
- Krause, H.: Die Agrarreformen in Ostland und Estland, Berlin 1927.
- Laenen, Harald: Tschechische Bodenpolitik (Manuskript).
Osteuropäische Korrespondenz, Jg. 1—6, Berlin, Schloß Bellevue.
- Laubert, Manfred: Die preussische Polenpolitik von 1772—1914, Berlin 1920.
- Lenz, Friedrich: Agrarlehre und Agrarpolitik der deutschen Romantik, Berlin 1912.
- Manteuffel, Baron Georg von: Die Agrarfrage in Osteuropa in „Gewissen“ Nr. 41 v. 10. X. 1927.
- Matt, Josef: Die Agrarreform in Jugoslawien, Berlin 1927.
- Minges, Boris: Die Nationalgüterveränderung während der französischen Revolution, Jena 1892.
- P., Dr.: Die Agrarreform im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und ihre Folgen, Neusatz a. d. Donau 1924.
- Pregner, W. D.: Die russische Agrarreform, Jena 1921.
- Republikanische Partei der Landwirte und Kleinbauern (tschechisch, französisch und deutsch), Prag 1928.
- Rumer, Willy: Die Agrarreformen der Donau-Staaten, Innsbruck 1927.
- Schiff, Walter: Die großen Agrarreformen seit dem Kriege, Wien 1926.
- Sebek, Dionis v.: Die Agrarreform in Ungarn, Vereinigung Wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter u. Co.
Die neuen Agrardemokratien, Ungos 1926.
- Sering, Max: Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung, Berlin 1921.
- Solvanus: Die Wirkung der Agrargesetze in „Deutsche Rundschau“, Jg. 49, S. 4.
- Székely, János: La réforme agraire en Transylvanie et l'histoire, Paris 1927.
- Tobien, Alexander v.: Die Agrarrevolution in Estland, Berlin 1923.
- Vondruska-Pavel, La réforme agraire en Tchécoslovaquie, Prag 1922.
- Weber, Max: Die römische Agrargeschichte, Stuttgart 1891.
- Wortliczek, Camillo: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik der tschechoslowakischen Bodenreform, Reichenberg i. B. 1925.
- Zaitseff, Cyrill: Die Rechtsideologie des russischen Agrarwesens und die russische Agrarrevolution in „Der Staat, das Recht und die Wirtschaft des Bolschewismus“, Berlin-Grünwald 1925.

Verlag Der Neue Osten

Berlin W 30, Mohrstr. 22

Rechnung

Datum

21-9-29

Nr.

Herrn

Fhr. v. Tenff
Damen

Anzahl

RM.

1

Laener

180

Posto

15

195

Lg - 26/9.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Druck der
Hafeschen Buchdruckerei
Pyrig in Pommern